



© Belvedere, Wien / Selbstportrait des Malers, undatiert

Joseph Rebell. Im Licht des Südens

Das Belvedere Wien widmet dem bedeutenden Landschaftsmaler eine erste Einzelausstellung – von 15. Juni bis 13. November 2022 *ab der Seite 156*

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

herzlich willkommen zu unserer neuen Ausgabe, für die wir eine Änderung vorgenommen haben: ab nun wird die „Innenpolitik“ umfangreicheren Berichten aus unserer Haupttribrik „Österreich, Europa und die Welt“ weichen – es sind daher diesmal 114 (!) Seiten. Durch unsere vierteljährliche Erscheinungsweise ist es nicht möglich, die unzähligen Entwicklungen auf wenigen Seiten zusammenzufassen. Ihrem innenpolitischen Interesse stehen ja ohnehin unzählige tagesaktuelle Medien zur Verfügung.

*Bitte beachten Sie die Informationen des Außenministeriums auf der Seite 63 bzgl. Ihrer Teilnahme an der **BundespräsidentInnen-Wahl am 9. Oktober!***

Nicht zuletzt, ein Blick in die Statistik freut uns: Bisher verzeichnen wir rund 3,6 Millionen Magazin-Downloads und rund 1,8 Millionen gelesene Magazine auf unserem kiosk.oesterreichjournal.at

*Alles Gute und liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 203

Aus der Hofburg	3	Oberösterreichs schönste Gärten	126
Aus dem Parlament	18	Tracht trifft Dirndl	128
Aus dem Bundeskanzleramt	34	's Gwand – zwischen Handwerk, Funktion und Mode	129
Aus dem Außenministerium	45	Die Innsbrucker Stadtapotheke	130
9. Oktober: Informationen zur BundespräsidentInnen-Wahl	63	VieVinum 2022	133
Von der Handy-Signatur zur ID Austria	64	Weinprämierung Burgenland	135
Fest der Freude am Heldenplatz	65	NÖ Landesweinprämierung	136
Republik gedachte der Befreiung des KZ Mauthausen	69	Hermann Nitsch +	137
Aus den Bundesländern	73	Höchste Preise der ÖAW	139
Verdoppelung der Einbürgerungen	87	»Mariandl« feiert 95er	140
Österreichs Bewertung der Europäischen Union	88	Austausch mit unierten Ostkirchen	141
90 internationale Headquarters	90	70 Jahre Pummerin in Wien	143
Erfolgsbilanz: Expo 2020 in Dubai	92	Religionszugehörigkeit 2021	144
Deutschland und Österreich brauchen Planungsrahmen	94	175 Jahre Österreichische Akademie der Wissenschaften	145
Weinexporte: historischer Erfolg	95	Neu entdecktes Lipid stoppt den Zelltod	149
Österreich – Brasilien: 200 Jahre Beziehungsgeschichten	97	Mikrogerüste – ein neuer Ansatz für Tissue Engineering	150
Ukrainische Literatur in der Nationalbibliothek	102	Wie unser Gehirn die Veränderung von Sprache beeinflusst	151
Die Ukraine und wir	104	Grüner Treibstoff aus Abfall	152
»WirtschaftsOskar« 2022	109	Neues Quanten-Testlabor	154
ADLER-1/APIID spürt ersten Weltraum-Meteoriden auf	110	Joseph Rebell. Im Licht des Südens. Ausstellung im Belvedere	156
Aus dem Dachverband-PaN	111	Halbmond über dem Nil Sonderausstellung in der Österr. Nationalbibliothek	162
Stetige Erholung im Tourismus	117	Verschollener Schiele wieder aufgetaucht	166
Konjunkturaufschwung verlangsamt sich	119	»First Stop«, Eferding! –	
Wachstumserwartung	120	Erste communale oö eröffnet	168
Immobilien-Durchschnittspreis	122	Endlich Espresso! Das Café Arabia am Kohlmarkt	169
Größte Photovoltaikanlage	124		



Königspaar zu Gast in Österreich

10



Das Fest der Freude

65

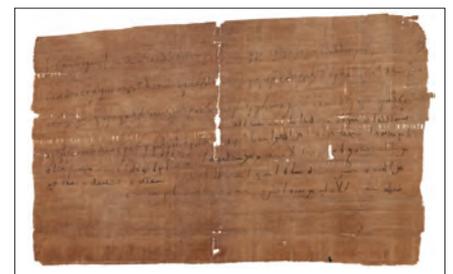


Beziehungen Österreich-Brasilien

97



175 Jahre Akademie der Wissenschaften 145



Halbmond über dem Nil

162

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF; MKÖ / Sebastian Philipp; NHM Wien, Christina Rittmannsperger; ÖAW / Daniel Hinterramskogler; Österreichische Nationalbibliothek

Besuch aus Irland

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den Präsidenten von Irland, Michael D. Higgins, zu einem offiziellen Besuch in Österreich

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der irische Präsident Michael D. Higgins haben mutmaßliche Kriegsverbrechen in der Ukraine verurteilt. „Solche Verbrechen können nicht einfach hingegenommen werden, sie müssen so rasch wie möglich untersucht“ werden; die Täter und Auftraggeber müßten zur Rechenschaft gezogen werden, sagte Alexander Van der Bellen nach einem Arbeitsgespräch mit Präsident Higgins am 6. April in der Präsidentschaftskanzlei in Wien. „Es kann keine Straflosigkeit geben“, sagte auch Michael D. Higgins.

Weltweit sorgten Bilder für Entsetzen, die Leichen auf den Straßen der unweit von Kiew gelegenen Stadt Butscha zeigten. Bis zum von Van der Bellen und Higgins waren Berichten zufolge rund 330 getötete Menschen geborgen worden. Sie waren aus Sicht der ukrainischen Regierung Beweis für die gezielte Tötung von Zivilisten und damit für Kriegsverbrechen. Moskau bestritt das und sprach von „Fälschung“ – allerdings ohne Belege vorzulegen. Aus der ukrainischen Stadt Irpin waren bereits zuvor Gräueltaten gemeldet worden.

„Wir werden uns daran nicht gewöhnen“, sagte Van der Bellen mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die Flüchtlingsströme. Daher dürfe man auch „nicht klein beigeben“, bis das Blutvergießen ein Ende habe. Bis dahin gelte es die Auswirkungen des Krieges zu mildern. Eine Friedenslösung für die Ukraine „kann nur auf völkerrechtlicher Grundlage fußen“, betonte der Bundespräsident.

Präsident Higgins befürwortete Diplomatie, Multilateralismus und Abrüstung. Für den irischen Präsidenten muß das Töten von Zivilisten und die Zerstörungen in der Ukraine, „die alle internationalen Normen verletzt“, aufhören. „Das ist jetzt das Wichtigste.“ Der russische Präsident Wladimir Putin müsse sich bewußt sein, daß er Rußland mit sich in den Abgrund reiße.

Zu einem möglichen EU-Importembargo für russisches Gas sagte Van der Bellen: „Österreich ist bisher gegen ein solches Embargo.“ Die Formulierung von EU-Ratspräsident Charles Michel, dies könnte „früher oder später“ nötig werden, um den Angriffskrieg Moskaus gegen die Ukraine zu beenden,



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den Präsidenten von Irland, Michael D. Higgins, mit militärischen Ehren im Inneren Burghof

den, biete einen „riesigen Spielraum“. Man müsse darüber nachdenken, wo der Schaden größer wäre „in der EU oder in Rußland“, und es gebe unter den EU-Staaten nun einmal „völlig unterschiedliche Abhängigkeiten“ von russischem Gas. Das bräuchten nicht nur Haushalte, sondern es sei „in vielen Industriebereichen ein zentraler Input. Da kann man nicht so einfach drübergehen“.

Irland ist wie Österreich EU-, aber kein NATO-Mitglied. Befragt zu Debatten in beiden Ländern, angesichts des Ukraine-Krieges die nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu auszurichten, sprach sich Präsident Higgins für eine Debatte in Irland über die Ausgestaltung der irischen Neutralität aus. Diese müsse aber „sachkundig“ geführt werden. Positiv würde er auch sehen, wenn neutrale bzw. bündnisfreie Staaten in der EU – wie etwa auch Schweden oder Finnland – einen dauerhaften Dialog in diesen Politikfeldern führen und sich untereinander abstimmen. Der Bundespräsident verwies in seiner Antwort mit deutlichen Worten auf einen „riesigen Investitionsrückstau“ beim Bundesheer, dem man nicht auswei-

chen könne, „wenn man die Landesverteidigung ernst nimmt“ und wenn man im Rahmen von UNO-Friedenseinsätzen mit Truppen anderer Länder kooperieren wolle.

Was das nach wie vor rund um den Brexit nicht gelöste Problem des Nordirland-Protokolls betrifft, versicherte Alexander Van der Bellen seinem Gast die Solidarität Österreichs. Durch das Protokoll soll sichergestellt werden, daß EU-Regeln in Irland gelten, ohne daß dafür feste Grenzkontrollen zwischen dem EU-Mitglied und dem zu Großbritannien gehörenden Nordirland eingeführt werden müssen. In der Folge haben sich die Kontrollen des Warenverkehrs auf die Seegrenze zwischen der britischen Hauptinsel und Nordirland verlagert. Nordirische Protestanten laufen dagegen Sturm, sie sehen darin Anfänge einer Trennung vom Königreich. Großbritannien forderte daraufhin, das im Zuge des EU-Ausstiegs unterzeichnete Protokoll noch einmal zu ändern. Seit Monaten wird darüber zwischen London und Brüssel verhandelt. Van der Bellen sagte, es sei wichtig, daß in der EU gegenüber Großbritannien nach wie vor Einigkeit bestehe. ■

Van der Bellen lobt den Zusammenhalt der EU

Der Bundespräsident im Haus der Europäischen Union in Wien:
»Putin hat rote Linien überschritten und Europa hat geantwortet.«



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede zum Europatag 2022

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat zum Eurotag, dem 9. Mai, den Zusammenhalt der Europäer vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gewürdigt. „In diesen dunklen Tagen leuchten die Sterne der Europäischen Union besonders hell“, sagte er in seiner Rede im Haus der Europäischen Union in Wien: „Präsident Putin hat rote Linien überschritten und Europa hat geantwortet.“

Alexander Van der Bellen zeigte sich überzeugt, daß Europa seine demokratischen Werte und seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen verteidigen werde. „Gerade jetzt müssen wir mehr denn je zuvor unsere liberale Demokratie hochhalten. Wir müssen gemeinsam das schätzen und verteidigen, was wir durch viele Jahrhunderte gemeinsamer leidvoller Geschichte errungen haben.“ Durch die Schrecken des Krieges werde dies wieder klarer. Und auch die nächsten Jahre würden zu dieser Klarheit beitragen.

Der Bundespräsident wiederholte seinen Appell an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, „auch wenn dies im Augenblick nutzlos erscheint“, wie er sagte: „Beenden Sie diesen Krieg! Beenden Sie das Töten!“ Der grausame und schreckliche Krieg in der Ukraine entsetze alle. In diesem Zusammenhang erwähnte der Bundespräsident auch „die schockierenden Berichte über Gräueltaten der russischen Armee“ und „das unsäg-



EU-Kommissionsvertreter Martin Selmayr begrüßt den Bundespräsidenten vor dem Haus der Europäischen Union in Wien

liche Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung“.

In den vergangenen Jahren sei die Demokratie oft lächerlich gemacht worden, so der Bundespräsident. Gerade Putins Rußland sei als Beispiel für entschlossene Entscheidungen im Gegensatz zum langsamen System europäischer, demokratischer Entscheidungsfindung genannt worden. Dem hielt der Bundespräsident entgegen: „Ich möchte nicht sagen, daß bei uns alles fehlerlos ist. Aber bei uns ist es ausgeschlossen, daß einer allei-

ne gegen seine ganze Bevölkerung agiert; daß einer alleine Menschen für ihre Meinungsäußerung einsperrt, einen Krieg vom Zaun bricht.“

Auch EU-Kommissionsvertreter Martin Selmayr rief dazu auf, nicht zu vergessen, was die Europäer von Putin unterscheide. „Europa ist die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.“ Europa stehe für Aufbau und nicht für Zerstörung. „Europa heißt Frieden und nicht Krieg.“

<https://www.europarl.europa.eu/austria/>

UN-Generalsekretär zu Gast

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf António Guterres in Wien.



Foto: Peter Lechner / HBF

António Guterres und Alexander Van der Bellen: vor dem Hintergrund des Kriegs nicht den Kampf gegen den Klimawandel aus dem Fokus verlieren.

Am 11. Mai hat UNO-Generalsekretär António Guterres bei seinem Besuch in Österreich ein Ende des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gefordert. „Dieser sinnlose Krieg muß aufhören“, sagte Guterres nach einem Besuch bei Bundespräsident Alexander van der Bellen in Wien. „Die russische Invasion in der Ukraine hat massive Verwüstung, Zerstörungen und Leiden in dem Land verursacht.“

„Dieser Krieg wird nicht für immer andauern“, sagte der UNO-Generalsekretär. Es werde wieder der Moment für Friedensverhandlungen kommen und sein Büro werde dafür auch bereitstehen, „aber das ist nicht unmittelbar am Horizont“. Angesichts des dramatischen Verlustes von Menschenleben und der Zerstörung in der Ukraine dürfe man aber die Hoffnung nie aufgeben.

Die UNO habe sich vorrangig auf die Evakuierung von Zivilisten und die Einrichtung von humanitären Korridoren konzentriert, sagte Guterres in Hinblick auf die Kämpfe in Mariupol. Hier gebe es noch immer viel Raum für Diplomatie. Zusätzlich wolle die UNO Wege finden, wie Nahrungsmittel und Dünger aus der Ukraine auf die Weltmärkte gebracht werden könnten.

Der Bundespräsident dankte Guterres für seine Reise nach Moskau und Kiew, die bezüglich der Lage in Mariupol erfolgreich gewesen sei. Österreich als neutraler Staat werde alles tun, um seine Vermittlerdienste anzubieten, um zu einem dauerhaften Frieden zu kommen, sobald sich die Situation beruhige, sagte Van der Bellen. Die UNO sei „unverzichtbar“ für den Austausch auf internationaler Ebene auf zahlreichen Foren. Auch warnte er angesichts der drohenden Nahrungsmittel-Engpässe infolge blockierter Exporte vor „gravierenden Auswirkungen“. Europa habe vorläufig geeint und geschlossen reagiert, es sei wichtig, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. „Es ist Teil des Problems, daß wir über die Kriegsziele im Dunkeln gelassen werden“, sagte der Bundespräsident. Er habe den Eindruck, daß Rußland seine Kriegsziele gewechselt habe. Aus dem Marsch auf Kiew sei „mittlerweile eine Südostumfahrung geworden“.

Guterres und Van der Bellen mahnten beide dazu, vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine nicht den Kampf gegen den Klimawandel aus dem Fokus zu verlieren. Der UN-Generalsekretär warnte davor, daß die Weltgemeinschaft das 1,5 Grad-Ziel für eine

Beschränkung der Erderwärmung verpassen könnte. Eine Lektion aus dem Krieg sei es, daß man besser gegen Verwerfungen geschützt sei, je früher man sich von fossilen Brennstoffen trenne.

Rußlands Präsident Wladimir „Putin beschleunigt den Ausstieg aus fossilen Energien“, sagte Van der Bellen. Es sei für den Klimaschutz aber nur dann etwas gewonnen, wenn diese nicht durch Kohle oder andere fossile Energieträger ersetzt würden. Ob der Krieg am Ende für den Klimaschutz eine positive Bilanz habe, sei für ihn mittlerweile eine offene Frage. Die Gefahr bestehe jedenfalls, daß durch den Krieg Klima-Probleme verschoben würden, aber „wir haben keine Zeit mehr“.

Der UNO-Generalsekretär und der Bundespräsident nahmen auch an einer Diskussionsveranstaltung an der TU Wien zum Thema Energiewende teil. Dabei hat es einen Besuch des Plus-Energie-Bürogebäudes und ein Treffen mit Schülern und Studenten gegeben.

Guterres leitete bis 13. Mai das Frühjahrestreffen des höchsten Koordinations- und Strategiegremiums der Vereinten Nationen, das am UNO-Sitz in Wien stattfand. ■

Staatsbesuch aus Lettland

Kersti Kaljulaid, Staatspräsidentin der Republik Estland, zu Gast in Österreich



Foto: Peter Lechner / HBF

Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid mit Ehemann Georgi-Rene Maksimovski und Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer

Die estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid ist am 25. Mai im Rahmen eines Staatsbesuchs von Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfangen worden. Beide kritisierten die von Belarus erzwungene Landung eines Flugzeugs und die anschließende Inhaftierung des Oppositionellen Roman Protassewitsch und seiner Freundin. Das sei eine „staatliche Entführung“ gewesen, sagte Alexander Van der Bellen auf der gemeinsamen Pressekonferenz.

„Es versteht sich von selbst, daß wir verlangen, daß die beiden sowie alle anderen Gefangenen unverzüglich freigelassen werden“, erklärte der Bundespräsident. Man werde jedenfalls andere internationale Foren, wie die Vereinten Nationen, einbeziehen müssen.

Österreich habe bisher versucht zwischen dem Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko und der Opposition zu vermitteln und werde dies auch weiter versuchen. Über die Entwicklung in Belarus müsse man jedenfalls auch mit Rußland sprechen, so Alexander Van der Bellen. Rußland sei ein Teil Europas, doch das Verhältnis der EU zu Moskau habe sich in den vergangenen Jahren in eine negative Richtung entwickelt, was er sehr bedauere.

Nun müsse die EU jedenfalls den Druck aufrechterhalten, dennoch dürfe der Dialog nicht aufgegeben werden, sagte der Bundespräsident.

Dieser Akt des Staatsterrorismus sei schockierend, sagte Kersti Kaljulaid und forderte weitere Maßnahmen gegenüber Minsk. Die estnische Staatspräsidentin betonte, es sei zu früh, über eine gemeinsame Politik der Europäischen Union zu sprechen, klar sei aber, daß es einer gemeinsamen Strategie gegenüber Moskau bedürfe. „Es gibt kein Land in Europa, das enttäuscht ist über die Entwicklung bei unseren östlichen Nachbarn“, so Kersti Kaljulaid. Estland sei jedenfalls bereit, die Opposition in Belarus weiter zu unterstützen.

Die estnische Präsidentin betonte, einig seien sie und Bundespräsident Van der Bellen sich auch, was die Beitrittsperspektive der Westbalkanländer betreffe, man dürfe dabei aber auch nicht auf Staaten der Östlichen Partnerschaft, wie die Ukraine und Georgien, vergessen.

Nicht überbewerten wollte Alexander Van der Bellen, daß die Entscheidung für einen Gipfel zwischen US-Präsident Joe Bi-

den und Rußlands Präsident Wladimir Putin auf Genf und nicht Wien gefallen sei. „Wir würden uns immer freuen, wenn Wien ausgewählt wird, sollten aber auch nicht auf die Schweiz eifersüchtig sein“, so Alexander Van der Bellen. Kersti Kaljulaid erklärte, sie habe Präsident Biden vor seiner Wahl getroffen und sie glaube, mit Joe Biden habe Europa „einen neuen Partner im Kampf für Menschenrechte“ bekommen.

Ebenfalls große Einigkeit herrschte zwischen den zwei Staatsoberhäuptern dahingehend, daß die EU beim Kampf gegen die Klimakrise vorangehen müsse. „Rasche und entschlossene Schritte“ seien nun notwendig, so Alexander Van der Bellen. Estland könne als eine Art „Weltmeister der Digitalisierung“ hier auch als Vorbild dienen.

Die bilateralen Beziehungen und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Estland und Österreich seien „sehr gut“, so Van der Bellen, so sei ungeachtet der Pandemie der Warenverkehr in beide Richtungen angestiegen. Staatspräsidentin Kaljulaid freute sich über den Austausch zur Digitalisierung und dankte Österreich für die Hilfe in der Coronakrise. ■

Trilaterales Präsidententreffen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf seine Amtskollegen aus Kroatien und Slowenien – sie fordern EU-Kandidatenstatus für Bosnien



Foto: Carina Karlovits / HBF

v.l.: Borut Pahor (Slowenien), Zoran Milanović (Kroatien) und Alexander Van der Bellen bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Kroatien

Der Krieg in der Ukraine und die europäische Perspektive der Westbalkanländer standen am 3. Juni im Mittelpunkt des Treffens der Staatsoberhäupter Österreichs, Kroatiens und Sloweniens auf den Brioni-Inseln in Kroatien. Die Staatshäupter demonstrierten Einigkeit in der Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine, aber zugleich auch Machtlosigkeit, Lösungen für eine baldige Beendigung des Krieges zu finden.

„Der Krieg wütet heute seit 100 Tagen und wir hoffen alle, daß es keine 100 Tage weitergeht. Wir wissen aber nicht, wie wir das beschleunigen können“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinen beiden Amtskollegen, Borut Pahor und Zoran Milanović. Die drei Präsidenten hätten die Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der Ukraine und Sanktionen gegen Rußland besprochen, sagte Van der Bellen und fügte hinzu, daß die EU-Staaten bisher bei den Sanktionen „bemerkenswerte Einigkeit“ gezeigt hätten. „Es ist wichtig, auch gegenüber dem Aggressor, daß wir uns in dieser Situation nicht auseinanderdividieren lassen in der Europäischen Union“, betonte er.

„Wir verurteilen die russische Aggression, aber alles andere ist nicht in unseren Händen“, sagte der Gastgeber des heurigen Jahrestreffens, Kroatiens Präsident Milanović. „Wir können nichts verändern, nur hoffen, daß der Krieg so bald wie möglich enden wird“, sagte er. Sein slowenischer Amtskollege Pahor sieht derzeit „keine Möglich-

keit, einen Weg für eine diplomatische Lösung des Konflikts zu finden. Zumindest nicht in diesem Moment“, sagte Pahor.

In der Kriegssituation in der Ukraine dürfe man die Länder des Westbalkans nicht aus den Augen verlieren, mahnte Bundespräsident Van der Bellen. Die EU-Beitrittsprozesse dieser Länder, die sich laut dem Bundespräsidenten zu lange hinziehen, müsse man auf eine neue Basis stellen und die EU-Erweiterungspolitik am Westbalkan neu gestalten.

In Bezug auf den schleppenden Beitrittsprozeß der Westbalkan-Länder sagte er, daß man in der EU „zu sehr im Klein-Klein“ verharre. „Alle sechs Länder des Westbalkans gehören in die Europäische Union“, unterstrich der Bundespräsident.

Sloweniens Präsident betonte, daß er seit Jahren darauf hinweist, daß die EU-Erweiterung des Westbalkans eine geopolitische Frage sei. Das habe sich jetzt auch mit dem Krieg in der Ukraine gezeigt, sagte Pahor mit Blick darauf, daß die EU-Mitgliedschaft der Ukraine bis zum Krieg nicht wirklich im Fokus stand. „Eine europäische Perspektive ist die einzige dauerhafte Zusicherung für Frieden und Sicherheit auf dem Westbalkan“, betonte er und mahnte, daß Verzögerungen bei der Erweiterung den Weg für nationalistische Politik freimachen könnte.

In Bezug auf Bosnien-Herzegowina setzt sich Pahor dafür ein, daß das Land sofort einen Kandidatenstatus bekommen sollte und den erforderlichen Bedingungen später nachkommen könne. Die EU sollte das „im guten

Glauben“ machen, sagte der Präsident Sloweniens. „Bosnien-Herzegowina könnte sich somit aus dem Teufelskreis ohne jeglichen Fortschritt und ohne Status lösen“, zeigte sich Pahor überzeugt. Van der Bellen begrüßte Pahors Initiative: „Wir müssen auf neue Ideen kommen, wie wir die Annäherung an die EU beschleunigen, sonst greift dort Frustration nicht nur bei den Politikern, sondern auch bei der betroffenen Bevölkerung um sich. Das dann wieder zu korrigieren, wird noch schwerer sein“, mahnte er.

„Ich spreche seit Jahren darüber – der Westbalkan, insbesondere aber Bosnien-Herzegowina, gerät aus dem Fokus“, betonte auch der kroatische Präsident und kritisierte, daß die Mehrheit der EU-Staats- und Regierungschefs „keine Ahnung“ über die Region habe. Die Aufgabe der kroatischen Diplomatie liege darin, auf die Probleme hinzuweisen, sagte Milanović.

In diesem Zusammenhang verteidigte er seine Position, mit der er immer wieder für Aufsehen sorgt, etwa mit seiner Forderung nach einer Blockade des NATO-Beitritts von Schweden und Finnland, bis das Problem mit der Wahlreform in Bosnien gelöst ist. „Alles, was ich mache, hat ein klares Ziel. Nicht jemandem zu trotzen, zum Beispiel Schweden und Finnland, sondern jenen zu helfen, die auf keine andere Weise Hilfe bekommen können“, sagte er. „Unwissenheit und mangelndes Interesse bei denjenigen, die einen Unterschied machen können, schmerzen mich“, so Milanović. ■

Gipfeltreffen der Drei-Meere-Initiative in Riga

Bundespräsident pocht auf Gemeinsamkeit gegenüber Rußland.



Foto: HBF / Peter Lechner

Gipfeltreffen der Dreimeeresinitiative: Bundespräsident Alexander Van der Bellen: „Die Ukraine braucht unsere Unterstützung auf allen Linien.“

Bei einem Präsidentengipfel in der lettischen Hauptstadt Riga haben Österreich und elf weitere mittelosteuropäische Staaten am 20. Juni die Ukraine in den Kreis der Drei-Meere-Initiative aufgenommen. „Ich glaube, es ist eine gute Initiative. Die Ukraine braucht Unterstützung auf allen Linien“, betonte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Zum Auftakt des Treffens hatte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Video an die Teilnehmer gewandt und äußerte dabei Interesse, sich der nach Ostsee, Schwarzem Meer und Adria benannten Initiative anzuschließen. Die Aufnahme folgte überraschend, war doch eigentlich nur der Status eines Partnerlandes vorgesehen gewesen wie ihn etwa Deutschland hat.

„Die Staaten der Drei-Meere-Initiative verbinden uns mit dem Rest der Welt“, sagte Selenskyj in seiner live gehaltenen Rede. Umgekehrt könne das ukrainische Netzwerk an Gaspipelines „die Bedürfnisse aller Staaten der Drei-Meere-Initiative befriedigen“. Außerdem könne die Ukraine zur Verkehrsdrehscheibe für die vom Baltikum bis ans Schwarze Meer und die Adria reichende Region werden, hob Selenskyj etwa die Eisenbahnlinie zwischen Warschau und Kiew oder die Nord-Süd-Autobahn „Via Carpathia“ hervor.

Bundespräsident Van der Bellen bezeichnete die Aufnahme der Ukraine in die Initia-



Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident im Gespräch mit dem Präsidenten Polens, Andrzej Duda

tive als „Parallelaktion“ zur geplanten Erteilung des EU-Beitrittskandidatenstatus. Die Ukraine brauche „Signale der Zusammengehörigkeit zu Europa“, unterstrich der Bundespräsident. Er selbst sei in Riga, weil es „immer spannend“ sei mit einer größeren Zahl von Amtskollegen Kontakt zu haben, „zu sehen, wie die Stimmung ist, welche Interessen artikuliert werden“.

„Österreich hat stärkstes Interesse daran, die Gemeinsamkeit in der Lösung der anste-

henden Fragen aufrechtzuerhalten“, sagte Van der Bellen. Er zog diesbezüglich einen Vergleich zur Pandemie, wo die EU-Staaten etwa auch Impfstoffe gemeinsam besorgt hätten. „Jetzt stehen wir vor ähnlichen Fragen in allen Fragen der Energieversorgung, des Ausstiegs aus dem russischen Öl und dem russischen Gas.“ Gerade weil sich einige Staaten leichter beim Ausstieg tun als andere, sei es „wichtig zu schauen, welche gemeinsamen Linien wir hier fahren können“.

Österreich, Europa und die Welt

Schon im Vorfeld des Gipfels hatte er betont, daß sich die Staaten der Initiative „nicht auseinanderdividieren“ lassen dürfen.

Die Initiative war nach der Krim-Annektion im Jahr 2014 gegründet worden, um die Abhängigkeit der Region von Rußland im Verkehrs- und Energiebereich zu verringern. Konkret sollte dies etwa durch den Bau von Flüssiggasterminals in Polen und Kroatien geschehen. Damals wurde die Initiative insbesondere als gegen die von Deutschland und Rußland betriebene Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“ gerichtet angesehen. US-Außenminister Antony Blinken sagte in einer Videobotschaft beim Gipfel, der Ukraine-Krieg habe aus den Zielen der Initiative „eine Notwendigkeit“ gemacht. Wegen des Ölembargos gegen Rußland müßten die Energielieferungen diversifiziert werden, bessere Strassen seien für NATO-Truppenverlegungen, aber auch für Getreideexporte aus der Ukraine erforderlich.

Bundespräsident Van der Bellen sagte auf die Frage, ob die USA und ihre osteuropäischen Partner in Sachen des russischen Machthabers Wladimir Putin hellsichtiger gewesen seien als etwa Deutschland und Österreich: „Ich gehörte selbst zu den Personen, die angesichts der auch historischen Beziehungen zwischen Rußland und Österreich das schlicht nicht für möglich gehalten haben, diesen Aggressionskrieg.“ Er verstehe auch „die tief sitzenden Sorgen aller drei Länder des Baltikums, aber auch von Finnland und Schweden, daß die Aggression nicht in der Ukraine stoppt, sondern wenn wir dem nicht Einhalt gebieten, auch andere Länder erfassen können“. Auch Finnland sei Teil des russischen Zarenreiches gewesen, „und wenn man die Aussagen und Artikel von Putin liest, die er in den letzten zwölf Monaten von sich gegeben hat, kann man schon den Eindruck gewinnen, er will das Zarenreich von vor dem Ersten Weltkrieg wieder aufbauen. Das sind alles gute Gründe, um ernsthaft besorgt zu sein.“ Österreich sei aber alleine aufgrund der Geografie „in einer privilegierten Situation, und Geografie läßt sich nicht ändern“, fügte der Bundespräsident hinzu.

Nach dem offiziellen Teil des Gipfels führte Van der Bellen auch bilaterale Gespräche mit dem Präsidenten Polens, Andrzej Duda, mit Estlands Präsident, Alar Karids und dem bulgarischen Präsidenten, Rumen Radew.

Darüber hinaus gab es auch kurze Treffen mit dem lettischen Gastgeber, Egils Levits, und dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.



... im Gespräch mit Estlands Präsident, Alar Karids ...



... und mit dem bulgarischen Präsidenten, Rumen Radew.



Ein kurzes Treffen gab es auch mit Deutschlands Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

Königlicher Besuch aus den Niederlanden

Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßte das Königspaar zum Staatsbesuch mit militärischen Ehren in Wien.



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Präsidentengattin Doris Schmidauer, Königin Máxima und der König der Niederlande, Willem-Alexander, und Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Der König der Niederlande, Willem-Alexander, ist gemeinsam mit seiner Frau Máxima am 27. Juni auf Staatsbesuch nach Österreich gekommen. Neben der Bundeshauptstadt Wien, wo sie zwei Tage verbracht haben, führte die Visite das Königspaar auch in die steirische Landeshauptstadt Graz.

Das Königspaar wurde am Vormittag auf dem Flughafen Wien-Schwechat von Außenminister Alexander Schallenberg empfangen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Ehefrau Doris Schmidauer begrüßten Willem-Alexander und Máxima mit einem Empfang mit militärischen Ehren im Inneren Burghof in Wien. Das Präsidentenpaar empfing König und Königin unter den Klängen der niederländischen Nationalhymne und der österreichischen Bundeshymne und den Blicken zahlreicher Schaulustiger. Kurzer Jubel brandete auf, als das Königspaar aus einem orange beflaggten Auto stieg und der Menge zuwinkte. Nach der Begrüßung schritt König Willem-Alexander ge-



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

König Willem-Alexander schritt im Inneren Burghof gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Ehrenformation der Garde ab

Österreich, Europa und die Welt

meinsam mit dem Bundespräsidenten die Ehrenformation der Garde ab. Bundespräsident Van der Bellen hatte zuletzt Mitte November 2018 den Niederlanden einen offiziellen Besuch abgestattet.

Errichtung des Nationalen Holocaust-Museums in Amsterdam

Das Bundeskanzleramt unterstützt in den nächsten Jahren mit insgesamt 400.000 Euro die Errichtung des Nationalen Holocaust-Museums in Amsterdam. Es ist das erste und einzige Museum, das die gesamte Geschichte der Judenverfolgung in den Niederlanden aufarbeitet. Durch Dauer- und Wechselausstellungen, Veranstaltungen und Bildungsprogramme werden BesucherInnen und mit der Geschichte konfrontiert und inspiriert, zu einer integrativen Gesellschaft beizutragen.

„Die schrecklichen Gräueltaten des Nationalsozialismus sind Mahnmal und Warnung für kommende Generationen. Wir haben aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung, ihr werden wir auch im Rahmen einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit gerecht. Es ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe, eine moderne Gedenkkultur weiterzuentwickeln. Es ist der Republik Österreich wichtig, im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus diese einzigartige Initiative mit insgesamt 400.000 Euro zu unterstützen“, so Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich des Treffens mit Königin Maxima und König Willem-Alexander im Bundeskanzleramt. „Die Errichtung des Nationalen Holocaust-Museums ist ein Meilenstein in der Erinnerungskultur in Europa. Während des Zweiten Weltkriegs zeichneten in den Niederlanden insbesondere auch österreichische NS-Funktionäre für die Deportation niederländischer Juden verantwortlich. Die Unterstützung Österreichs ist daher auch ein Zeichen dieser besonderen historischen Verantwortung in den Niederlanden. Antisemitismus ist ein globales Phänomen, das eine enge internationale Zusammenarbeit erfordert. Die Vernetzung mit internationalen Akteurinnen und Akteuren, aber auch die zahlreichen Bildungsprogramme des Museums sind ganz wesentlich für die Förderung jüdischen Lebens und eine effiziente Bekämpfung von Antisemitismus“, betonte Bundesministerin Karoline Edtstadler.

Mitte 2023 wird das Nationale Holocaust-Museum in zwei historischen und symbolträchtigen Gebäuden eröffnet: in der Holländische Schouwburg, wo zehntausende Jüdinnen und Juden vor ihrer Deportation inhaftiert waren, und in der ehemaligen Her-



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

In der Präsidentschaftskanzlei in der Hofburg (v.l.): Königin Máxima, König Willem-Alexander, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Präsidentengattin Doris Schmidauer



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer (3.v.l.) empfing Königin Maxima (l.) und König Willem-Alexander der Niederlande (2.v.l.) zu einem Arbeitsgespräch. Im Bild mit Katharina Nehammer (r.).



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Europaministerin Karoline Edtstadler (l.) mit dem Königs- und dem Präsidentenehepaar beim Besuch der Shoah-Namensmauer in Wien-Alsergrund

Österreich, Europa und die Welt

vormde Kweekschool, aus der hunderte jüdische Kinder gerettet wurden. Die Förderung ist im Einklang mit der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus, die im Jänner 2021 präsentiert wurde.

Am Nachmittag legte das Königspaar einen Kranz an der Shoah-Namensmauer in Wien-Alsergrund im Gedenken an die im Holocaust ermordeten jüdischen Frauen, Kinder und Männer im Beisein von Europa-ministerin Karoline Edtstadler nieder.

Besuch im Wiener Rathaus

Das Königspaar der Niederlande hat sich ins Goldene Buch der Stadt Wien eingetragen. Bürgermeister Michael Ludwig empfing die Majestäten im Roten Salon des Rathauses. In seiner Ansprache betrachtete er den Stadtchef als große Ehre, daß das Königspaar Wien als lebenswertester Stadt der Welt einen Besuch abstatte und sich für die Errungenschaften der traditionsbewussten und zugleich modernen Millionen-Metropole interessiere. Ludwig erinnerte an die hervorragenden bilateralen Beziehungen zwischen Wien und den Niederlanden. So würden Wien und Amsterdam beispielsweise sehr bewährt und erfolgreich – vor allem im sozialen Bereich – auf Ebene des Städtenetzwerks Eurocities kooperieren.

Auch die große Solidarität der Niederlande mit Wien nach dem Terroranschlag von 2020 hob Ludwig hervor. Damals schenkten die Niederlande der Stadt Wien 10.000 Tulpenzwiebeln – ein besonders bewegendes Zeichen, so Ludwig. Die Tulpenzwiebel wurden im Gedenken an die Opfer des Attentats gemeinsam mit Botschafter Aldrik Gierveld am Fuße der Ruprechtsstiege gepflanzt.

Abschließend stellte Ludwig fest, daß die Eintragung ins Goldene Buch eine hohe Wertschätzung für die Bundeshauptstadt sei. Das Königspaar bedankte sich beim Wiener Stadtchef für den freundlichen Empfang im Rathaus.

Königspaar zu Gast im Parlament

König Willem-Alexander und Königin Máxima der Niederlande trafen dann im Parlament mit Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures zusammen. Im Rahmen ihres dreitägigen Besuchs in Österreich besichtigten sie das historische Parlamentsgebäude am Ring. Der Staatsbesuchs des Königspaares stelle einen Höhepunkt in der langen und intensiven Freundschaft der beiden Länder dar, betonte Bures. Es sei eine große Ehre, das Königspaar im Herz der Demokratie begrüßen zu dürfen. Die freundschaftlichen



Foto: PID / C. Jobst

Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien: Bürgermeister Michael Ludwig mit dem Königspaar



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures mit dem Königspaar in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes am Ring, das seit 2017 generalsaniert wird...



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

... und im fast fertiggestellten Plenarsaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses des Reichsrates, in dem heute die Sitzungen der Bundesversammlung abgehalten werden.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Belvedere / Johannes Stoll

Generaldirektorin Stella Rollig führte Königin Máxima, König Willem-Alexander, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und First Lady Doris Schmidauer durch die Sammlung des Belvedere – im Hintergrund der „Kuß“ von Gustav Klimt

interessiert an den Erfahrungen und der Logistik der Sanierung. Bures berichtete von der Herausforderung, einen selbstbewussten und starken Parlamentarismus auch in einem Ausweichquartier aufrechtzuerhalten. Im Anschluß an das Gespräch führte die Zweite Präsidentin das Königspaar durch Räumlichkeiten des historischen Parlamentsgebäudes.

Am Abend folgte dann ein Staatsbankett im Schloß Belvedere. Zuvor besichtigte das royale Paar gemeinsam mit Belvedere-Generaldirektorin Stella Rollig die berühmte Gustav Klimt-Gemäldesammlung des Museums. Einige der Werke wandern im Herbst nach Amsterdam zur ersten Station der Ausstellung Klimt. Inspired by Van Gogh, Rodin, Matisse... ab 7. Oktober im Van Gogh Museum. Ab 3. Februar ist sie im Unteren Belvedere zu sehen – erstes Highlight des Jubiläumsjahres rund um 300 Jahre Belvedere. Maxima und Willem-Alexander genossen den ersten Einblick sichtlich, um dann im eleganten Ambiente des historischen Palastes mit Vize-Kanzler Werner Kogler und MinisterInnen, darunter Karoline Edtstadler, Johannes Rauch und Alexander Schallenberg, zu dinieren.

Am 28. Juni besichtigten Willem-Alexander und Máxima zunächst ein Integrationsprojekt in der Brotfabrik in Wien-Favoriten. Nach dem Besuch der „Community-Cooking“-Küche war ein Zusammentreffen mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine geplant, dann eine Besichtigung des Sonnwendviertels beim Wiener Hauptbahnhof. Im Anschluß war eine Visite in der Nationalbibliothek angesetzt.

Beziehungen zwischen Österreich und der Niederlande seien etwas ganz Besonderes. Bures zeigte sich erfreut, daß König Willem-Alexander und Königin Máxima auch persönlich viel mit Österreich verbinde, und sprach etwa deren traditionelle Urlaube im Land an. Das Treffen werde die engen Beziehungen, insbesondere auch auf parlamentarischer Ebene, weiter vertiefen, so Bures.

Auch die enge Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen parlamentarischen Kooperation unterstrich die Zweite Nationalratspräsidentin. Sie habe die Rede von König Willem-Alexander vor der parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg in der Woche zuvor mit großem Interesse verfolgt, in der er die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten hervorgehoben habe.

Das niederländische Parlament wird derzeit ebenso wie das österreichische saniert. König Willem-Alexander zeigte sich daher



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Königin Máxima und Bundespräsident Alexander Van der Bellen werken gemeinsam in der „Community-Cooking“-Küche in Wien Favoriten, einem Integrationsprojekt in der Brotfabrik

Österreich, Europa und die Welt

Nationalbibliothek-Generaldirektorin Johanna Rachinger begrüßte die Gäste im barocken Prunksaal, wo wertvolle Objekte mit historischem Bezug zu den Niederlanden präsentiert wurden: unter anderem Schriften des ersten Hofbibliothekars Hugo Blotius sowie eines seiner Nachfolger, Gerard van Swieten, beide geborene Niederländer. Der barocke Prunksaal bildete die passende, imperiale Kulisse für diese besondere Präsentation. Die Objekte verdeutlichen die Verbindung der ehemaligen Hofbibliothek mit den Niederlanden vor mehr als 400 Jahren: darunter der älteste Katalog der Hofbibliothek zur Benützung des Bestandes aus 1576, der auf den ersten Hofbibliothekar und Niederländer Hugo Blotius zurückgeht. Ebenfalls präsentiert wurde ein von 1751-1771 entstandener Katalog über die Auflistung aller verbotenen Werke im Zuge der 1751 eingerichteten Bücher-Zensur-Hofkommission, deren Vorsitzender der aus Leiden stammende Gerard van Swieten (1700–1772), Leibarzt Kaiserin Maria Theresias und Präfekt der Hofbibliothek, war.

Die Ehrengäste betrachteten auch das kostbarste kartographische Objekt der Österreichischen Nationalbibliothek, einen Auszug aus dem 50bändigen Atlas Blaeu-Van der Hem aus Amsterdam aus den Jahren 1662-1678, Bestandteil des UNESCO-Weltdokumentenerbes. Dieser Atlas stellte die gesamte, damals bekannte Erde dar. Zwei weitere wertvolle Objekte aus den Beständen waren das prachtvoll ausgestattete Stundenbuch des Burggrafen von Montfort mit Stammsitz Utrecht aus 1450 sowie die aufwendigste der mittelniederländischen Histo-



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Königs- und Präsidentenpaar waren in Wien mit Öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Sonja Klima, Chefin der Spanischen Hofreitschule, präsntierte einen der berühmten Lipizzaner



Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / HBF

Nationalbibliothek-Generaldirektorin Johanna Rachinger begrüßte die Gäste im barocken Prunksaal,

Österreich, Europa und die Welt

rienbibeln um 1460, eine Abschrift der ersten Bibelübersetzung in die Landessprache. Johanna Rachinger: „Es war mir eine besondere Ehre und Freude, Ihre Majestäten und das Präsidentenpaar zu empfangen und einige der wertvollsten und historisch bedeutendsten Objekte aus der gemeinsamen Vergangenheit der beiden Länder in diesem Rahmen zeigen zu können.“

Am Abend stand dann ein Konzert des niederländischen Kammerchors im Konzerthaus auf dem Programm.

Der dritte Tag des Besuchs war vor allem der Mobilität gewidmet. Per Bahn ging es gemeinsam mit dem Bundespräsidentenpaar nach Graz.

Niederländisches Königspaar zu Gast in Graz

Bevor die Amtszeit von Hermann Schützenhöfer als Landeshauptmann der Steiermark zu Ende geht, stand noch dieser royale Staatsbesuch auf dem Programm. Der König traf in Begleitung seiner Gemahlin Máxima, Bundespräsident und dessen Gattin Roter Teppich, Ehrenspalier – das diplomatische Protokoll wurde natürlich auch in der steirischen Landeshauptstadt auf Punkt und Beistrich eingehalten. Schützenhöfer, der in Begleitung seiner Gattin Marianne den Gastgeber gab: „Ich bin dann noch vier Tage im Amt – und es ist mir eine große Freude und Ehre, daß das Königspaar die Steiermark als ein Ziel des Staatsbesuches in Österreich ausgewählt hat. Es ist schon ein besonderer Termin, der mir in Erinnerung bleiben wird. Der letzte offizielle Staatsbesuch in unserem Bundesland liegt über 50 Jahre zurück. Damals, im Jahr 1969, hatte Landeshauptmann Josef Krainer sen. die Ehre, Queen Elizabeth II. als Gast in der Steiermark zu begrüßen.“

AVL-Werksführung – neueste E-Mobility-Innovationen

Firmengründer CEO Helmut O. List nahm die Führung der königlichen Gäste persönlich vor. List freute sich, dem Besuch „die neuesten Innovationen auf dem Gebiet der Elektromobilität, einschließlich Batterien, Brennstoffzellen und Wasserstoff für eine grüne, klimaneutrale Mobilität zu präsentieren.“ Zu den Highlights gehörte das neue AVL Hydrogen and Fuel Cell Test Center, das zu den größten und fortschrittlichsten Testanlagen für Brennstoffzellen und Elektrolyseysteme weltweit zählt. Darüber hinaus präsentierten NXP, Thinkport Vienna und AVL ihre intelligenten und elektrifizierten Mobilitätslösungen, einschließlich fort-



Foto: APA / Manfred Hörmandinger

v.l.: König Willem-Alexander, Generaldirektorin Johanna Rachinger, Königin Máxima und Jan Mokra, Direktor der Kartensammlung der Österreichischen Nationalbibliothek



Foto: Stadt Graz / Fischer

Das Königspaar reiste gemeinsam mit dem Bundespräsidentenpaar mit dem Zug nach Graz



Foto: LandSteiermark / Binder

LH Hermann Schützenhöfer und Gattin Marianne im Gespräch mit dem Staatsgast

Österreich, Europa und die Welt

schrittlicher Fahrerassistenzsysteme und autonomes Fahren. Abschließend besuchte die Delegation das AVL Battery Innovation Center, das von AVL und Rosendahl Nexstrom für die Entwicklung, Implementierung und Validierung von hocheffizienten Batterieproduktionsprozessen etabliert wurde.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen war voll des Lobes: „Unternehmen wie die AVL mit ihrem unermüdlichen Forschungs- und Innovationsgeist sind für Österreich als internationaler Technologieanbieter wichtig, um auch die Klimaziele bei der Arbeit an nachhaltigen Mobilitätslösungen zu erreichen.“

Besuch bei der Stadtregierung

Zu Mittag traf das niederländische Königspaar gemeinsam mit dem Präsidentenpaar beim Rathaus ein, wo sie schon von Bürgermeisterin Elke Kahr und ihrer Stellvertreterin Judith Schwentner erwartet wurden. Viele Menschen hatten sich zudem am Hauptplatz versammelt, um dem hohen Besuch zuzuwinken. Für diesen war eigens der rote Teppich ausgerollt worden, auf dem die Gäste zum Stadtsenatssitzungssaal im zweiten Stock emporstiegen. Dort lag bereits das Goldene Buch der Stadt Graz bereit. „Es ist eine Ehre und eine Auszeichnung für unsere Stadt, so hohen Besuch empfangen zu dürfen“, freute sich die Bürgermeisterin darüber, daß der König und seine Gattin ihrer Einladung ins Rathaus gefolgt waren. Sie gab den Gästen einen kurzen historischen Abriss über die Geschichte des Hauses und seine Bürgermeister. „Bisher alles Herren“, erklärte Kahr mit einem Augenzwinkern. Für das Königspaar war es der erste Besuch in der steirischen Landeshauptstadt. „Wir freuen uns, daß uns Bundespräsident Van der Bellen vorgeschlagen hat, auch Graz zu besuchen“, so der niederländische Monarch. „Es ist eine sehr interessante Stadt, von der wir viel lernen können.“ Zum Abschluß trugen sich die beiden Hoheiten ins Goldene Buch der Stadt ein. Somit ist dieses nach mehr als 50 Jahren wieder um eine königliche Signatur reicher: Bei ihrem Grazbesuch im Jahr 1961 erteilte sich Queen Elisabeth ebenfalls.

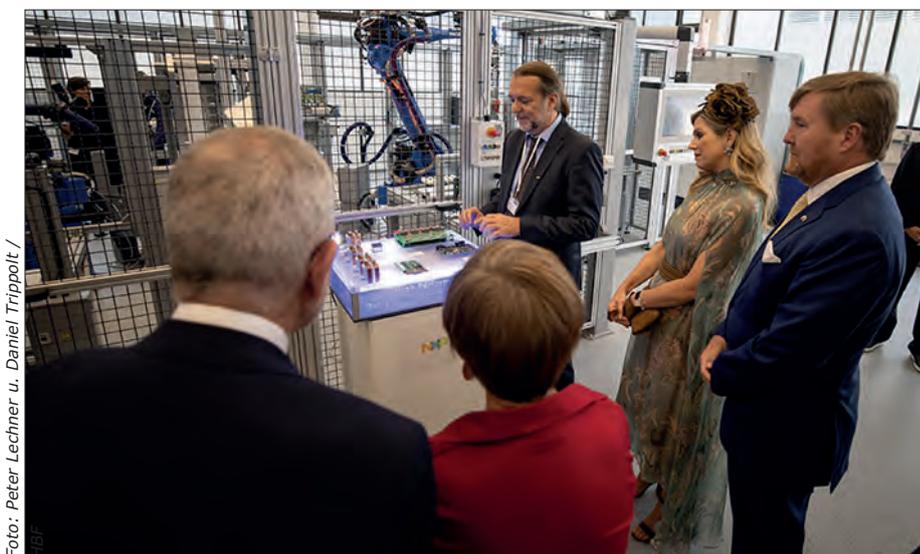
Im Anschluss ging's weiter zur Alten Universität, wo sich die Staatsgäste mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer zu einem gemeinsamen Mittagessen trafen.

Offizieller Empfang in der Aula der Alten Universität

Nach Impulsvorträgen der Wissenschaftlerinnen Johanna Pirker und Jacquelinen



Die Delegationen des Staatsbesuches werden durch den Vorzeigebetrieb AVL Llist geführt.



Firmengründer CEO Helmut O. List nahm die Führung der königlichen Gäste persönlich vor.



König Willem-Alexander und Königin Máxima bei der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Graz; hinten v. l. Bürgermeisterin Elke Kahr, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer, Vizebürgermeisterin Judith Schwentner und Dolmetscher Bernhard Höfele

Foto: LandSteiermark / Binder

Foto: Peter Lechner u. Daniel Trippolt / ZIBF

Foto: Stadt Graz / Fischer

Österreich, Europa und die Welt

Scherpen bedankte sich die royale Delegation – unter anderem waren auch Minister Hugo De Jonge und der niederländische Botschafter in Wien Gierveld Aldrik dabei – in festlichem Rahmen für die Gastfreundschaft. Schützenhöfer: „Die Steiermark ist das Grüne Herz Österreichs und es freut mich besonders, daß auch viele Niederländerinnen und Niederländer die Steiermark als Tourismusland schätzen und vor allem die Region rund um den Red Bull-Ring anlässlich der Formel 1-Rennen – und das ist insbesondere der Fangemeinde von Formel-1 Pilot Max Verstappen zu verdanken – immer wieder zahlreich besuchen. Wie sie sich heute schon selbst bei der AVL List überzeugen konnten, ist die Steiermark auch ein starker Forschungs- und Wirtschaftsstandort. Wir haben die meisten Universitäten in Österreich außerhalb der Bundeshauptstadt Wien und liegen mit einer Forschungsquote von 5,15 Prozent gemeinsam mit Baden-Württemberg an der Spitze der Regionen in Europa. Ich bedanke mich nochmals sehr herzlich für Ihren Besuch und wünsche noch weitere schöne Stunden in der Steiermark – Ein steirisches Glück auf!“

König Willem-Alexander dankte dem scheidenden Landeshauptmann: „Wir durften Graz als elegante, entspannte und vor allem innovative Stadt kennenlernen – danke! Alles Gute für die Zeit nach der Politik, wo mehr Zeit für die Familie bleiben wird, wo aber von Zeit zu Zeit auch Wehmut aufkommen wird. Ich bin froh, daß wir noch zu ihrer Amtszeit hier sein durften.“

Besuch der Murinsel

Zu Fuß direkt vom Lunch in der Aula der Alten Universität marschierten die Royals samt Begleitung auf die Murinsel. Am Abgang zur Vito Acconics architektonischem Meisterwerk erwartete die Königin und den König Vizebürgermeisterin Judith Schwentner. Sie erzählte über die Insel, das Kulturjahr 2003 und über die Bemühungen in der Stadt Graz rund um das Thema Radfahren. Die Details zur Radoffensive präsentierten dann der Leiter der Verkehrsplanung Wolfgang Feigl und Masterplaner Stefan Bendiks.

Nach dem Vortrag auf der Murinsel ging's für die royale Delegation hoch hinauf auf den Schloßberg. Das zählte aber dann schon zum nichtoffiziellen Teil des Besuchs.

Die niederländische Königsfamilie hat traditionell enge Beziehungen zu Österreich und verbringt bereits seit 1959 ihren jährlichen Skiurlaub im Nobelskiort Lech am Arlberg. ■



Foto: LandSteiermark / Binder

Der König hält stehend am Mittagstisch eine kurze Ansprache und sorgt für Heiterkeit – nicht nur – bei seiner Gemahlin Máxima und Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer



Foto: Stadt Graz / Fischer

Königspaar, Präsidentenpaar und Vizebürgermeisterin Judith Schwentner auf dem Weg ...



Foto: Stadt Graz / Fischer

... zur Murinsel, wo Schwentner über die Insel, das Kulturjahr 2003 und über die Bemühungen in der Stadt Graz rund um das Thema Radfahren erzählte

Aus dem Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Michael Buchner



Gruppenfoto mit allen TeilnehmerInnen bei der Aussprache (v.l.): Österreichische Delegation: Nationalratsabgeordneter Reinhold Einwallner und Nationalratsabgeordneter Norbert Sieber. Schweizer Delegation: Ständerat Alex Kuprecht, Nationalrätin Daniela Schneeberger, Nationalrätin Regula Rytz, Nationalrat Martin Haab und Nationalrat Lukas Reimann

Austausch mit Schweizer ParlamentarierInnen

Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs empfing eine ParlamentarierInnen-delegation aus der Schweiz am 5. April in ihren Amtsräumen in der Hofburg, die sich beginnend am Tag zuvor zu einem zweitägigen Besuch in Wien aufhielt. An der Unterredung nahmen noch Mitglieder der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich-Schweiz, nämlich deren Obmann Abgeordneter Norbert Sieber (ÖVP) sowie Abgeordneter Gerald Loacker (NEOS) teil. Neben den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine standen dabei vor allem bilaterale Themen im Mittelpunkt.

Bei dem Treffen plädierte der Delegationsleiter und Ständerat Alex Kuprecht, der der zweiten Kammer der Schweizer Bundesversammlung angehört, für einen noch regelmäßigeren Gedankenaustausch zwischen den beiden Ländern. Die traditionell guten Beziehungen könnten etwa in den Bereichen Schüler- und Lehrlingsaustausch sowie in Bezug auf die Gemeindeparterschaften weiter ausgebaut werden, waren sich beide Seiten einig. Basis dafür sei auch die im Vorjahr unterzeichnete Absichtserklärung betreffend eine Strategische Partnerschaft zwischen der Schweiz und Österreich. „Gerade im Bereich der dualen Ausbildung wäre ein Austausch von Lehrlingen und Studierenden für beide Länder wichtig, da wir hier in beiden Län-



Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und Ständerat Alex Kuprecht

dern ähnliche Gegebenheiten haben“, betonte Bundesratspräsidentin Schwarz-Fuchs.

Sehr viele Ähnlichkeiten stellten die Gesprächspartner fest, wenn es um die Themen Energieversorgung, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene oder transnationale Verkehrsprojekte ging, zumal es in beiden Ländern ähnliche geographische Rahmenbedingungen gebe.

Die Schweiz beziehe zwar auch etwa 50 Prozent der erforderlichen Gasmengen aus Rußland, informierten die eidgenössischen

Abgeordneten, insgesamt sei der Anteil von Erdgas am gesamten Energiesektor mit 15 Prozent aber relativ niedrig.

Was die Flüchtlinge aus der Ukraine angeht, so würden sie in der Schweiz einen speziellen Status erhalten, um am Arbeitsmarkt teilnehmen zu können, erklärte Kuprecht. Man setze zudem ebenso wie Österreich auf Hilfe vor Ort, zumal die besonders betroffenen Nachbarländer wie Polen, Ungarn oder Moldawien dringend Hilfe benötigen. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) bei der Begrüßung des irischen Staatspräsidenten Michael D. Higgins

Nationalratspräsident im Austausch mit dem Präsidenten Irlands

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tauschte sich am 6. Juni mit dem Präsidenten Irlands, Michael D. Higgins, im Rahmen von dessen Österreich-Besuch aus. Zentrales Thema des Gesprächs war der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen für Europa und beide Länder.

Sowohl Sobotka als auch Higgins verurteilten den Angriffskrieg und forderten Ermittlungen und ein Verfahren am Internationalen Gerichtshof zur Aufklärung von Kriegsverbrechen in der Ukraine. Die beiden Gesprächspartner betonten zudem die Rolle neutraler Staaten als Vermittler und die Wichtigkeit, weiterhin alle diplomatischen Kanäle für Verhandlungen zu nutzen, um einen Frieden herbeizuführen.

Internationaler Gerichtshof muß Kriegsverbrechen aufklären

Österreich verurteile die Angriffe auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine aufs Schärfste, betonte Sobotka. Für Österreich zähle die Stärke des Rechts und nicht das Recht der Stärkeren, hob er hervor. Es gebe keinerlei Rechtfertigung für diesen Angriffskrieg. Dieser sei ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht und bedrohe die internationale Ordnung. Rußland habe mit den Angriffen auf ZivilistInnen und zivile Infrastruktur eine weitere rote Linie klar überschritten, zeigte sich Sobotka tief besorgt und schockiert über die Gräueltaten in den Vororten von Kiew, die humanitäre Situation in der Ukraine und die steigende Zahl ziviler Opfer und Vertriebener. Die Aufklärung und

Dokumentation der Kriegsverbrechen müsse durch unabhängige BeobachterInnen vor Ort erfolgen und die Verantwortlichen vor dem Internationalen Gerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden, war sich Sobotka mit Präsident Higgins einig. Dementsprechende Ermittlungen seien rasch aufzunehmen.

Österreich und Irland befürworten Sanktionen gegen Rußland

Österreich trage in Abstimmung mit der EU alle Sanktionen gegen Rußland mit, betonte Sobotka. Diese würden sich aber oftmals schneller auf die europäischen Staaten als auf die kriegstreibende Partei auswirken, verwies Higgins auf die starke Energieabhängigkeit Europas. Es sei von entscheidender Bedeutung, die Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu beschleunigen.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Irlands Staatspräsident Michael D. Higgins beim Eintrag ins Gästebuch

Österreich sei militärisch gesehen ein neutraler Staat, erklärte Sobotka, nicht aber politisch; die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, sei eine rote Linie. Österreich werde alle Bemühungen für Verhandlungen und einen Waffenstillstand unterstützen. Die Aufgabe neutraler Staaten sei es, sich hier einzubringen, war sich der Nationalratspräsident mit Präsident Higgins einig. Die Initiativen unabhängiger Dritter hätten auch im Konflikt mit Nordirland vieles bewirkt, meinte Higgins, der auch auf die Tradition Österreichs in diplomatischen Initiativen hinwies.

EU-Beitritt der Ukraine und der Westbalkan-Staaten

Eine europäische Perspektive für die Ukraine müsse unterstützt werden, ein EU-Beitritt sei allerdings ein langfristiger Prozeß, erklärte Sobotka. Den EU-Beitritt der Ukraine befürwortete auch Präsident Higgins und plädierte für Kompromisse im EU-Beitrittsverfahren. Beide befürworteten den Beitritt der Westbalkan-Staaten. Man müsse deren Beitrittsperspektiven forcieren, da die Menschen die Geduld und das Vertrauen in Europa verlieren würden, meinte Sobotka und wies auf die geopolitische Bedeutung einer EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan für Österreich hin.

Engagement der Bevölkerung für Ukraine beeindruckend

Österreich und Irland würden im Rahmen ihrer Möglichkeiten helfen und umfangreiche humanitäre Unterstützung in der Ukraine leisten. Die Bevölkerung habe dabei ihr zivilgesellschaftliches Engagement auf hervorragende Weise zum Ausdruck gebracht, zeigten sich Sobotka und Higgins beeindruckt. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser



Pressekonferenz der Parlamentspräsidentinnen. Am Mikrofon: Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Treffen von neun europäischen Parlamentspräsidentinnen an polnisch-ukrainischer Grenze

Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs besuchte am 20. April mit acht weiteren europäischen Parlamentspräsidentinnen aus Polen, Belgien, Tschechien, Zypern, Litauen, Lettland, Spanien und der Ukraine den polnisch-ukrainischen Grenzübergang in Dorohusk an der polnisch-ukrainischen Grenze sowie die Flüchtlingsaufnahmestelle Lwowska und das Humanitarian Aid Centre Ptak bei Warschau.

„Besonders im Gespräch mit den Flüchtlingen in Ptak haben wir sehr traurige Eindrücke davon erhalten, welches Elend der Krieg in die Ukraine gebracht hat. Vor allem Mütter mit ihren Kindern, die alles hinter sich lassen mußten, werden hier vorübergehend untergebracht. Europa muß jetzt Solidarität zeigen und mit allen Kräften Unterstützung leisten, um den Flüchtlingen zu helfen“, betonte Schwarz-Fuchs. Das Humanitarian Aid Center Ptak ist mit einer Kapazität von 20.000 Betten das größte seiner Art in Polen. Derzeit warteten dort zu diesem Zeitpunkt ca. 6000 Flüchtlinge auf ihren Weitertransport in ein anderes EU-Land ihrer Wahl. „In Ptak und Lwowska trifft man unzählige Kinder, viele von ihnen sind nicht mit ihren Müttern, sondern mit den Großeltern oder einer Tante hierhergekommen. Es sind schreckliche Einzelschicksale, insbesondere von mißhandelten Frauen und verschleppten Kindern, die uns sehr hellhörig und betroffen gemacht haben. Die Hilfsbereitschaft Polens und der vielen Freiwilligen ist enorm, aber es braucht noch mehr Unterstützung der euro-

päischen Staaten hier in Polen“, so Schwarz-Fuchs. Der abschließenden Konferenz in Warschau sollen weitere virtuelle Konferenzen folgen, in denen die Maßnahmen der einzelnen Länder, insbesondere für humanitäre Hilfe, konkretisiert werden sollen.

Dem Besuch in Polen folgte tags darauf ein Gespräch mit dem ukrainischen Botschafter in Österreich, Vasyl Khymynets, im Parlament in der Wiener Hofburg. Er hat sich bei der Vorsitzenden der Länderkammer für die enorme Solidarität und Hilfsbereitschaft Österreichs bedankt. In den Bundesländern hätten viele Menschen Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich aufgenommen oder Hilfstransporte in die Ukraine organisiert. Mittlerweile seien zum damaligen Zeitpunkt rund 60.000 UkrainerInnen in Österreich of-

fiziell registriert worden, so Botschafter der Ukraine.

„Wir haben zwar aktuell für ungefähr 250.000 Flüchtlinge Quartiere, sehen aber, daß zurzeit mehr Flüchtlinge wieder – vor allem in die von der russischen Armee verlassenen Regionen – einreisen, als von dort ausreisen. Rund 95 Prozent der in diversen EU-Ländern aufgenommenen Flüchtlinge wollen zudem so bald wie möglich wieder in die Ukraine zurück. Sobald die Lage dort wieder sicher für sie ist, braucht die Ukraine Hilfe bei der Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur. Da sind Österreich und die anderen EU-Länder gefragt. Auch die Unterstützung von europäischen Kommunen für Gemeinden in der Ukraine kann dann viel bewegen“, appelliert Schwarz-Fuchs. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger



Ukraines Botschafter Vasyl Khymynets mit Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Österreich, Europa und die Welt

Nationalratspräsident Sobotka zu Besuch im Schweizer Parlament

Im Zuge eines Auslandsbesuchs traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 25. April in Bern mit der Präsidentin des Schweizer Nationalrats Irène Kälin zu Gesprächen zusammen. Zentrales Thema des Austausches war der Krieg in der Ukraine und dessen Folgen für Europa. Sowohl Sobotka als auch Kälin verurteilten den Angriffskrieg und erörterten dessen Folgen. Nach diesem Gespräch tauschte sich Sobotka noch mit dem Ständeratspräsidenten Thomas Hefti und der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Karin Keller-Sutter aus.

Ukraine: Angriffskrieg könne durch nichts gerechtfertigt werden

Österreich verurteile die Angriffe auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine aufs Schärfste, betonte Sobotka in dem Austausch mit seiner Amtskollegin Kälin. Für Österreich zähle die Stärke des Rechts und nicht das Recht der Stärkeren. Dieser Angriffskrieg könne durch nichts gerechtfertigt werden und sei ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationale Ordnung.

Österreich trage alle Sanktionen gegen Rußland mit, erklärte Sobotka und begrüßte das gemeinsame Vorgehen der EU und der Schweiz in dieser Frage. Sanktionen seien aber nur sinnvoll, wenn sie einen selbst nicht mehr treffen als den zu Sanktionierenden, meinte Sobotka. Es gelte aber, die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern und sich langfristig von fossilen Energieträgern – auch im Sinne einer klimafreundlichen Zukunft – zu lösen.

Die Angriffe auf ZivilistInnen und die zivile Infrastruktur seien eine klare Überschreitung einer roten Linie durch Rußland, zeigte sich der Nationalratspräsident schockiert. Angesichts der grauenvollen Bilder von erschossenen ZivilistInnen forderte er eine lückenlose Aufklärung dieser Kriegsverbrechen und begrüßte Ermittlungen des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Strafgerichtshofs sowie die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats.

Die humanitäre Hilfe für ukrainische Schutzsuchende sei für ihn eine Verpflichtung der Menschlichkeit, zeigte sich Sobotka überzeugt. Österreich unterstütze die Vertriebenen hierzulande aber auch in Partnerländern wie in der Republik Moldau. Im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg tausch-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Nationalratspräsidentin Irène Kälin...



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

... und mit Ständeratspräsident Thomas Hefti

te sich Sobotka mit seiner Amtskollegin auch über die Rolle der Neutralität aus und hob das klare Neutralitätsbekenntnis der Bundesregierung und der Parlamentsfraktionen hervor.

Vertrauensvolle nachbarschaftliche Beziehungen und enge Anbindung der Schweiz an EU für Österreich wichtig

Die Schweiz und Österreich hätten seit jeher exzellente bilaterale Beziehungen und eine enge vertrauensvolle Nachbarschaft, betonte Sobotka. Die Schweiz sei nicht nur ein wichtiger Handelspartner sondern gehöre auch zu den wichtigsten Investoren in Öster-

reich, meinte der Nationalratspräsident über die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen der beiden Nachbarstaaten.

Gespräche mit Ständeratspräsident und der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements

Dem Treffen mit Nationalratspräsidentin Kälin folgten zwei weitere Gespräche mit Ständeratspräsident Thomas Hefti und der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Auch in diesen beiden Gesprächen dominierten die Folgen des Ukraine-Kriegs. ■

Österreich, Europa und die Welt

Sobotka im Gespräch mit seinem ungarischen Amtskollegen

In einem virtuell stattgefundenen Arbeitsgespräch tauschte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 28. April mit seinem ungarischen Amtskollegen László Kövér aus. Im Mittelpunkt der Videokonferenz standen dabei die aktuelle Lage in der Ukraine sowie die Beitrittsperspektive der Westbalkanländer. Kövér informierte zudem über den Ausgang der Parlamentswahlen in Ungarn und skizzierte den weiteren Fahrplan hinsichtlich der damals bevorstehenden Regierungsbildung.

Zentrales Thema des Austauschs war der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf Europa. Dabei waren sich beide Gesprächspartner in der Befürchtung einig, daß es zu keinem schnellen Ende des Krieges kommen werde. Österreich unterstütze aber weiterhin jedwede Bemühungen, Verhandlungen über einen Waffenstillstand voranzutreiben, so der Nationalratspräsident. Was die Fragen der Energiesicherheit betrifft, lehne Österreich ein sofortiges Gasembargo ab, die Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl sei aber von entscheidender Bedeutung. „Die Sanktionen sind nur dann sinnvoll, wenn sie uns nicht mehr treffen als den zu Sanktionierenden, betonte Sobotka. Dem schloß sich auch László Kövér an, der von „katastrophalen Auswirkungen“ für die ungarische Wirtschaft sprach. Ähnlich wie in Österreich, würden auch in Ungarn 80 Prozent des Gases aus Rußland geliefert.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs bildete der EU-Erweiterungsprozeß mit den Westbalkanländern. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ukraine sei eine glaubwürdige Perspektive für die Region wichtiger denn je, betonte der Nationalratspräsident. Es gehe nun darum, vor allem klare Signale an die Bevölkerung in den jeweiligen Ländern zu senden. Das sah Kövér ähnlich. Solange die Region des Westbalkans instabil sei, würden Sicherheitsprobleme in Europa bestehen. Zu einem möglichen EU-Beitritt der Ukraine hielt Sobotka fest, daß eine europäische Perspektive wichtig sei, aber den entsprechenden EU-Regelungen zu folgen habe. Dabei gehe es auch um die Glaubwürdigkeit gegenüber den Partnern am Westbalkan.

Beide Gesprächspartner sprachen sich zudem für eine weitere Vertiefung und Fortführung der bilateralen Kooperation der beiden Parlamente aus. Dabei zeigte sich Sobotka auch über die die Einladung Kövérs zu einem Besuch in Budapest erfreut.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei Videokonferenz mit ungarischem Parlamentspräsidenten László Kövér (am Bildschirm links)

Weitere Themen des Austauschs waren das seitens der EU-Kommission eingeleitete Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn sowie die Situation von österreichischen Unternehmen in Ungarn. Sobotka zeigte sich besorgt, daß die guten und engen Wirtschaftsbeziehungen durch regulatorische Eingriffe der ungarischen Regierung Schaden nehmen könnten. ■

Sobotka führte hochrangige Gespräche bei zweitägigem Besuch in Rom

Im Rahmen seiner zweitägigen Rom-Visite wurde Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Abend des 2. Mai vom italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella im Quirinalspalast empfangen. Zentrales Thema des Austausches war der Krieg in der Ukraine sowie dessen Folgen für Europa und

die gesamte Weltordnung. Das umfangreiche Besuchsprogramm beinhaltete zudem noch Treffen mit den PräsidentInnen der beiden Parlamentskammern Maria Elisabetta Alberti Casellati und Roberto Fico, Innenministerin Luciana Lamorgese, VertreterInnen der Jüdischen Gemeinde sowie Südtiroler Abgeordneten.

Krieg in der Ukraine: Antwort Europas mit einer Stimme essentiell

Alle Gesprächspartner waren sich einig, daß der Angriff auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine aufs Schärfste zu verurteilen sei und weiterhin gemeinsame, europäische Antworten das Ziel sein müssen. Österreich trage alle Sanktionen gegen Rußland mit, betonte Sobotka in den Gesprächen, der Druck auf Rußland müsse in



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Der Nationalratspräsident beim Präsidenten der italienischen Republik Sergio Matarella

Österreich, Europa und die Welt

sämtlichen internationalen Organisationen aufrechterhalten werden. Entscheidend sei nicht nur das gemeinsame Vorgehen der Europäischen Union in dieser Frage, sondern auch die Unterstützung durch Drittstaaten, um das Umgehen von Sanktionen verhindern zu können. Dennoch gelte es weiterhin, alle verfügbaren diplomatischen Kanäle und Plattformen, auch auf parlamentarischer Ebene zu nutzen. In diesem Sinne sei auch die Reise von Bundeskanzler Karl Nehammer nach Moskau zu betrachten, der Wladimir Putin mit Nachdruck mit den Kriegsverbrechen konfrontiert habe. Angesichts der grauenvollen Bilder von erschossenen ZivilistInnen forderte Sobotka eine lückenlose Aufklärung der Kriegsverbrechen.

Da Sanktionen nur dann sinnvoll seien, wenn sie einen selbst nicht mehr treffen als den zu Sanktionierenden, lehne Österreich ein sofortiges Gasembargo ab. Dies hätte massive Auswirkungen auf die heimische Industrie und Wirtschaft, gab Sobotka zu bedenken. Dennoch sei es auch im Sinne einer klimafreundlichen Zukunft wichtig, langfristig die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl bzw. generell von fossilen Energieträgern deutlich zu verringern. Von italienischer Seite wurde der Vorschlag einer Gaspreisobergrenze sowie ein europäisches System zur Beschaffung und solidarischen Verteilung von Erdgas ventiliert.

Weiters zeigten sich sämtliche Gesprächspartner besorgt über die hohe Zahl an Vertriebenen aus der Ukraine. Man gehe bereits davon aus, daß es sich um die am schnellsten wachsende Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg handelt, stellte Sobotka fest. Österreich leiste umfangreiche humanitäre Hilfe, wobei nicht nur die Ukraine selbst, sondern auch die stark betroffenen Nachbarländer wie z.B. die Republik Moldau unterstützt würden.

Weiterer Ausbau der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen wird angestrebt

Bei seinem Gespräch mit Sergio Mattarella, der heuer zum zweiten Mal auf weitere sieben Jahre in Rom zum Staatspräsidenten gewählt wurde, hob Sobotka auch die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Italien auf den verschiedensten Ebenen hervor. Italien sei nicht nur der zweitgrößte Handelspartner für Österreich, sondern auch ein guter und konstruktiver Partner bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Südtirol-Autonomie. In diesem Zusammenhang dankte der Nationalratspräsident für die Begnadigung von Heinrich



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Der Nationalratspräsident mit der Präsidentin des Senats Maria Elisabetta Casellati ...



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

und mit dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer Roberto Fico

Oberleiter durch Mattarella. Man freue sich zudem auf die für 2022 geplanten Feierlichkeiten zu „50 Jahre Zweites Autonomie-Statut“ und „30 Jahre Streitbeilegung“, an denen hochrangige österreichische VertreterInnen teilnehmen werden. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen von Euregio, die grenzüberschreitende Kooperationen möglich mache, sei als besonders positiv zu beurteilen, konstatierte Sobotka.

Weitere Gesprächsthemen: EU-Erweiterung, Flüchtlingspolitik und wichtige EU-Vorhaben

Die aktuelle Situation in der Ukraine sowie deren Auswirkungen auf Italien standen dann auch bei den Unterredungen mit den PräsidentInnen der Abgeordnetenkammer Roberto Fico und des Senats Maria Elisabetta Alberti Casellati im Mittelpunkt. Mit dem Politiker der Fünf-Sterne-Bewegung Rober-

to Fico, der zuletzt im Vorjahr zu einem offiziellen Besuch beim Nationalratspräsidenten in Wien war, erörterte Sobotka auch den Umgang Italiens mit den EU-Beitrittsansuchen der Ukraine. Sobotka wertete dies als Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und engeren Beziehungen zu Europa. Wie bei den laufenden Erweiterungsverfahren müsse dieser Prozeß, so die Gesprächspartner, in Einklang mit den Bestimmungen der EU-Verträge erfolgen. Besonders wichtig war beiden Seiten in diesem Kontext auch ein Signal an die Westbalkanstaaten zu setzen und die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien sicherzustellen. Angesprochen wurden zudem der Tourismussektor sowie die geltenden Corona-Bestimmungen, das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm „Next

Österreich, Europa und die Welt

Generation EU“ sowie der eingeleitete grüne Wandel hin zu erneuerbaren Energieformen.

Beim Treffen mit Innenministerin Luciana Lamorgese stand der Umgang mit Vertriebenen aus der Ukraine in Italien und Österreich im Vordergrund. Lamorgese betonte insbesondere ihre Sorge über das Schicksal unbegleiteter Minderjähriger aus der Ukraine, weshalb Italien einen eigenen Beauftragten für diesen Themenkomplex ernannt habe. Sobotka wies im Bereich der Migration generell auf das zentrale Anliegen Österreichs hin, die externe Dimension der Migration, insbesondere den integrierten Grenzschutz sowie die Migrationssteuerung in Nordafrika, zu stärken und schlug eine Stärkung der Kooperation zwischen Italien und Österreich vor. Überdies tauschten sich die Gesprächspartner über gemeinsame Herausforderungen durch das Schlepperwesen aus. ■

Nationalratspräsident Sobotka zu Besuch in Israel

Im Rahmen eines mehrtägigen Israel-Besuchs traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 16. Mai mit seinem Amtskollegen, dem Sprecher der Knesset, Mickey Levy zusammen. Zentrale Themen waren die Beziehungen Israels zu den PalästinenserInnen, die Lage im Nahen Osten, die bilateralen Beziehungen zu Österreich und Antisemitismus. Das umfangreiche Programm beinhaltete zudem noch Treffen mit dem alternierenden Premierminister und Außenminister Yair Lapid, dem Diasporaminister Nachman Shai, der österreichischen Freundschaftsgruppe der Israelischen Knesset unter Vorsitz von Abgeordneten Ron Katz und dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung Ram Ben Barak.

Österreich Freund und Partner Israels

Akte des Terrors, wie bei der jüngsten Welle terroristischer Angriffe in Israel, seien konsequent zu verurteilen, hob der Nationalratspräsident in einem Arbeitsgespräch mit dem Sprecher des israelischen Parlaments Mickey Levy hervor und betonte, daß Österreich Israel auch in internationalen Foren aktiv unterstützen wird. Positiv befand Sobotka, daß die Gewalt auf dem Tempelberg während der Feierlichkeiten zu Pessach, Ostern und Ramadan unter Kontrolle gehalten werden konnte und begrüßte die Bemühungen Israels um Deeskalation. Er hoffe auf die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit dem Ziel einer verhandelten Zwei-Staatenlösung auf Basis des Völker-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit Innenministerin Luciana Lamorgese

rechts, so der Nationalratspräsident. Er erkundigte sich bei seinem Amtskollegen über dessen Einschätzung über die Situation in der Region und die Beziehungen zu den arabischen Staaten, der Türkei und dem Iran. Die Bedeutung von Diplomatie thematisierten die beiden Amtskollegen auch beim Thema Ukraine-Krieg.

Levy und Sobotka unterzeichneten ein gemeinsames Memorandum als Basis und wichtigen Schritt der zukünftigen verstärkten Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den beiden Parlamenten auf politischer und administrativer Ebene. Dieses werde die Freundschaft und den Austausch zwischen beiden Ländern weiter vertiefen und das gegenseitige Verständnis fördern. Sobotka hob in diesem Zusammenhang die äußerst guten Beziehungen zwischen der Knesset und dem österreichischen Parlament hervor, die auch Ausdruck der besonderen und engen

Beziehungen zwischen Israel und Österreich seien. Im Gespräch über Antisemitismus und Antizionismus verwies Sobotka unter anderem auf die Antisemitismus-Strategie und die Entscheidung Österreichs, Nachkommen von NS-Verfolgten die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Gespräch mit dem Außenminister und alternierenden Premierminister Yair Lapid

Im Gespräch mit dem Außenminister und alternierenden Premierminister Yair Lapid standen die bilateralen Beziehungen und Antisemitismus im Vordergrund. Als Herz der Demokratie sei es zentrale Aufgabe des Parlaments Antisemitismus – als zutiefst antidemokratische Haltung – zu bekämpfen. Mit Diasporaminister Nachman Shai sprach Sobotka über das Schicksal der ukrainischen Flüchtlinge in Europa und Israel, besonders über die zahlreichen Hilfsaktionen für jüdi-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Sprecher der Knesset, Mickey Levy

Österreich, Europa und die Welt

sche Geflüchtete. Sobotka verwies dabei auf das außerordentliche Engagement der israelitischen Kultusgemeinde in Österreich.

Im Rahmen eines Empfangs in der österreichischen Botschaft in Tel Aviv übergab Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Abend des 15. Mai den Simon-Wiesenthal-Preis persönlich an den Preisträger und Zeitzeugen Zvi Nigal. Sobotka zeigte sich erfreut, daß er den Preis nun persönlich übergeben könne, nachdem Nigal bei der Preisverleihung in der Woche zuvor in Wien leider nicht dabei sein konnte. Außerdem überreichte der Nationalratspräsident Bescheide für die österreichische Staatsbürgerschaft an neun Nachkommen von NS-Verfolgten als Zeichen der Verantwortung und des Respekts gegenüber ihnen und ihren Vorfahren.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Premierminister und Außenminister Yair Lapid,

Simon-Wiesenthal-Preis an Zvi Nigal

Der Hauptpreis des Simon-Wiesenthal-Preises ging dieses Jahr gemeinsam an die ZeitzeugInnen Lily Ebert, Zvi Nigal, Karl Pfeifer und Liliana Segre. Die Jury wollte damit deren Lebenswerk im Dienst der Bildung und der Erinnerung an die Shoah ehren, erklärte Sobotka und hob die hohe Anzahl an internationalen Bewerbungen aus 30 Ländern hervor. Zvi Nigal sei nie müde geworden, darüber zu berichten, was Nationalsozialismus und Judenverfolgung bedeutet haben, betonte der Nationalratspräsident. 1939 sei Nigal nach Palästina ausgewandert, 1941 der britischen Armee beigetreten – nicht nur um den Nazi-Terror zu bekämpfen, sondern auch, um einen Beitrag zur Gründung Israels zu leisten. Er habe nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit Worten gekämpft. Zvi Nigal gebe der Jugend ein positives Beispiel, wo Frieden möglich sei und was dafür zu tun sei, schloss Sobotka seine Laudatio.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



... bei der Kranzniederlegung in der der internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem

Staatsbürgerschaftsbescheiden als Zeichen der Verantwortung und des Respekts

Österreich verharre nicht länger im Opfermythos, erklärte der Nationalratspräsident anschließend. Mit der Vergabe der Staatsbürgerschaften an Verfolgte des Nationalsozialismus habe Österreich ein neues Kapitel aufgeschlagen, das die Zusammenarbeit mit Israel vertiefen soll. „Das Gesetz ist eine Einladung an alle Verfolgten und ihre direkten Nachkommen, in ihr altes Heimatland, das ihnen so bitter geraubt wurde, zu kommen“, hob Sobotka hervor. Im März diesen Jahres habe das Parlament zusätzliche Erleichterungen beschlossen, um diesen besonderen Zugang zur Staatsbürgerschaft weiter zu erleichtern.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



... und bei der feierlichen Verleihung des Simon Wiesenthal-Preises an Zvi Nigal

Österreich, Europa und die Welt

Bundsrats-Präsidium bei offiziellen Treffen in Washington

Bundsratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP) war mit der Präsidiale der Länderkammer zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten gereist. Gemeinsam mit Bundesrats-Vizepräsident Günther Novak (SPÖ) und den Bundesrätinnen Korinna Schumann (SPÖ), Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP) und Claudia Hauschildt-Buschberger (Grüne) standen zahlreiche offizielle Treffen in Washington und New York auf dem Programm. In Washington traf die Delegation zunächst im Executive Office Building des Weißen Hauses mit BeraterInnen und ExpertInnen der US-Regierung zusammen. Themen waren dabei die Entwicklungen des Lebens- und Arbeitsumfelds im ländlichen Raum, die wirtschaftlichen Entwicklungen beider Länder, der Fachkräftemangel und die Potentiale der dualen Ausbildung, aber auch Altenfürsorge, Kinderbetreuung und die durch den Krieg in der Ukraine bedrohte weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln.

In weiteren jeweils einzelnen Gesprächen mit Senator John Boozman (Republikanische Partei), Senator John Hickenlooper (Demokratische Partei) und Congressman Brian Mast (Republikanische Partei) standen die Entwicklung der ländlichen Regionen in den USA und in Österreich, der Fachkräftemangel und die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt sowie die Herausforderungen für Familien und die Kinderbetreuung im Fokus. Das österreichische Modell der dualen Ausbildung traf das besondere Interesse der US-Parlamentarier. Auch der Krieg in der Ukraine war ein wesentlicher Gegenstand der Gespräche. Darüber hinaus tauschten sich die MandatarInnen der beiden Länder über aktuelle Herausforderungen für Parlamente und demokratische Systeme, Ansätze für den Arbeitsmarkt und Risiken der Digitalisierung aus.

In der österreichischen Botschaft traf die österreichische Delegation mit Botschafter Martin Weiss und VertreterInnen des „National Institute of Health“ zusammen, um sich über die Folgen von Covid-19 und das US-Gesundheitssystem zu informieren, aber auch um über die Altenpflege und die Situation mit der Corona-Pandemie zu sprechen.

Mit VertreterInnen des Atlantic Council, einer überparteilichen Organisation zur Entwicklung von Lösungen für globale Herausforderungen, sprach die Präsidiale der Länderkammer über Regulierungsfragen zu Social Media sowie die Gefahr von Desinformation für demokratische Systeme.



Foto: Parlamentsdirektion / Vanessa Steiner

Vor dem Weißen Haus in Washington (v.l.): Bundesratsvizepräsident Günther Novak (SPÖ), Bundesrätin Korinna Schumann, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP), Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP), und Bundesrätin Claudia Hauschildt-Buschberger (GRÜNE)



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser

Bundratsdelegation mit Volker Türk, Generalsekretär für strategische Koordination im UN-Sekretariat und höchstrangiger Österreicher bei den Vereinten Nationen (3. v.r.)

Die Bundratsdelegation informierte sich auch bei Volker Türk, dem Generalsekretär für strategische Koordination im UN-Sekretariat und höchstrangiger Österreicher bei den Vereinten Nationen, über die anstehenden Herausforderungen der UNO betreffend Klimawandel, Lebensmittelversorgung, Umweltverschmutzung, Migration und globale Sicherheit. Er informierte die BundesrätInnen über den laufenden Reformprozess der UNO „Our Common Agenda“, für die er in führender Rolle tätig ist. „Ich freue mich, daß das Vertrauen junger Menschen in die UNO nach wie vor sehr hoch ist. Die UNO steht mit der Agenda 2030 mit ihren 17 Zie-

len für nachhaltige Entwicklung vor großen Herausforderungen, für die sie insbesondere den Rückhalt der jungen Generation braucht“, betonte dabei Schwarz-Fuchs.

Im Anschluß tauschten sich die VertreterInnen der Länderkammer mit der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Amina Mohammed, über aktuelle Schwerpunkte der UN aus. Nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und Fragen der Gleichstellung, insbesondere genderegerechte Bildung, standen dabei im Mittelpunkt.

Mit Åsa Regnér, Direktorin UN Women, sprachen die BundesrätInnen über Frauenarmut, die durch Teilzeitarbeit und Nachteile

Österreich, Europa und die Welt

im Pensionssystem verursacht wird. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung sind weltweit eine große Herausforderung und waren Thema des Austausches.

Die weltweite Situation von Kindern in Armut, der Kampf gegen Hungersnöte und wichtige Impfprogramme standen im Fokus der Gespräche mit Genevieve Boutin, der stellvertretenden Programmdirektorin von UNICEF. Die BundesrätInnen tauschten sich zudem über die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Ukraine und über geflüchtete junge Menschen aus, insbesondere über deren Gefahr, von Schleppern und Menschenhändlern mißbraucht zu werden.

„Der Krieg in der Ukraine war Teil all unserer Gespräche in Washington und New York. Die Auswirkungen auf die weltweite Ernährung, die Flüchtlingsbewegungen, insbesondere bei Frauen und Kindern, sowie die neue Sicherheitslage in Europa werden von den USA und der UNO natürlich mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt“, hielt die Bundesratspräsidentin fest.

Den Schlußpunkt in New York setzte die Delegation mit einem Besuch bei Oberrabbiner Arthur Schneier, dem religiösen Oberhaupt der Park East Synagoge. Schneier floh im November 1938 von Wien nach Budapest, wo er den Holocaust überlebte. 1947 wanderte er in die USA aus. Um das Gedenken an die Shoah und die Erziehung junger Menschen in den Werten gegenseitigen Respekts weiter aufrecht zu halten, appellierte er, nicht mehr den Begriff „Toleranz“ zu verwenden, sondern vielmehr von „gegenseitiger Akzeptanz und gegenseitigem Respekt“ zu sprechen. „Rabbi Schneier zeigte sich erfreut über Österreichs Bemühungen, das Gedenken an den Holocaust aufrecht zu erhalten und an die nächsten Generationen weiterzugeben. Gerade die Eröffnung der neuen Gedenkstätte im Konzentrationslager Gusen bei Mauthausen ist ein wichtiges Zeichen dafür“, betonte Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs.

Vor der Ankunft in New York besichtigten die BundesrätInnen in York bei Philadelphia das Werk des österreichischen Weltmarktführers für Spritzgießmaschinen, Engel Machinery. Dort diskutierte die Delegation mit der Betriebsführung und regionalen VertreterInnen von Pennsylvania das Lehrlingsausbildungsprogramm von Engel und die Umsetzung des kürzlich unterzeichneten Memorandum of Understanding zwischen den USA und Österreich zur Unterstützung von Best Practices für die duale Ausbildung in beiden Ländern.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser



Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs im Gespräch mit DSG Amina Mohammed

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser



... mit Åsa Regnér, Direktorin von UN Women ...

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser



... und mit Oberrabbiner Arthur Schneier, dem religiösen Oberhaupt der Park East Synagoge

Sobotka zu Besuch im Vereinigten Königreich

Im Rahmen eines mehrtägigen Besuchs im Vereinigten Königreich traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 24. Mai mit dem Sprecher des Unterhauses Sir Lindsay Hoyle zusammen. Weitere Gespräche führte Sobotka mit Prince Charles, mit den Abgeordneten Theresa May, Sir Oliver Heald und Tobias Ellwood sowie mit dem Geschäftsführer der „Westminster Foundation“. Zudem überreichte Sobotka im Rahmen eines Empfangs gemeinsam mit Bundesminister Martin Polaschek Bescheide für die österreichische Staatsbürgerschaft an Nachkommen von NS-Verfolgten.

Sobotka: Vereinigtes Königreich ist wichtiger und respektierter Partner in Europa

Das Vereinigte Königreich sei ein wichtiger und respektierter Partner in Europa, hob der Nationalratspräsident in dem Gespräch mit dem Sprecher des Unterhauses Sir Lindsay Hoyle hervor. Getragen von den gleichen Grundwerten würden in der Beziehung zueinander auch nach dem Brexit einigende und gemeinsame Interessen, insbesondere im Lichte globaler Entwicklungen, überwiegen. Dieses konstruktive Miteinander zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich würde es ermöglichen, gemeinsame Prioritäten, wie die Sicherheit und Stabilität Europas, die Beendigung des Ukraine-Kriegs und die europäische Integration des Westbalkans, weiterzuentwickeln.

Nordirland Protokoll integraler Bestandteil des Austrittsabkommens

Das Handels- und Kooperationsabkommen habe die Grundlage für eine starke und nachhaltige Partnerschaft geschaffen. Dieses stehe auch in einem engen Zusammenhang zu dem Nordirland Protokoll. Dieses sei ein integraler Bestandteil des Austrittsabkommens. Eine Neuverhandlung darüber wäre keine Option, sehr wohl aber Umsetzungserleichterungen, wie sie die Europäische Kommission zuletzt vorgeschlagen habe. Jede Entscheidung des Vereinigten Königreichs, Teile des Nordirlandprotokolls auszusetzen, hätte ernsthafte Konsequenzen für Menschen und Unternehmen in Nordirland und würde zu Instabilität führen.

EU-Beitritt der Westbalkan-Staaten

Das Vereinigte Königreich sei auch ein wichtiger Akteur am Westbalkan, begrüßte Sobotka das starke und konstruktive Engagement hinsichtlich einer EU-Annäherung



Foto: Kit Oates

Im Rahmen eines Empfangs in der Österreichischen Botschaft in London überreichte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Bescheide für die österreichische Staatsbürgerschaft an Nachkommen von NS-Verfolgten.

der sechs Westbalkan-Staaten. Diese Zusammenarbeit sei auch nach dem Brexit überaus wichtig.

Keine Rechtfertigung für Krieg in Ukraine

Es gebe keine Rechtfertigung für den Angriffskrieg gegen die Ukraine, hob der Nationalratspräsident hervor. Tief besorgt und schockiert zeigte sich der Nationalratspräsident über die prekäre humanitäre Situation und die steigende Zahl an zivilen Opfern in der Ukraine. Zur Frage der Energiesicherheit meinte Sobotka, daß es von entscheidender Bedeutung sei, die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zu verringern. Dies werde auch zu einer klimafreundlichen Zukunft beitragen.

Weitere Themen des Gesprächs waren parlamentarische Kooperationen, die geplante Renovierung des Parlaments in London sowie die Sicherheit von Parlamenten. ■

Anm. d. Red.: Aus urheberrechtlichen Gründen steht uns von dieser Reise kein Bildmaterial zur Verfügung – von obenstehendem abgesehen, das uns die Österreichische Botschaft in London dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat...

Nationalratspräsident Sobotka zu Besuch in München

Im Zuge eines Auslandsbesuchs in München besuchte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 30. Mai die Generalversammlung der Konferenz der Europäischen Rabbiner. Bei seiner Laudatio zur Verleihung des Moshe-Rosen-Preises an die Koordinatorin der Europäischen Kommission für



Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag

Der Nationalratspräsident mit der bayrischen Landtagspräsidentin Ilse Aigner

Österreich, Europa und die Welt

die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens, Katharina von Schnurbein, hob er deren außerordentliches Engagement im Kampf gegen Antisemitismus hervor.

Erst wenn es für jeden selbstverständlich werde, entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und Äußerungen aufzutreten, gebe es eine Chance, Antisemitismus wirkungsvoll zu bekämpfen, betonte Nationalratspräsident Sobotka in seiner Laudatio zur Verleihung des Moshe-Rosen-Preises an Katharina von Schnurbein. In jeder und jedem stecke das Potential, mutig und entschieden gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aufzutreten. Antisemitismus sei eine Bedrohung für die Demokratie sowie für die Werte und die Vielfalt der Gesellschaft, wies Sobotka auf den wieder stärker in Erscheinung tretenden Antisemitismus hin. Es müsse selbstverständlich sein, daß sich Menschen jüdischen Glaubens in der Gesellschaft frei bewegen und sicher fühlen können. Schnurbein hebe sich als Koordinatorin der Europäischen Kommission für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung jüdischen Lebens durch ihre unermüdete Kraft im Kampf gegen Antisemitismus und ihrer Vision für eine vielfältige Gesellschaft und ein offenes Europa hervor.

Der Moshe-Rosen-Preis wurde 2016 von der Konferenz der Europäischen Rabbiner ins Leben gerufen und wird seitdem in Gedenken an den Oberrabbiner von Rumänien und dessen Engagement für ein tolerantes Europa vergeben.

Gespräch über den LKW-Transit mit der Präsidentin des Bayerischen Landtags

Sobotka traf auch mit der Präsidentin des Bayerischen Landtags Ilse Aigner zusammen. Bayern sei auf allen Ebenen ein starker und wichtiger Partner Österreichs, hob er die exzellenten und partnerschaftlichen Beziehungen hervor.

Das Transitproblem habe ein für Mensch und Natur unannehmbares Ausmaß erreicht, erklärte Sobotka, zeigte sich aber zuversichtlich, daß es eine für alle Seiten akzeptable und gute Lösung nach der Fortsetzung der Gespräche der Europäischen Kommission mit Deutschland, Italien und Österreich geben werde. Der Brenner Basistunnel werde mittelfristig zur Lösung beitragen. Österreich treibe den Bau so schnell wie möglich voran, parallel sei aber auch der Ausbau der Zulaufstrecken in Deutschland und Italien so rasch wie möglich notwendig, meinte Sobotka.

Der Krieg in der Ukraine habe die europäische und globale Sicherheitslandschaft drastisch verändert und die Grundlagen der Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt. Die Grundprinzipien der Sicherheitsarchitektur und ihrer Institutionen müssten bewahrt werden, hob Sobotka die Rolle der UNO als wesentliche Säule der kollektiven Sicherheit hervor.

Weitere Themen des Gesprächs waren die in Bayern 2023 anstehenden Landtagswahlen sowie der parlamentarische Austausch. Bei letzterem regte Sobotka eine Intensivierung an.

Gespräch mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für München und Oberbayern

Nach einer Führung durch jüdische Einrichtungen in München traf der Nationalratspräsident auch zu einem Gespräch mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für München und Oberbayern Charlotte Knobloch zusammen. Themen des Austauschs waren der steigende Antisemitismus, Herausforderungen für das jüdische Leben sowie die Zukunft der Erinnerungs- und Gedenkkultur. ■

Anm. d. Red.: Aus urheberrechtlichen Gründen steht uns zu diesem Beitrag kein weiteres Bildmaterial zur Verfügung.

Kosovarischer Parlamentspräsident zu Glauk Konjufca Gast in Wien

Für eine Fortsetzung des Dialogs mit Serbien auf Basis des Brüsseler Abkommens plädierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 9. Juni bei einem Treffen mit seinem kosovarischen Amtskollegen Glauk Konjufca. Dies sei entscheidend für die Sta-

bilität und die europäische Perspektive der ganzen Region des Westbalkans, die in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen. Konjufca, der der Vetevendosje-Partei („Selbstbestimmung“) des Premiers Albin Kurti angehört, hat im Rahmen seiner Wien-Visite noch die Demokratiewerkstatt im Parlament besucht und ist mit VertreterInnen der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Kosovo zusammengetroffen.

Sobotka: Die Heranführung des Westbalkans an die EU war immer ein großes Anliegen von Österreich

Entscheidend für die Stabilität und die europäische Perspektive der ganzen Region des Westbalkans sei eine Normalisierung der Beziehungen des Kosovos zu Serbien, zeigte sich Nationalratspräsident Sobotka überzeugt. Er plädierte daher für die Fortsetzung des Dialogs auf Basis des Brüsseler Abkommens, denn dies sei der einzige realistische Weg. Es sei ihm klar, daß noch viele Hürden überwunden werden müssen, aber es sei Aufgabe der Politik, Kompromisse zu finden. So könnten etwa diverse Abkommen über praktische und alltägliche Probleme, wie zum Beispiel die Einigung in Bezug auf die Kfz-Kennzeichen, dazu beitragen, allmählich ein neues Bewußtsein zwischen Kosovo und Serbien zu schaffen. Eine wichtige Rolle könnte nach Ansicht von Sobotka der EU-Sonderbeauftragte Miroslav Lajčák spielen, der das uneingeschränkte Vertrauen Österreichs genieße. Im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung sollte auch die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit fortgesetzt werden, wie dies bereits im Rahmen des „Berlin-Prozesses“ beschlossen wurde.



Parlamentspräsident der Republik Kosovo Glauk Konjufca mit dem Nationalratspräsidenten

Österreich, Europa und die Welt

Österreich sei immer ein entschlossener Befürworter der EU-Mitgliedschaft der Staaten des Westbalkans gewesen, wobei die Region in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müsse, unterstrich Sobotka. Diese Perspektive dürfe auch angesichts der Beitrittsansuchen von Seiten der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau nicht aus dem Fokus rücken. Um die Glaubwürdigkeit der EU zu stärken, sollten die EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien rasch aufgenommen werden. Davon könne auch ein wichtiger Impuls auf andere Beitrittskandidaten der Region ausgehen. Die unterstützende Haltung des Kosovos in der Frage der Sanktionen gegenüber Rußland habe deutlich gezeigt, daß sich das Land eindeutig zur europäischen Wertegemeinschaft bekenne. Österreich unterstütze daher nicht nur die Annäherung an die EU, sondern auch die angestrebte Mitgliedschaft beim Europarat. Außerdem wolle man die Frage der Visaliberalisierung auf europäischer Ebene zum Thema machen.

Was die parlamentarische Kooperation mit dem Kosovo betrifft, so zeigte sich Sobotka erfreut über die gute Entwicklung der Stipendienprogramme sowie vor allem über die Implementierung einer Demokratiewerkstatt nach österreichischem Vorbild in Pristina. Da ein derartiges Projekt einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und Vermittlung von demokratischen Werten leiste, hoffe er, daß es auch in Zukunft fortgeführt und sowohl finanziell als auch personell abgesichert werde.

Konjufca wünscht sich endgültige Lösung in der Frage der Anerkennung

Der kosovarische Parlamentspräsident Glauk Konjufca wies auf die engen bilateralen Beziehungen hin und dankte für die Unterstützung Österreichs in vielen Bereichen, wie etwa beim Beitrittsansuchen für den Europarat. Er stimmte mit Sobotka überein, daß der Dialog mit Serbien fortgeführt werden müsse, aber die Gespräche würden sehr schwierig verlaufen. In den letzten elf Jahren wurden insgesamt 33 Abkommen zwischen den beiden Ländern abgeschlossen, aber nun brauche es im Sinne der Stabilität und des Friedens am Balkan eine endgültige Lösung in der Frage der Anerkennung.

Konjufca, der seit dem Vorjahr Parlamentspräsident des Kosovo ist, sicherte dem Nationalratspräsidenten die Fortführung der Demokratiewerkstatt zu. Es handle sich dabei um ein ausgezeichnetes Modell, das zur Öffnung der Institutionen und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft beitrage. ■



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßt den Parlamentspräsident der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, auf dem Josefsplatz, dem Ausweichquartier des Parlaments

Sobotka sichert Ukraine die volle Solidarität Österreichs zu

Die Ukraine verteidige das zivilisierte Europa vor den imperialistischen Bestrebungen Rußlands. Das betonte der Präsident der ukrainischen Werchowna Rada am 14. Juni bei einer Rede im österreichischen Parlament. Ruslan Stefantschuk nutzte seinen Besuch, um Österreich den Dank seines Landes für die Unterstützung in Zeiten der russischen Aggression auszusprechen und warb um Unterstützung der ukrainischen Bemühungen, EU-Mitglied zu werden. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka drückte seinem Amtskollegen die uneingeschränkte Solidarität Österreichs aus und verurteilte deutlich den vom russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgelösten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Österreich unterstütze die Ukraine mit finanzieller und humanitärer Hilfe und versuche damit, das Leid der UkrainerInnen zu mildern, so Sobotka mit Hinweis auf die Aufnahme Tausender Geflüchteter und die 75 Mio.€ Hilfszahlungen. Österreich sei neutral, aber niemals äquidistant und unsolidarisch in seiner Haltung gegenüber dem Unrecht und den Leiden in der Ukraine.

Von Regierungsseite wohnten dem Besuch Vizekanzler Werner Kogler, Europaministerin Karoline Edtstadler, Innenminister Gerhard Karner, Sozialminister Johannes Rauch und Staatssekretärin Claudia Plakolm bei. Zu Beginn und am Ende der Besuchsveranstaltung würdigten alle Anwesenden den Auftritt des ukrainischen Parlamentspräsidenten mit Standing Ovations.

Stefantschuk: Österreich und Ukraine sind eng verbunden

Seinen tiefen Dank drückte Stefantschuk dem österreichischen Volk für die Aufnahme von Tausenden ukrainischen Geflüchteten aus. „Die Solidarität Österreichs bleibt unvergessen“, ging er näher auf die historische und emotionale Verbindung der beiden Länder ein, die im Westen der Ukraine noch durch Erinnerungen an die Habsburgerzeit sichtbar seien. Auch wirtschaftlich habe Österreich eine bedeutende Rolle in seinem Heimatland eingenommen, wies Stefantschuk auf die Vielzahl österreichischer Investitionen hin, vom Banken- und Versicherungswesen bis hin zu Kooperationen bei der Stahlproduktion, und er lud österreichische Unternehmen ein, sich am Wiederaufbau des zerstörten Landes zu beteiligen. Als Teil der Europäischen Union wäre der ukrainische Markt mit 45 Millionen EinwohnerInnen und seiner großen Bedeutung für die weltweite Ernährungssicherheit aber nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht eine Bereicherung für die Union, so der Parlamentspräsident, der zusicherte, sein Land wolle alle Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllen.

Angesichts der täglichen Kriegsverbrechen durch den russischen Aggressor würde die EU mit der Zuerkennung eines Beitrittsstatus für die Ukraine auch ein klares Signal an Putin senden, daß der Krieg zu beenden sei. Denn: „Die Ukraine ist Teil von Europa“, 91 Prozent der UkrainerInnen würden sich als Mitglieder der europäischen Familie sehen.

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Der Parlamentspräsident der Ukraine, Ruslan Stefanchuk, bei seiner Rede vor dem Plenum des Nationalrats

Österreich spiele eine wichtige Rolle bei den Sanktionen gegen den Aggressor, führte Stefanchuk weiter aus, wobei er forderte, Schadenersatzzahlungen für russische Kriegsverbrechen sollten aus den Vermögen jener Oligarchen der russischen Föderation geleistet werden, die den Krieg mitfinanzieren. Wichtig seien in diesem Zusammenhang die Untersuchungen durch den Internationalen Strafgerichtshof, für die der österreichische Staat zusätzliche Mittel zur Verfügung stelle. „Das Böse, das in die Ukraine gekommen ist, muß bestraft werden“, Gerechtigkeit sei genauso wichtig wie der Sieg in diesem Krieg.

„Wir verteidigen auch die Grenzen des zivilisierten Europas“, unterstrich Stefanchuk, Neutralität biete keinen Schutz vor den imperialistischen Bestrebungen Rußlands. Die grundlegend veränderte Einstellung zur Verteidigung der eigenen Sicherheit zeige sich aktuell in Finnland und Schweden. In seiner schon vor Jahren mit Propaganda und Wirtschaftsinteressen begonnenen hybriden Kriegsführung sei Rußland nun in die „dritte Phase“ des Kriegs mit Panzern und Raketen und täglich Hunderten zivilen Opfern eingetreten. Niemand wisse, wann im Rest Europas diese Phase beginne.

Sobotka: Ukraine gehört zur Europäischen Familie

Der Ukraine gelte angesichts der beispiellosen militärischen Aggression die uneingeschränkte und ungebrochene Solidarität Österreichs, versicherte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Es sei eine Selbstverständlichkeit für Österreich, dem Land durch finanzielle und humanitäre Hilfe zur Seite zu stehen. Als Ausdruck der politischen Unterstützung sei Österreich zudem seit Beginn des russischen Angriffskriegs mit der

Botschaft und einem vom Außenministerium geleiteten Krisenunterstützungsteam durchgehend in der Ukraine präsent, so Sobotka.

Besonders zu verurteilen seien die Gräueltaten, denen die ukrainische Bevölkerung in den vergangenen Monaten ausgesetzt war. Österreich setze sich dafür ein, daß die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Daher werde sowohl der Internationale Strafgerichtshof, also auch die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission unterstützt, die Anfang Mai ihre Arbeit in Wien aufgenommen hat. „So unermeßlich das Leid der Zivilbevölkerung ist, so eindrucksvoll ist die Tapferkeit, mit der die ukrainische Bevölkerung die Souveränität des Landes und europäische Werte verteidigt“, sagte Sobotka. Die Ukraine sei Teil der europäischen Familie und Österreich unterstütze den Wunsch des ukrainischen Volkes, am europäischen

Modell teilzuhaben. Für die Zeit nach dem Krieg sei der Wiederaufbau von entscheidender Bedeutung, Österreich wolle auch hier mithelfen.

Bundratspräsidentin Schwarz-Fuchs unterstrich, daß Österreich den Wunsch der Ukraine unterstütze, Teil des europäischen Modells zu werden. Die Entscheidung über den Kandidatenstatus der Ukraine liege bei der Europäischen Kommission. Über der Frage der Ukraine dürfe man die Westbalkan-Staaten jedenfalls nicht aus den Augen verlieren. Die Ausweitung der Europäischen Union sei von großer geostrategischer Relevanz. Europa müsse seine Stellung in der Welt behaupten. Daher gelte es, die Zusammenarbeit mit der EU Schritt für Schritt zu stärken und in Bereichen wie Handel, Energie, Klima, Verkehr, Wissenschaft, Bildung, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu vertiefen. ■



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.l.: Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka, Parlamentspräsident der Ukraine Ruslan Stefanchuk, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Europaministerin Karoline Edtstadler und Innenminister Gerhard Karner

Österreich, Europa und die Welt

Armenischer Parlamentspräsident zu Gast in Wien

Am 24. Juni empfing Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den Parlamentspräsidenten der Republik Armenien, Alen Simonyan, anlässlich von dessen Besuchs in Österreich. Themen des Gesprächs waren die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die Situation in der Region sowie parlamentarische Kooperationen.

Österreich unterstütze jede Initiative für Frieden in der Region, betonte Sobotka. Armenien sei für Frieden in der Region und habe keinerlei territoriale Ansprüche, sagte Simonyan. Der Nationalratspräsident begrüßte die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Armenien. Eine weitere Stärkung der bilateralen, wirtschaftlichen aber auch parlamentarischen Beziehungen wären aus seiner Sicht sehr wichtig. Simonyan hob hervor, daß österreichische Unternehmen sehr willkommen in Armenien seien.

In der Beziehung zur Europäischen Union sei das umfassende Partnerschaftsabkommen ein wichtiger Schritt gewesen, er hoffe nun in einem nächsten Schritt auf eine Visafreiheit für armenische Staatsbürger:innen, sagte der armenische Parlamentspräsident.

Demokratie sei nichts Selbstverständliches und müsse von Tag zu Tag neu erarbeitet werden, betonte Sobotka außerdem im Gespräch. Insbesondere die Jugend müsse daher für die Bedeutung von Demokratie sensibilisiert werden, bot Sobotka Simonyan eine Kooperation mit der Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments an. Hier gebe es bereits mit mehreren Ländern Kooperationen.

Am Nachmittag darauf tauschte sich Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs mit Alen Simonyan und hob das diesjährige 30jährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Armenien hervor. Themen des Gesprächs waren die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Entwicklung ländlicher Regionen, die Situation in der Region Bergkarabach sowie der Ukraine-Krieg.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien sehr wichtig, betonte sie unter anderem das Engagement des Vorarlberger Seilbahnherstellers Doppelmayr in Armenien. Insgesamt habe die österreichische Wirtschaft eine breite Kompetenz wie in den Bereichen Landwirtschaft, Infrastruktur, Gesundheitswesen aber auch im Bereich erneuerbarer Energien, anzubieten, wies Schwarz-Fuchs hin.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) mit dem Präsidenten der Nationalversammlung der Republik Armenien Alen Simonyan



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs nach dem Gespräch mit Präsident Alen Simonyan

Sie erkundigte sich über Armeniens Strategien zur Stärkung des ländlichen Raumes und zeigte sich überzeugt, daß es wichtig sei, den Menschen in den Regionen eine gute Lebensgrundlage zu bieten. In Österreich gebe es Tendenzen zur Abwanderung in Richtung der Ballungsräume. Hier wolle man entgegen wirken, um eine dortige überalterte Gesellschaft und letztlich aussterbende Regionen zu verhindern.

Armenien sei für Frieden in der Region und habe keine territorialen Ansprüche gegenüber anderen Ländern, meinte Simonyan,

angesprochen auf die aktuelle Situation in der Region Bergkarabach. Österreich unterstütze die laufenden Friedensgespräche, erklärte Schwarz-Fuchs und wies auf die humanitäre Hilfe durch Österreich in der Vergangenheit hin. Es gebe keine Rechtfertigung für den Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine, betonte die Bundesratspräsidentin. Die Gesprächspartner hofften auf ein baldiges Ende des Krieges. Befürchtungen, daß sich der Krieg in der Ukraine auch in anderen Ländern wiederholen könnte, seien sehr bedenklich. ■

Österreich, Europa und die Welt

Nationalratspräsident Sobotka zu Besuch in der Türkei

Im Rahmen eines zweitägigen Besuchs in der Türkei traf Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 27. Juni mit dem Präsidenten der Republik Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, und mit dem Parlamentspräsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkei, Mustafa Şentop, zusammen. Zentrale Themen der Gespräche waren der Ukraine-Krieg und insbesondere die türkische Vermittlerrolle in diesem Krieg, die Beziehungen zur Europäischen Union, aktuelle globale Konfliktherde, Migration und Terrorismus. Begleitet wurde der Nationalratspräsident von den Vorsitzenden der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich/Türkei, Abgeordnete Nurten Yılmaz.

Es gebe eine neue Dynamik in den bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich, so Sobotka eingangs. Zudem würden sich die Wirtschaftsbeziehungen sehr positiv entwickeln. Die österreichische Wirtschaft sei in der Türkei gut und stark vertreten. Erfreulich sei auch, daß Österreich und die Türkei konsequent am Ausbau der Zusammenarbeit im Kultur- und Wissenschaftsbereich arbeiten würden.

Österreich begrüße die aktive türkische Vermittlungsrolle im Ukraine-Konflikt, betonte Sobotka. Die Fortsetzung des Dialogs zwischen der Ukraine und Russland im Rahmen der Istanbul-Verhandlungen sei wichtig und Österreich befürworte die Vermittlungsbemühungen der Türkei.

Österreich unterstütze auch den UNO-Friedensprozeß für Syrien. Aus seiner Sicht müsse alles vermieden werden, das die Lage in Syrien weiter destabilisiert, sprach Sobotka Ankündigungen der Türkei für eine Militäroperation in Nord-Syrien an. Im östlichen Mittelmeer gebe es sehr komplizierte Interessenslagen mit konkurrierenden Ansprüchen. Gerade in der ohnehin schwierigen internationalen Situation brauche es umso mehr Stabilität und Sicherheit für diese Region. Diskutiert wurden auch die Erwartungen an den kommenden NATO-Gipfel Ende sowie weitere globale Herausforderungen, wie zum Beispiel aktuelle Konflikte im Südkaukasus.

Österreich und die Türkei hätten eine traditionell gute bilaterale Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung, dankte Sobotka unter anderem für die schnelle und umfangreiche Unterstützung der türkischen Polizeikräfte nach dem Terrorangriff in Wien 2020. Die PKK werde in Österreich als Terrororganisation gelistet und als ernsthafte Bedrohung gewertet, betonte Sobotka und wies auf



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zu Gast beim Präsidenten der Republik Türkei, Recep Tayyip Erdoğan ...



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

... und dem Parlamentspräsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkei Mustafa Şentop

zahlreiche Gerichtsverfahren diesbezüglich hin.

Menschen- und Grundrechte, die Medienfreiheit und eine unabhängige Justiz seien für die EU und Österreich wichtige Aspekte in den Beziehungen zur Türkei. Auch das Interesse der Türkei an einer strategischen Partnerschaft mit der Europäischen Union war Gegenstand des Gesprächs.

Anerkennung zollte Sobotka den enormen Leistungen der Türkei bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Die Kooperation zwischen der Türkei und der EU im Bereich der Migration sei unverzichtbar.

Österreich schätze den Beitrag der türkischstämmigen Diaspora zu Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft hierzulande. Besorgnis

würden aber gewisse Radikalisierungstendenzen bereiten. Auch hinsichtlich der 2023 anstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen in der Türkei forderte Sobotka, daß der Wahlkampf nicht zur Polarisierung zulasten der Beziehung zwischen der türkischen Community in Österreich und der Republik führen dürfe.

Im Gespräch mit dem Parlamentspräsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkei Mustafa Şentop begrüßten beide Präsidenten die Intensivierung der parlamentarischen Kontakte. Schließlich gab es noch Treffen mit Handelsminister Mehmet Muş und Patriarch Bartholomäus I. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Bundeskanzleramt

Bundeskanzler auf Arbeitsbesuch in Deutschland

„Wir sind hier, um unsere gemeinsame Politik abzustimmen. Als österreichischer Bundeskanzler bin ich froh, einen starken Partner an der Seite zu haben, der klar europäisch ausgerichtet ist und der betont, wie wichtig es ist, daß wir innerhalb der Europäischen Union gemeinsam die großen Herausforderungen dieser Zeit bewältigen können“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 31. März nach einem Arbeitsgespräch mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, bei dem sich die beiden Regierungschefs insbesondere über die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, über außen- und europapolitische sowie bilaterale Themen austauschten.

Nehammer war in Begleitung von Integrationsministerin Susanne Raab nach Berlin gereist, um eine Reihe von Gesprächen mit Mitgliedern der deutschen Bundesregierung zu führen.

Leid der Menschen im Ukraine-Konflikt trifft uns alle

In einem gemeinsamen Appell forderten die beiden Regierungschefs den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu auf, den Krieg gegen die Ukraine einzustellen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, humanitäre Versorgung zu ermöglichen und wirkliche Friedensverhandlungen zu führen. Die Sanktionen gegen Rußland würden auch weiterhin entschlossen umgesetzt. Nun gehe es darum, Schlupflöcher zu schließen und den Druck auf Putin aufrecht zu erhalten.

Ebenso wie für Deutschland stellt der Krieg in der Ukraine auch für Österreich eine große Herausforderung dar. „Was uns alle trifft, ist das Leid der Menschen in der Ukraine selbst. Es ist unsere Pflicht, den Menschen Vorort, aber auch den Staaten, die unmittelbar von der Fluchtbewegung betroffen sind, zu helfen. In Österreich sind jetzt schon 38.000 Ukrainerinnen und Ukrainer angekommen. Es sind Frauen und Kinder, die rasch integriert werden müssen. Es ist gut zu sehen, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Österreich so hilfsbereit sind und daß ein guter europäischer Geist herrscht“, so Nehammer. Aufgrund seiner Bedeutung als einer der größten Weizenimporteure hat dieser Konflikt auch Auswirkungen auf die Welternährung. Für



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 31. März reiste Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) zu einem Arbeitsbesuch nach Berlin, wo er von Bundeskanzler Olaf Scholz empfangen wurde.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Auch traf er Vizekanzler Robert Habeck zu einem Gespräch.

die Europäer ist dieser Konflikt ein Alarmzeichen, der dazu Anlaß gebe, weiter über den eigenen Horizont hinausblicken und weltweit Verbündete für die europäische Politik zu finden.

Österreich ist von Erdgas aus Russischer Föderation abhängig

Auch wenn Österreich bei den erneuerbaren Energien mit 75 Prozent eine durchaus herzeigbare Quote erziele, so wäre das Land

zu 25 Prozent abhängig von Erdgas. 80 Prozent davon würden aus der Russischen Föderation importiert. Wie andere Länder auch, sei auch Österreich von diesen Gasexporten abhängig. Dennoch sei die Verhängung von Sanktionen der Europäischen Union richtig gewesen, da diese die Russische Föderation schon jetzt schwer getroffen haben – auch wenn sie ihren Preis hätten. „Die Sanktionen haben jetzt schon ihre Wirkung gezeigt. Aber auch Österreich ist davon getroffen.

Österreich, Europa und die Welt

Aber die Schmerzen, die die österreichische Wirtschaft im Moment erleidet sind nichts gegen die Schmerzen, die die Ukrainerinnen und Ukrainer derzeit erleiden müssen. Daher ein klares Bekenntnis zu den Sanktionen, wenn sie sinnvoll und richtig sind“, so Nehammer. Die Sanktionen müßten so hart wie möglich sein, dürfen aber gleichzeitig den, der sie verhängt hat, nicht so schwächen, daß er sie nicht mehr fortführen könne.

Daher sei auch die Frage der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen ein Gebot der Stunde. „Der Krieg in der Ukraine und die Politik der Russischen Föderation haben klargemacht, daß wir grundsätzlich auf dem richtigen Weg sind“, so Nehammer. Diese Interessen seien mit den europäischen Partnern gemeinsam zu verwirklichen. Denn das klare Ziel für die Zukunft sei es, sich noch schneller von der Lieferung fossiler Energieträger aus der Russischen Föderation unabhängig zu machen und sich diversifizierter aufzustellen. Eine solche Umstellung sei aber nur mittel- und langfristig möglich. Dieser Prozeß brauche seine Zeit und müsse mit aller zu Gebote stehenden Ehrlichkeit angesprochen werden. „Es ist ein furchtbares Gefühl, von russischem Gas abhängig zu sein. Aber Gefühle dürfen uns nicht dabei beeinflussen, wenn es um die Energieversorgungssicherheit geht. Denn das Gas wird nicht nur für private Haushalte eingesetzt, sondern auch in der Industrie benötigt. Da geht es um Arbeitsplätze und um die Erhaltung des Wohlstandes, so Nehammer.

Menschen auf dem Westbalkan eine Perspektive bieten

In manchen Balkanstaaten fürchtet man aufgrund der Einflußmöglichkeiten der Russischen Föderation ein Übergreifen des Ukraine-Konfliktes auf den Balkan. Im Hinblick auf ganz konkrete Zukunftsschritte versicherte Nehammer, daß Österreich gerne an der Seite der Bundesrepublik Deutschland den Prozeß des Brückenbaus begleitet, um den Beitrittsprozeß der Westbalkanstaaten in die Europäische Union positiv zu beeinflussen. „Wir müssen einen Gang zuschalten und den Menschen in diesen Ländern tatsächlich eine fruchtbringende Perspektive bieten. Der Westbalkan ist seit langem ein wichtiger geostrategischer Raum für Österreich. Wir haben eine lange Tradition und Geschichte mit den Ländern des Westbalkans. Auch hier gilt es, das zu verstärken, was schon oft angesprochen wurde: Wir brauchen nicht nur das Reden, sondern auch das Tun“, so Nehammer.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Der Bundeskanzler nach seinem Gespräch mit Finanzminister Wolfgang Lindner

Auf der einen Seite müsse man innerhalb der Europäischen Union dafür werben, den Beitrittsprozeß der Staaten des Westbalkans zuzulassen. Gleichzeitig müsse man auch den bisher geleisteten Anstrengungen einzelner Staaten Rechnung tragen, die sich bisher sehr bei der Umsetzung europäischer Maßstäbe bemüht haben. Daneben gebe es auch Staaten wie Bosnien-Herzegowina, die weiterhin Unterstützung benötigen.

Österreich wird dazu seinen Beitrag leisten

„Unsere Aufgabe ist es, in den wichtigsten Punkten Kommunikationsscharniere zu bilden und dort zu helfen, wo politische Prozesse beschleunigt werden müssen. Es ist eine Verpflichtung für uns, daß ein Raum, der so viel Gewalt und Schrecken erlebt hat, gerade jetzt in der Phase der politischen Bewährung nicht alleine gelassen wird. Österreich wird dazu seinen Beitrag leisten“, so der österreichische Bundeskanzler, der dafür plädierte, auch einen proaktiven und konstruktiven Dialog mit Serbien, dem vermutlich „wesentlichsten Player“ auf dem Westbalkan, zu führen.

„Was liegt, das pickt“ – Energieembargo faktisch nicht durchführbar

Zu der von Präsident Putin geforderten Bezahlung der russischen Gaslieferungen in Rubel hielt Bundeskanzler Nehammer nach einem Treffen mit dem deutschen Vizekanzler Habeck fest, daß es sich um eine „politische Ankündigung“ handle. Noch sei es zu keinen Vertragsveränderungen gekommen, das Gas werde nach wie vor in vollem Umfang geliefert. Falls es zu der entsprechen-

den Modifikation in den privatwirtschaftlichen Verträgen komme, werde überprüft, ob es den Sanktionen entspreche oder nicht. Bis dahin gelte: „Was liegt, das pickt“, so Nehammer.

Erneut bekräftigte er, daß er ein russisches Energieembargo ablehne: „Diese Frage stellt sich für uns als Industrienationen nicht. Eine Energiekrise würde nicht nur Arbeitsplätze und die Industrie, sondern auch die Energiewende gefährden“, so Nehammer. Daher gehe er davon aus, daß die Gaslieferverträge mit der OMV bis zum Jahr 2040 unverändert aufrecht bleiben. Das billige russische Gas ermögliche Österreichs Wohlstand. Die Energiewende würde Zeit, massive Investitionen und eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren benötigen. Daher sei ein Energieembargo keine politische, sondern eine faktische Frage.

Hohe Inflation durch Entlastungspakete abfedern

Die Inflation sei „derzeit hoch“, hielt Kanzler Nehammer des Weiteren fest. Die österreichische Bundesregierung setze Maßnahmen, um etwa die hohen Energiepreise abzufedern. Österreich sei wie Deutschland betroffen und wolle mittel- bis langfristig die Abhängigkeit von russischem Gas reduzieren. Bei ihrem gemeinsamen Gespräch sei man übereingekommen, daß die beiden Länder „eng abgestimmt“ vorgehen werden: „Gleiche Interessenslagen, gleiche Herausforderungen“, so Nehammer.

Zum Abschluß des Arbeitsbesuchs in Berlin stand noch ein Treffen mit Finanzminister Christian Lindner auf dem Programm. ■

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler trifft ukrainischen Präsidenten Selenskyj

„Wir sind militärisch neutral, aber nicht, wenn es darum geht, Verbrechen zu benennen und dort hinzugehen, wo tatsächlich Unrecht passiert“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 9. April nach seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew, wo er auch mit Premier Denys Schmyhal und dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, zusammentraf.

Österreich trage die EU-Sanktionen mit, betonte der Bundeskanzler. Es werde noch weitere Sanktionspakete geben. Diese hätten das Ziel, den Krieg zu beenden. In Zukunft sollten die Sanktionsmechanismen „noch feingliedriger und zielsicherer“ werden, versprach Nehammer. So könnte etwa die Lieferung „technischer Kleinteile“, die für militärische Fluggeräte notwendig sind, nach Rußland verboten werden. Abermals unterstrich der Bundeskanzler, daß der von Rußland ausgelöste Krieg für Österreich „völlig inakzeptabel“ sei.

Bezüglich der Weigerung Österreichs, einem Gasimportstopp aus Rußland zuzustimmen, wiederholte Nehammer, daß die Sanktionen jene treffen sollen, gegen die sie gerichtet seien. Das Ausbleiben von Gaslieferungen könnte für Österreich schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen haben.

Lokalausgang in Butscha

Bei einem Lokalausgang in Butscha, wo nach dem Abzug der russischen Truppen über 300 Tote gefunden worden waren, wurde der Kanzler von Vertretern der örtlichen Behörden über den Hergang der Ereignisse informiert. In einer ukrainisch-orthodoxen Kirche zündete der Bundeskanzler Kerzen zum Gedenken an die Opfer an. Die Kriegereignisse würden aufgearbeitet und die Täter zur Verantwortung gezogen, erklärte Nehammer. „Die Mühlen der internationalen Gerichtsbarkeit mahlen langsam, aber beständig.“

Auch wenn Österreich im Gegensatz zu anderen Staaten der Ukraine keine Waffen liefern könne, seien auch die „technischen Mittel“ aus Österreich eine große Hilfe, sagte Präsident Selenskyj. Er bedankte sich für die 20 Rettungsfahrzeuge und 10 Tanklöschwagen, deren Lieferung Nehammer im Rahmen des Gesprächs in Aussicht gestellt hatte. „Es ist ein schönes Signal, wenn führende Persönlichkeiten uns besuchen. Das zeigt, sie unterstützen uns nicht nur mit Worten“, so Selenskyj, der mit Nehammer auch



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 9. April reiste Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) zu einem Arbeitsbesuch nach Kiew und traf dort den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ...

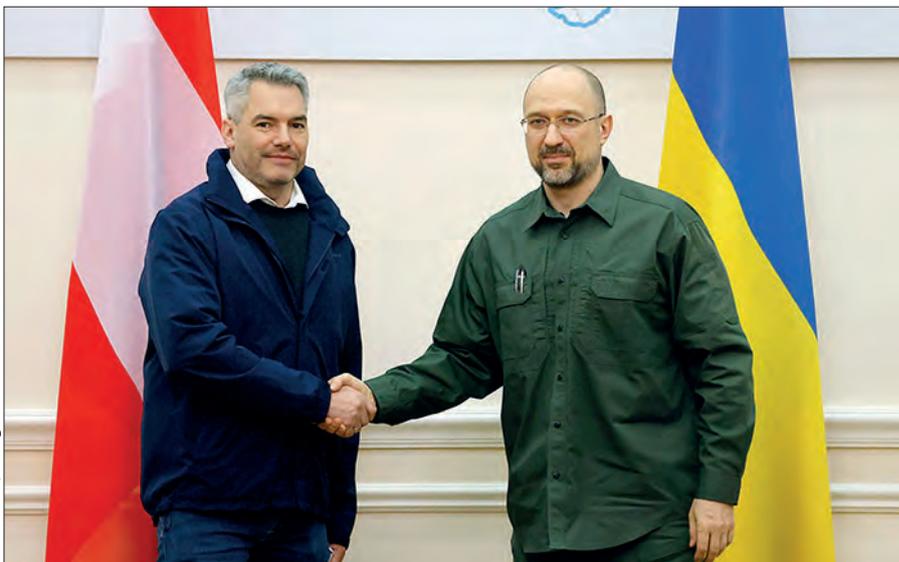


Foto: BKA / Dragan Tatic

... den Ministerpräsidenten der Ukraine, Denys Schmyhal ...



Foto: BKA / Dragan Tatic

...und Kiews Bürgermeister Vladimir Klitschko

die ukrainische EU-Perspektive erörterte. „Ich habe auch die Zusage erhalten, daß Österreich mit seinen Partnern in der Europäischen Union die Sanktionspolitik gegen Rußland fortsetzen wird, solange eine wirkliche Sicherheit in unserer Region nicht wieder voll hergestellt ist“, so der Präsident.

Gespräch mit dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko

„Wir kämpfen für die Ukraine als demokratisches und europäisches Land und für jeden in Europa. Unser Traum ist es, Teil der europäischen Familie zu sein und dafür bezahlen wir jetzt“, so Klitschko. Daß der Bundeskanzler die Ukraine besucht habe, sei eine mutige Entscheidung, lobte Klitschko. „In Kiew kann aktuell immer eine Rakete explodieren.“

Österreich, Europa und die Welt

Treffen mit Präsident Putin in Moskau

„Es war mir wichtig, mit Putin selbst über das zu reden, was tatsächlich jetzt notwendig ist: nämlich insbesondere die humanitären Korridore, die Hilfe für die Menschen vor Ort, vor allem unter dem Aspekt, daß demnächst in der Ostukraine eine große Offensive bevorstehen wird. Es war kein Freundschaftsbesuch, es war eine klare, direkte Aussprache, in aller Offenheit auch die Probleme und den Wahnsinn des Kriegs beschreibend“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 12. April nach einem Treffen mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin in Moskau.

Der österreichische Regierungschef hielt fest, daß er ohne Erwartungen nach Moskau gefahren sei. Er sei nicht davon ausgegangen, daß Putin zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit sein würde. Ziel sei es aber gewesen, Putin mit den Verbrechen und dem Leid zu konfrontieren, die er in der Ukraine gesehen habe und nichts unversucht zu lassen, um eine Einstellung der Kampfhandlungen oder zumindest humanitäre Fortschritte für die notleidende Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bewirken. „Meine wichtigste Botschaft an Putin war, daß dieser Krieg endlich enden muß, denn in einem Krieg gibt es auf beiden Seiten nur Verlierer“, so Nehammer.

Österreich wird Beitrag leisten, um Kriegsverbrechen aufzuklären

Putin werfe der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft vor, das Kriegsgeschehen nicht real darzustellen, berichtete der Kanzler weiter. So kooperiere laut Putin die russische Föderation sehr wohl mit dem Internationalen Roten Kreuz, was Fluchtkorridore betreffe, nicht aber die Ukraine. „Ich habe Putin darauf hingewiesen, daß er mit seiner Armee die Verantwortung für die Sicherheit der Korridore trägt“, hielt Nehammer fest.

Auch Kriegsverbrechen wie jenes in Butscha würden abgestritten. Die Russische Föderation mißtraue der internationalen Begutachtung der Kriegsverbrechen und halte sie für einseitig. „Ich habe dem widersprochen und gesagt, Österreich wird – wenn notwendig und gewünscht – einen Beitrag dazu leisten, um bei der Aufklärung der Kriegsverbrechen genau diese Objektivität herzustellen. Es ist ein Gebot der Stunde, daß die Verantwortlichen identifiziert und dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden. Und genau deshalb, weil eine Parteienstellung in einem Krieg immer wieder auch das Thema wechselseitiger Vorwürfe und Unterstellun-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer bei der Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, von dem kein gemeinsames Foto zur Verfügung stand

gen ist, braucht es die internationale Aufklärung“, so der Bundeskanzler.

Istanbuler Verhandlungen als Zeichen der Hoffnung

Was einen möglichen Waffenstillstand beziehungsweise Frieden betreffe, habe der Kanzler den Eindruck, daß der russische Präsident offenbar auf die ins Stocken geratenen Verhandlungen in der Türkei setze: „Sie sind aus meiner Sicht ein wichtiges Format, um hier tatsächlich auch Fortschritte für den Frieden erzielen zu können. Wladimir Putin hat sie mehrfach ins Spiel gebracht. Er ist interessiert, trotz aller Kriegslogik, und das halte ich für ein Zeichen der Hoffnung, daß diese Verhandlungen weiter fortgesetzt werden und dann auch zu Ergebnissen führen.“ Es sei wichtig, daß es neben all dem „Irrsinn der Gewalt“ einen Raum gibt, wo trotz allem Gespräche stattfinden können. Er werde in den nächsten Tagen auch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sprechen. „Präsident Erdogan hat hier eine federführende Rolle, er ist der Schirmherr dieser Verhandlungen“, so Nehammer.

Zusammenfassend hielt der Bundeskanzler fest, daß er bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin „generell keine positiven Eindrücke“ gewonnen hätte, es brauche aber die persönliche Konfrontation. „Ich halte es für wichtig, etwas zu tun, als gar nichts zu tun. Und deswegen war mir wichtig, Präsident Putin mit den Fakten des Krieges, mit dem Leid der Menschen in der Ukraine zu konfrontieren. Wenn Sie mich danach fragen, ob das eine unmittelbare Aus-

wirkung hat, dann: Nein. Es war wichtig, das anzusprechen und den Istanbuler Friedensgesprächen sozusagen wieder Energie zu geben, sodaß sie fortgeführt werden. Dann ist jede Mühe den Aufwand wert. Auch der kleinste Erfolg zählt, wenn es um Frieden geht“, so Nehammer abschließend. ■

»Konferenz zur Zukunft Europas«

Europaministerin Karoline Edtstadler hat am 9. Mai, dem Europatag, anlässlich des offiziellen Abschlusses der „Konferenz zur Zukunft Europas“ den Aktivitätenbericht (2020-2022) zur EU-Zukunftskonferenz in Österreich präsentiert.

„Seit dem Jahr 1986 begehen wir am 9. Mai den Europatag zur Erinnerung an die Schuman-Erklärung von 1950. Der französische Außenminister Robert Schuman schlug damals die Gründung einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, um Krieg nicht nur zu verhindern, sondern ihn unmöglich zu machen, mangels des Zugriffs einzelner Staaten auf diese Rohstoffe. Das war der Grundstein der Europäischen Union. Sie hat uns in den letzten Jahren Freiheit, Frieden und Wohlstand gebracht“, sagte Edtstadler in ihrer Ansprache im Bundeskanzleramt.

Nach den pandemiebedingten Einschränkungen in den letzten zwei Jahren und zahlreichen digitalen und hybriden Veranstaltungen zur Zukunftskonferenz, könne man nun endlich wieder „Hand in Hand“ an der Gestaltung der Zukunft arbeiten. „Aber wer hätte sich im letzten Jahr gedacht, daß wir 2022 wieder Krieg auf europäischem Boden erleben müssen? Der Angriffskrieg Ruß-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesministerin Karoline Edtstadler präsentierte den Bericht zur EU-Zukunftskonferenz

lands auf die Ukraine hat die viel zitierte Zeitenwende eingeleitet. Österreich unterstützt hier in vielfältiger Art und Weise und die Hilfsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher ist großartig“, betonte Edtstadler. Bundeskanzler Karl Nehammer setze zudem europaweit Impulse, spreche mit den Parteien und versuche, zu Lösungen beizutragen, etwa zur Einrichtung humanitärer Korridore, zur Erreichung eines Waffenstillstands und letztlich zu „unserem Ziel, der Wiederherstellung des Friedens“.

Weiterentwicklung der EU ist BürgerInnen in Österreich ein Anliegen

Bereits vor der Pandemie und dem Krieg sei die Zukunftskonferenz angekündigt worden, so die Bundesministerin. „Unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedsstaaten sollte über eine verbesserte Europäische Union diskutiert werden. In einem breit angelegten Diskussionsprozess sollten Lösungen für europäische Herausforderungen aufgezeigt und Antworten auf wichtige Fragen gefunden werden.“ Österreich habe sich bei der EU-Zukunftskonferenz besonders engagiert und zähle zu den aktivsten Mitgliedern. Im Schnitt habe es im letzten Jahr jeden zweiten Tag eine Aktivität im Rahmen der Zukunftskonferenz gegeben. Die Weiterentwicklung der EU sei den BürgerInnen in Österreich ein Anliegen, das zeige die Vielzahl an Aktivitäten, sagte Karoline Edtstadler, die im Rahmen der Veranstaltung „nicht ganz ohne Stolz“ den Aktivitä-

tenbericht zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ präsentierte.

EU muß umgehend Reformen einleiten

Dennoch müsse man sich eingestehen, daß die Zukunftskonferenz auf europäischer Ebene „leider nicht wie verhofft verlaufen ist“. Zu viel Zeit sei für prozedurale Fragen aufgewendet worden, zu wenig sei diskutiert worden. „Wir müssen über Lösungen für die entscheidenden und akuten Probleme sprechen. Unser Fortschritt und das europäische Lebensmodell sind gefährdet“, hielt die Ministerin mit Blick auf den Angriffskrieg auf die Ukraine, das aufstrebende China, wirtschaftliche Abhängigkeiten und die steigende Anzahl an Autokratien fest. Man müsse sich wohl darauf einstellen, daß Europa langfristig mit Konflikten konfrontiert sein werde. Die Inflation steige, Lieferketten seien unterbrochen worden, das sei bereits während der Pandemie sichtbar geworden.

„Die österreichische Bundesregierung versucht hier gegenzusteuern. Aber wir brauchen europäische Reaktionen auf diese Veränderungen. Wir brauchen den Zusammenhalt, denn der ist unsere Stärke. Unsere Gemeinschaft ist das, was uns in der Welt stark macht“, bekräftigte die Europaministerin. Die EU müsse umgehend wesentliche Reformen einleiten. Den Anstoß dazu würden die Vorschläge der BürgerInnen, die sich an der Zukunftskonferenz beteiligt haben, geben. „Die Ideen und Lösungsansätze aus der Zivilgesellschaft und aus der Wirtschaft

geben die Richtung dafür vor, in die sich die Europäische Union entwickeln muß.“

Grundlagen schaffen, um den „European Way of Life“ aufzubauen

Die Europaministerin griff drei Ideen heraus, die ihr richtungweisend erscheinen: Das Vorantreiben geopolitischer Interessen Europas, die Rückbesinnung auf die Wirtschaftsmacht Europas und die nachhaltige Stärkung im Inneren Europas.

Hinsichtlich der geopolitischen Interessen, die Edtstadler mit „Europe first“ umriß, verwies die Ministerin in erster Linie auf die Nachbarländer, die europäische Werte teilen. Als Beispiele nannte sie die Westbalkanstaaten, die Stabilität benötigen und nicht dem Einflußbereich Rußlands oder Chinas überlassen werden dürften. Aber auch eine rasche Lösung für die Vertiefung der Beziehungen zur Schweiz und zu Großbritannien müßten gefunden werden.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine habe auch gezeigt, daß es einen raschen Ausbau der Kapazitäten der europäischen Verteidigung brauche. „Der strategische Kompass, der Aktionsplan der EU zur effektiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein guter Wegweiser“. Wesentlich sei auch ein funktionierender Außengrenzschutz, der die illegale Migration eindämmen würde, denn „Asyl gibt es in Europa für diejenigen, die einen Asylgrund haben“. Weites müsse die Abhängigkeit von Rohstoffen reduziert werden: von der Energie bis zu seltenen Erden. Das Ziel sei der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erleichterung nachhaltiger Rohstoffgewinnung.

Potentiale unseres Wirtschaftsraums voll ausschöpfen

Eine „Rückbesinnung auf die Wirtschaftsmacht Europas“ sei ein weiterer wesentlicher Faktor für die künftige Entwicklung der EU: „Die Europäische Union war der größte Binnenmarkt der Welt, wird heute allerdings wirtschaftlich von China und den USA abgehängt. Wir müssen die Trendumkehr schaffen, die Potentiale unseres Wirtschaftsraums wieder voll ausschöpfen und den Binnenmarkt vollenden. Unser Anspruch muß es sein, Weltmeister der Innovation, Champion der Wertschöpfung und Vorreiter höchster Lebensqualität zu sein.“ Aktuell sei die EU dagegen ein „Weltmeister bei der Regulierung, teilweise der Überregulierung“. Europa müsse aber ein „Kontinent der Chancen“ sein, sei es im Bereich Klimawandel, im digitalen Raum oder bei neuen Technologien.

Österreich, Europa und die Welt

Die EU müsse sich „an den Chancen und nicht an den Risiken orientieren“. Dafür sei es notwendig, die noch bestehenden Barrieren im Binnenmarkt abzubauen und eine „Harmonisierung in allen Sektoren entschieden voranzutreiben“. Die Europaministerin sprach sich zudem für eine Stärkung des Kapitalmarkts durch die Verwirklichung einer europäischen Kapitalmarktunion aus. Die Union solle auch nicht davor zurückschrecken, das Wettbewerbsrecht zu reformieren, „damit endlich mehr europäische Champions entstehen können“. Ein wichtiges Ziel bleibe zudem, „die beste digitale Infrastruktur der Welt aufzubauen“. Der Forschungs- und Innovationsstandort Europa müsse durch eine „deutliche Erhöhung“ der Finanzmittel und einen „harten internationalen Patentschutz“ gestärkt werden. „Innovationsförderung statt Innovationshemmung“ sei gefordert, faßte die Ministerin zusammen. Dies gelte gerade auch für den Bereich der Regulierung.

In den Gesprächen mit UnternehmerInnen sei auch häufig auf das Problem des Fachkräftemangels hingewiesen worden. „Um die Potentiale unseres Binnenmarktes voll ausschöpfen zu können, müssen wir die Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte deutlich erleichtern.“ Während die illegale Migration nicht ausreichend eingedämmt würde, werde die legale Migration erschwert und hemme die Zuwanderung benötigter, hochqualifizierter Arbeitskräfte in die EU. Die Ministerin wünschte sich zudem einen „noch flexibleren, europäischen Arbeitsmarkt“. Letztlich müsse auch darauf geachtet werden, „daß es uns auch volkswirtschaftlich gut geht. Das heißt, wir müssen möglichst rasch zu den Maastricht-Kriterien zurückkehren“. Gefordert sei hier auch die Europäische Zentralbank und ihre Zinspolitik.

Starke Institutionen für eine weiterhin geeinte Union

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen sei es besonders wichtig, daß die Europäische Union „geeint ist und unter allen Umständen geeint bleibt“. Dafür brauche es starke Institutionen, die auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. „Es wäre wichtig, daß sich die europäischen politischen Parteien dazu durchringen, das System des Spitzenkandidaten in den EU-Verträgen zu verankern“, so Edtstadler. Auch wenn es „unrealistisch“ sei, so wäre die Einigung auf einen ständigen Sitz des Europäischen Parlaments



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, UN Generalsekretär Antonio Guterres und Außenminister Alexander Schallenberg bei der Pressekonferenz im Bundeskanzleramt

zu begrüßen. „Ich trete auch dafür ein, daß wir bei einer Kommissarin oder einem Kommissar pro Mitgliedsstaat bleiben.“ Weiters solle die Rechtsstaatlichkeitskonditionalität in den EU-Verträgen verankert werden.

Abschließend betonte die Europaministerin, daß die Europäische Union „zweifelloso eine Erfolgsgeschichte“ sei und „alle Krisen und Herausforderungen eine Chance darstellen, die EU gemeinsam weiterzuentwickeln“. In diesem Sinne rief sie dazu auf: „Laßt uns ein neues, besseres Europa schmieden.“ ■ https://www.youtube.com/watch?v=_Kqsyd6nEB4

Besuch von UN-Generalsekretär António Guterres in Wien

„Es ist für uns eine große Freude, den Generalsekretär der Vereinten Nationen heute bei uns zu begrüßen. Österreich ist Sitz der Vereinten Nationen (UN). Darüber sind wir stolz und dankbar. Wir haben eine ausgezeichnete Kooperation und werden diese auch weiter ausbauen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 11. Mai in einer Pressekonferenz im Anschluß an ein Arbeitstreffen gemeinsam mit UN-Generalsekretär António Guterres und Außenminister Alexander Schallenberg im Bundeskanzleramt.

Der UN-Generalsekretär war anlässlich des Frühjahrstreffens des höchsten Koordinations- und Strategiegremiums der Vereinten Nationen, das er leitet, in Österreich.

Grüne Korridore, um Welternährung zu sichern

Der Besuch sei von den Themen der Zeit geprägt gewesen, so der Kanzler: vom Krieg in der Ukraine und von der Corona-Krise. Im Zentrum des Austausches seien die Möglichkeiten gestanden, die Österreich einerseits als Mitgliedsstaat der Europäischen Union und andererseits die Vereinten Nationen hätten, um Frieden zu stiften oder auch konkre-

te Hilfeleistungen voranzutreiben. Aktuell wichtig seien etwa die grünen Korridore, ein Projekt, das darauf abzielt, geerntetes Korn wie Weizen, Mais und Ölsaaten in Millionen Tonnen aus der Ukraine heraus zu liefern, um die Welt zu ernähren. „Das trifft vor allem Nordafrika, Pakistan und Indien. Es ist eine Aufgabe, die die Weltgemeinschaft gemeinsam stemmen soll und muß. Hier braucht es die enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Österreich wird so gut es geht seinen Beitrag leisten“, hielt der Bundeskanzler fest, der versicherte, daß Österreich sich bereits in operativer Umsetzung befinde, um die Ukraine möglichst gut zu unterstützen.

Mit Hilfe der Vereinten Nationen Stabilität und Sicherheit in armen Ländern ermöglichen

Österreich stehe den Vereinten Nationen immer zu Seite, wenn es darum geht, Menschen zu helfen. Acht Millionen Impfdosen seien während der Covid-19 Pandemie gespendet worden. Zudem sei Österreich ein starker Befürworter des World Food Programms, „weil es notwendig ist, Stabilität und Sicherheit für die Menschen auf der Welt ein Stück zu ermöglichen“. Österreich werde sich auch auf europäischer Ebene für die weitere Finanzierung einsetzen. Denn auch wenn der europäische Fokus gerade auf den Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine gerichtet sei, habe Österreich die Verpflichtung, mit Hilfe der Vereinten Nationen Ländern in Not auch direkt und unmittelbar zu helfen: „Wir dürfen neben diesem Krieg in der Ukraine die Welt nicht vergessen. Wir dürfen die Flüchtlingslager im Libanon, in Jordanien und in der Türkei nicht vergessen. Und wir dürfen jene Regionen in Afrika und Asien, die von Armut bedroht sind, nicht übersehen“, so der Kanzler. ■

Österreich, Europa und die Welt

Arbeitsbesuch in Tschechien

„Es hat mich gefreut, heute in Prag Premierminister Petr Fiala zu treffen. Mit einem Handelsvolumen von fast 14 Milliarden Euro ist Tschechien nicht nur unser wichtigster Handelspartner in Mittel- und Osteuropa, es übernimmt auch den europäischen Ratsvorsitz in einer ganz entscheidenden Phase für die EU angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 17. Mai im Zuge eines Arbeitstreffens mit seinem tschechischen Amtskollegen in Prag.

Das NATO-Mitglied Tschechien hat die Ukraine nach dem Angriff durch die russische Föderation mit zahlreichen Waffenlieferungen unterstützt. Zudem haben laut aktuellen Schätzungen mehr als 200.000 vertriebene UkrainerInnen im Land Zuflucht gefunden.

„Es muß unser Ziel sein, rasch eine Deeskalation zu bewirken, weiterhin humanitäre Hilfe zu leisten und die globale Ernährungssicherheit über grüne Korridore sicherzustellen“, hielt der österreichische Regierungschef zur Ukraine weiter fest.

Beide Regierungschefs waren sich darüber einig, daß ein geschlossenes Auftreten der EU hinsichtlich weiterer Sanktionen gegen Rußland unumgänglich sei. Nehammer forderte die EU-Kommission auf, Ergebnisse erst nach Abschluß der Verhandlungen zu präsentieren, denn: „je schärfer, je tiefgehender, je weitergehender Sanktionen angedacht werden, desto wichtiger ist es, diese vorher ausreichend mit den einzelnen Mitgliedstaaten zu diskutieren, damit dann eben nicht nach außen der Eindruck eines Dissens entsteht“, sagte Nehammer. Weiters warnten beiden Regierungschefs erneut vor einem möglichen Gasembargo: „Das geht für unsere Staaten nicht.“ ■

Österreich nominiert erstmals Frau zu Richterin am EuG

Die Funktionsperiode der aktuell amtierenden österreichischen Richterin am Gericht der Europäischen Union (EuG) endet mit 31. August 2022. Österreich ist daher aufgerufen, zwei Personen zur Nachfolge zu nominieren.

Die Amtsperiode der Richterin am EuG dauert 6 Jahre, der Nominierungszeitraum ist damit 2022-2028. Ernannt werden können Personen mit umfassenden juristischen Fähigkeiten, langjähriger einschlägiger Berufserfahrung und unter anderem Kenntnis mehrerer Amtssprachen der Europäischen Union.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 17. Mai reiste Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) zu einem Arbeitsbesuch beim tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala nach Prag



Foto: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger

Eine Richterstelle wurde öffentlich im Amtsblatt der Wiener Zeitung ausgeschrieben. Die BewerberInnen wurden von einer Kommission im Bundeskanzleramt auf die Erfüllung der Kriterien geprüft. Von den in Frage kommenden KandidatInnen hat sich die Bundesregierung auf den Vorschlag von Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Ständige Vertreterin Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, geeinigt. Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler betont: „Ich freue mich, daß wir mit Elisabeth Tichy-Fisslberger erstmals eine Frau als Richterin am EuG nominieren.

Sie ist eine exzellente Juristin und aufgrund ihrer jahrelangen Expertise bestens für dieses Amt geeignet. An dieser Stelle möchte ich auch Dr. Viktor Kreuzschitz für seine Tätigkeit als Richter am EuG herzlich danken.“

Gerhard Hesse, früherer Leiter des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, wurde erst 2019 zum Richter am EuG nominiert. Österreich hatte als Folge des Brexit eine zweite Richterstelle erhalten. Der Europa- und Verfassungsrechtsexperte wurde damals vom zuständigen Auswahl-Ausschuß auf EU-Ebene (der aus sieben ehemaligen europäischen und nationalen Höchstrichtern zusammengesetzt ist) für die Funktion eines Richters als im hohen Maße geeignet beurteilt und dementsprechend bestellt. „Gerhard Hesse verfügte bereits vor seiner Nominierung über 20 Jahre Erfahrung als Prozeßvertreter Österreichs vor dem EuGH und EuG und kennt diese Institutionen daher wie kaum ein anderer. Ich darf auch ihm dafür danken, daß er nun zur Nominierung für eine volle Funktionsperiode von sechs Jahren zur Verfügung steht“, so Edtstadler.

Am 25. Mai wurde im Hauptausschuß des Nationalrates das Einvernehmen über den Vorschlag der Bundesregierung hergestellt. In weiterer Folge wird sich Tichy-Fisslberger noch dem Hearing vor dem zuständigen Ausschuß auf EU-Ebene stellen.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist das EuG für die Wahrung der korrekten Auslegung und Anwendung von EU-Recht verantwortlich. ■

Österreich, Europa und die Welt

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Estland weiter verstärken

Bundeskanzler Karl Nehammer hat am 10. Juni die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas in Tallinn zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Im Fokus des Austausches standen vor allem die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Estland und Österreich, ein stärkerer Austausch hinsichtlich der Digitalisierung, der Krieg in der Ukraine sowie dessen EU-Kandidatenstatus und die Energiewende. Zudem besuchte der Kanzler den Tallinner Wasserflughafen samt Meeresmuseum.

„Estland und Österreich verbinden mehr als 100 Jahre diplomatische Beziehungen und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Österreich kann gerade beim Thema Digitalisierung viel von Estland lernen. Wir werden daher die Zusammenarbeit in diesem Bereich in Zukunft verstärken“, sagte Nehammer nach dem Treffen, der sich bei Ministerpräsidentin Kallas für den produktiven Austausch bedankte.

Ukraine: Einigkeit der EU bewahren – Vorbereitungsraum als Zwischenstufe zum EU-Beitritt

Seit Monaten werde jedoch alles vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine überschattet. Der Krieg habe unfaßbares Leid ausgelöst, Tausenden Menschen das Leben gekostet und über sieben Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, so der österreichische Regierungschef. Die Europäische Union sei geschlossen und einig bei den Sanktionen sowie darin, daß Krieg niemals ein Mittel der Politik sein könne. „Wir stehen klar auf der Seite der Menschen in der Ukraine. Jetzt geht es darum, weiterhin Einigkeit in der EU zu bewahren. Denn uns alle eint das gleiche Ziel: All unsere Anstrengungen gelten in erster Linie dem Ende des Angriffskrieges. Priorität hat jetzt außerdem die Schaffung von grünen Korridoren, um das geerntete Korn, Weizen, Mais und Ölsaaten in Millionen Tonnen aus der Ukraine herauszubringen und die Welt damit zu ernähren.“ Darüber hinaus müsse die EU die Energiewende schaffen, „um mittel- bis langfristig die Abhängigkeit von Rußland zu beenden“, so Karl Nehammer.

In Bezug auf einen möglichen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union plädierte der Bundeskanzler für einen Europäischen Vorbereitungsraum als Zwischenschritt zwischen einer Zusammenarbeit und dem EU-Vollbeitritt. „Dieser Vorbereitungsraum stärkt die Zusammenarbeit mit der EU und erlaubt



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas

es der Ukraine, sich schrittweise den europäischen Standards anzunähern.“ Die Ukraine hofft darauf, auf dem EU-Gipfel am 23. und 24. Juni in Brüssel einen Kandidatenstatus zu erhalten. ■

Weitere Offensive zur Stärkung von Volksgruppen

Um die Volksgruppen in Österreich weiter zu stärken, hat Kultusministerin Susanne Raab einen Fördercall in der Höhe von rund 1 Million Euro gestartet. Dieser Fördertopf ist einer von vier Töpfen, aus denen sich die Volksgruppenförderung mit insgesamt knapp 8 Millionen Euro zusammensetzt. Mit der Fördersumme sollen zukunftsweisende Vorhaben mit den Schwerpunkten Digitalisierung, Volksgruppen-Jugend und -Nachwuchsförderung sowie die Evaluierung des bestmöglichen Einsatzes der Volksgruppenfördermittel gefördert werden.

„Seit 2020 haben wir die Volksgruppenförderung um 4 Millionen Euro auf insgesamt 7.868.000 Euro erhöht und damit mehr als verdoppelt. Das war die erste Erhöhung seit 25 Jahren und somit ein Meilenstein. Die Volksgruppen haben in Österreich einen hohen Stellenwert und ich freue mich, daß wir mit 1 Million Euro zukunftsweisende Vorhaben fördern können, um diese weiter zu stärken!“, betonte die Kultusministerin.

Die bedeutende Rolle der Digitalisierung soll auch im Volksgruppenbereich genützt werden, um besser auf die Bedürfnisse der Volksgruppenangehörigen einzugehen und Maßnahmen zukunftsfit zu machen. Daher sollen besonders Projekte gefördert werden, die auf den Ausbau der Zwei-/Mehrsprachigkeit von Gemeindehomepages in zwei- oder

mehrsprachigen Gemeinden abzielen, aber auch auf die Entwicklung von Digitalisierungsstrategien einer Volksgruppe oder die Sichtbarmachung der Volksgruppensprachen im digitalen Raum. Unter diesem Schwerpunkt wird beispielsweise eine Kooperation zwischen der Ständigen Konferenz der Vorsitzenden der Beiräte der autochthonen Volksgruppen Österreichs und dem Haus der Geschichte Österreich gefördert, in der unter Verwendung moderner Medien die Präsenz der österreichischen Volksgruppen in der Öffentlichkeit verstärkt wird.

Der Erhalt der Volksgruppen hängt maßgeblich davon ab, ob die Volksgruppenidentität, deren Sprache und Kultur an den Nachwuchs bzw. jüngere Generationen weitergegeben und von diesen angenommen werden. Unter diesem Schwerpunkt sollen Projekte, die das Bewußtsein junger Menschen für die eigene Volksgruppenidentität stärken und das Engagement im Volksgruppenbereich fördern und die Etablierung von Vernetzungsstrukturen und Schaffung von innovativen Begegnungsmöglichkeiten für junge Volksgruppenangehörige zum Ziel haben, gefördert werden.

Die Volksgruppenförderung in Österreich gliedert sich in vier Förderansätze bzw. Fördertöpfe. Die Medienförderung wird seit heuer zweijährig vergeben, die anderen Förderungen werden jeweils jährlich vergeben. Neben den allgemeinen Zuschüssen aufgrund des Volksgruppengesetzes gibt es Sonstige Zuschüsse (Volksgruppenförderung), Interkulturelle Förderung (Volksgruppenförderung) und Medienförderung (Volksgruppenförderung). ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen.html>

Österreich, Europa und die Welt

Edtstadler: Klares Signal der Stärke der EU senden

Europaministerin Karoline Edtstadler nahm am Rat Allgemeine Angelegenheiten in Luxemburg teil. Die EuropaministerInnen der Europäischen Union berieten am 21. Juni über die Empfehlung der EU-Kommission, der Ukraine und Moldawien offiziell den Status als EU-Beitrittskandidaten zu verleihen sowie über die Frage, welche Bedingungen dazu erfüllt werden müssen. Österreich und Slowenien wollen diesen Status auch für Bosnien-Herzegowina, das Land ist derzeit nur ein potentieller Beitrittskandidat. „Es geht heute ganz stark um die Frage der Erweiterung in Richtung Osten, aber wir dürfen auch den Westbalkan im Südosten nicht vergessen. Zum anderen geht es um die Beziehungen der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich sowie um die Zukunft der EU. Dabei steht im Fokus, wie wir den Zukunftsprozeß weiterhin aufrechterhalten wollen und wie wir ein Follow-up der EU-Zukunftskonferenz in den Raum stellen, der das erfüllt, was sich die Bürgerinnen und Bürger erwarten, nämlich mehr Einbindung“, so Karoline Edtstadler vor dem Rat.

EU-Erweiterung: »Historische Chance nutzen«

Es gehe darum, „eine historische Chance“ zu nützen, den Gipfel der Staats- und Regierungschefs vorzubereiten und „ein klares Signal der Stärke der EU durch Erweiterungsüberlegungen in Richtung Osten und in Richtung Westbalkan zu senden“, sagte die Europaministerin. Es sei gut und richtig, den Staaten des Westbalkans zu einem nächsten Schritt zu verhelfen, die seit Jahren in einer „Warteschleife“ hängen würden. „Es darf keine Kandidaten erster und zweiter Klasse geben. Die EU muß ihre Versprechen gegenüber dem Westbalkan halten, der gerade jetzt ein starkes Signal braucht“, betonte Edtstadler.

EU-Zukunftskonferenz braucht Follow-up-Prozeß

Zur EU-Zukunftskonferenz erklärte die Ministerin, daß man sich völlig einig über die Notwendigkeit eines Follow-up-Prozesses sei. „Die Bürgerinnen und Bürger, die sich zahlreich beteiligt haben, haben es verdient, informiert zu werden und daß ihren Wünschen nachgekommen wird.“ Dabei gehe es auch um eine stärkere Einbindung. Darüber hinaus gehe es auch um das Einstimmigkeitsprinzip und um die Tatsache, daß Prozesse aufgrund dessen oft sehr lange dau-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundesministerin Karoline Edtstadler mit dem Präsidenten von Montenegro, Milo Djukanovic...



Foto: BKA / Dragan Tatic

... der Präsidentin der Republik Kosovo Vjosa Osmani mit Bundeskanzler Karl Nehammer...



Foto: BKA / Dragan Tatic

... mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić ...

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Dragan Tatic

... und mit Šefik Džaferović, dem bosnischen Mitglied des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina.

ern würden. „Allerdings zeigt sich die wirkliche Stärke der Europäischen Union genau in dieser Einigkeit und Einstimmigkeit“, so Edtstadler. Das sehe man etwa auch bei den Sanktionspaketen gegenüber Rußland, wo diese Einstimmigkeit zu tragen gekommen sei. „Die Stärke der Europäischen Union ist, wenn sie mit einer Stimme spricht.“

Möglichst enge Bindung zum Vereinigten Königreich

Bezüglich der Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit sprach sich die Europaministerin für eine „möglichst enge Bindung“ zum Vereinigten Königreich aus. Das liege vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und den Bedrohungen von außen auf der Hand. Auf der anderen Seite habe man jedoch „klare Vereinbarungen, auch was das Nordirland-Protokoll betrifft. Das ist ein unterschriebener Vertrag. Pacta sunt servanda.“ Daher unterstütze man die EU-Kommission in den Schritten, die

bereits eingeleitet worden seien, etwa beim Vertragsverletzungsverfahren.

Nehammer: Wichtig, Bosnien eine Perspektive zu geben

„Bosnien-Herzegowina könnte noch heuer den offiziellen EU-Beitrittskandidatenstatus bekommen, wenn es wichtige Wahlrechts- und Verfassungsreformen umsetzt. Es ist gelungen, daß dieses Land wieder in den Fokus zurückgekommen ist“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 23. Juni im Rahmen des Europäischen Rats in Brüssel. „Wenn die bereits frühere Forderung von 14 abzuarbeitenden Reformpunkten erfüllt wird, sind auch EU-Beitrittsverhandlungen möglich. Es war wichtig, Bosnien eine Perspektive zu geben. Die Europäische Kommission wurde vom EU-Gipfel aufgefordert, den Prozeß für den Beitrittskandidatenstatus zu beschleunigen“, hielt der Regierungschef nach stundenlangen intensiven Beratungen fest. „Nicht nur bei mir, sondern auch bei Deutschland und

Frankreich hat es punkto Ukraine einen Stimmungsumschwung im Vergleich zur anfänglichen Skepsis gegeben. Der Bericht der EU-Kommission hat gezeigt, daß die Ukraine und Moldau reif dafür sind“, erläuterte Nehammer und verwies darauf, daß ein Beitrittskandidatenstatus noch keine Beitrittsverhandlungen bedeutet. „Wichtig ist, daß man der österreichischen Bevölkerung Sicherheit vermittelt. Der Kandidatenstatus der Ukraine bedeutet nicht, daß man in den Krieg hineingezogen wird“, so der Bundeskanzler.

EU-Westbalkan-Gipfel

Die Beitrittsperspektiven standen auch bereits davor beim Westbalkangipfel im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen den EU-Spitzen und den betroffenen Staaten.

„Wir dürfen nicht mit zweierlei Maß messen, was den EU-Beitrittsprozeß anbelangt“, erklärte der Bundeskanzler. Im Vorfeld des offiziellen EU-Gipfels trafen die 27 EU-Staats- und Regierungsspitzen mit ihren Amtskollegen aus den sechs Westbalkanstaaten – Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo – zusammen.

Nehammer forderte hier „gleiche Regeln für alle“, das sei „ein Gebot der Fairness und eine Frage der Glaubwürdigkeit“. Die Annäherung des Westbalkans an die EU sei, aufgrund der engen Beziehungen, im „ureigensten Interesse“ Österreichs. Österreich forderte vor Kurzem, daß nicht nur der Ukraine, sondern auch Bosnien-Herzegowina der Status eines Beitrittskandidatenlandes verliehen werde.

Am Rande des Westbalkangipfels traf sich Nehammer auch mit den Präsidenten des Kosovo, von Bosnien-Herzegowina, von Montenegro sowie von Serbien zu bilateralen Gesprächen. ■



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 23. Juni nahm Bundeskanzler Karl Nehammer am Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs teil.

Österreich, Europa und die Welt

Arbeitsgespräch mit Präsident Masisi von Botswana

„Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hinterläßt nicht nur in Europa Spuren, sondern auch in Afrika. Genauso wie die EU wird auch die Afrikanische Union von steigenden Preisen bei Gütern des täglichen Bedarfs hart getroffen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 27. Juni anlässlich des Arbeitsgespräches mit dem Präsidenten von Botswana, Mokgweetsi Masisi, im Bundeskanzleramt. Das letzte Treffen der beiden Staatsmänner fand im Februar am Rande des EU-Afrika-Gipfels statt.

Neben der Erörterung bilateraler Themen stand in dem Arbeitsgespräch vor allem die Aufrechterhaltung der Ernährungssicherheit vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine im Fokus. Viele afrikanische Staaten – insbesondere im Osten des Kontinents – sind auf Getreide und Düngemittel aus der Ukraine angewiesen, die momentan aufgrund des illegalen und ungerechtfertigten russischen Angriffskrieges nur sehr schwer außer Landes gebracht werden können.

Wie Europa und viele andere Teile der Welt ist auch Botswana von steigenden Preisen bei Öl, Lebensmitteln und Benzin betroffen. „Im heutigen Gespräch mit Präsident Masisi habe ich betont, daß die Europäische Union weiterhin ein starker Partner an der Seite Afrikas ist, wenn es darum geht, die Auswirkungen des Krieges zu bewältigen“, so der Bundeskanzler. Darüber hinaus sprachen Nehammer und Masisi auch über die Kandidatur Botswanas als Standort für das Sekretariat des Kimberley-Prozesses, dessen Vorsitz Botswana derzeit innehat. Mit dem Kimberley-Prozeß soll der Handel mit den sogenannten Blut-Diamanten gänzlich unterbunden werden – die daran teilnehmen 56 Staaten wickeln über 99 Prozent des globalen Diamantenhandels ab. ■

Erweiterungspolitik als geopolitisches Instrumentarium verstehen

Bundesministerin Karoline Edtstadler sieht während der im zweiten Halbjahr 2022 stattfindenden EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens das Vorsitzland bei den nächsten Schritten zur EU-Erweiterung gefordert: „Es ist dringend notwendig, substantielle Schritte in Richtung EU-Erweiterung zu setzen: einen ehestmöglichen Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, die Visaliberalisierung für den Kosovo sowie die Verleihung des Kandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina. Die Europäische Union muß ihre Versprechen am Westbalkan



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer empfing Mokgweetsi E.K. Masisi, den Präsidenten der Republik Botswana, zu einem Arbeitsgespräch

einhalten und die Erweiterungspolitik als geopolitisches Instrumentarium betrachten.“ Die Europaministerin ist davon überzeugt, daß man mit Tschechien weiterhin geeint und entschlossen agieren werde und für Herausforderungen wie die Energiepolitik oder die strategische Weiterentwicklung der EU gewappnet sein werde.

„Dank der französischen Vorsitzführung konnte die Einheit der EU gewahrt werden und eine klare und unmissverständliche Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegeben werden. In wichtigen Bereichen wie im Kampf gegen Haß im Netz, dem Digital Service Act, wurden Fortschritte gemacht und Ziele erreicht“, bedankte sich Edtstadler bei ihrem Amtskollegen Clément Beaune. Der Abschluß der EU-Zukunftskonferenz sei ein wichtiger Schritt gewesen: „Jetzt geht es darum, die zahlreichen Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zu evaluieren und implementieren.“

WorldSkills 2022 in Salzburg

Von 17. bis 20. November treten im Messezentrum Salzburg Lehrlinge aus aller Welt in 7 Bewerben gegeneinander an. Ursprünglich hätten die WorldSkills in Shanghai stattgefunden, nun wird die Austragung auf mehrere Länder, unter anderem Österreich, aufgeteilt.

„Österreich verfügt über ein im internationalen Vergleich sehr gutes Ausbildungssystem und genießt vor allem für die duale Ausbildung weltweit große Anerkennung. So konnte Österreich erst vor wenigen Monaten ein Abkommen zur Stärkung der Zu-

sammenarbeit im Bereich der Lehre mit den Vereinigten Staaten unterzeichnen. Als Bundesregierung setzen wir mit unseren Maßnahmen alles daran, die Rahmenbedingungen für die Lehrlingsausbildung in Österreich weiterhin bestmöglich auszugestalten und somit Österreichs Vorreiterrolle in diesem Bereich auszubauen. Vor diesem Hintergrund freut es mich besonders, daß auch Österreich als Austragungsort für die diesjährigen WorldSkills ausgewählt wurde“, so Arbeitsminister Martin Kocher.

„Unsere Lehrlinge haben bei internationalen Wettbewerben regelmäßig einen besseren Medaillenspiegel als Österreich bei den olympischen Spielen. Die WorldSkills in Salzburg sind ein schönes Signal für die Lehrlingsnation Österreich und begeistern hoffentlich weiter für das Vorzeigemodell Lehre. Denn die Lehre darf nicht der Plan B sein, wenn es mit der Schule nicht klappt, sondern muß der Plan A für die besten Fachkräfte von morgen sein“, sagt Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm.

Nachdem die WorldSkills 2022 in Shanghai aufgrund von Covid-Lockdowns nicht stattfinden konnten, teilten die 85 teilnehmenden Länder die Bewerbe auf 15 Austragungsländer auf. Für Österreich starten 44 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei den WorldSkills 2019 konnte sich Österreich 12 Medaillen sichern. Im Herbst messen sich in Österreich Lehrlinge in den Bereichen Betonbau, Hochbau, Elektrotechnik, Anlagen-elektrik, Speditionslogistik, Schwerfahrzeugtechnik und Chemie-Labortechnik. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Aus dem Außenministerium



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg, Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck und Doppelmayr-Projektleiter Thomas Nesler vor der neuen Rakavit-Seilbahn in Haifa

Außenminister und Wirtschaftsministerin auf Arbeitsbesuch in Israel

Außenminister Alexander Schallenberg brach am 28. März gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Margarethe Schramböck zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch nach Israel auf. Der Fokus des Gesprächs von Schallenberg mit seinem israelischen Amtskollegen Yair Lapid lag auf der Stärkung und Festigung der österreichisch-israelischen Beziehungen. Zudem thematisierten die beiden Außenminister den Normalisierungsprozess zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten sowie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf den Nahen Osten. „Wir müssen uns der Tatsache stellen, daß der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist. Und die Geschichte zeigt, daß Kriege, die in Europa beginnen, manchmal die Tendenz haben, nicht in Europa zu bleiben. Und auch hier haben Österreich und Israel den gleichen Ansatz indem wir versuchen, Linien des Dialogs aufzubauen“, unterstrich Schallenberg die globalen Auswirkungen der russischen Aggression. Klare Worte fand er zudem zu den jüngsten Terroranschlägen in Israel, die er auf das Schärfste verurteilte. Es dürfe dem Terrorismus nicht gelingen, die Grundlagen der freien Gesellschaft zu unterminieren. Der Außenminister betonte erneut, daß Österreich und Israel in diesem Kampf Seite an

Seite stehen würden und sicherte Israel Österreichs vollste Solidarität zu. Als weiteres Zeichen der starken bilateralen Beziehungen wurde von Schallenberg auch die baldige Unterzeichnung einer Strategischen Partnerschaft angekündigt.

Auch die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und des Wirtschaftsstandorts Österreich waren Ziel der Reise. Dabei wurde das enorme Potential für österreichische Unternehmen, insbesondere bei

Infrastruktur-Projekten sowie in den Zukunftsbranchen Umwelttechnik, Abfall- und Energiewirtschaft, ausgelotet. So nahmen Schallenberg und Schramböck auch an der Eröffnungszereemonie der neuen, von der Vorarlberger Firma Doppelmayr errichteten Seilbahn in Haifa teil.

Zudem nutzte der Außenminister seinen Besuch, um fünf israelischen Staatsangehörigen die österreichische Staatsbürgerschaft zu überreichen. Die Anpassung des Staatsbürgerschaftsgesetzes für Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes stellt für Außenminister Schallenberg einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung dar.

„Die Möglichkeit zur Überreichung der Staatsbürgerschaft hat mich sehr bewegt. Es ist unsere moralische und politische Verpflichtung, die Erinnerung an die Verbrechen der Shoah wach zu halten und Antisemitismus in jeder Form zu bekämpfen. Wir werden das Vertrauen unserer neuen Österreicherinnen und Österreicher nicht enttäuschen“, so der Außenminister.

Beim abschließenden Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem erinnerte sich Außenminister Schallenberg an den Besuch des israelischen Außenministers im KZ Mauthausen Anfang des Jahres. Er betonte, daß sich Österreich seiner Schuld bewußt sei und der gemeinsame Besuch der Gedenkstätte einen historischen Moment für die Beziehungen zwischen Österreich und Israel dargestellt habe. ■



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg fünf neuen StaatsbürgerInnen die Staatsbürgerschafts-Bescheide in Jerusalem.

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Schallenberg bei Geberkonferenz in Berlin

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 5. April an einer von Deutschland, Frankreich und Rumänien organisierten internationalen Geberkonferenz für die Republik Moldau in Berlin teil. Ziel der Konferenz war es, internationale Hilfe für das durch die humanitären Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine besonders stark betroffene Moldau zu mobilisieren. Der Fokus lag dabei auf finanziellen Unterstützungsleistungen, auf Hilfe bei der Verteilung von Vertriebenen sowie der Sicherstellung der Energieversorgung des Landes.

„Diese Konferenz ist ein starkes Zeichen der Solidarität mit Moldau. Moldau verdient großen Respekt für seine klare Haltung gegen die russische Aggression, und erwartet sich auch zu Recht Unterstützung durch den Westen. Daher war ich vergangenen Freitag gemeinsam mit meinen Slavkov-Kollegen in Chisinau, um unseren Partnern die Solidarität Österreichs zu versichern und Hilfe vor Ort zu leisten“, unterstrich der Außenminister die rot-weiß-rote Unterstützung für Moldau.

Moldau, das seit 2004 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist, hat seit dem Beginn der russischen Aggression beinahe 100.000 Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen. Zur Bewältigung dieser humanitären Herausforderung hat Österreich als erster EU-Mitgliedsstaat eine Luftbrücke eingerichtet, um vertriebene UkrainerInnen aus Moldau aufzunehmen. Dadurch konnten bereits mehr als 350 Vertriebene nach Österreich gebracht werden.

Zudem kündigte Schallenberg die Bereitstellung von weiteren zehn Millionen Euro aus Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und dem Auslandskatastrophenfonds zur Unterstützung Moldaus an. Damit steigt die österreichische Soforthilfe für die ukrainische Bevölkerung in der Ukraine und den Nachbarländern auf insgesamt 27,5 Millionen Euro. Denn bereits im Februar hatte Österreich rasch reagiert und als erste Hilfsmaßnahmen 17,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds beschlossen.

Trotz des umfassenden Unterstützungspakets für Moldau könne letztlich aber nur eine sofortige Beendigung der Feindseligkeiten helfen: „Inzwischen sollte auch die Führung in Moskau erkannt haben, daß dieser Krieg auf Dauer nicht zu gewinnen ist. Die einzige nachhaltige Lösung ist eine diplomatische. Bis dahin müssen wir als Eu-



Foto: BMEIA / Gruber

Moldau Geberkonferenz in Berlin. Im Bild Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem Amtskollegen von Moldau, Nicu Popescu

ropäische Union und mit gleichgesinnten Ländern weiterhin fest zusammenstehen – um ein starkes Signal an die russische Führung zu senden und unsere Partner in der Region zu unterstützen“, betonte der Außenminister. ■

Zur Buchpräsentation der ukrainischen Nationaldichterin Lina Kostenko am 6. April in der Österreichischen Nationalbibliothek lesen Sie einen Beitrag auf der Seite...

Irlands Präsident Higgins in Wien

Am 6. April empfing Außenminister Alexander Schallenberg den irischen Präsidenten Michael D. Higgins gemeinsam mit Irlands Europaminister Thomas Byrne im Außenministerium. Der Höflichkeitsbesuch fand im Rahmen des offiziellen Staatsbesuches von Irlands Präsident bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen statt.

Im Zentrum des Austauschs standen neben den aktuellen Entwicklungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsarchitektur auch die Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich, insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Parlamentswahl in Nordirland.

Schallenberg verurteilte einmal mehr die in Bucha und anderen ukrainischen Städten begangenen Gräueltaten und forderte eine rasche Aufklärung aller Verbrechen: „Es müssen die Menschen, die militärischen und politischen Leader, die das zu verantworten haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Dabei werden Die UN-Untersuchungskommission in Wien sowie der Internationale Strafgerichtshof eine wichtige Rolle spielen“, so Schallenberg.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit dem irischen Präsidenten Michael D. Higgins

Österreich, Europa und die Welt

Da die russische Invasion in der Ukraine die sicherheitspolitische Landschaft Europas nachhaltig verändert hat, war auch die Neutralität beider Länder Thema, wobei Irland und Österreich eine ähnliche Auffassung von Neutralität teilen. „Militärische Neutralität bedeutet für uns nicht gleich politische Neutralität. Wir werden nicht schweigen, wenn die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates angegriffen wird“, sagte Schallenberg.

In Hinblick auf die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich versicherte Außenminister Alexander Schallenberg dem irischen Präsident Higgins sowie Irlands Europaminister Byrne, daß Österreich die Position der EU, insbesondere Irlands, das es keine Neuverhandlungen des Nordirland-Protokolls geben wird, unterstützt. Die EU und das Vereinigte Königreich werden weiterhin enge Partner mit gemeinsamen Werten bleiben, denn die Einigkeit des Westens sei angesichts der russischen Aggression wichtiger als jemals zuvor, so der Außenminister. ■

Treffen der deutschsprachigen AußenministerInnen im Liechtenstein

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 8. April am jährlichen Treffen der deutschsprachigen AußenministerInnen in Mauren in Liechtenstein teil. Dabei traf sich er sich mit der Annalena Baerbock (Deutschland), Dominique Hasler (Liechtenstein),

Ignazio Cassis (Schweiz) und Jean Asselborn (Luxemburg). Ebenfalls am Programm standen ein Treffen mit Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und dem Regierungschef Daniel Risch.

Gesprächsschwerpunkt war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehende Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Rußlands Aggression stellt nicht nur einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar, sondern er ist auch ein Angriff auf unser auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestütztes Gesellschaftsmodell, wie Alexander Schallenberg bei dem Treffen betonte.

„Was wir erleben, ist ein massiver Angriff auf unser internationales, auf Regeln und auf dem Völkerrecht basierendes System, das wir nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer aufgebaut haben. Es ist ein Angriff der massiv an unserer europäischen Sicherheitsarchitektur rüttelt“, Schallenberg.

In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die deutschsprachigen AußenministerInnen den russischen Angriffskrieg und forderten eine strafrechtliche Aufarbeitung der von russischen Truppen begangenen Kriegsverbrechen. Neben den verheerenden Auswirkungen auf die Ukraine sind auch die unmittelbaren Nachbarstaaten der Ukraine von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs stark betroffen. Sie sind einerseits mit einem massiven Zustrom von Ver-

triebenen konfrontiert, andererseits ist die gesamte Region Osteuropas und des Südkaukasus durch die russische Destabilisierung einer Sicherheitsbedrohung ausgesetzt.

Bei ihrem Treffen bekräftigten AußenministerInnen, daß die umfassende und nachhaltige Unterstützung der Partner in der Region unerlässlich sei. „Ihr seid nicht allein und ihr könnt euch auf unsere Solidarität verlassen“, betonte der Außenminister.

Auch wurde eine Intensivierung des Kampfes gegen den Menschenhandel besprochen, der in Hinblick auf die vulnerable Situation der Vertriebenen aus der Ukraine eine besondere Stellung einnimmt. Am 13. Oktober 2022 wird in Wien die alljährliche Anti-Trafficking Konferenz stattfinden, an der Liechtenstein als Partner beteiligt ist. Österreich hat bereits mehr als 51.000 Personen – großteils Frauen und Kindern – schnell und unbürokratisch vorübergehenden Schutz gewährt.

Weitere Themen waren die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz, bei denen eine möglichst enge Anbindung der Schweiz an die EU im Vordergrund stand, sowie die Weiterführung der Forschungszusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz.

„Der Austausch in diesem Fünferformat ist für mich stets sehr spannend und ich freue mich auf unsere weitere enge Zusammenarbeit. Nächstes Jahr darf ich dazu nach Österreich einladen“, bemerkte Außenminister Alexander Schallenberg zum Abschluß. ■



Foto: BMEIA / Gruber

Treffen der deutschsprachigen AußenministerInnen in Mauren (v.l.): Außenminister Alexander Schallenberg, Ignazio Cassis (Schweiz), Dominique Hasler (Liechtenstein), Jean Asselborn (Luxemburg) und Annalena Baerbock (Deutschland)

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg in Jordanien und in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Vor dem Hintergrund neuer Spannungen im Nahostkonflikt und den anhaltenden Krisen in Syrien, dem Irak und Jemen reiste Außenminister Alexander Schallenberg am 25. April nach Jordanien und in die Palästinensischen Autonomiegebiete. In der jordanischen Hauptstadt Amman traf Schallenberg seinen Amtskollegen Ayman Safadi zu einem Arbeitsgespräch. Bei diesem Treffen mit seinem jordanischen Amtskollegen drückte Alexander Schallenberg seine Wertschätzung gegenüber Jordanien als Hüter der Heiligen Stätten in Jerusalem aus. Angesichts der Zusammenstöße am Tempelberg kommt Jordanien dadurch eine besondere Rolle im Nahost-Friedensprozeß zu.

„Wir sind derzeit sehr fokussiert auf die russische Aggression in der Ukraine, aber wir werden nicht andere Regionen und andere Krisen vergessen“, so Schallenberg.

Auch der Bürgerkrieg in Syrien bedeutet für das Land nach wie vor eine enorme Herausforderung durch die Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Der Besuch Schallenbergs soll daher die weiterhin große Solidarität und Unterstützung Österreichs und der EU für Jordanien zum Ausdruck bringen. Österreich hat allein im Vorjahr 4,5 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für Jordanien bereitgestellt, die Unterstützungsleistungen für die gesamte Region seit Beginn der Syrien-Krise belaufen sich auf rund 182 Millionen Euro.

„Jordanien ist ein Stabilitätsanker in einer volatilen Region. Es ist in unserem ureigenen Interesse, diese Stabilität zu erhalten und zu fördern. Wir wollen daher einen klaren Impuls setzen für eine noch engere Zusammenarbeit auch im sicherheitspolitischen Bereich“, begründete der Außenminister die im Rahmen seines Besuchs unterzeichnete Absichtserklärung über regelmäßige politische und sicherheitspolitische Konsultationen.

Neben regionalen Themen sprach er mit Außenminister Safadi auch über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dabei betonte Schallenberg, daß Rußlands Aggression weitreichende Konsequenzen habe, die über die Grenzen Europas hinausgingen. Für den Nahen Osten drücken sich die negativen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs vor allem durch steigende Energiepreise, Lebensmittelengpässe und Einbrüche im Tourismussektor aus: „Es ist nicht nur ein europäischer Krieg, sondern er hat Auswirkungen weit über Europa hinaus.“

Der Nahost-Friedensprozeß war auch beim Besuch des Außenministers in Ramallah in



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg mit seinem jordanischen Amtskollegen Ayman Safadi in Amman,



Foto: BMEIA / Gruber

... mit dem palästinensischen Premierminister Mohammad Shtayyeh ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und mit seinem palästinensischen Amtskollegen Riad Malki in Ramallah

den Palästinensischen Autonomiegebieten ein zentrales Thema. Österreich unterstützt einen nachhaltigen, verhandelten Frieden im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung auf der Basis des Völkerrechts. Gute und vertrauensvolle Beziehungen sowohl zur arabischen Welt als auch zu Israel sind für Österreich dabei

ein wichtiges Anliegen. Zudem hat sich Schallenberg mit Ministerpräsident Mohammad Shtayyeh und Außenminister Riad Malki auch über die Versuche zur innerpalästinensischen Aussöhnung und die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten ausgetauscht. ■

Österreich, Europa und die Welt

Besuch in Bulgarien

Am 8. Mai, dem Europatag, besuchte Außenminister Schallenberg Bulgarien und traf sich mit VertreterInnen der bulgarischen Regierung in Sofia. Neben Arbeitsgesprächen mit Außenministerin Teodora Genchovska und dem Vize-Premierminister und Finanzminister Assen Vassilev stand auch ein Arbeitsgespräch mit Präsident Rumen Radev auf dem Programm.

„Wir dürfen den Westbalkan nicht verlieren. Wir müssen jetzt Gas geben. Bulgarien wird massiv profitieren, wenn es fast nur noch von EU-Staaten umgeben ist“, so der Außenminister. So wie Österreich bereits Mitte der 2000er-Jahre den EU-Beitritt Bulgariens voll unterstützt hatte, ist Österreich seit jeher auch ein starker Befürworter der EU-Erweiterung der Staaten am Westbalkan. Insbesondere die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien muß hierbei im Vordergrund stehen. Diese stellt für Außenminister Schallenberg keinen bürokratischen Prozeß, sondern eine absolute geostrategische Notwendigkeit und eine Chance das westliche Lebensmodell zu exportieren, dar.

Schallenberg zeigte zwar Verständnis für die „sensiblen Punkte“ zwischen den Nachbarn Bulgarien und Nordmazedonien. Er appellierte aber dafür, daß Bulgarien sein Veto aufhebe und die Probleme während der Beitrittsverhandlungen geklärt würden.

Wie wichtig die Stabilität für Europa ist, zeigen auch die schweren Auswirkungen des russischen Angriffskriegs weit über die Grenzen der Ukraine hinaus. So sind nicht nur Lieferketten unterbrochen, auch die gesamte Energiesicherheit in Europa ist gefährdet. Erst im April stoppte Russland Gaslieferungen an Bulgarien und Polen.

„Der russische Versuch, durch den Stopp von Gaslieferungen an Bulgarien und Polen die Energiesicherheit in Europa zu schwächen, ist absolut inakzeptabel. Mittelfristig führt, wie uns dieser russische Schritt zeigt, kein Weg daran vorbei, unsere Lieferketten im Energiebereich zu transformieren und Investitionen in Erneuerbare Energien massiv zu erhöhen“, zeigte sich Schallenberg bestimmt.

Der Besuch in Bulgarien zeigte nicht nur die enge Freundschaft zwischen Bulgarien und Österreich, unter anderem Sitznachbarn im Europäischen Rat, sondern auch die wirtschaftliche Verbundenheit der zwei Länder auf. Rund 350 österreichische Unternehmen sichern mittlerweile 20.000 Arbeitsplätze in Bulgarien.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg traf Bulgariens Präsidenten Rumen Radev,



Foto: BMEIA / Gruber

...die bulgarische Außenministerin Teodora Genchovska ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und Vize-Premierminister und Finanzminister Assen Vassilev in Sofia

Österreich, Europa und die Welt

Für eine europäische Perspektive am Westbalkan

Im Anschluß an seinen Besuch in Bulgarien reiste Außenminister Alexander Schallenberg am 10. Mai nach Skopje, wo er seinen nordmazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani sowie Staatspräsident Stevo Pendarovski und Premierminister Dimitar Kovačevski zu Arbeitsgesprächen traf.

Ein EU-Beitritt von Nordmazedonien wurde von Österreich immer unterstützt, dieser wird jedoch seit mittlerweile Jahrzehnten durch Blockaden von Nachbarstaaten verzögert. Erst 2018 konnte ein Streit mit Griechenland über den Staatsnamen Mazedonien beigelegt werden, dessen Schlichtung 2020 zur Zustimmung der Staats- und Regierungschefs der Union für den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien führte. Seither stellt sich unter anderem EU-Mitglied Bulgarien gegen den Start von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien.

„Noch nie in der Geschichte war es so wichtig, die Glaubwürdigkeit der EU-Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans zu stärken. Besondere Priorität hat es dabei, endlich die längst überfälligen Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, ohne weitere Verzögerung!“, zeigte sich Schallenberg bestimmt.

Seit dem Prespa Dialog Forum, bei dem Nordmazedonien seinen Namen geändert hat, um die Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn auf eine neue Basis zu stellen, hat sich das strategische Umfeld, vor allem durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der auch massive Auswirkungen auf die Staaten des Westbalkans hat, grundlegend geändert: So gibt es nicht nur ein Risiko der Destabilisierung der Westbalkanregion, sondern auch enorme wirtschaftliche Auswirkungen durch Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln. Dagegen wehrt sich Nordmazedonien jedoch und verurteilt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine entschieden. Zudem paßte sich der Westbalkanstaat erst kürzlich an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU an.

„Wir dürfen nicht den Fehler begehen, zu glauben, daß Russland seine Augen nur auf die Ukraine gerichtet hat. Rußland kann, ohne einen Schuß abzufeuern, auch andere Regionen schädigen“, betonte Schallenberg.

Die hervorragenden Beziehungen zwischen Österreich und Nordmazedonien beschränken sich jedoch nicht nur auf die EU-Erweiterung, sondern stehen auf einer brei-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Schallenberg traf den nordmazedonischen Premierminister Kovačevski ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und seinen Amtskollegen Bujar Osmani in Skopje

ten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Basis. Österreich, größter ausländischer Investor in Nordmazedonien, hat einen sehr zufriedenstellenden Handelsaustausch mit Nordmazedonien und kann auf eine gute gemeinsame Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Covid-19 Pandemie zurückschauen. ■

Wien im Zentrum der multilateralen Außenpolitik

Im Vorfeld des Chief Executives Board of Coordination (CEB), dem höchsten Koordinationsgremium der Vereinten Nationen (VN), traf Außenminister Alexander Schallenberg am 11. Mai den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres. Gemeinsam mit Bundeskanzler Karl Nehammer tauschten sie sich im Bundeskanzleramt zu globalen Herausforderungen für den Mul-

tilateralismus aus. Im Zentrum standen dabei die weltweiten Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

„Dass dieses Treffen in Europa, am einzigen Standpunkt der Vereinten Nationen innerhalb der Europäischen Union stattfindet, zu einem Zeitpunkt, während wir gleichzeitig ein Kontinent sind, der Krieg erleben muß, ist ein besonders starkes Signal der Vereinten Nationen“, sagte Schallenberg.

Dem Generalsekretär António Guterres versicherte der Außenminister, daß Österreich, gerade in Krisenzeiten, ein verlässlicher Partner der Vereinten Nationen bleiben werde. In diesem Sinne kündigte er an, daß Österreich als Sitzstaat der Vereinten Nationen die Kosten von rund 30 Millionen Euro für dringend notwendige Erneuerungen im Vienna International Centre übernehmen wird.

Österreich, Europa und die Welt

„Wir sehen das als Investition in die Zukunft. In die Zukunft der UNO und des Amtssitzes Wien, der zu unserer Sicherheit beiträgt, zur Vielfalt in dieser Stadt und der zudem zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor wurde“, so der Außenminister.

Durch die Umwegrentabilität bringt der Amtssitz Österreich wirtschaftliche Vorteile für Österreich. Denn die Präsenz von mehr als 50 Internationalen Organisationen in Österreich, davon rund ein Drittel Teil der VN-Familie, sichert laut einer Studie des IHS rund 19.000 Arbeitsplätze mit einem Bruttowertschöpfungseffekt von ca. 1,35 Milliarden Euro. Durch die MitarbeiterInnen der in Wien ansässigen Internationalen Organisationen werden jährlich 527 Millionen Euro an Steuern und Abgaben geleistet.

Schallenberg nutzte die Gelegenheit auch, um weitere SpitzendiplomatInnen der VN für Gespräche zu treffen. Im Außenministerium empfing er den Beigeordneten Generalsekretär für strategische Koordination, Volker Türk, der als ranghöchster Österreicher bei den VN direkt dem VN-Generalsekretär zugeordnet ist. Weiters tauschte er sich mit dem Generalkommissar des Hilfswerkes der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, Philippe Lazzarini, über die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Region aus.

Mit der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, besprach Außenminister Alexander Schallenberg die Menschenrechtslage in der Ukraine. Ein zentrales Thema bei diesem Gespräch war die Eröffnung des Büros der Untersuchungskommission des VN-Menschenrechtsrats für die Ukraine diesen Mai in Wien. Damit unterstützt Österreich als Amtssitz die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Rahmen des russischen Angriffskriegs.

Am 11. Mai, empfingen Bundeskanzler Karl Nehammer und der Außenminister den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres sowie die Führungsebene der VN-Teilorganisationen im Marmorsaal des Belvedere. Der Empfang im geschichtsträchtigen Palais bildete den informellen Auftakt des Chief Executives Board of Coordination (CEB), dem höchsten Koordinations- und Strategiegremium der Vereinten Nationen, das vom 12. bis 13. Mai in Wien tagte. Um die enge Verbindung zwischen dem Amtssitz Wien und den Vereinten Nationen hervorzuheben, erstrahlte die Fassade des oberen Belvederes im Blau der Vereinten Nationen. ■



Foto: BMEIA / Gruber

v.r.: Bundeskanzler Karl Nehammer, UN-Generalsekretär Antonio Guterres und Außenminister Alexander Schallenberg vor dem Schloß Belvedere in Wien

Europaratstreffen in Turin

Am 20. Mai nahm Außenminister Alexander Schallenberg an der jährlichen Sitzung der Außenministerinnen und Außenminister der nunmehr 46 Mitgliedsstaaten des Europarates teil, das in diesem Jahr unter italienischem Vorsitz in Turin stattfand. Im Fokus des Ministertreffens stand der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der am 16. März 2022 auch zum Ausschluß der Russischen Föderation aus dem Europarat geführt hatte.

„Unser Europa von heute ist ein völlig anderes als jenes beim letzten Ministertreffen – Krieg ist zurück in Europa. Der völkerrechtswidrige Überfall Rußlands auf die Ukraine hat enorme Zerstörung und unsagbares menschliches Leid verursacht. Es war

daher unausweichlich, daß wir erstmals in der 73jährigen Geschichte des Europarates ein Mitglied ausgeschlossen haben“, Schallenberg, der weiters der Ukraine neuerlich Österreichs vollste Solidarität zusicherte.

Das Treffen bot den teilnehmenden AußenministerInnen zudem die Gelegenheit, ihr Bekenntnis zum Multilateralismus und zu den gemeinsamen Werten und Prinzipien des Europarates – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – zu bekräftigen. Weiters diente das Treffen dazu, den Umsetzungsstand dieser Prinzipien in Europa auf Grundlage des Jahresberichts der Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić zu prüfen.

„Der Europarat steht wie keine andere Institution für unsere gemeinsamen Werte



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock beim Ministertreffen des Europarats in Turin

Österreich, Europa und die Welt

und Prinzipien, die durch den russischen Angriffskrieg erschüttert wurden. Diese Zäsur muß der Europarat für Reformen nützen. Denn wir brauchen in der Zukunft mehr denn je einen Europarat, der schlagkräftig ist, der ein starkes Schild ist, für die Verteidigung der Universalität der Menschenrechte“, unterstrich Schallenberg die Bedeutung des Europarates.

So müsse sichergestellt werden, daß durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste geopolitische Moment keine Schrecksekunde bleibe, sondern daß dieser nachhaltig zur Sicherung und Selbstbehauptung des westlichen Lebensmodells genutzt werde. Daher sprach sich der Außenminister auch deutlich für die Aufnahme von neuen Mitgliedern aus und begrüßte den von der Republik Kosovo am 12. Mai 2022 gestellten Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat.

Am Rande des Treffens nutze Schallenberg zudem die Gelegenheit, sich mit seinen Amtskolleginnen und Amtskollegen aus Georgien, Bosnien und Herzegowina, Moldau, und dem Vereinigten Königreich auszutauschen. Neben den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges weit über die Grenzen der Ukraine hinaus, standen dabei auch die territoriale Integrität und Souveränität von Georgien und Moldau, Fragen der EU-Erweiterung und das Nordirland-Protokoll im Fokus der bilateralen Gespräche. ■

Schallenberg beim Weltwirtschaftsforum in Davos

Am 24. und 25. Mai nahm Außenminister Alexander Schallenberg am Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum, WEF) in Davos teil, das nach zweijähriger pandemiebedingter Unterbrechung wieder stattfand. Das Treffen, das unter dem Motto „Geschichte an einem Wendepunkt: Regierungspolitiken und Unternehmensstrategien“ stand, wurde von den Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der Covid-19-Pandemie und der Rolle des Multilateralismus für den Frieden in Europa dominiert.

„Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges, insbesondere in Form eines starken Anstiegs der Energie- und Lebensmittelpreise, könnten zu einer enormen Belastung für die politische Stabilität in Europa werden. Es besteht die konkrete Gefahr, daß Rußland versucht, eine wirtschaftliche ‚Nebenfront‘ zu eröffnen, um Europa zu spalten und den westlichen Balkan zu destabilisieren“, so Außenminister Schallenberg.

Am ersten Tag konnte er sich mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seiner britischen Amtskollegin Liz Truss beim Ministertreffen des Europarats in Turin



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am Weltwirtschaftsforum in Davos teil.

vom Roten Kreuz (IKRK), Peter Maurer, austauschen. Neben der engen Kooperation mit dem IKRK im Bereich der humanitären Hilfe wurde auch die weitere Zusammenarbeit, aufbauend auf der guten und bewährten Zusammenarbeit der vergangenen Jahrzehnte, diskutiert.

Das IKRK ist einer der wichtigsten Implementierungspartner der Österreichischen humanitären Hilfe und seit 2011 wurden rund 70 Millionen Euro im Wege des IKRK abgewickelt, davon insgesamt 19,8 Millionen Euro in 2021 und 2022.

„Unser Fokus sollte darauf gerichtet sein, unsere Unterstützung dort zu leisten, wo sie am effektivsten ist: Humanitäre Hilfe in der Region ausbauen und somit Schutz von und

Perspektiven für Flüchtlinge, insbesondere Frauen und Mädchen, vor Ort schaffen“, unterstrich Schallenberg.

Den zweiten Tag der Teilnahme am WEF nutzte der Außenminister dazu, um in einem bilateralen Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba die bisherige und auch weitere Unterstützung Österreichs für die Ukraine zu besprechen und bei Podiumsdiskussionen zum Thema „Diplomacy Dialogue on the Western Balkans“ und „Rethinking the EU’s Partnership with its Neighbourhood“ erneut die Wichtigkeit der EU-Erweiterung am Westbalkan zu unterstreichen.

Neben der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazed-

Österreich, Europa und die Welt

donien und der Visaliberalisierung für Kosovo standen dabei die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine im Vordergrund.

„Wir müssen unseren Ansatz überdenken. Die EU-Erweiterung ist nicht nur eine bürokratische Übung, sondern ein mächtiges geostrategisches Instrument. Die EU muß eine offene Diskussion beginnen und über die bestehenden Instrumente und Vorlagen hinausdenken“, so Außenminister Schallenberg, dem das WEF 2022 den Rahmen für zahlreiche weitere bilaterale Treffen mit AmtskollegInnen sowie mit Wirtschafts- und MedienvertreterInnen bot. ■

Belarussische Oppositionsführerin Tsikhanouskaya in Wien

Am 1. Juni empfing Außenminister Alexander Schallenberg die belarussische Oppositionspolitikerin Svetlana Tsikhanouskaya zu einem Arbeitsgespräch im Außenministerium.

„Auch, wenn zurzeit alle Augen auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine gerichtet sind, haben wir Belarus und die dort weiterhin anhaltende Unterdrückung und Verfolgung von Zivilistinnen und Zivilisten nie vergessen. Gerade Österreich ist sehr engagiert im Dialog mit der Zivilgesellschaft“, betonte Außenminister Schallenberg in Anbetracht der noch über 1.200 politischen Gefangenen in Belarus und sicherte Tsikhanouskaya die fortwährende Unterstützung Österreichs für die belarussische Zivilgesellschaft und Demokratiebewegung zu: „Wir werden weiter an der Seite der Belarussinnen und Belarussen stehen, die in ihrer Heimat für ihre Rechte kämpfen, denn ein souveränes und demokratisches Belarus ist für uns von zentralem Interesse.“

Schallenberg verurteilte zudem einmal mehr die Komplizenschaft des Lukashenko-Regimes im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und drückte seine vollste Zustimmung für die Entscheidung, daß das von der EU geschürte Sanktionspaket gegen Rußland auch Belarus inkludiert, aus. Zugleich versicherte Schallenberg aber auch, daß man mit den Sanktionen „nicht die Menschen, die sich in Belarus für ihre Rechte einsetzen“ treffen wolle.

Im Zuge des Gesprächs gratulierte der Außenminister Svetlana Tsikhanouskaya außerdem noch zur Verleihung des diesjährigen Internationalen Karlspreises zu Aachen. Diese Auszeichnung sei ein „Beleg für deren Mut und Entschlossenheit“, so der Außenminister. ■



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg im Gespräch mit Svetlana Tikhonovskaya

GLOBALSEC 2022 Bratislava Forum

Am 2. Juni nahm Außenminister Alexander Schallenberg am diesjährigen GLOBALSEC Bratislava Forum teil, das heuer ganz im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stand. Dabei sprach er bei einer hochrangigen Paneldiskussion zum Thema „War in Ukraine – Europe’s Destiny at Stake?“ und nutzte die Gelegenheit für bilaterale Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Bulgarien, Kiril Petkov, dem Außenminister von Indien, Subrahmanyam Jaisankar, dem Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten des Heiligen Stuhls, Erzbischof Paul Richard Gallagher und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič. Bei der dreitägigen Konferenz

tauschen sich RegierungsvertreterInnen, führende ExpertInnen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu aktuellen strategischen Herausforderungen und Zukunftsfragen aus.

Bei der Paneldiskussion „War in Ukraine – Europe’s Destiny at Stake?“, bei der der Außenminister der Slowakei, Ivan Korčok, teilnahm und der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba virtuell zugeschaltet wurde, betonte Schallenberg die europäische Einigkeit als Antwort auf den russischen Angriffskrieg. Denn neben sechs Sanktionspaketen und verstärkten Bemühungen Energiequellen zu diversifizieren hat der Angriffskrieg gegen die Ukraine auch einen wesentlichen Schwung in die Debatte um die europäische



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und der slowakische EU-Kommissar Maros Sefcovic

Österreich, Europa und die Welt

Sicherheitsarchitektur gebracht. Und er Schallenberg für ein starkes Signal an die Ukraine und die Staaten des Westbalkans, das über die bestehenden EU-Annäherungsmechanismen hinausgehen müsse.

„Die Ukraine ist Teil der europäischen Familie. Wir können uns jedoch nicht auf Symbolpolitik beschränken. Die bisherigen Modelle der EU-Erweiterung – die volle Mitgliedschaft, Assoziierungsabkommen oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – sind nicht mehr ausreichend“, so der Außenminister. Zudem forderte er, daß die EU ihre unmittelbare Nachbarschaft am Westbalkan nicht vernachlässige. Es brauche Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien, die Visaliberalisierung für Kosovo und den Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegovina. Vor allem eine engere Anbindung an EU-Institutionen und EU-Programmen würde einen spürbaren Mehrwert für die Menschen vor Ort bringen.

„Wir haben eine geopolitische Verantwortung für unsere gesamte Nachbarschaft. Diese Verantwortung ist nicht nur auf ein Land beschränkt“, so Schallenberg. ■

Schallenberg zu Gast bei der neuen Außenministerin Fajon in Slowenien

Außenminister Alexander Schallenberg reiste am 6. Juni nach Laibach zu einem ersten Treffen mit der neuen slowenischen Regierung. Dabei traf Außenminister Alexander Schallenberg neben seiner slowenischen Amtskollegin, Tanja Fajon, auch Ministerpräsident Robert Golob sowie Staatspräsident Borut Pahor. Im Mittelpunkt des Besuches standen die guten bilateralen Beziehungen, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die EU-Integration der Westbalkan-Staaten.

„Es sagt viel über unsere großartige Nachbarschaft und enge Freundschaft aus, daß ich der erste Außenminister bin, der hier zu Gast ist. Uns verbindet nicht nur die geografische Nähe, sondern auch eine Vielzahl gemeinsamer Interessen, für die wir als Nachbarn, als Staaten Zentraleuropas, aber auch als EU-Partner und Partner auf multilateraler Ebene weiterhin gemeinsam eintreten werden“, so Schallenberg, der als erster offizieller internationaler Gast seit dem Amtsantritt der neuen slowenischen Regierung am 1. Juni 2022 in Laibach empfangen wurde.

Zentrales Gesprächsthema bildete so auch die Stärkung der bereits exzellenten Beziehungen Österreichs und Sloweniens. Dabei wurde auch die Unterstützung für die



Außenminister Alexander Schallenberg traf den vatikanischen Außenminister Erzbischof Paul Gallagher am Rande des Globesec Forum in Bratislava.



Am 6. Juni traf er den slowenischen Staatspräsidenten Borut Pahor ...



... und seine slowenische Amtskollegin Tanja Fajon in Ljubljana.

Österreich, Europa und die Welt

slowenische Volksgruppe in Kärnten und der Steiermark und die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien thematisiert, die eine wichtige sprachliche und kulturelle Brücke zwischen den beiden Ländern bilden.

„Ich bin zu tiefst davon überzeugt, daß wir die Volksgruppen auf beiden Seiten der Grenze fördern, schützen und unterstützen müssen. Sie sind Teil unserer Vielfalt, ihre Kultur bereichert die jeweiligen Gesellschaften“, betonte Schallenberg.

Neben der engen politischen Zusammenarbeit – Österreich und Slowenien sind Mitglieder des regionalen Kooperationsformat Central 5 und der EU Donauraumstrategie, wo Österreich 2023 den Vorsitz von Slowenien übernehmen wird – verbinden die beiden Länder auch sehr enge wirtschaftliche Beziehungen. Österreich ist der größte ausländische Investor in Slowenien und dessen drittgrößter Handelspartner. Zudem überqueren täglich rund 26.000 Pendlerinnen und Pendler die Grenze zwischen beiden Ländern.

Darüber hinaus sprachen Schallenberg und Fajon auch über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Stabilität des Westbalkans. Die beiden Amtskollegen waren sich einig, daß das wichtigste Instrument, dieser Gefahr zu begegnen ist, die EU-Erweiterung in der Region entschlossen voranzutreiben. So müsse beim bevorstehenden EU-Gipfel neben der Ukraine, auch über die Integration der Westbalkan-Staaten gesprochen werden.

Angesichts der Energieabhängigkeit von Rußland tauschten sich die beiden Außenminister auch über die Energiesicherheit in beiden Ländern sowie über Möglichkeiten, um die Abhängigkeit zu verringern, aus. Dabei bekräftigte Schallenberg auch die österreichische Position, daß Atomenergie keine Alternative ist. ■

»Polen ist Dreh- und Angelpunkt für die Ukraine-Hilfe«

Am 7. Juni reiste Außenminister Alexander Schallenberg für einen Arbeitsbesuch in die polnische Hauptstadt Warschau. Zentrales Thema des Besuchs war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Polen nimmt als Nachbarland der Ukraine eine Schlüsselrolle in der Bewältigung der humanitären Konsequenzen des Angriffskrieges sowie der militärischen Unterstützung der Ukraine ein. Bei seinem Treffen mit dem polnischen Außenminister, Zbigniew Rau, drückte Schallenberg Österreichs vollste Solidarität mit Polen aus. Diese Solidarität



Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen polnischen Amtskollegen Zbigniew Rau



Außenminister Alexander Schallenberg überreicht Orden an die Mitglieder der Direktion des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau im österreichischen Kulturforum in Warschau.



... Treffen mit AuslandsösterreicherInnen

äußerte sich zuletzt in einem Transport von krebserkrankten UkrainerInnen von Lublin nach Wien.

„Polen ist der Dreh- und Angelpunkt der westlichen Hilfe“, würdigte Schallenberg die tragende Rolle Polens für die Unterstützung der Ukraine.

Bei seinem Besuch traf er auch auf Vertreter aus der Ukraine und VertreterInnen der ukrainischen Diaspora in Polen. Das Treffen fand in einem Gebäude des österreichischen Bauunternehmens Strabag statt, das für die Beherbergung von 400 Personen umgestaltet wurde. Die Räumlichkeiten wurden der Stadt Warschau für einen symbolischen Betrag von 1 Złoty zur Verfügung gestellt. MitarbeiterInnen von Strabag engagieren sich dort freiwillig in der Versorgung der Vertriebenen. Neben dem Einsatz von österreichi-

Österreich, Europa und die Welt

schen Unternehmen und Privatpersonen unterstützt auch die Bundesregierung die Ukraine und ihre Nachbarländer, inklusive Polen. Österreich hat seit Beginn des Angriffskriegs bereits über 80 Millionen Euro an humanitärer Hilfe, Schutzausrüstung und Rettungsgerät geleistet.

Außenminister Alexander Schallenberg sprach bei seinem Besuch auch die Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen an. Dabei begrüßte er die Schritte, mit denen in weiterer Folge der EU Recovery Fund geöffnet werden könne und hofft auf weitere Maßnahmen von Seiten Polens. Denn der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe verdeutlicht, daß Europa bei seinen Grundwerten Farbe bekennen und geeint handeln müsse.

„Moskau schaut uns zu, da müssen wir geschlossen sein“, plädierte Außenminister Alexander Schallenberg für die Verteidigung europäischer Werte.

Die Holocaust-Gedenkkultur war ebenfalls ein Thema bei dem Treffen der beiden Außenminister. Mit dem Ankauf von Grundstücken des ehemaligen Außenlagers des KZ Mauthausen in Gusen möchte Österreich seiner historischen Verantwortung gerecht werden. In Zusammenarbeit mit Polen soll dort ein würdiger Gedenkort für die im Außenlager zehntausenden ermordeten Polinnen und Polen entstehen.

Schallenberg traf sich zudem auch mit dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE, Matteo Mecacci. Mit ihm besprach er die Human Rights Monitoring Initiative des ODIHR in der Ukraine und Rußlands künftige Rolle in der OSZE. Polen führt derzeit den Vorsitz in der OSZE. ■

30 Jahre Streitbeilegung mit Südtirol

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 11. Juni an Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Streitbeilegungserklärung zwischen Österreich und Italien in Bozen teil. Mit der 1992 überreichten Erklärung konnte der Streit vor den Vereinten Nationen um die Umsetzung des Pariser Vertrags offiziell beendet werden. Neben einem Treffen mit dem italienischen Außenminister Luigi Di Maio, bildete die Teilnahme an dem von Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher veranstalteten Festakt den Höhepunkt des Arbeitsbesuchs in Südtirol.

Zum Auftakt gaben die beiden Außenminister eine Pressekonferenz mit dem Südtiroler Landeshauptmann und dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm an der Festveranstaltung anlässlich 30 Jahre Streitbeilegung in Bozen teil. Im Bild mit Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher...



Foto: BMEIA / Gruber

... und mit Italiens Außenminister Luigi Di Maio

Minderheitenfragen, Fernand de Varennes. Der gemeinsame Medientermin sollte den besonderen Stellenwert der Autonomie Südtirols für Österreich, Italien und die Vereinten Nationen unterstreichen.

„Die Südtirol-Autonomie, mit der Garantie für die Rechte der deutschsprachigen Minderheiten, ist ein europäisches Vorzeigemodell für ein friedliches Zusammenleben in Europa und weltweit, auf das wir alle mit Recht stolz sein dürfen“, betonte Schallenberg.

Im anschließenden Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen verwies er auf die gemeinsame Pflicht, diese Errungenschaften in Südtirol auch weiterhin zu sichern und zu fördern. Dabei bekannte sich Außenminister Schallenberg auch klar zur notwendigen Weiterentwicklung der Autonomie Südtirols.

„Wir werden auch in Zukunft unsere Schutzfunktion wahrnehmen und uns dafür einsetzen, daß das Autonomiestatut sich weiterentwickeln und florieren kann. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung“, so Außenminister Schallenberg.

Angesichts der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eingeleiteten globalen Zeitenwende erinnerte er an den langen Weg und die Mittel, die letztlich zur Streitbeilegung in der Südtirol-Frage geführt hatten. So habe sich die Befassung der Vereinten Nationen in den 1960er-Jahren als „probates und zielführendes Mittel“ erwiesen. Dies zeige deutlich, daß es sich lohnt, Meinungsverschiedenheiten zwischen Nachbarstaaten auf jenem friedlichen Weg zu lösen, der in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehen ist. ■

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Schallenberg in Serbien

Außenminister Alexander Schallenberg reiste am 13. Juni für einen zweitägigen Arbeitsbesuch an den Westbalkan. Den Auftakt machte ein Besuch in Belgrad, wo er den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, die Premierministerin, Ana Brnabić, die Europaministerin, Jadranka Joksimović sowie den Außenminister, Nikola Selaković, traf. Im Zentrum der Gespräche standen die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die europäische Perspektive der Westbalkan-Staaten.

Bei dem Treffen mit seinem serbischen Amtskollegen, Nikola Selaković, warnte er vor den destabilisierenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf den gesamten Westbalkan. Und er appellierte, daß die EU einen stärker geostrategisch ausgerichteten Erweiterungsansatz verfolgen müsse. Dafür übermittelte der Außenminister gemeinsam mit Europaministerin Karoline Edtstadler Ende Mai ein „Non-Paper“ an die EU-Außenministerinnen und Außenminister sowie an den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell. In dem Arbeitspapier werden Maßnahmen einer graduellen Integration, etwa in den Bereichen Energie, Klima und Forschung sowie der schrittweise Zugang zu EU-Fonds und zur EU-Entscheidungsfindung vorgeschlagen.

„Wir müssen den EU-Erweiterungsprozess greifbarer machen und auf den konkreten Nutzen im Zuge des Prozesses bis hin zur Vollmitgliedschaft ausrichten“, plädierte Schallenberg für eine Annäherung an die EU, die bei den BürgerInnen rasch und spürbar ankommt. Zudem müsse die EU klarmachen, daß der Westbalkan ein unverrückbarer Teil der EU-Familie sei.

Schallenberg betonte gegenüber seinem serbischen Amtskollegen, daß Serbien als größtes Land des Westbalkans in Fragen der europäischen Integration sowie im Umgang mit Rußland eine besondere Verantwortung zukommt. Er begrüßte, daß Serbien sich der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft angeschlossen hat und die russische Invasion im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilte. Auf diesen Schritt aufbauend, sollte Serbien sich auch den EU-Sanktionen anschließen, so Schallenberg.

„Gerade Staaten wie Österreich und Serbien, die keiner Militärallianz angehören, wissen, daß Äquidistanz bei einem Angriff auf das Völkerrecht eigentlich unmöglich ist“, so Schallenberg abschließend.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić ...



Foto: BMEIA / Gruber

... die serbische Premierministerin Ana Brnabić ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und seinen serbischen Amtskollegen Nikola Selaković ...

Österreich, Europa und die Welt

Außenminister Schallenberg im Kosovo

Im Anschluß an diesen Besuch reiste der Außenminister am 14. Juni in den Kosovo, wo er von der kosovarischen Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu empfangen wurde. Nach diesem Auftakt traf er mit seiner Amtskollegin Donika Gërvalla-Schwarz sowie Premierminister Albin Kurti zu Arbeitsgesprächen zusammen. „Der Belgrad-Priština-Dialog ist ein Nadelöhr, durch das die ganze Region gehen muß. Ich habe schon gestern in Belgrad an das Verantwortungsgefühl und die Kompromissbereitschaft beider Seiten appelliert, um mit Hilfe der Vermittlungsbemühungen von Miroslav Lajčák so schnell als möglich konkrete Fortschritte zur Normalisierung der Beziehungen zu erzielen. Dafür gibt es keine Alternative“, so der Außenminister.

Österreich war stets ein aktiver Unterstützer von Kosovo auf dem Weg in die Europäische Union. Diesen Prozeß wolle Österreich speziell vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine beschleunigen.

„Es ist ganz bewußt, daß ich zu diesem Zeitpunkt hier in eine Region fahre, die für uns Österreich so wichtig ist. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Moskau die Möglichkeit hätte zu destabilisieren, ohne auch nur einen Schuß abzugeben“, so Schallenberg.

Die Unterstützung der EU-Sanktionen in Bezug auf Rußland sind dabei ein klarer Beweis, daß sich der Kosovo zu europäischen Grundwerten bekennt. Auch die EU muß nun ihre Zusagen einhalten. So soll visafreies Einreisen für die Bürgerinnen und Bürgern von Kosovo schnellstmöglich zur Realität werden.

„Es gibt keinen Grund, die Bürgerinnen und Bürger von Kosovo anders zu behandeln. Die Frage der Visaliberalisierung ist eine Schlüsselfrage für die Glaubwürdigkeit der EU. Die EU muß Nägel mit Köpfen machen und zeigen, daß sie ihre Versprechen hält“, betonte Schallenberg in Priština.

Die hervorragenden bilateralen Beziehungen haben eine lange Tradition, die weit über die Zeit hinausgeht, in der Österreich, als einer der ersten Staaten, die Unabhängigkeit von Kosovo anerkannt hat. Die enge Zusammenarbeit reicht von Ausbildungsprogrammen für junge Kosovarinnen und Kosovaren über wirtschaftliche Kooperationen. Das Kosovarisch-Österreichische Wirtschaftsforum, das im April diesen Jahres in Priština stattfand, ist Gradmesser für die Qualität und Innovationskraft, die für Österreich als viertgrößtem Investor besondere Bedeutung hat.



Außenminister Alexander Schallenberg traf die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu...



... den kosovarischen Premierminister Albin Kurti ...



... und die kosovarische stv. Premierministerin und Außenministerin Donika Gervalla-Schwarz

Österreich, Europa und die Welt

Ein Besuch der KFOR und ein Zusammentreffen mit Oberst Franz Sitzwohl, Kommandant des österreichischen Kontingents, sowie Angehörigen der österreichischen SoldatInnen bildeten den Abschluß des Besuchs. Österreich unterstützt die Friedensmission als Beitrag zur Stabilisierung der Region bereits seit 1999 und ist mit insgesamt 284 SoldatInnen der größte Truppensteller eines bündnisfreien Landes. ■

Treffen der EU-AußenministerInnen in Luxemburg

Außenminister Alexander Schallenberg traf sich am 20. Juni mit seinen EU-Amts-kollegInnen beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Luxemburg. Die zentralen Themen des Treffens der EU-AußenministerInnen waren die Lebensmittelknappheit infolge des russischen Angriffskriegs und die bevorstehende Entscheidung über den EU-Beitrittskandidatenstatus der Ukraine und Moldau. Bei dem Ratsreffen hatte Schallenberg auch die Gelegenheit, sich mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Peter Maurer, und dem ägyptischen Außenminister, Sameh Shoukry, auszutauschen.

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte einen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine als ein klares Signal Richtung Osten. Er forderte jedoch auch mit Nachdruck, dieselben Signale in Richtung Westbalkan zu setzen. Insbesondere warnte er beim Ratsreffen vor dem Destabilisierungspotential Rußlands am Westbalkan. Von der angespannten Lage konnte sich der Außenminister bei seiner Reise letzte Woche nach Serbien und Kosovo selber einen Blick machen. Beim bevorstehendem EU-Gipfeltreffen wird Österreich daher eine Gesamtdiskussion zur europäischen Nachbarschaft fordern, die auch eindringlich auf die Staaten des Westbalkans eingeht.

„Wir können uns keinen geostrategischen Tunnelblick leisten. Wir stehen nicht nur gegenüber unseren Partnern in der Ukraine und Moldau in der Verantwortung, sondern auch gegenüber den Staaten des Westbalkans“, sagte der Außenminister.

Neben den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf den Westbalkan blickte Schallenberg auch auf die Folgen außerhalb Europas. Zurzeit steigen aufgrund des russischen Angriffskriegs weltweit die Energie- und Nahrungsmittelpreise. Bei seinen letzten Reisen nach Indien, Pakistan und in den Nahen Osten stellte er fest, daß das russische Narrativ, wonach die EU-Sanktionen für die



Foto: BMEIA / Gruber

Am 20. Juni nahm Außenminister Alexander Schallenberg am RAB in Luxemburg teil.

steigenden Preise verantwortlich seien, weit verbreitet ist.

Er forderte daher als Reaktion Aufklärungsarbeit und konkrete Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Länder: „Wir haben sicher den Informationskrieg in Europa gewonnen, aber in anderen Teilen der Welt nicht.“

Weitere Themen waren die angespannte politische Lage am Horn von Afrika sowie die Beziehungen der EU zu Ägypten. ■

Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen

Um die katastrophalen Konsequenzen eines Einsatzes von Nuklearwaffen und deren Risiken zu verdeutlichen, veranstaltete Österreich am 20. Juni im Austria Center

Vienna (ACV) in Wien erneut eine Konferenz zu den humanitären Folgen und Risiken von Atomwaffen. Dabei trafen mehr als 600 staatliche VertreterInnen, internationale Organisationen, führende WissenschaftlerInnen, Überlebende, Betroffene und die Zivilgesellschaft zusammen, um bekannte, aber auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu den humanitären Auswirkungen und Risiken von Atomwaffen zu diskutieren.

Der Angriffskrieg Rußlands in der Ukraine und seine damit verbundenen öffentlichen nuklearen Drohungen hat die Fragilität nuklearer Abschreckung offensichtlich gemacht. Für Außenminister Schallenberg unterstreicht dies Bedeutung und Dringlichkeit der nach 2014 bereits zum zweiten Mal von Österreich ausgetragenen Konferenz: „Das



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit dem Vorsitzenden, Botschafter Alexander Kmentt

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA / Zecevic

Im Austria Center Vienna fand die vom Außenministerium organisierte Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen statt.

Phantom eines Atomkrieges ist bisher den meisten Menschen wie eine abstrakte Gefahr erschienen. Aber jetzt nicht mehr: In den vergangenen Wochen haben wir Drohungen und Erpressung mit Atomwaffen erlebt“, sagte er, der die Drohungen Rußlands, Atomwaffen einzusetzen, einmal mehr als „absolut unverantwortlich und vollkommen inakzeptabel“ verurteilte.

Für ihn sei es zudem ein „fundamentaler Fehler“ zu glauben, daß nukleare Waffen Sicherheit bieten, denn Abschreckung würde lediglich auf dem Vertrauen beruhen, diese Waffen nicht einzusetzen. Gleichzeitig würden jedoch Nuklearstaaten basierend auf dieser Annahme ihre Arsenale weiter erhöhen und modernisieren, internationale Abkommen beendet und das Abrüstungssystem erodieren.

„Das Überleben der Menschheit ist zu essentiell, um es solchen Annahmen zu überlassen. Sicherheit muß auf Fakten basieren“, mahnte der Außenminister und fordert auf, endlich Verantwortung für die Sicherheit zukünftiger Generationen zu übernehmen. Der „Status quo“ sei keine Option.

Die 2022 Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen war die zweite Veranstaltung im Rahmen der von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) ausgerufenen Nuclear Ban Week Vienna: Zuvor fand am 18. und 19. Juni das ICAN Nuclear Ban Forum statt, bei dem zivilgesellschaftliche Akteure aus der ganzen Welt über nationale, regionale und globale Maßnahmen zur end-



Foto: BMEIA / Zecevic

Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen kubanischen Amtskollegen Bruno Eduardo Rodriguez Parrilla

gültigen und weltweiten Beseitigung von Atomwaffen berieten.

Vertragsstaatentreffen des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien

Am 21. Juni vertrat Außenminister Alexander Schallenberg Österreich beim ersten Vertragsstaatentreffen des Atomwaffenverbotsvertrags (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) in Wien.

Bei der dreitägigen Konferenz, an der 49 Vertragsstaaten und 33 BeobachterInnen teilnahmen, sollten unter dem österreichischen Vorsitz von Botschafter Alexander Kmentt, die Strukturen für die Umsetzung

der Vertragsverpflichtungen geschaffen werden.

Mit Blick auf die jüngsten atomaren Drohgebärden Rußlands bekräftigte Außenminister Alexander Schallenberg einmal mehr die dringliche Notwendigkeit eines Verbots von Atomwaffen. „Eigentlich sollte das ein Tag zum Feiern sein. Aber noch nie seit dem Kalten Krieg war die atomare Bedrohung mehr präsent als heute. Es ist höchste Zeit, daß wir mit dem Mythos aufräumen, daß Atomwaffen Sicherheit geben. Das Damoklesschwert, das über unserem Kopf hängt, ist eine zu große Bedrohung. Wir müssen Atomwaffen abschaffen, bevor sie uns abschaf-

Österreich, Europa und die Welt

fen“, Schallenberg, für den der TPNW eine „neue Norm“ gegen die von den Atommächten weiterhin verfolgte Logik der nuklearen Abschreckung darstelle und zeige, daß die Mehrheit der Staaten diese Logik nicht akzeptiere. Deshalb müsse der TPNW „der Anfang vom Ende dieser verheerenden und bedrohlichen Waffen“ sein.

Österreichs Vorreiterrolle

In Rahmen der Konferenz verwies der Außenminister zudem auf Österreichs Vorreiterrolle beim Einsatz für nukleare Abrüstung: So rief Österreich 2014 bei der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen zu einem Verbot von Nuklearwaffen auf und legte damit den Grundstein des TPNW, den nun bisher schon 65 Staaten ratifiziert haben – unmittelbar in der Nacht vor dem Treffen waren mit Cabo Verde, Timor-Leste und Grenada drei neue Staaten hinzugekommen. „Mit diesem historischen Vertrag haben wir unser Versprechen erfüllt. Wir können stolz darauf sein, was wir gemeinsam erreicht haben – wir alle, Staaten und Zivilgesellschaft“, so der Außenminister. Um das gemeinsame Bestreben einer atomwaffenfreien Welt weiter voranzutreiben, führte er im Rahmen des ersten Vertragsstaaten Treffens unter anderem noch bilaterale Gespräche mit Kubas Außenminister Bruno Eduardo Rodriguez Parrilla, der Abrüstungsbeauftragten der Vereinten Nationen Izumi Nakamitsu, dem neuseeländischen Abrüstungsminister Phil Twyford sowie dem Premierminister von Fidschi, Josaia Voreqe Bainimarama.

Bestimmungen zur Opferhilfe und Sanierung

Der am 22. Jänner 2021 in Kraft getretene TPNW bildet ein erstmaliges völkerrechtliches Verbot des Besitzes, Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen, wie es schon für biologische und chemische Massenvernichtungswaffen besteht. Gleichzeitig schafft der Vertrag eine Basis für nukleare Abrüstungsschritte und öffnet Atomwaffenstaaten einen Weg für die Beseitigung ihrer Arsenale. Basierend auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die gravierenden humanitären Auswirkungen und Risiken von Nuklearwaffen stellt der Vertrag das Konzept der nuklearen Abschreckung als nachhaltiges Fundament für Frieden und internationale Sicherheit in Frage. Er enthält zudem Bestimmungen zur Opferhilfe und Sanierung der durch Einsatz bzw. Test von Atomwaffen entstandenen Umweltschäden.



Der Außenminister mit der Hohen Representantin für Abrüstung der VN, Izumi Nakamitsu...



... mit dem Premierminister und Außenminister der Republik Fidschi, Frank Bainimarama ...



... und mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer

Österreich, Europa und die Welt

Libysche Außenministerin Najla Al-Mangoush in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 23. Juni seine libysche Amtskollegin, Najla Al-Mangoush. Im Zentrum der Gespräche standen die angespannte politische Lage in Libyen, die Bekämpfung der irregulären Migration sowie die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf Libyen und die gesamte Region.

Bei ihrem Treffen besprachen Schallenberg und Al-Mangoush die schwierige innenpolitische Situation in Libyen. Zurzeit ist Libyen von zwei konkurrierenden Regierungen sowie einer sich verschlechternden Sicherheitslage gezeichnet. Dabei spielen die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle, um Wahlen als den einzigen Ausweg aus der Pattsituation zu ermöglichen.

„Ich freue mich, Außenministerin Najla Al-Mangoush in Wien begrüßen zu dürfen, um die Situation in Libyen zu diskutieren. Österreich und die EU werden weiterhin einen von Libyern selbst geführten politischen Prozeß und Wahlen zur Beendigung der politischen Krise unterstützen“, sagte der Außenminister.

Ein weiteres Thema war der fortdauernde Angriffskrieg Rußlands, der schwerwiegende Konsequenzen für die Ernährungssicherheit des Landes hat. Libyen ist zu 90 Prozent abhängig von Getreideimporten, wovon ein erheblicher Teil aus der Ukraine und Rußland stammt. Bei dem Treffen begrüßte Außenminister Alexander Schallenberg die klare Positionierung Libyens gegenüber Rußland bei den Vereinten Nationen. Libyen unterstützte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Abstimmung über die Verurteilung der russischen Aggression sowie den Ausschluß Rußlands aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

„Libyens Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vor den Vereinten Nationen zeigt, wie sehr sich Rußland mit seinem brutalen Überfall international isoliert hat. Die internationale Gemeinschaft muß nun alles dafür tun, daß die Auswirkungen des Angriffskriegs bereits instabile Länder nicht noch zusätzlich belasten“, so Schallenberg.

Darüber hinaus unterhielten sich der Außenminister und die Außenministerin auch über Migration über Libyen nach Europa. Derzeit kommt es zu einem raschen Anstieg auf der zentralen Mittelmeerroute, der sich auch auf Instabilität in der Sahel-Zone zurückführen läßt. Libyen ist ein wichtiger



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing seine libysche Amtskollegin, Najla Al-Mangoush

Partner im Kampf gegen irreguläre Migration nach Europa, wie der Außenminister beim Treffen mit seiner Amtskollegin betonte. ■

Europa-Forum Wachau

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 24. Juni 2022 am 26. Europa-Forum Wachau unter dem Thema „Safeguarding Europe’s Future“ teil. Im Fokus stand dabei der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie dessen Auswirkungen auf Europa. (siehe Seite 75)

Schallenberg empfängt niederländisches Königspaar am Flughafen und seinen Amtskollegen Hoekstra

Zum Auftakt des niederländischen Staatsbesuchs (siehe ab Seite 10) begrüßte Außen-

minister Alexander Schallenberg am 27. Juni Seine Majestät Willem-Alexander, König der Niederlande, und Ihre Majestät Máxima, Königin der Niederlande bei deren Ankunft am Flughafen Wien-Schwechat. Der Außenminister begleitete das Königspaar zur Hofburg, wo Gastgeber Bundespräsident Alexander Van der Bellen sie in Empfang nahm. Im Anschluß an ein gemeinsames Delegationsgespräch empfing er den mitreisenden niederländischen Außenminister, Wopke Hoekstra, zu einem Arbeitsgespräch im Außenministerium.

„Österreich und die Niederlande verbinden enge menschliche, historische und wirtschaftliche Beziehungen und wir verfolgen ähnliche außenpolitische Ziele. Der Staatsbesuch von König Willem-Alexander und



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing das Königspaar am Flughafen

Österreich, Europa und die Welt

Königin Máxima ist ein starker und sichtbarer Ausdruck unserer freundschaftlichen Beziehungen“, so Schallenberg.

Im Fokus des anschließenden Austausches mit seinem niederländischen Amtskollegen, Wopke Hoekstra, standen neben der weiteren Stärkung der österreichisch-niederländischen Beziehungen, auch die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die europäische Sicherheitsarchitektur wie auch die Energieversorgung.

Weiteres Thema des Treffens der beiden Außenminister war die EU-Erweiterung und der Kandidatenstatus der Ukraine und Moldau. Gegenüber seinem Amtskollegen begrüßte Außenminister Alexander Schallenberg die Entscheidung des Europäischen Rates als starkes europäisches Signal, betone aber auch, daß es am Westbalkan ebenfalls Fortschritte geben müsse. ■



Foto: BMEIA / Gruber

Der Außenminister empfing seinen niederländischen Amtskollegen Wopke Hoekstra in Wien

BundespräsidentInnen-Wahl am 9. Oktober

AuslandsösterreicherInnen (österreichische StaatsbürgerInnen ohne Hauptwohnsitz in Österreich) können an Bundespräsidenten-, Nationalrats- und Europa-Wahlen sowie an Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Europäischen Bürgerinitiativen teilnehmen (aktives Wahlrecht), wenn sie

- spätestens am Tag der Wahl, der Volksabstimmung, der Volksbefragung oder der Europäischen Bürgerinitiative das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- keine Wahlausschließungsgründe (z.B. Verurteilung nach schweren Straftaten) vorliegen und
- zum jeweiligen Stichtag in der Wählerevidenz bzw. Europa-Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sind.

Die Eintragung in die (Europa)Wählerevidenz ist für wahlberechtigte ÖsterreicherInnen ab Erreichen des 16. Lebensjahrs jederzeit möglich und für maximal zehn Jahre gültig (anschließend Verlängerungsmöglichkeit für jeweils weitere zehn Jahre).

Das Formular zum Antrag auf Eintragung in die Evidenz finden Sie unter: Bundesministerium für Inneres.

https://www.bmi.gv.at/412/Informationen_fuer_Auslandsösterreicher_innen.aspx

Mit diesem Formular können Sie gleichzeitig auch ein für zehn Jahre gültiges Wahlkartenabo beantragen. Bitte beachten Sie, daß Sie jede Änderung von Namen, Adressen oder E-mail-Adressen selbständig an die Wählerevidenzgemeinde melden müssen,

um die abonnierten Wahlunterlagen an Ihrer jeweils aktuellen Adresse zu erhalten.

Die Stimmabgabe

Die Versendung der Wahlkarten durch die Gemeinden an die Wähler erfolgt erst knapp drei Wochen vor dem Wahltag, das heißt: sobald die amtlichen Stimmzettel gedruckt wurden. Die Stimmabgabe per Briefwahl sollte aufgrund der langen Postlaufzeiten sofort nach Erhalt der Wahlkarte durchgeführt werden. Dies kann überall auf der Welt (inklusive in Österreich) erfolgen und muß vom/von der Wahlberechtigten selbst, unbeobachtet und unbeeinflußt von anderen Personen durchgeführt werden.

Die mit dem ausgefüllten und ins kleine Kuvert gelegten Stimmzettel versehene, unterschriebene und zugeklebte Wahlkarte muß am Wahltag spätestens um 17:00 Uhr bei der zuständigen Wahlbehörde (Bezirkswahlbehörde) in Österreich eingelangt sein.

Halten Sie sich bitte bei der Abgabe Ihrer Stimme strikt an die Angaben auf der Wahlkarte und auf dem Merkblatt, das der Wahlkarte beiliegt. Ansonsten könnte Ihre Stimme ungültig sein. Ihre Angaben auf der Wahlkarte müssen vollständig, richtig und lesbar sein.

Die Übermittlung der Wahlkarte per Post ist die schnellste Form der Übermittlung und reduziert das Risiko eines zu späten Einlangens bei der Wahlbehörde in Österreich. Die Verantwortung für die zeitgerechte und verlässliche Rücksendung der bestätigten Wahl-

karte trägt der Wähler/die Wählerin. Die Kosten für das Porto der Wahlkarte trägt – bei Versand mit der öffentlichen Post (Achtung: nicht bei Versand mittels Kurierdiensten, wie z.B. DHL, UPS, EMS) – die österreichische Bundesregierung.

Eine Alternative zum direkten Postversand stellt im Ausland die zeitgerechte Abgabe der Wahlkarten bei österreichischen Botschaften, Berufs(General-)Konsulaten und Honorarkonsulaten dar. Ihre Wahlkarte wird nach zeitgerechter Abgabe kostenlos über das Außenministerium in Wien an die jeweilige Bezirkswahlbehörde weitergeleitet.

Für die rechtzeitige Weiterleitung einer Wahlkarte durch eine österreichische Vertretungsbehörde an die zuständige Bezirkswahlbehörde müssen folgende Einreichfristen eingehalten werden:

- in EU-Mitgliedsstaaten sowie in der Schweiz, Island, Liechtenstein und Norwegen: bis zum 6. Tag vor dem Wahltag,
- in allen anderen Staaten: bis zum 9. Tag vor dem Wahltag.

<https://www.bmeia.gv.at/>

Hinweis der Redaktion

Lesen Sie über die sich zur Wahl bewerbenden KandidatInnen zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin in der Ausgabe 204 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins, dessen Erscheinen für den 26. September vorgesehen ist. Die detaillierten Ergebnisse liefern wir dann in der Ausgabe 205, die am 19. Dezember erscheinen wird. ■

Von der Handy-Signatur zur ID Austria

Wenn BürgerInnen bei einer Behörde persönlich einen Antrag stellen, erfolgt im Zuge dessen eine Feststellung ihrer Identität. Um diese eindeutige Feststellung auch im digitalen Zeitalter sicher und einfach zu bewerkstelligen, besteht in Österreich seit 2009 die Möglichkeit, eine „Handy-Signatur“ zu aktivieren. Mittlerweile sind bereits drei Millionen BürgerInnen im Besitz dieses elektronischen Identitätsnachweises. Gerade während der Covid-19-Pandemie entwickelte sich eine große Dynamik bei den Aktivierungszahlen.

Die Handy-Signatur dient derzeit als Schlüssel zu circa 200 digitalen Services der Republik, darunter etwa die E-Government-Portale <https://www.oesterreich.gv.at>, die mobile App „Digitales Amt“, das Unternehmensserviceportal „USP“, das Portal der Finanzverwaltung „FinanzOnline“ oder auch der „Grüne Paß“, die App für Covid-19-Zertifikate.

Im E-Government-Gesetz (E-GovG) wurden im Jahr 2017 die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Konzepts „Bürgerkarte“ über die Handy-Signatur bis hin zum elektronischen Identitätsnachweis geschaffen.

Dieses kurz „ID Austria“ genannte Projekt wird gemeinsam vom Bundesministerium für Inneres und vom Bundesministerium für Finanzen umgesetzt. Derzeit läuft ein Pilotbetrieb zur Testung des neuen Systems, um die beste Qualität für die reguläre Betriebsphase sicherzustellen. Alle BürgerInnen sind herzlich eingeladen, am Pilotbetrieb teilzunehmen.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist seit Dezember 2021 in die Testphase integriert. Für österreichische BürgerInnen im Ausland gibt es seitdem die Möglichkeit, die ID Austria an einer österreichischen Berufsvertretungsbehörde (Botschaft oder Generalkonsulat) zu aktivieren. Dies geschieht entweder im Rahmen der Beantragung eines Reisepasses oder eines Personalausweises, oder auch unabhängig davon nach Vereinbarung eines separaten Termins. Gerade für AuslandsösterreicherInnen interessant ist die Tatsache, daß grundsätzlich jede Paßbehörde im In- und Ausland für die Registrierung einer ID Austria zuständig sein wird.



Noch für 2022 ist der Übergang in den Echtbetrieb geplant. Mit Betriebsaufnahme der ID Austria an allen Passbehörden sollen die drei Millionen BestandsnutzerInnen in einem einfachen Online-Prozeß umsteigen können. Mit dem Start soll auch der Funktionsumfang erweitert werden. So wird derzeit konkret daran gearbeitet, über eine Ausweisplattform digitale Ausweise, wie den Führerschein, am Mobiltelefon verfügbar zu machen. Anstatt des Scheckkarten-Führerscheins kann bei einer Ausweiskontrolle der elektronische Führerschein am Mobiltelefon vorgezeigt werden – vorläufig aber nur in Österreich.

Der Zugang zur Ausweisplattform wird künftig ausschließlich mittels ID Austria möglich sein. Die Handy-Signatur wird diese Möglichkeit nicht anbieten.

Die ID Austria wird in der gesamten EU anerkannt. Damit stehen den NutzerInnen über die Grenzen Österreichs hinaus Online-services in ganz Europa zur Verfügung. Grundlage für die grenzüberschreitende Anerkennung bildet die eIDAS-Verordnung der EU. Sie regelt europaweit den Einsatz von Vertrauensdiensten und elektronischer Identifizierung. Den rasanten Entwicklungen im digitalen Sektor wird in der Weiterentwicklung der eIDAS-Verordnung zur Etablierung sicherer digitaler Identitäten für EU-BürgerInnen Rechnung getragen.

Mit der ID Austria kann somit ein sicheres Login vorgenommen werden, um die eigene Identität eindeutig online nachzuweisen. Das ist ein wichtiger Schritt im gemeinsamen Digitalen Binnenmarkt.

Für ÖsterreicherInnen im Ausland sind Services wie die An- und Abmeldung eines Hauptwohnsitzes in Österreich oder die elektronische Zustellung behördlicher Schriftstücke aus Österreich interessant. Jene Wahlberechtigten, die in die österreichische Wählererevidenz eingetragen sind, können an Volksbegehren teilnehmen oder elektronisch eine Wahlkarte beantragen.

Die Nutzungsmöglichkeiten der ID Austria werden schrittweise erweitert. Das Außenministerium arbeitet derzeit an einer Anwendung, die es AuslandsösterreicherInnen ermöglichen soll, Personenstandsdokumente, einen Staatsbürgerschaftsnachweis oder auch einen Strafregisterauszug online bei ihrer zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde zu beantragen.

Eine genaue Beschreibung der ID Austria mit ihren vielfältigen Möglichkeiten finden Sie unter nachfolgendem Link. Dort finden Sie auch Antworten auf häufig gestellte Fragen, zum Beispiel wie Sie ihre bestehende Handy-Signatur auf eine ID Austria mit Basisfunktion übertragen können. ■

<https://www.oesterreich.gv.at/id-austria.html>
<https://www.bmeia.gv.at/>

Fest der Freude

Tausende feierten am 8. Mai am Wiener Heldenplatz den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus.



Foto: MKÖ / Sebastian Philipp

Unter dem diesjährigen Schwerpunktthema „Politischer Widerstand“ veranstaltete das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) bereits zum 10. Mal das Fest der Freude am Wiener Heldenplatz. Tausende BesucherInnen feierten gemeinsam den Tag der Befreiung vom Nazi-Terrorregime, der sich am 8. Mai 2022 zum 77. Mal jährte.

Musikalisch wurde die Veranstaltung mit einem Konzert der Wiener Symphoniker unter der Leitung des Dirigenten Lahav Shani und der Sopranistin Chen Reiss bereichert. Bei der Eröffnung zeigte das MKÖ einen Kurzfilm zum Themenschwerpunkt „Politischer Widerstand“ mit Statements von IKG-Präsident Oskar Deutsch, DÖW-Präsident Michael Häupl, MKÖ-Geschäftsführerin Christa Bauer und Gedenkdienst-Obmann Matthias Spadinger. Traditionell eröffneten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Willi Mernyi, MKÖ-Vorsitzender, mit ihren individuellen Reden das Freudenfest. Auch Schriftsteller Daniel Kehlmann setzte

mit einem Videobeitrag ein Zeichen. Der bekannte Münchner Liedermacher Konstantin Wecker, der ursprünglich am Wiener Heldenplatz für musikalische Höhepunkte sorgen sollen, mußte seine Konzerte krankheitsbedingt verlegen und wird im nächsten Jahr beim Fest der Freude seinen Auftritt nachholen.

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen (im Wortlaut)

Geschätzte Festgäste! Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie herzlich. Es freut mich, daß so viele den Weg hierher auf den Heldenplatz gefunden haben.

Nach zwei Jahren Pandemie ist es nun endlich wieder möglich, persönlich zum Fest der Freude zusammenzukommen – als Menschen unter Menschen. Auch das ist ein Grund zur Freude.

Wir feiern heute das Ende der Nazi Herrschaft in Österreich. Vor 77 Jahren hat Nazi-

deutschland seine bedingungslose Kapitulation erklärt, der Zweite Weltkrieg in Europa war endlich zu Ende.

Das alles ist fast ein Menschenleben her. Nur wenige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind noch unter uns, die jenen 8. Mai 1945 bewußt erlebt haben. Und noch weniger, die den sogenannten ‚Anschluß‘ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 und die darauffolgenden Jahre des Naziterrors noch in selbst-erlebter Erinnerung haben.

Was also bedeutet dieser Jahrestag für alle so genannten Nachgeborenen? Was für die jungen Generationen, für die jene Zeit ein Kapitel in den Geschichtsbüchern ist?

Die meisten Menschen, die hier in Österreich nach dem Krieg zur Welt gekommen sind, wurden hineingeboren in eine Freiheit und einen Frieden, die immer selbstverständlich schienen.

Wir neigen dazu zu vergessen, daß Freiheit und Frieden erkämpft, gehütet und bewahrt werden müssen.

Österreich, Europa und die Welt

Daher ist dies auch ein Fest der Dankbarkeit. Wir danken allen, die damals den Grundstein dafür gelegt haben, daß wir in Österreich seit Jahrzehnten in diesem Frieden leben können.

Wir danken den Alliierten, die gemeinsam Hitler entgegengetreten sind, und wir danken den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, von denen viele für ihren Mut einen hohen Preis bezahlt haben.

Vor wenigen Tagen erst, am 5. Mai, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen, haben wir den „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“ begangen – im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

Trauer und Freude liegen oft sehr nah beieinander. Und auch in die Freude dieses Festes mischt sich ein Gefühl der Trauer. Denn während wir hier stehen und den damals errungenen Frieden feiern, herrscht anderswo in Europa wieder Krieg. Nicht weit weg: Von Wien zur ukrainischen Grenze rund 600 km. das ist weniger als nach Bregenz.

Die Menschen in der Ukraine – Männer, Frauen, Kinder – erleben seit dem 24. Februar kaum vorstellbare Grausamkeit und alptraumhaften Schrecken. Hier ist es unser aller Menschenpflicht, die Augen nicht zu verschließen, sondern zu helfen: Zu helfen heißt etwa, den nach Österreich vor dem Krieg Geflüchteten eine Unterkunft zu geben, ihnen Arbeit zu verschaffen und die Kinder zu unterrichten. Was auch geschieht.

Und dafür bedanke ich mit ausdrücklich bei allen!

Meine Damen und Herren!

Wenn Freiheit und Frieden bedroht sind, braucht es Entschlossenheit und Mut, braucht es Widerstand. „Politischer Widerstand“ ist der thematische Schwerpunkt, unter dem das diesjährige Fest der Freude steht.

Politischer Widerstand war nicht nur zur Zeit des Nationalsozialismus wichtig. Politischer Widerstand muß überall dort ansetzen, wo damit begonnen wird, Freiheit und liberale Demokratien zu unterminieren, zu mißbrauchen und zu schwächen. Es heißt nicht umsonst „Wehret den Anfängen“.

Diese Worte müssen wir ernstnehmen und sie heute leben. Es ist ein klarer Auftrag an uns alle und besonders an die Politikerinnen und Politiker: Wir sind verantwortlich, den so schwer errungenen Frieden zu schützen und zu bewahren, oder auch wiederherzustellen, und das gemeinsame europäische Wohl vor alle individuellen nationalen Interessen zu stellen.



Foto: Peter Lechner / HBF

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich des „Fests der Freude“

Das ist etwas, das wir hoffentlich aus der Geschichte des Nationalsozialismus gelernt haben.

Meine Damen und Herren!

Eine Zeitzeugin, Erika Freeman, ist heute hier, sie wird gleich zu uns sprechen. Sehr geehrte, liebe Frau Freeman! Ich darf Sie herzlich begrüßen, und ich möchte Ihnen dafür danken, daß Sie aus New York nach Wien gekommen sind und dieses Fest mit uns gemeinsam feiern. Das Österreich, in das Sie kommen, ist ein anderes als das, aus dem Sie damals als Kind vertrieben wurden.

Auch wenn es lange gedauert hat, die Verantwortung für die NS-Vergangenheit anzunehmen: Österreich ist heute ein Land, das die damals Vertriebenen und ihre Nachkommen willkommen heißt.

So ist seit fast zwei Jahren eine Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes in Kraft, die den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft für Opfer des Nationalsozialismus und deren Nachkommen erleichtert und dazu beiträgt, zerrissene Bande neu zu knüpfen.

Meine Damen und Herren!

Heute vor 77 Jahren wurde das Fundament gelegt für viele Jahrzehnte Frieden und Demokratie in Österreich.

Nehmen wir das Fest der Freude als Erinnerung und Auftrag, diesen Frieden und damit verbundene grundlegende Werte wie Menschenwürde und Solidarität bewußt wertzuschätzen und zu stärken. Jede und jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen schönen Abend.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßt die geborene Wienerin und Zeitzeugin Erika Freeman – links im Bild Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich

Österreich, Europa und die Welt

Willi Mernyi betonte in seiner Ansprache die Bedeutung des Fest der Freude, gerade in Zeiten der Unruhe: „Zivilcourage ist ein Thema, das uns heute genauso stark begleitet wie damals. Die Zahlen der rechtsextremen Vorfälle und Straftaten steigen jährlich – einerseits im öffentlichen Raum und andererseits vermehrt durch Haßpropaganda im Internet. Darum brauchen wir Menschen, die aufstehen und sich bei den Debatten im öffentlichen Raum beteiligen und Menschen, die sich zu ihren Computern setzen und im Netz gegen Rassismus und Ungerechtigkeit Stellung beziehen.“

Zeitzeugin Erika Freeman flüchtete mit 12 Jahren vor dem NS-Regime

Den Höhepunkt bildeten die Worte der gebürtigen jüdischen Wienerin und Zeitzeugin Erika Freeman gegen das Vergessen. Sie sprach über ihre Kindheit in Wien, die tragische Lebensumstellung durch den „Anschluß“ Österreichs an Deutschland im Jahr 1938 und teilte ihre Erlebnisse über ihre alleinige Flucht sowie die Geschichte ihrer jüdischen Eltern. Erika Freemans Vater mußte 1938 vor den Nationalsozialisten nach Prag flüchten. Er war auch Sozialdemokrat und Außenminister im Schattenkabinett der Sozialdemokratie. Als zwölfjähriges Mädchen mußte Freeman im März 1940 vor dem Nazi-Regime nach New York flüchten. Nach ihrem Psychologie-Studium an der Columbia University startete sie eine erfolgreiche Karriere als Psychoanalytikerin. Bekannte Persönlichkeiten, wie Marilyn Monroe oder Woody Allen war sie eine mentale Stütze. Freeman kehrt regelmäßig in ihre alte Heimat Österreich zurück und setzt sich unermüdlich gegen das Vergessen, für Frauenrechte und für Israel ein.

Musikalische Höhepunkte mit Wiener Symphonikern und Sopranistin Chen Reiss

Eines der musikalischen Highlights bildete wieder das Konzert der Wiener Symphoniker, dieses Jahr unter der Leitung des Dirigenten Lahvi Shani. Eröffnet wurde das Konzert mit dem Stück „Prélude cis-Moll“ von Sergei Rachmaninow, weiters standen auf dem Musikprogramm Krzysztof Pendereckis „Ciaccona“, „Morgen“ von Richard Strauß und die 9. Symphonie „Aus der neuen Welt“ von Antonín Dvořák. Auch die Sopranistin Chen Reiss trat heuer auf. Wie in den letzten Jahren schloß auch das diesjährige Fest der Freude mit Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“ aus der 9. Symphonie.



Foto: MKO / Sebastian Philipp

Die aus New York angereiste Zeitzeugin Erika Freeman sprach über ihre Kindheit in Wien

Statements

Karl Nehammer, Bundeskanzler

„Am 8. Mai feiern wir die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs. Als Republik Österreich haben wir die Verantwortung, immer wieder an die Gräueltaten der Nationalsozialisten zu erinnern und dafür zu sorgen, daß auch künftige Generationen sie niemals vergessen.“

Veronica Kaup-Hasler, Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Wien

„Mit Dankbarkeit erinnern wir uns an den enormen Mut, mit dem im politischen Widerstand gegen Unrecht aufgestanden wurde. Gerade in Kriegszeiten ist es wichtig, Zivilcourage zu beweisen und für Frieden einzutreten, denn der Mut und die Stimmen der Vielen können Enormes bewirken. Das Fest der Freude soll uns allen ein Auftrag und Zeichen der Hoffnung sein.“

Johannes Rauch, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz:

„Gerade in Zeiten, in denen Verschwörungsmutheorien wieder Zuspruch erhalten, in denen Haßreden über einen einzigen Mauseklib verbreitet werden können, ist es unumgänglich, sich für ein weltoffenes Miteinander einzusetzen. Die Kultur der Erinnerung

an das dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte muß gegenwärtig umso höher gehalten werden. Österreich trägt an den Gräueltaten der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus Mitschuld. Die Befreiungsfeier in Mauthausen erinnert uns jedes Jahr wieder an unsere Verantwortung, wachsam zu bleiben und sicherzustellen, daß sich die Schrecken des Nationalsozialismus nie wiederholen.“

Martin Kocher, Bundesminister für Arbeit

„Der Tag der Befreiung im Jahr 1945 markiert das Ende des furchtbaren NS-Regimes. Das Geschehene darf niemals vergessen werden. Österreich muß sich seiner historischen Verantwortung bewußt bleiben.“

Susanne Raab, Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien

„Der 8. Mai als Tag der Befreiung erinnert uns an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, an die grausamen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das unvorstellbare Leid während der NS-Zeit. Gerade auch vor dem Hintergrund des schrecklichen Angriffskriegs in der Ukraine ist es wichtig, aufrichtig den Opfern zu gedenken und jenen entgegenzutreten, die die Schrecken der Vergangenheit zur Rechtfertigung ihrer Verbrechen in der Gegenwart mißbrauchen.“

Österreich, Europa und die Welt

Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung

„Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist ein wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur in Österreich und in Europa, die wir alle gemeinsam zu jeder Zeit stützen und aufrechterhalten müssen. Nur so können wir sicherstellen, daß sich die dunkelsten Zeiten in unserer Geschichte nicht mehr wiederholen.“

Othmar Karas, 1. Vizepräsident des Europäischen Parlaments

„Der 8. Mai ist ein Grund zur Freude, weil an diesem Tag vor nunmehr 77 Jahren die Herrschaft des Nationalsozialismus dank der Befreiung durch die Alliierten zu Ende gegangen ist. Gleichzeitig ist und bleibt dieser Tag auch einer der tiefen Trauer und des Gedenkens. ‚Niemals wieder‘ ist angesichts der vielen antidemokratischen Tendenzen in der ganzen Welt aktueller denn je. Deshalb sollten wir den 8. Mai auch zum Anlaß nehmen, uns noch stärker zum politischen Widerstand gegen alle neuen faschistischen Tendenzen zu rüsten und gegenseitig zu ermutigen.“

Michael Ludwig, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien

„Die aus Wien stammende Holocaust-Überlebende und Schriftstellerin Ruth Klüger zitierte Sigmund Freud, als sie in einer Rede zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus von kollektiver ‚Verdrängung‘ der nationalsozialistischen Gräueltaten sprach. Nicht nur der Einzelne, auch eine Gesellschaft könne Teile ihrer Vergangenheit verdrängen, meinte Klüger. Dagegen hilft nur eines: erinnern, bezeugen und informieren! Und dafür steht das Mauthausen Komitee Österreich, das mit dem ‚Fest der Freude‘ und der ‚Internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier‘ sowohl an den Terror der Nationalsozialisten und deren Opfer als auch an die Zivilcourage und den Widerstand der Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie an die Befreiung von der Gewaltherrschaft der Nazis Jahr für Jahr verlässlich erinnert.“

Christoph Wiederkehr, Vizebürgermeister von Wien

„Es ist unsere Pflicht, aus der Vergangenheit zu lernen, in der Gegenwart Zivilcourage zu zeigen und den Blick demütig in die Zukunft zu richten. Das bedeutet, jeden Tag überzeugt gegen Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und jede Art von Ausgrenzung einzutreten.“

Ernst Woller, Landtagspräsident Wien

„Wir PolitikerInnen sind dazu angehalten, ein politisches System zu garantieren, das für soziale Sicherheit und Frieden sorgt. Wir müssen für eine Gesellschaft stehen, die über alle Partei- und Religionsgrenzen zusammenhält. Und die mit Entschiedenheit und Zivilcourage jede Form von Antisemitismus und Rassismus bereits in ihren Anfängen bekämpft. Und zu dieser Zivilcourage auch ermutigt.“

Manuela Khom, Landtagspräsidentin Steiermark

„Es ist wichtig und notwendig die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit wieder und wieder, von Generation zu Generation weiterzugeben und zu wahren. Neben dem Gedenken an die Opfer dieser Zeit, soll uns die Erinnerung als mahrender Appell begleiten, wenn wir künftige Entwicklungen des politischen Geschehens beobachten. Aus der Vergangenheit wissen wir, wie wichtig das frühe Erkennen von den Anfängen demokratiezerstörender Entwicklungen ist, bevor jeglicher Widerstand mit eiserner Härte zerstreut wird. Darum sind wir alle laufend gefordert, achtsam und mit offenen Augen Prozesse mitzuverfolgen und wenn nötig Widerstand zu leisten.“

Verena Dunst, Landtagspräsidentin Burgenland

„Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist unsere Verpflichtung, damit uns das Leid und die Qualen dieser Menschen uns eine stete Ermahnung für die Zukunft bleiben! Gedenkstätten wie Mauthausen verdeutlichen, daß Demokratie hohe Wachsamkeit gegenüber Tendenzen und Entwicklungen braucht, die einem neuen Extremismus den Weg bereiten könnten.“

Thomas Stelzer, Landeshauptmann Oberösterreich

„Geschichte ist nie vergangen, sie wirkt immer auch in die Gegenwart und die Zukunft herein. Wie bedeutend das Erinnern für das Heute und Morgen ist, wird bei den Themen ‚Widerstand und Zivilcourage‘ besonders deutlich. Ich bin daher dankbar, daß das Mauthausen Komitee in diesem Jahr diesen Aspekt in den Mittelpunkt des Gedenkens stellt. Mit Stolz und Dankbarkeit erinnern wir uns an die Menschen, die den Mut gehabt haben, sich offen gegen das NS-Regime zu stellen. Gleichzeitig eint uns das Bekenntnis dazu, alles zu tun, daß ihr Heldentum nie wieder notwendig werden wird.“

Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann Steiermark

„Auch 77 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen dürfen wir diese dunklen Kapitel unserer Geschichte niemals vergessen. Denn es ist unsere Pflicht, die Gräueltaten aufzuarbeiten und die mahnenden Erinnerungen an die Verbrechen aufrechtzuerhalten. Das unsagbare Leid in der Ukraine zeigt uns leider schmerzlich, daß Friede und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind. Wir müssen daher jeden Tag gemeinsam für eine vielfältige Gesellschaft, die gegen jegliche Art der Diskriminierung und Ausgrenzung kämpft, eintreten.“

Reinhard Rohrer, Landtagspräsident Kärnten

„Der Jahrestag zur Befreiung des KZ Mauthausen ist nicht nur ein Mahnmal an die Vergangenheit, sondern vor allem ein Auftrag für die Gegenwart und Zukunft. Denn wir gedenken der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft heute unter ganz besonderen Voraussetzungen: Es tobt ein Krieg in Europa.

Umso mehr aber braucht es diese gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit. Das ‚Fest der Freude‘ ist gleichzeitig auch eine Bekundung der Solidarität mit allen Menschen, die aktuell von Unrecht, Unterdrückung und Verfolgung betroffen sind.“

Sandra Schoch, 2. Vizepräsidentin im Vorarlberger Landtag

„Um Widerstand gegen dieses systemische Vergessen zu leisten, haben die Landeshauptstadt Bregenz, das Land Vorarlberg und der Vorarlberger Gemeindeverband ein Widerstandsmahnmal für Vorarlberg konzipiert und umgesetzt.

Gestaltet von der kärntner-slowenischen Künstlerin Nataša Sienčnik, zeigt das Denkmal die Namen und Kurzbiografien von 100 VorarlbergerInnen, die sich dem nationalsozialistischen Unrechtsregime widersetzt haben. Sie stehen für alle WiderstandskämpferInnen, Deserteure und Wehrdienstverweigerer, und für alle BürgerInnen, die Verfolgten und Mißhandelten gegenüber menschlich gehandelt haben.“

<https://www.mkoe.at/>

Das »Fest der Freude«

ist auf <http://www.festderfreude.at> und auf dem YouTube Kanal des Mauthausen Komitee Österreichs abrufbar:

<https://www.youtube.com/channel/UC8nIZ-V92qyVSMJIZGwIQ-w>

Republik gedachte der Befreiung des KZ Mauthausen

Gedenkfeier zum 77. Jahrestages der Befreiung des KZ Mauthausen – Erstmaliges Gedenken im neu angekauften und adaptierten Konzentrationslager Gusen – Mehr als 5.000 Menschen gedachten der Befreiung des KZ-Mauthausen



Foto: BKA / Dragan Tatlic

Die Republik gedachte am 5. Mai der Befreiung des KZ Mauthausen (v.r.): Innenminister Gerhard Karner, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs

Am 5. Mai 2022 jährte sich zum 77. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen. Am Vortag, dem 4. Mai 2022, fand eine Gedenkfeier in Mauthausen statt, an der u.a. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer, Innenminister Gerhard Karner, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und weitere Mitglieder der Bundesregierung teilnahmen.

Van der Bellen: Österreich wird alles tun...

„Der Ort, an dem wir uns befinden, war der Appellplatz des Lagers und damit ein Ort der Angst, der Verzweiflung, der Hoffnungslosigkeit“, begann Bundespräsident Alexander Van der Bellen seine Rede in Gusen. „Hier begann die tagtägliche Tortur, der die Häftlinge ausgesetzt waren. Hier begann

jeden Tag aufs Neue ein Leidensweg im wahrsten Sinne des Wortes. Ein Weg, den viele Menschen nicht überlebten. Das Konzentrationslager Gusen stand lange Zeit im Schatten des so genannten Hauptlagers Mauthausen. Es war in unserer Gedenkkultur nicht so gegenwärtig wie es hätte sein müssen. Dieser Umstand, dieser Mißstand soll mit dem heutigen Tag behoben werden“, so das Staatsoberhaupt weiter. Gusen sei ein Ort der Vernichtung gewesen, an dem Angehörige der polnischen Intelligenz, republikanische Spanier, sowjetische Kriegsgefangene, Juden und viele andere Gruppen wurden hier systematisch ermordet wurden. Mehr als 35.000 Menschen verloren hier in Gusen oder im nahe gelegenen St. Georgen ihr Leben; kaltblütig ermordet von Schergen des Nazi-Regimes. „Es ist wichtig, am heutigen

Tag daran zu erinnern, daß das ‚Memorial de Gusen‘, das 1965 eingeweiht wurde, von internationalen Überlebendenverbänden finanziert und errichtet wurde.“

Erst 1997, also spät, habe die Republik Österreich die Verantwortung für das Memorial übernommen und 2004 ein erstes Besucherzentrum mit Dauerausstellung errichtet. Mit dem nunmehrigen Ankauf neuer Grundstücke am ehemaligen Lagergelände habe die Republik Österreich den Grundstein gelegt, um die bestehende Gedenkstätte, der Würde und Bedeutung des Ortes angemessen, zu erweitern. Der Internationalität der damaligen Häftlingsgesellschaft entsprechend, soll die Gestaltung des Gedenkortes in internationaler Zusammenarbeit und unter Einbindung der regionalen Bevölkerung erfolgen.

Österreich, Europa und die Welt

„Ich möchte den heute hier versammelten Vertreterinnen und Vertretern der Opferverbände zusichern: Österreich wird alles tun, damit dieser Ort zu einem angemessenen Ort des Gedenkens, zu einem Ort des Lernens, zu einem Ort der Begegnung umgestaltet wird, der dem Andenken aller Opfer würdig ist“, schloß der Bundespräsident seine Rede.

Sobotka: im Handeln liegt unsere Verantwortung

... wenn Zeitzeugen fehlten und Geschichtsrevisionismus um sich greife. Vor allem gelte es zu vermeiden, daß sie zu „gedankenlosen, sinnentleerten, erstarrten Ritualen werden“, mahnte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Gedenken habe stets eine Dimension, die in die Zukunft weise, und müsse einem wertorientierten Denken und Handeln in der Gegenwart Halt geben. Ein nur der Vergangenheit verhaftetes Erinnern drohe hingegen, zur formelhaften Pflichtübung zu werden.

Die Republik Österreich bekenne sich heute, nach einem langen und teilweise ignoranten Weg der Verdrängung und Leugnung, zur Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte. Deren Aufarbeitung sei aber längst nicht abgeschlossen und Ignoranz gegenüber der eigenen Geschichte längst nicht durchgehend beendet. Das Mindeste, was man heute tun könne, sei es, zur Geschichte der Zweiten Republik, zur Geschichte der Länder, Städte und Gemeinden zu stehen.

Zudem müsse auch der Blick auf die blinden Flecken der Zeit nach 1945 gerichtet

werden, forderte Sobotka. Diese seien etwa die Nachkriegsjustiz oder die Frage, warum eine Entschuldigung Österreichs und eines Angebots an vertriebene Jüdinnen und Juden gefehlt hätten. Blinde Flecken seien auch die Nazis, die im Dienste der Zweiten Republik standen, und der Umgang mit verschiedenen Opfergruppen, wie Roma und Sinti, Homosexuellen und Zeugen Jehovas. Auch rechtliche Fragen gelte es zu thematisieren, wie den Umgang mit enteigneten Stiftungen oder wie weit die Restitution von gestohlenem Besitz abgeschlossen sei. Gefragt sei aber nicht nur das Reden, sondern das Handeln, denn „im Handeln liegt unsere Verantwortung“, schloß Sobotka. Mit dem an Ankauf von Grundstücken auf dem Gelände des ehemaligen KZ Gusen habe die Republik Österreich gezeigt, daß sie handle und bereit sei, ihre Geschichte aufzuarbeiten.

Nehammer: Österreich trägt Verantwortung...

„Mehr als 40 Jahre hat es gedauert, bis das offizielle Österreich anerkannt hat, im Nationalsozialismus nicht nur Opfer, sondern auch Täter gewesen zu sein. Dieses Eingeständnis war enorm wichtig, um die Verbrechen des NS-Regimes aufzuarbeiten. Was wir heute als selbstverständlich betrachten, war ein langer und mühsamer Prozeß“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich des Gedenkaktes der Staatsspitze am Areal des früheren Konzentrationslagers Gusen in Oberösterreich. Der Bundeskanzler betonte, daß es „nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich“ ein langer Weg gewesen sei,

bis Österreich seiner Verantwortung nachkam: „Die ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen und Gusen spielten dabei eine maßgebliche Rolle. Heute sind sie nicht nur Gedenkstätten, sondern wichtige Mahnmäler. Denn als Republik Österreich haben wir nicht nur gegenüber den Opfern und ihren Nachfahren, sondern auch gegenüber uns selbst die Verantwortung, uns die Gräueltaten der Nationalsozialisten immer wieder vor Augen zu halten und so dafür zu sorgen, daß wir sie niemals vergessen.“

Kogler: Verpflichtung, der Opfer des NS-Terrors zu gedenken

„Es erfüllt mich mit Demut, daß ich heute hier stehen darf. Das ehemalige Konzentrationslager, an dem wir uns heute zum Gedenken einfinden, ist einer jener traurigen Orte in Österreich, an denen die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie gewütet hat und von dem viele geglaubt haben, es werde schon das Gras des Vergessens drüber wachsen“, sagte Vizekanzler Werner Kogler. „Bald aber haben Überlebende begonnen, sich gegen dieses Vergessen zu wehren: zu tief die Wunden, zu groß die Trauer über das Erlittene. Lassen Sie mich heute und hier sagen: Wir werden es nicht zulassen, daß je Gras darüber wächst.“

Karner: In Gusen einen würdigen Gedenkort schaffen

„Die Gedenkstätte Mauthausen ist der zentrale Ort der Erinnerung an die NS-Verbrechen in Österreich. Mit Unterstützung des Innenministeriums wurden hier in den ver-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Österreich, Europa und die Welt

gangenen 20 Jahren wichtige Schritte der Weiterentwicklung gesetzt“, sagte Innenminister Gerhard Karner. Neben der Errichtung des Besucherzentrums kam es zu einer Neugestaltung der Ausstellung und der Umwandlung der KZ-Gedenkstätte in eine eigene Institution. Die Republik hat Teile des Areals heuer gekauft, darunter den ehemaligen Appellplatz, den Schotterbrecher und zwei SS-Verwaltungsgebäude. In den kommenden Jahren sollen sie in die bestehende Gedenkstätte Gusen integriert werden.

„Nun ist die Zeit gekommen, über die Gedenkstätte Mauthausen hinaus zu denken. Gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und den internationalen Stakeholdern und Überlebenden-Organisationen wird sich Innenministerium dafür einsetzen, auch in Gusen einen würdigen Gedenkort zu schaffen“, betonte Karner. „In einer Zeit, in der die Stimme der Zeitzeugen leiser wird, müssen die Gedenkstätten immer lauter sprechen.“ Im KZ Gusen wurden insgesamt 71.000 Menschen aus fast 30 Nationen gefangen gehalten.

Nach dem feierlichen Gedenken am ehemaligen Appellplatz projizierte die Lichtinstallation #eachnamematters in Zusammenarbeit mit dem Linzer Ars Electronica Center die Namen der Opfer an die Außenmauer des Memorial Gusen.

Mehr als 5.000 Menschen gedenken der Befreiung des KZ-Mauthausen

Anlässlich der 77. Wiederkehr der Befreiung des KZ-Mauthausen lud das Mauthausen Komitee Österreich in Zusammenarbeit mit dem Comité International de Mauthausen (CIM) und der Österreichischen Lager-



Foto: BKA / Dragan Tatic

v.r.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Innenminister Gerhard Karner

gemeinschaft (ÖLM) am 15. Mai wieder zur internationalen Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Die Gedenk- und Befreiungsfeiern des MKÖ und seines Netzwerks widmen sich im Jahr 2022 dem thematischen Schwerpunkt „Politischer Widerstand“. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde zivilcouragiertes Handeln, das die eng gesetzten Grenzen des Systems überschritt, oftmals zu politischem Widerstand. Sobald man vom Regime als politisch Andersdenkender ausgemacht wurde, mußte man mit Verhaftung, Folter und Hinrichtung rechnen. Weit über 90 Prozent der Opfer waren weder Deutsche noch Österreicher, weshalb das Gedenken an die Opfer des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Außenlager einen besonderen internatio-

nen Stellenwert hat. Österreichweit finden zudem an den Orten ehemaliger Außenlager eine Vielzahl von Gedenkfeiern statt, die von lokalen Initiativen im Netzwerk des MKÖ organisiert werden. Das Gedenken in Mauthausen ist europaweit die größte Befreiungsfeier.

Willi Mernyi, Vorsitzender des MKÖ, rief angesichts der Aktualität des diesjährigen Schwerpunktthemas zu Zivilcourage auf: „Wir sind heute hier, um den Opfern des Nazi-Terrors zu gedenken und die Befreiung vor 77 Jahren zu feiern. Vor allem aber wollen wir an die Personen erinnern, die politischen Widerstand geleistet haben und damit ihr Leben riskierten. Zivilcourage ist auch in der heutigen Zeit ein wichtiges Thema – ob digital oder analog. Denn wer stillschweigt, akzeptiert den Haß, der uns umgibt.“

Befreiungsfeier in Form eines Gedenkzuges

An der Gedenk- und Befreiungsfeier nehmen jährlich tausende Menschen aus Europa und der ganzen Welt teil, darunter die letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Außenlager sowie zahlreiche Jugendliche aus Österreich und der ganzen Welt. Mernyi richtete während der gemeinsamen Befreiungsfeier seine Begrüßungsworte an die tausenden TeilnehmerInnen, insbesondere an die KZ-Überlebenden sowie ZeitzeugInnen bei der Befreiungsfeier und vor den Bildschirmen und an die tausenden anwesenden Jugendlichen. Vor der Begrüßung wurde die Befreiungsfeier mit einer virtuellen Verlesung des „Mauthausen-Schwurs“ in mehreren Sprachen durch



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer bei der Kranzniederlegung im Konzentrationslager Gusen

Österreich, Europa und die Welt

internationale Jugendliche eröffnet. Das MKÖ zeigte während des Gedenkzuges auch Kurzvideos zum thematischen Schwerpunkt, die gemeinsam mit VertreterInnen von diversen Jugendorganisationen produziert worden sind. Der Schriftsteller Daniel Kehlmann stellte dem MKÖ eine Videobotschaft für die diesjährige Befreiungsfeier zur Verfügung.

Im Rahmen der gemeinsamen Befreiungsfeier erfolgte die Kranzniederlegung durch rund 130 Delegationen. Redebeiträge von MKÖ-Vorsitzenden Willi Mernyi und CIM-Präsidenten Guy Dockendorf waren ebenfalls Teil des Gedenkens. Musikalisch begleitete das Ensemble „Widerstand“ den gesamten Gedenkzug. Mehrsprachig moderiert wurde die Gedenkfeier, wie auch in den vergangenen Jahren, durch Konstanze Breitenbner und Mercedes Echerer. Der Weg des Gedenkzuges endete schließlich mit dem Auszug aus dem ehemaligen Schutzhaftlager, mit dem die Befreiung der KZ-Inhaftierten im Jahr 1945 symbolisiert wurde. Anschließend gab es die Möglichkeit für individuelle, stilles Gedenken.

Über das MKÖ

Die Überlebenden des KZ-Mauthausen übergaben im Jahr 2000 dem Mauthausen Komitee Österreich offiziell ihr Vermächtnis. Dieses Vermächtnis der KZ-Überlebenden bildet die Grundlage der Aktivitäten des Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ). Neben



Foto: Mauthausen Komitee Österreich

v.l.: Umweltministerin Leonore Gewessler, Innenminister Gerhard Karner, NÖ EU-Landesrat Martin Eichtinger, Justizministerin Alma Zadić, und Europaministerin Karoline Edtstadler. Im Bildhintergrund rechts: Doris Schmidauer mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und SPÖ-Bundesparteivorsitzender Pamela Rendi-Wagner

den der Gedenkarbeit für die Opfer der Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere jene, die im KZ-Mauthausen und in den Außenlagern gefangen gehalten wurden, sind Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sowie die engagierte anti-faschistische und anti-rassistische Arbeit vor allem mit jungen Menschen weitere wichtige Schwerpunkte. In den vergangenen Jahren führte das MKÖ mit mehr als 180.000 Jugendlichen Zivilcourage-Trainings, multimediale Vermittlungsangebote

durch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie an Orten ehemaliger Außenlager, die Vor- und Nachbereitung der KZ-Gedenkstättenbesuche, Anti-Rassismus-Workshops wie den Workshop „Wir sind alle“ sowie die neuen thematischen Rundgänge „denk mal wien“ sowie diverse anlaß- und themenbezogene Jugendprojekte durch.

■ <https://www.mauthausen-memorial.org/>
https://de.wikipedia.org/wiki/KZ_Mauthausen#Gedenkst%C3%A4tte
<https://www.mkoe.at/>



Foto: Mauthausen Komitee Österreich

Nächster Meilenstein auf dem Weg in klimaneutrale Zukunft

Startschuß für europaweit einzigartiges Forschungs- und Pilotprojekt zur Speicherung von Strom aus Wind und Sonnenenergie



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Peter Geigle (CMBlu Energy AG) und BE-CEO Stephan Sharma mit einem CMBlu Speicher

Das Burgenland ist europaweiter Vorreiter im Bereich der Erneuerbaren Energien und deckt 150 Prozent seines Strombedarfs selbst ausschließlich aus Erneuerbaren Energien. Um das Ziel des Landes, die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen, baut die Burgenland Energie Photovoltaik und Windkraft massiv aus. Das Schlüsselproblem, an dem weltweit fieberhaft geforscht wird, sind Lösungen zur Speicherung Grünen Stroms. Im Rahmen eines Pressegesprächs mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Burgenland Energie CEO Stephan Sharma am 30. Mai am Weingut Scheibelhofer in Andau wurde nun ein innovatives umweltfreundliches, nicht lithium-basiertes Speichersystem auf rein organischer Basis vorgestellt und dazu eine Kooperationsvereinbarung mit dem Energiespeicherhersteller CMBlu Energy aus Deutschland unterzeichnet. Bis 2025 soll es damit möglich sein, im Land mehrere hundert Megawatt Strom zu speichern – dadurch soll das Burgenland als erstes Land Europas energieautark sein. Die Zusammenarbeit ist langfristig bis 2030 ausgelegt.

Zukunftsweisende Kooperation

„Ich bin sehr stolz darauf, daß das Burgenland eine so zukunftsweisende Kooperation mit CMBlu eingehen kann. So können

wir unserer Vorreiterrolle beim Ausbau der Erneuerbaren Energie weiter forcieren und rücken unserem Ziel – der Klimaneutralität bis 2030 – einen großen Schritt näher. Nur so ist es möglich, einerseits unabhängig von russischem Öl und Gas zu werden und andererseits der massiven Teuerung im Bereich der Energie langfristig entgegenzuwirken“, betonte LH Doskozil.

„Wir haben uns in den letzten Monaten intensiv mit der Frage der Speicherung auseinandergesetzt. Um Burgenland mit dem Gold des Burgenlands – Wind und Sonne – energieautark zu machen, brauchen wir eine Speicherleistung von 100 Megawatt mit einem Volumen von 300 Megawattstunden. Wie bei Wind und Sonne wollen wir dieses Ziel mit natürlichen Speichern schaffen“, macht Sharma deutlich. Er erhofft sich durch das Projekt auch vielfältige Erkenntnisse über die Möglichkeiten, Schwankungen im Stromnetz zu glätten. Zudem könne man damit attraktive Geschäftsmodelle im Energiehandel erschließen und nicht zuletzt auch Einsparungen bei der Energieerzeugung der eigenen Bevölkerung in Form von niedrigeren Stromkosten zurückgeben.

Erzeugung und Bedarf im Einklang

„Dieses neue Projekt soll zeigen, was mit

Organic-Solid-Flow-Speichern technologisch möglich ist“, sagte Peter Geigle, Gründer und CEO der CMBlu Energy AG bei der Projektvorstellung. „Unsere Organic-Solid-Flow-Energiespeicher können ein grundsätzliches Problem erneuerbarer Energien lösen, nämlich das Auseinanderfallen von Erzeugung und Bedarf. Wir wollen dies kostengünstig, umweltfreundlich und sicher erreichen.“ Die Besonderheit der Speichertechnologie besteht darin, daß sie gänzlich ohne das seltene Lithium auskommt. Dessen Preis habe sich seit 2020 um 415 Prozent erhöht.

Umweltfreundlich, recyclebar, nicht brennbar, ohne seltene Rohstoffe

Die CMBlu-Speicher können lokal produziert werden, die Materialien sind günstig in der Herstellung, umweltfreundlich, nahezu vollständig recyclebar, weder brennbar noch explosiv und beinhalten keine seltenen oder prekären Rohstoffe, was das Unternehmen unabhängig von internationalen Lieferketten macht. Die Energieeffizienz der Speicher liegt bei hohen 85 Prozent, sie lassen sich bis in den Gigawattbereich hochskalieren. „Solid-Flow kann ein echter Game-Changer made in Europe werden“, sagte Geigle. ■

<https://www.burgenland.at/>

<https://www.cmblu.com/>

DiplomatInnen auf Besuch

Landeshauptmann Peter Kaiser begrüßte BotschafterInnen aus Lateinamerika, Spanien, Israel, der Karibik sowie des Heiligen Stuhls.



Foto: Stadtpresse Klagenfurt / Diemar Wajand

Die BotschafterInnen mit Landeshauptmann Peter Kaiser, Landtagspräsident Reinhart Rohr, Landesamtsdirektor Dieter Platzer und der Organisatorin des Besuchs, Claudia Boyneburg-Lengsfeld-Spendier

Acht BotschafterInnen aus dem lateinamerikanischen und dem karibischen Raum, eine Vertreterin der spanischen Botschaft, ein Vertreter der israelischen Botschaft und der Apostolische Nuntius waren auf Kärnten-Besuch. Am 25. Mai wurden sie von Landeshauptmann Peter Kaiser mit einem „Bienvenido a Carintia“ im Spiegelsaal der Landesregierung empfangen. Ziel der Gruppe war es, die Zusammenarbeit im Bildungsbereich und Wirtschaftsbereich zu intensivieren.

Kaiser stellte Kärnten als innovativen Lebens-, Arbeits- und Industriestandort sowie als Tourismusland mit schöner, intakter Natur vor. Er erklärte auch, daß man die Nachhaltigkeitsziele der UNO (Sustainable Development Goals) in die Entscheidungen des Landes implementiere. „Wichtig sind uns die engen Beziehungen zu unseren Nachbarn Italien und Slowenien, mit denen wir viele gemeinsame, grenzüberschreitende Projekte umsetzen“, so Kaiser, der auch erwähnte, daß er aktuell Präsident der Euregio „senza confini“ mit Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto ist.

Für die Organisation des Kärnten-Besuchs der DiplomatInnen dankte der Landeshauptmann Claudia Boyneburg-Lengsfeld-Spendier.

Für die Delegation sprach der Apostolische Nuntius in Österreich, Pedro López Quintana. Er dankte für die Einladung und hob die Schönheit Kärntens sowie dessen Nähe zu Wien, Venedig und Ljubljana hervor. Ebenfalls nach Kärnten gekommen sind Bot-



Foto: Stadtpresse Klagenfurt / Diemar Wajand

Landeshauptmann Peter Kaiser mit Pedro López Quintana, römisch-katholischer Erzbischof und Diplomat des Heiligen Stuhls und Apostolischer Nuntius in Österreich

schafterin Belén Sapag Muñoz de la Peña aus Chile, Botschafter Miguel Camilo Ruíz Blanco aus Kolumbien, Botschafter Alejandro Edmundo Solano Ortíz aus Costa Rica, Botschafterin Soraya Elena Álvarez Núñez aus Kuba, Mireya del Carmen Muñoz Mera von der Botschaft Ecuadors, Botschafterin Julia Emma Villatoro Tario aus El Salvador, Botschafter Dario Ernesto Chiru Ochoa aus Panama, Botschafter Juan Francisco Facetti Fernandez aus Paraguay, Esther Monterrubio Villar als Ständige Vertreterin Spaniens bei der UNO in Wien sowie David Nusbaum von der Botschaft Israels. Sie alle trugen sich

in das Goldene Buch des Landes Kärnten ein.

Am darauffolgenden Nachmittag besuchte die Gruppe mit Landtagspräsident Reinhart Rohr, der beim Empfang ebenso wie Landesamtsdirektor Dieter Platzer anwesend war, noch das Landhaus. Dann standen ein Besuch des Technologieparks Villach und mehrerer Unternehmen mit Bürgermeister Günther Albel und Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig sowie eine Wörtherseeschiffahrt mit VertreterInnen der Alpen-Adria-Uni Klagenfurt und der KABEG am Programm. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

26. Europa-Forum Wachau

Europa-Forum Wachau im Zeichen der Zusammenarbeit zwischen den Regionen, Ukraine-Krieg und EU-Erweiterung am Westbalkan



Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: Landesrat Martin Eichtinger, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundeskanzler Karl Nehammer, Albanien Premierminister Edi Rama, Christian Debève, Abt Columban Luser und Präsident Juraj Droba mit Jugendlichen beim Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig

Zum 26. Mal fand das Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig statt. Heuer wurde unter dem Motto „Safeguarding Europe’s Future“ über aktuelle Entwicklungen in der EU diskutiert. So konnte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 24. Juni zahlreiche hochkarätige internationale Gäste begrüßen.

Wenn man zum 26. Mal beim Europa-Forum Wachau am Göttweiger Berg zusammenkomme, so sei es „seit unserem letzten Treffen vor einem Jahr derselbe Ort, aber eine völlig andere Zeit“, hielt die Landeshauptfrau in ihrer Rede fest. Heute sei „nichts mehr so, wie es einmal war“, bezog sie sich auf den Krieg, die Pandemie und die Inflation: „Heute gilt es in ganz Europa in Krisenzeiten zusammenzustehen und zusammenzurücken, innere Stärke zu zeigen und

die Werte unserer Gesellschaft nach außen hin zu verteidigen. In Friedenszeiten hat Europa den Zusammenschluß geschafft. In Krisenzeiten muß Europa das Zusammenstehen beweisen.“ Die vergangenen Monate zählten dabei „zu den stärksten Zeiten der europäischen Einheit, die wir in der Geschichte unseres Kontinents je erlebt haben“, zeigte sie sich überzeugt: „Die Menschen in Europa sind einander heute näher als jemals zuvor in unserer Geschichte“.

Man lebe in einer Zeit, „in der Europa am Prüfstand steht“, da brauche es „eine ganz klare Haltung“ und „den Weg des Miteinanders und der Gemeinsamkeit“, so Mikl-Leitner weiters. Das gemeinsame Auftreten werde man auch in Zukunft brauchen: „Wir müssen diesen Umbruch gemeinsam für einen Aufbruch nutzen, damit Europa in Zukunft

mehr Gewicht in der Welt einnimmt. Europa soll nicht Spielball der Weltpolitik sein, sondern ein Spielgestalter des Weltgeschehens werden. An dem müssen wir gemeinsam arbeiten.“

Darum sei es auch wichtig, „Lösungen in jenen Bereichen zu erarbeiten, die echte Auswirkungen auf das Wohlergehen unserer künftigen Generationen haben“, so die Landeshauptfrau. Da gehe es zum ersten um den „Schutz aller Regionen und Bürger in Europa“, und hier habe „die Europäische Union gestern wichtige Zukunftsentscheidungen getroffen“, auch wenn es wichtig sei zu betonen, „daß es keine zwei Klassen von Beitritts-Kandidaten geben darf“. Zum zweiten gehe es um die Absicherung und den Aufbau von Wirtschaft, Beschäftigung und Wohlstand, und zum dritten „um das Vorantreiben

Österreich, Europa und die Welt

des Klimaschutzes, der Energiewende und der Versorgungssicherheit in allen Bereichen von Landwirtschaft bis hin zu Gesundheit“, hielt Mikl-Leitner fest.

Als Region Niederösterreich wolle man hier „Vorbild sein für das größere Ganze“, nannte sie etwa die „größte Wirtschaftsansiedlung in der Geschichte unseres Landes“ als Beispiel: „Der weltweit erfolgreiche Pharmakonzern Boehringer hat entschieden, bei uns 1,2 Milliarden Euro zu investieren. Der Wettbewerb war hart, die Mitstreiter waren international. Aber wir haben uns durchgesetzt, weil wir mit unserer Energiepolitik die Umsetzung einer green factory möglich machen. Weil wir es schaffen, Wirtschaft und Umwelt zusammenzubringen und nicht Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen.“

Begrüßt wurden die internationalen Gäste auch von Columban Luser, dem Abt des Stiftes Göttweig, Landesrat Martin Eichtinger in seiner Funktion als Präsident des Europa-Forums Wachau, sowie Othmar Karas, dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Abt Luser bezeichnete die „dramatische Situation“ in der Ukraine als „herben Wermutstropfen für das Friedensprojekt EU“, dieser „unselige Krieg“ mache deutlich, „wie wichtig und notwendig das Friedensprojekt EU ist“.

Landesrat Martin Eichtinger

Das Europa-Forum Wachau beschäftigte sich seit seinem Beginn im Jahr 1995 mit Themen, die Europa bewegen, sagte Landesrat Eichtinger: „2022 sind es Themen, die die gesamte europäische Idee betreffen“. So habe man am gestrigen Veranstaltungstag Bereiche wie die Sicherheit des Gesund-



Foto: NLK / Pfeiffer

„Akzeptanz für Europa und die EU kann es nur geben, wenn Europa in den Regionen spürbar und fühlbar ist“, sagte die Landeshauptfrau in ihrer Rede.

heitssystemen, der Versorgung oder der Energiewende diskutiert, am heutigen Tag gehe es vor allem um den Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen. Für Niederösterreich sei auch der Austausch mit der Bevölkerung zu europäischen Themen sehr wichtig, hob er die Bedeutung der Bürgerbeteiligung hervor. Niederösterreich habe hier mit den Bürgerdialogen im Rahmen des Europa-Forums Wachau Nachahmer in ganz Europa gefunden, so der Landesrat.

Vizepräsident Othmar Karas

Othmar Karas berichtete gemeinsam mit zwei Jugendlichen aus der NMS Scheiblingkirchen über die Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse in Brüssel: „Das Europäische Parlament ist die Kammer der Bürgerinnen und Bürger Europas. Das europäische Projekt ist nie fertig, es ist ein junges Projekt, ein Projekt, das Zu-

kunft sichern soll. Darum ist es so wichtig, daß wir die Jugend zum Motor dieses Projektes machen.“

Erster Round-Table-Talk

In einem ersten Round-Table-Talk kamen der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg, der Journalist Misha Gleny sowie in einem Online-Statement der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, zu Wort.

Außenminister Dmytro Kuleba

Der ukrainische Außenminister Kuleba sprach im Blick auf die Zuerkennung des Kandidatenstatus für die Ukraine von einem „historischen Tag“ und einer „wichtigen Entscheidung für Europa als Ganzes“. Er glaube, „daß sich diese Entscheidung nicht nur um die Ukraine dreht, sondern um ganz Europa“, so Kuleba.

„Die Mitgliedsstaaten haben bewiesen, daß sie die Kraft sind, die die Zukunft gestaltet“, sprach er von einem „Akt der europäischen Stärke“. Man müsse „weiterhin Einigkeit demonstrieren“, meinte er: „Gemeinsam werden wir unsere gemeinsamen Rechte schützen“.

Außenminister Alexander Schallenberg

Schallenberg betonte, die EU habe am 23. Juni „sehr viel Entschlossenheit demonstriert“, was nur „in Zusammenarbeit mit unseren ukrainischen Freundinnen und Freunden“ möglich gewesen sei. „Gestern haben die EU-Mitgliedsstaaten ein klares Signal der Unterstützung ausgesendet.“ Man stehe „ganz klar auf der Seite der Ukraine“, hielt er fest, und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die humanitäre Hilfe. „Ich



Foto: NLK / Pfeiffer

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner im Gespräch mit (v.l.) ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz, Abt Columban Luser und Bundeskanzler Karl Nehammer

Österreich, Europa und die Welt

kann dem ukrainischen Volk versichern, daß wir weiterhin an seiner Seite bleiben werden“, so Außenminister Schallenberg.

Journalist Misha Glenny

Der britisch-irische Journalist Misha Glenny meinte im Blick auf die Staaten am Balkan, es sei wichtig, „daß die EU weitere Fortschritte macht mit dem Beitrittsprozess“. Man müsse die Vorteile des Beitritts früher zugänglich machen, forderte er.

Professorin Nina Lvovna Krushcheva

„Rußland ist immer noch ein Imperium“, sagte Nina Lvovna Krushcheva, Professorin für Internationale Angelegenheiten in New York. Dennoch seien „Verhandlungen der einzig mögliche Weg“, meinte sie: „Es wird nur die Möglichkeit geben, daß sich die beiden Seiten zusammensetzen und einen Weg für die Zukunft ausarbeiten.“

ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz

Danach folgte ein Statement von ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz. Der Journalist schilderte eindringlich seine Erfahrungen im ukrainischen Kriegsgebiet. „Die Ukraine kämpft wirklich um ihr Überleben“, hielt er dabei fest: „Und wir können heute nicht sagen, daß dieses Überleben wirklich gesichert ist.“

Wehrschütz forderte „einen Marshall-Plan für die Ukraine“, aber: „Sie braucht ihn nicht nach dem Krieg, sondern jetzt.“ Darüber hinaus forderte er „eine Rückkehr zu Verhandlungen“: „Ohne Verhandlungen wird das nicht lösbar sein.“

Zweiter Round-Table-Talk

In einem zweiten Round-Table-Talk sprachen Bundesministerin Karoline Edtstadler, der slowakische Staatssekretär Martin Klus, der Sondergesandte für den Westbalkan des Vereinigten Königreichs Sir Stuard Peach sowie der ehemalige Außenminister der Slowakei und EU-Sonderbeauftragte Miroslav Lajcak.

Karoline Edtstadler

Unser europäisches Lebensmodell sei „in Gefahr“, meinte Ministerin Edtstadler. Die Frage sei, was man dem jetzt entgegensetzen könne: „Wir können die Einheit der Europäischen Union, die Geschlossenheit Europas entgegensetzen.“ Und es sei auch wichtig, „daß wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen“, so die Ministerin: Einer der Wege dazu sei es, Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte zu haben – österreichweit gebe es bereits 1.500.



Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: Der slowakische Staatssekretär Martin Klus mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundesministerin Karoline Edtstadler und Landesrat Martin Eichinger

Martin Klus

Der slowakische Staatssekretär Martin Klus hielt zum Thema Westbalkan fest: „Wir glauben alle ganz stark, daß diese Staaten bald eine europäische Perspektive erhalten werden.“ Stuard Peach appellierte, „die weitreichenderen Folgen des Krieges“ zu sehen: „Wir müssen der Ukraine bei der Versöhnung in der Zukunft helfen.“

Miroslav Lajcak

Miroslav Lajcak hielt fest: „Wenn wir uns vereinen, sind wir ein geopolitischer Player, dann haben wir Gewicht auf der Welt.“

Letzter Tag des diesjährigen Europa-Forum Wachau

Beim letzten Tag des diesjährigen Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig, am 25. Juni, sprachen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundeskanzler Karl Nehammer, Albanien Premierminister Edi Rama und weitere internationale Gäste über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die EU-Erweiterung mit den Westbalkan-Staaten.

Das 26. Europa-Forum Wachau finde in einer stürmischen Zeit statt, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und unterstrich: „In einer Zeit, in der Europa und die Europäische Union mehr gefordert sind als jemals zuvor. Es ist ein Jahr, in dem die Friedenszeiten endgültig abgelöst wurden durch Krisenzeiten, in dem Putin die Grenzen des Machbaren und Denkbaren verschoben hat. Es ist eine Zeit, die uns vor Augen führt, wie wichtig es ist, daß wir zusammenhalten.“ Gerade eine Zeit des Umbruchs könne unter

den richtigen Voraussetzungen auch eine Zeit des Aufbruchs werden. „Die richtigen Voraussetzungen dafür lauten: Zuwendung zu den richtigen Fragen, zusammen mit den richtigen Persönlichkeiten unter Zuhilfenahme der richtigen Methoden“, so Mikl-Leitner.

Es gehe demnach um die Sicherheit für die Bürger, die Absicherung von Wirtschaft, Beschäftigung und Wohlstand, das Vorantreiben des Klimaschutzes, der Energiewende und der Versorgungssicherheit. Dazu brauche es die richtigen Persönlichkeiten, so die Landeshauptfrau weiter, die im Besonderen an Albanien Premierminister Edi Rama denke. „Ein Verantwortungsträger Albanien, der schon lange Zeit dafür arbeitet, daß sein Land Teil der Europäischen Union wird und die Beitrittsverhandlungen endlich begonnen werden. Wo er wieder einmal beim EU-Gipfel enttäuscht wurde.“ Österreich habe, unterstrich die Landeshauptfrau, hier eine klare Position: „Sobald potenzielle Beitrittsländer Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Kriterien und Menschenrechte erfüllen, darf es kein Zaudern geben, sondern müssen die Kapitel der Beitrittsverhandlungen aufgeschlagen werden.“

Damit fördere man Gemeinsamkeit und verdränge Egoismen, stärke die europäischen Werte und die Freundschaft in Europa. „Und damit setzen wir auch einen wichtigen Schritt für Frieden und Sicherheit in Europa“, sagte sie.

„Akzeptanz für Europa und die Europäische Union kann es nur dann geben, wenn Europa in den Regionen spürbar und fühlbar ist“, führte Landeshauptfrau Mikl-Leitner weiter aus. Deswegen freue sie sich, daß

Österreich, Europa und die Welt



Foto: NLK / Pfeiffer

Christian Debève, der Präsident des Ausschusses für Europa und Internationales der Region Straßburg und Schatzmeister der Versammlung der Regionen Europas und Juraj Droba, Präsident der Region Bratislava, hier seien. Mikl-Leitners Ansatz laute, daß „starke Regionen wie Niederösterreich sich nicht nur für die eigene Region und ihre Bevölkerung einsetzen. Starke Regionen wissen, daß sie auf Dauer nur vorankommen können, wenn es Europa als Gemeinschaft tatsächlich gut geht.“ Die richtige Methode, um zu den richtigen Fragen mit den richtigen Persönlichkeiten eine Zeit des Aufbruches zu schaffen, sei der ständige Dialog.

Bundeskanzler Karl Nehammer

Bundeskanzler Karl Nehammer sagte, es gebe viele Menschen, die Österreichs Engagement für den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten infrage stellen. „Unser Engagement hat einen ganz pragmatischen Grund. Der Westbalkan ist für uns erstens ein wichtiger Raum. Zweitens geht es um die Frage der Sicherheit im Hinblick auf die organisierte Kriminalität, wo es gegenseitiges Vertrauen braucht, um gegen kriminelle Netzwerke agieren zu können. Drittens verbindet uns die Kultur und viertens die Geschichte. Es wäre absurd, wenn ein österreichischer Bundeskanzler sich nicht für Albanien einsetzen würde. Denn Österreich war es, das die Unabhängigkeit Albaniens gefördert hat.“ Es gebe zwar viele Fragen im Balkan zu lösen, aber auch dazu könne Österreich ein Stück beitragen. Der Weg Österreichs in die EU sei schwierig gewesen und der Weg sei bekannt. „Das, was uns trennt: Wir sind dabei, ihr noch nicht“, sagte der Bundeskanzler Richtung Albaniens Premierminister.

Premierminister Edi Rama

Premierminister Edi Rama sagte, er finde das Stift Göttweig als nahezu perfekten Ort,

um Europa und den Westbalkan zu erörtern. „Wir sind am Scheideweg. Und ja, wir können einander befördern, uns aber auch runterbringen. Es ist nun mal so, daß die Europäische Union heutzutage die Balkanstaaten braucht und umgekehrt.“ Es gebe keinen besseren Ort als Österreich, um sich von deprimierenden Treffen in Brüssel zu erholen. „An meiner Seite ist ein Staatsoberhaupt, das die Balkanstaaten und Albanien immer unterstützt hat“, so Rama. Er begrüße es, daß die Ukraine den Kandidatenstatus der EU erreicht habe, aber man müsse der Realität ins Auge sehen. Nordmazedonien und Albanien warten seit vielen Jahren auf den EU-Beitritt. Er verlange, daß der Kandidatenstatus ernstgenommen werde.

Landesrat Martin Eichtinger

Landesrat Martin Eichtinger begrüßte in seiner Funktion als Präsident des Europa-Forums Wachau die zahlreichen internationalen Gäste und blickte auf die vorangegangenen Tage unter dem Motto „Safeguarding Europe's future“ zurück. Es sei unter anderem um die Themen Gesundheit, fragile Lieferketten, internationale Zusammenarbeit oder den Krieg in der Ukraine gegangen. „Wir hatten bereits zwei spannende Tage und ich darf einen sehr spannenden Finaltag und interessante Einblicke wünschen.“

Kreishauptmann Jan Grolich

Jan Grolich, Kreishauptmann der Verwaltungsregion Südmähren, sprach per Videobotschaft über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Auch wenn es in einigen Bereichen, wie zum Beispiel beim Ausbau der Atomkraft, unterschiedliche Standpunkte zwischen den Ländern gebe, verbinde ihn mit Niederösterreich eine gelebte Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, aber auch im Bereich Mobilität, wenn er an die geplante Bahnverbindung zwischen Brünn und

dem Flughafen Wien denke. „Die Menschen in den Grenzregionen spüren die Zusammenarbeit“, sagte er.

Präsident Christian Debève

Christian Debève, Präsident des Ausschusses für Europa und Internationales der Region Straßburg und Schatzmeister der Versammlung der Regionen Europas, sagte, daß „in Frankreich, wie überall sonst auch, der Ukraine-Krieg drei Dinge ausgelöst hat. Die NATO und die Regierungen wurden gestärkt und das europäische Bewußtsein wird wieder forciert.“ Europa und die Europäische Union müßten sich dennoch weiter öffnen und die Regionen sich gegenseitig stärken und bestärken. Das erkenne er, wenn er daran denke, daß europäische Regionen ukrainischen Regionen helfen. „Wir arbeiten direkt zusammen.“

Präsident Juraj Droba

Juraj Droba, der Präsident der Region Bratislava, unterstrich, daß aufgrund der Nähe zu Österreich und Ungarn die Problemstellungen in seiner Region sehr häufig dieselben seien – im Gegensatz zu jenen Herausforderungen, die im Osten der Slowakei zu spüren seien. „Ich bin ein sehr pragmatischer Mensch und freue mich über die Kooperationen mit unseren Nachbarn“, sagte er und verwies auf gemeinsame Hilfsprojekte für die Ukraine oder die erst vor kurzer Zeit eröffnete Fahrradbrücke über die March. „Die Kooperation funktioniert sehr gut, dennoch gibt es Bereiche, wo wir uns noch anstrengen müssen, zum Beispiel beim Ausbau von Straßen- und Eisenbahninfrastruktur.“ Seiner Meinung nach könnten die Regionen noch viel wirksamer werden. Dazu brauche es mutige Regierungen, die noch mehr auf die Regionen vertrauen. ■

<https://www.noel.gv.at/>

<https://www.europaforum.at/>

Delegation des Oö. Landtags zu Gast in Schottland

Austausch mit dem Regionalparlament und der Regierung



Foto: Land OÖ

Die Delegation des Oö. Landtags unter der Leitung von Landtagspräsident Max Hiegelsberger (vorne links) mit Parlamentspräsidentin Abg. Alison Johnstone, Abg. Colin Beattie, Abg. Tess White und Honorarkonsul Christoph Crepaz

Schottland steht zusätzlich zu den Auswirkungen des Brexits vor ähnlichen Herausforderungen wie Oberösterreich – sei es bei den Folgen der Covid-19-Pandemie, dem Fachkräftemangel oder auch dem Klimaschutz. Ein Grund für eine Delegation des Oö. Landtags – bestehend aus Landtagspräsident Max Hiegelsberger, seinen Vertretern Sabine Binder und Peter Binder sowie Vertretern der Landtagsklubs mit LAbg. Bgm. Peter Oberlehner (ÖVP), LAbg. Bgm. KommR Wolfgang Klinger (FPÖ), Klubobmann-Stv. Sabine Engleitner-Neu (SPÖ), LAbg. Ulrike Schwarz (Die Grünen) und Klubobmann Felix Eypeltauer (NEOS) – Schottland zu besuchen.

Das Ziel der Kontaktaufnahme war der Austausch mit dem Regionalparlament und der Regierung von Schottland. Bei den Treffen mit Parlamentspräsidentin Abg. Alison

Johnstone und regionalen Abgeordneten der verschiedensten Fraktionen standen neben Gesundheit, Pflege und Soziales auch Energie und Klimaschutz auf der Agenda. „Es ist wichtig, daß wir auf Ebene der Regionalparlamente verstärkt den Austausch mit anderen Regionen suchen. Neben den verschiedensten Themen, welche den Parlamentarismus und seine Aufgaben betreffen, haben wir auch über aktuelle gesellschaftspolitische Themen diskutiert. Dabei hat sich klar gezeigt, daß wir in Oberösterreich in den Bereichen der Gesundheit, Pflege und auch Kinderbetreuung sehr gute Entwicklungen vorweisen können“, zieht Hiegelsberger ein Fazit über die Gespräche im schottischen Parlament.

Besonders spannend war auch ein Treffen mit dem ehemaligen Wahlösterreicher und schottischen Minister für Verfassungs-,

Außen- und Kulturangelegenheiten Angus Robertson. Der einst in Wien lebende, ehemalige Journalist und jetzige schottische Minister sprach in seinem Wiener Dialekt über Überlegungen für ein weiteres Unabhängigkeitsvotum und die Herausforderungen des Brexits. „In diesem Gespräch wurde für die Delegation deutlich spürbar, welchen Wert die Europäische Union hat und welche Verluste mit einem Austritt verbunden sind. Vor allem der Arbeitskräftemangel, aber auch Probleme im Bereich der Logistik und des Zollwesens, stellen die Schottinnen und Schotten vor enorme Herausforderungen“, zeigt sich Hiegelsberger gespannt auf den Ausgang eines möglichen neuerliches Votums.

Ein Hauptaugenmerk der Reise lag zudem im Bereich des Klimaschutzes und damit verbundener Möglichkeiten auf alter-

Österreich, Europa und die Welt

native Energiequellen umzusteigen. Dieses Thema hat aufgrund des aktuellen Krieges zwischen Rußland und der Ukraine und der Gefahr Gaslieferstopps ausgeliefert zu sein, zunehmend an Präsenz gewonnen. Im Zuge der Reise konnten vor allem bei einer Präsentation zur Thematik Wasserstoff, durch den Leiter der Scottish Hydrogen and Fuel Cell Association Nigel Holmes, interessante Erkenntnisse gewonnen werden. „Schottland nimmt im Bereich des Wasserstoffs nicht nur in der Forschung die absolute Vorreiterrolle ein, sondern zeigt auch in der Anwendung und in der gesamten Investitionsplanung, welche Bedeutung dieser Thematik zugeschrieben werden sollte. „Neben den eigenen Erkenntnissen ist es notwendig, daß wir als Wirtschaftsstandort Oberösterreich auch auf die Erfahrungswerte anderer Regionen zurückgreifen um somit voneinander zu lernen“, weist Hiegelsberger beeindruckt auf die schottischen Initiativen im Bereich des Klimaschutzes hin.

„Der Informationsbesuch des Oö. Landtags hat klar gezeigt, daß es aus Sicht von Politik und Wirtschaft von besonderer Be-



Foto: Land OÖ

Landtagspräsident Hiegelsberger (r.) mit dem ehemaligen Wahlösterreicher und schottischen Minister für Verfassungs-, Außen- und Kulturangelegenheiten Minister Angus Robertson

deutung ist, eine intensive Partnerschaft zu pflegen.

Die derzeitigen riesigen nationalen aber auch internationalen Herausforderungen bedürfen nicht nur einzelnen, sondern vor

allem auch gemeinsamen Lösungen. Der Besuch hat klar gezeigt, daß wir auch über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, im Dialog bleiben müssen“, zieht Hiegelsberger ein Fazit über die Reise. ■

Bestmögliches Rating für das Land Oberösterreich

Standard and Poor's (S&P) hat am 20. Mai das Rating des Landes Oberösterreich mit AA+ bestätigt. Den Ausblick, der vor allem auf Grund der Corona-bedingten Einnahmefälle auf negativ gesetzt wurde, revidiert S&P wieder auf stabil.

Landeshauptmann Thomas Stelzer betonte, daß sich der Konsolidierungskurs der letzten Jahre bezahlt macht. „Ohne diesen Konsolidierungskurs hätte Oberösterreich die Wirtschaft nicht ankurbeln können. Wir befinden uns noch immer in turbulenten und unsicheren Zeiten, mit diesem Rating haben wir ein solides Fundament, um gestärkt durch diese Zeiten zu kommen.“

S&P geht von einer Konsolidierung des Landeshaushaltes und damit einer Reduktion des Schuldenstandes aus. Die Verschuldung wird vergleichsweise gering bleiben, und zwar unter 40 Prozent der laufenden Einnahmen. Mit diesen Annahmen bestätigt S&P nicht nur das bestmögliche Rating des Landes Oberösterreich, sondern setzt den Ausblick auch wieder auf stabil.

S&P führt aber auch aus, daß ein Downgrade-Risiko besteht, sollten die Einnahmentwicklungen wesentlich schlechter ausfallen als prognostiziert oder die Ausga-



Foto: Land OÖ / Denise Stinglmayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer betont, daß sich der Konsolidierungskurs der letzten Jahre bezahlt macht.

ben stärker steigen als angenommen. Auch die geringe Arbeitslosenquote (ca. 2,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt von Österreich) und die Exportorientierung erwähnt S&P positiv. „Gerade für ein starkes Wirtschafts- und Industrieland wie Oberösterreich

reich es ist, ist es enorm wichtig, daß Investoren Vertrauen in unseren Standort haben können. Mit diesem Rating ist das gewährleistet“, freut sich der Landeshauptmann.

S&P bewertet die Liquidität Oberösterreichs insgesamt weiterhin als außergewöhnlich, vor allem aufgrund des Zugangs zur Finanzierung durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA). Darüber hinaus könnte Oberösterreich Kredite direkt am Kapitalmarkt aufnehmen oder den etablierten Zugang zu Geschäftsbankkrediten nutzen, zum Beispiel über die Oberösterreichische Landesbank.

Das Land Oberösterreich hat bis 2023 keine langfristigen Schulden zu bedienen und S&P berechnet einen Schuldendienstdeckungsgrad, der während des Prognosezeitraums weitgehend stabil bei über 100 Prozent liegt.

Das Rating des Bundes ist ebenso mit AA+ bewertet, damit kann auch kein Bundesland ein höheres Rating erreichen. Das bestmögliche Rating haben nur die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<https://www.spglobal.com/en/>

Salzburg als Talenteschmiede für die ganze Welt

75 Jahre Salzburg Global Seminar – Jubiläumsveranstaltung im Schloß Leopoldskron

Drei junge Absolventen der amerikanischen Elite Universität Harvard riefen vor 75 Jahren eine ganz besondere Sommerakademie ins Leben. „Ihr Ziel war, den Dialog zwischen künftigen europäischen Führungskräften zu fördern und den geistigen Wiederaufbau Europas zu forcieren. Seit 1947 haben rund 40.000 Teilnehmer aus 170 Nationen die hochkarätigen Bildungsveranstaltungen besucht. Das Schloß Leopoldskron bietet seither den perfekten Rahmen“, sagt Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der persönlich Glückwünsche überbrachte.

Die Bedeutung des Salzburg Global Seminars läßt sich an der Klasse seiner Ziele, seiner Inhalte und natürlich seiner Vortragenden und Absolventen ablesen. „Man ist hier Teil von etwas Größerem, wie einst ein ehemaliger Präsident des Seminars betonte. Von Leopoldskron aus wird seit über drei Generationen – in klassisch akademischer Manier – außergewöhnliche Bildungsarbeit geleistet“, so der Landeshauptmann.

Haslauer: »Zukunft steht im Mittelpunkt«

Das Schloß Leopoldskron wurde zum Ort der Begegnung und des Dialogs. „Zunächst stand das transatlantische Verständnis im Fokus. Dann haben Verantwortungsträger in den späteren neuen Demokratien des damaligen Osteuropa den Wert von Demokratie und Menschenrechten diskutiert“, betont der Landeshauptmann und fügt an: „Schließlich erörterten arrivierte und angehende Fachleute aus der ganzen Welt globale Herausforderungen wie Klimaschutz, Gesundheit, Menschenrechte, Bildung und Arbeit, Kunst und Kultur, um nur einige zu nennen. Dabei steht immer die Zukunft im Mittelpunkt.“

Grußbotschaft des Bundespräsidenten

„Seit 75 Jahren stellt das Salzburg Global Seminar eine wichtige Verbindung zwischen Österreich und der Welt her. Von Anfang an war es bestrebt, Gräben zu überbrücken und Themen von nationalem und globalem Interesse zu behandeln. Mit seiner Lage im Herzen Europas war Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg ein idealer Ort, um diese Auf-



Foto: Land Salzburg / Neumayr / Hofer

v.l.: Botschafter Martin Weiss (Präsident Salzburg Global Seminar ab August 2022), Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Victoria Mars (Chairman Salzburg Global Seminar) und Stephen Salyer (Präsident Salzburg Global Seminar)

gabe zu erfüllen. Menschen von beiden Seiten des Eisernen Vorhangs konnten sich in einem Klima des Vertrauens und der Offenheit begegnen. Und auch heute noch reisen Teilnehmer aus Tokio, Kapstadt oder Los Angeles nach Schloß Leopoldskron“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Grußbotschaft. „Dieses einzigartige historische Denkmal hat sich als wesentlicher Faktor für die Langlebigkeit und den Erfolg des Salzburg Global Seminar erwiesen. Ich bin froh, daß die Organisatoren und Spender davon überzeugt sind, daß das Seminar in Salzburg und speziell auf Schloß Leopoldskron bleiben soll. Dieser Ort inspiriert die TeilnehmerInnen der Seminarprogramme weiterhin dazu, ihre Differenzen beiseite zu legen und Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. In den Reihen der Salzburg Global Fellows finden sich viele prominente Österreicher, mehrere ehemalige Politiker, sowie angesehene Wissenschaftler, Dichter, Schriftsteller und Künstler. Diese Fellows wiederum haben durch ihr Engage-

ment im Rahmen des Seminars ihre internationalen Verbindungen erweitert und gestärkt. Anlässlich seines 75jährigen Bestehens gratuliere ich dem Salzburg Global Seminar zu seinem unerschütterlichen Engagement für seine Aufgabe, gegenwärtige und zukünftige Führungskräfte zur Gestaltung einer besseren Welt herauszufordern. Ich unterstütze und lobe Ihre Arbeit und wünsche Ihnen und Schloß Leopoldskron noch viele Jahrzehnte des Erfolgs“, so der Bundespräsident. (dieser Text entstammt einem Transkript der Videobotschaft, Anm.)

Österreichische Leitung

Mit August übernimmt der österreichische Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, Martin Weiss, die Leitung des Salzburg Global Seminars. Weiss ist der erste österreichische Leiter des Seminars – bisher wurde diese Funktion ausschließlich von US-Amerikanern bekleidet. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://www.salzburgglobal.org/>

Partnerschaftsabkommen Land Steiermark und Vojvodina

Der Westbalkan im Fokus steirischer Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Eine steirische Delegation, angeführt von Landtagspräsidentin Manuela Khom, Europalandesrat Christopher Drexler und Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl hat in der zweiten Juniwoche eine Westbalkanreise angetreten. Mit dabei waren Vertreterinnen und Vertreter der steirischen Wirtschaft (Wirtschaftskammer Steiermark, ICS, Unternehmen), der heimischen Universitäten (FH Joanneum, Kunstuniversität Graz, Technische Universität Graz), des Universalmuseums Joanneum sowie Abgeordnete des Europa-Ausschusses des Landtages. Die Mission, die der Reise zugrunde liegt: Die interregionale Zusammenarbeit mit jenen sechs Staaten – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien – auf beziehungsweise auszubauen, die auf der EU-Landkarte noch „weiße Flecken“ sind, und sie als Partner auf Augenhöhe auf ihrem Weg der europäischen Integration zu begleiten. Diesen Weg hat der Landtag Steiermark vor einem Jahr mit einem neuen Westbalkanschwerpunkt beschlossen.

„Mit der gemeinsamen Reise von Vertreterinnen und Vertretern des Europaessorts, der steirischen Wirtschaft und des Landtag Steiermark setzen wir als Bundesland ein kraftvolles Zeichen für die Stärkung der Partnerschaften mit Regionen am Westbalkan“, betonte der Europalandesrat.

Novi Sad: Partnerschaftsabkommen mit der Provinz Vojvodina

Die autonome Provinz Vojvodina ist neben der Hauptstadt Belgrad der Wirtschaftsmotor Serbiens. Auch die historischen Verknüpfungen zwischen der Steiermark und der Vojvodina legen die Basis für eine enge Zusammenarbeit. Bereits 2003 wurde eine erste befristete Partnerschaftvereinbarung geschlossen, gefolgt von einem Arbeitsübereinkommen zwischen dem Landtag Steiermark und dem Parlament der Vojvodina im Jahr 2009. 2013 erfolgte die Unterzeichnung eines fünfjährigen Partnerschaftsabkommens.

Drexler und der Präsident der Provinz Vojvodina, Igor Mirović, haben am 8. Juni in Novi Sad, der Hauptstadt der Vojvodina, ein



Foto: Land Steiermark

v.l.: Chargée d'affaires Karin Traunmüller (Österreichische Botschaft in Serbien), Präsident Igor Mirović (Vojvodina), Landtagspräsidentin Manuela Khom, Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, und Europalandesrat Christopher Drexler

Partnerschaftsabkommen abgeschlossen, das ein neues Kapitel in der interregionalen Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und der Vojvodina aufschlagen soll. Es sieht eine Zusammenarbeit bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte vor. Die inhaltliche Bandbreite reicht von Wirtschaft über Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Jugend, öffentliche Verwaltung, Umweltschutz und erneuerbare Energien bis Sport.

Landesrat Drexler: „Der verbrecherische Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine hat uns noch stärker vor Augen geführt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit, die Völkerverständigung und Partnerschaften auf Augenhöhe sind. Aber auch die Corona-Krise mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Bedeutung einer gut verschränkten Abstimmung mit diesen geografisch aber teilweise auch historisch-traditionell so nahe an der Steiermark liegenden Staaten unterstrichen. Austausch, Kooperationen, das Voneinander-Lernen haben zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ich freue mich daher sehr, daß wir mit der autonomen Region Vojvodina in Serbien ein umfassendes Partnerschaftsabkommen abschließen konnten, um unseren Westbalkanschwerpunkt weiter mit Leben zu erfüllen.“

„Ich freue mich, die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen der Vojvodina und der Steiermark mit unserem Partnerschaftsabkommen weiter ausbauen zu können. In Anbetracht der Tatsache, daß es das politische Hauptziel der Republik Serbien ist, Mitglied der Europäischen Union zu werden, denke ich, daß auch die Vojvodina auf diesem Weg eine proaktive Rolle übernommen hat. Auch durch die Partnerschaftserklärung und damit durch das Wissen, die Standards und die Werte, die wir mit der Steiermark teilen können, sind wir gut bewandert, diesen Weg zu gehen“, betonte der Präsident der autonomen Provinz Vojvodina, Igor Mirović, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landesrat Drexler in Novi Sad.

Zahlreiche Ansätze für wirtschaftliche Kooperationen

Die Wirtschaftsdelegation reiste anschließend nach Belgrad weiter. Im Mittelpunkt der Gespräche mit VertreterInnen der Wirtschaftskammer Serbiens stand das Thema Grüne Technologien. Serbien ist bisher stark von fossilen Energiequellen abhängig. Gerade vor dem Hintergrund des angestrebten EU-Beitritts wird das Land seine Energiepolitik in den kommenden Jahren stärker Rich-

tung Nachhaltigkeit ausrichten und entsprechende Investitionen tätigen müssen. „Der Bereich der Grünen Technologien ist seit vielen Jahren ein wissenschaftliches und wirtschaftliches Stärkefeld der Steiermark. Der steirische Green Tech Cluster, der mehrfach als weltbestes Cluster im Bereich Energie- und Umwelttechnik ausgezeichnet wurde und viele innovative Unternehmen sowie großes Know-How im Forschungsbereich machen uns zum international beachteten Green Tech Valley. Ich bin davon überzeugt, daß wir mit dieser Expertise auch am Westbalkan punkten können“, so Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl.

Die Landesrätin traf in Belgrad auch mit Mitgliedern der serbischen Regierung zusammen. „Wir konnten dabei zahlreiche Themen für künftige Kooperationen besprechen und auch konkrete weitere Schritte vereinbaren“, so Eibinger-Miedl. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Premierministerin Ana Brnabić, Tourismusministerin Tatjana Matić sowie Infrastrukturminister Tomislav Momirović standen neben dem Thema Grüne Technologien auch die Bereiche Digitalisierung, Qualifizierung im Tourismus sowie eine moderne Bahnverbindung von Graz bis Belgrad. Aktuell muß auf der Schiene über Budapest gefahren werden – eine direkte Bahnverbindung zwischen Österreich und Serbien wäre ein wesentlicher Schritt für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit. „Serbien hat hier erste Schritte gesetzt und nimmt den Bau der Eisenbahnstrecke bis zur kroatischen Grenze in Angriff. Wir haben vereinbart, daß wir uns von steirischer Seite über unsere Partner in Slowenien und Kroatien für den Ausbau von Nordwesten her einsetzen“, so die Landesrätin.

Parlamentarischer Austausch mit der Vojvodina

Unter der Leitung von Landtagspräsidentin und Europa-Ausschuß-Obfrau Manuela Khom wurde die steirische Delegation vom Präsidenten der Versammlung der autonomen Provinz Vojvodina, István Pásztor, in Novi Sad empfangen und durch das regionale Parlament Vojvodinas geführt. Die parlamentarische Partnerschaft zwischen der Steiermark und der Vojvodina besteht bereits seit 2009. Pandemiebedingt konnten in dieser Gesetzgebungsperiode keine persönlichen Treffen stattfinden und so freute sich Landtagspräsidentin Khom nunmehr besonders über die Möglichkeit dieses Besuches. Bei dieser Gelegenheit betonte die steirische Präsidentin, diese bestehende Zusammenar-



Foto: Land Steiermark

Landtagspräsidentin Manuela Khom mit Istvan Pasztor, dem Präsidenten der Versammlung der Provinz Vojvodina



Foto: Land Steiermark

Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl (l.) mit Premierministerin Ana Brnabić in Belgrad

beit und den Austausch fortzuführen und weiter zu vertiefen.

„Der Wissens- und Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene ist wesentlich in der Weiterentwicklung der eigenen parlamentarischen Arbeit. Bereits seit vielen Jahren besteht ein guter Kontakt zur Vojvodina und nun haben wir die Gelegenheit, diese Verbindung auszubauen und zu stärken“, betonte Khom, die anschließend eine Gegeneinladung in den Landtag aussprach.

Novi Sad: Innovationsregion und Kulturhauptstadt 2022

Besonderes Interesse der Steirer-Delegation wie auch der Vertreterinnen und Vertreter der Vojvodina lag auf dem Bereich Wissenschaft und Forschung. Die Vertreter der

steirischen Universitäten besuchten gemeinsam mit Europalandesrat Christopher Drexler das BioSense Institute in Novi Sad. Dort widmet man sich der Optimierung des landwirtschaftlichen Anbaus durch künstliche Intelligenz und fungiert als Schnittstelle zwischen Digitalisierung und moderner Landwirtschaft. In einem Arbeitsgespräch mit dem Rektor der Universität Novi Sad, Dejan Madić, wurden Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Hochschulen ausgelotet.

Zusammenarbeit zwischen der Vojvodina und der Steiermark soll es auch im Bereich Kultur geben. Novi Sad ist 2022 Europäische Kulturhauptstadt. Man tauschte sich daher auch über die Erfahrungen mit Graz 2003 aus und warf einen Blick voraus auf die Europäische Kulturhauptstadt 2024, Bad Ischl-Salzkammergut, die mit starker Beteiligung der vier steirischen Ausseerland-Gemeinden über die Bühne gehen wird. Überdies wurde über eine Einbindung auf Projektebene und eine mögliche Mitgliedschaft der Provinz Vojvodina in der Alpen-Adria-Allianz, deren Vorsitz die Steiermark seit 2022 innehält, besprochen. Weiterführende Gespräche sollen hierzu im Herbst stattfinden.

„Mir ist wichtig, daß die Zusammenarbeit mit der Vojvodina für beide Seiten Nutzen stiftet und bei den Menschen vor Ort ankommt. Nur so können wir unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit langfristig sichern und ausbauen und diese für die Steiermark so bedeutende Nachbarregion am Westbalkan weiter an die Europäische Union heranführen“, schließt Europalandesrat Christopher Drexler.

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>

Euregio macht Schule

Interaktive Lernplattform zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erstmals in Tirol, Südtirol und dem Trentino eingesetzt – 53 Schulen aus der Euregio nahmen teil



Foto: Euregio / Matteo Rensi

Aus Tirol wurden SchülerInnen der Volksschule Kufstein Stadt, der Mittelschule Sillian und der Mittelschule Matrei am Brenner ausgezeichnet

„Weißt du was die Euregio ist?“ – Mit dem Projekt „Euregio macht Schule“ sollen sich SchülerInnen aus allen drei Landesteilen ein umfassendes Bild der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino machen können. Am 7. Juni wurden die insgesamt neun Gewinnerklassen und -schulen im Wissenschaftsmuseum MUSE in Trient ausgezeichnet. Aus Tirol sind die Volksschule Kufstein/Stadt, die Mittelschule Sillian (Klasse 4A) sowie die Mittelschule Matrei am Brenner unter den Ausgezeichneten. Die Gewinnerklassen bzw. -schulen erhalten einen Scheck in Höhe von 500 Euro, der für schulische Aktivitäten eingesetzt werden kann.

Gestartet auf Initiative von Tirol wurde das Projekt dieses Jahr erstmals auch in Südtiroler und Trentiner Schulen angeboten. Insgesamt 53 Schulen beteiligten sich am Wettbewerb, bei dem über eine interaktive Lernplattform die Euregio spielerisch kennengelernt werden kann.

Der derzeitige Euregiopräsident Landeshauptmann Maurizio Fugatti (Trient), Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Landeshauptmann Arno Kompatscher (Südtirol) begrüßen und unterstützen die Initiative. „Die Euregio bedeutet Zusammenarbeit und Zusammenhalt über die Ländergrenzen hinweg. Ziel des Projekts ‚Euregio macht Schule‘ ist es, daß Schülerinnen und Schüler aus Tirol, Südtirol und dem Trentino die kulturellen und sprachlichen Grenzen zwischen

unseren Landesteilen überwinden und anschaulich lernen, für was die Euregio steht“, betont Platter. „Die Ausweitung des Projekts ‚Euregio macht Schule‘ auf das Trentino und Südtirol ist ein Zeichen für die Absicht der Euregio, bei Themen, die für junge Menschen von besonderem Interesse sind, noch stärker zusammenzuarbeiten und länderübergreifend zu agieren. Jugend-Themen sind eine der zentralen Agenden des Trentiner Vorsitzes der Euregio und stellen ihre Zukunft dar“, sagt Fugatti.

Die Preisverleihung von „Euregio macht Schule“ erfolgte im Beisein von Fugatti, der Tiroler Bildungslandesrätin Beate Palfrader sowie vom Land Südtirol der Direktorin der Deutschen Bildungsdirektion Gertrud Verdorfer und der Landesdirektorin der Ladinschen Kindergärten und Schulen Edith Plover, der stellvertretenden Direktorin des MUSE, Patrizia Famà, sowie Euregio-Generalsekretärin Marilena Defrancesco.

„Mit der interaktiven Lernplattform bieten wir Schülerinnen und Schülern aus allen drei Landesteilen eine einfache und spielerische Möglichkeit, die Euregio kennenzulernen. Damit schaffen wir Bewußtsein für die Euregio und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Es freut mich, daß zahlreiche Schulen aus Tirol, Südtirol und dem Trentino dieses Angebot nutzen und bei dem Wettbewerb ihr Wissen und vor allem ihre Kreativität unter Beweis gestellt haben“,

sagt Palfrader. Im Rahmen der Preisverleihung in Trient wurde den Gewinnerklassen der „Euregio macht Schule“-Scheck überreicht und die Siegerplakate wurden im MUSE ausgestellt. Um den Austausch zwischen den SchülerInnen zu fördern, besuchten diese im Anschluß an die Preisverleihung gemeinsam das Museum.

Euregio-Wissen erwerben und kreativ umsetzen

Bei „Euregio macht Schule“ beschäftigen sich die SchülerInnen der drei Landesteile aktiv mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino. Die teilnehmenden Klassen absolvieren über eine Online-Lernplattform – die nun auch auf Italienisch zur Verfügung steht – zehn Unterrichtsmodule zu verschiedenen Euregio-Themen, wie Geschichte, Sprache, Musik und Mobilität. Darüber hinaus bietet die Plattform auch eine Reihe von Geschichten, Bildern, Spielen und Quiz an. Das erworbene Wissen sowie ihre Vision der Euregio setzen die SchülerInnen anschließend bei der Gestaltung eines Plakats kreativ um. Drei regionale Jurys aus Bildungsfachleuten kürten aus diesen die neun Gewinnerplakate.

Entwickelt wurde die Lernplattform von der Euregio gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule Tirol (PHT) und der Bildungsdirektion Tirol.

<https://www.tirol.gv.at/>

Schweizer Zug »Vorarlberg«

Die Schweiz feiert heuer 175 Jahre Eisenbahn. Zu diesem Anlaß lud die Schweizer Gemeinde St. Margrethen unter dem Motto »ÖV ohne Grenzen – grenzüberschreitender Verkehr« zu einem Erlebnistag rund um das Thema Eisenbahn ein.



Foto: Land Vorarlberg / A. Serra

Mobilitätslandesrat Daniel Zadra und der St. Galler Regierungsrat Beat Tinner taufen einen Schweizer Thurbozug auf den Namen „Vorarlberg“

Vorarlbergs Mobilitätslandesrat Daniel Zadra eiste am 11. Juni im Nostalgiezug gemeinsam mit Lustenaus Bürgermeister Kurt Fischer, Verkehrsverbund Vorarlberg Geschäftsführer Christian Hillbrand und dem Geschäftsführer von Landbus Unteres Rheintal Michael Stabodin von Lustenau nach St. Margrethen. Dort wurde die Vorarlberger Delegation von Regierungsrat Beat Tinner, Gemeindepräsident St. Margrethen Reto Friedauer und Thurbo Unternehmensleiterin Claudia Bossert in Empfang genommen. Zadra verwies in seiner Grußbotschaft auf die hervorragenden grenzüberschreitenden Beziehungen im Dreiländereck. So wurde erst im Frühjahr die neue Bodensee-S-Bahn von Romanshorn nach Bregenz und Lindau feierlich eingeweiht: Seit dem Fahrplanwechsel verkehrt die S7 an den Wochenenden alle zwei Stunden in nur 52 Minuten zwischen Romanshorn und Lindau-Reutin über Rorschach, St. Margre-

then und Bregenz. Dank guten Anschlussverbindungen verbindet die S7 große Teile der Ostschweiz, Vorarlbergs und des Allgäus miteinander.

Neben der Taufe wurde in St. Margrethen viel geboten: Der Schweizer Bahnhersteller Stadler öffnete sein neues Werk, im SBB Schul- und Erlebniszug wurden SchülerInnen die Bahn nähergebracht und speziell die Sicherheit, die nachhaltige Energienutzung, die Mobilität und die Berufswahl thematisiert. Am Festjubiläum ist der Zug zur freien Besichtigung geöffnet.

Verschiedene Informationsstände der beteiligten Unternehmen und Festwirtschaften in St. Margrethen runden das Programm ab.

150 Jahre Bahn in Vorarlberg: Zahlreiche Veranstaltungen

Auch die Bahn in Vorarlberg feiert heuer ein Jubiläum: ihren 150. Geburtstag. Mit der

Eröffnung der „K. K. Privilegierten Vorarlberger Bahn“ zwischen Bregenz und Bludenz begann 1872 das Eisenbahnzeitalter in Vorarlberg. VMOBIL lädt die Bevölkerung im Jubiläumsjahr daher zu zahlreichen Veranstaltungen ein: So gibt es Nostalgiefahrten mit historischen Loks und Zusatzprogramm, wie zum Beispiel den Besuch der Brauerei Fohrenburg, der Spinnerei Klarenbrunn, der Muttersbergbahn oder der Montafonerbahn, organisiert durch den Verein Pro Bahn Vorarlberg. Eine Wanderausstellung im historischen Postwaggon blickt zurück in die Geschichte der Bahn, und der Schreibwettbewerb von „literatur.vorarlberg netzwerk“ und vom W*ORT lädt ein, Mikrodialoge zu verfassen.

Am 3. September steigt zum Abschluß ein großes Bahnhofsfest in Bludenz mit einer Leistungsschau durch die ÖBB. ■

<http://www.vorarlberg.at/>

<https://www.vmobil.at/150-Jahre-Bahn>

Wien ist wieder Nr. 1 der Welt

Die diesjährige Ausgabe des Lebensqualitäts-Index der EIU zeigt, daß Wien die lebenswerteste Stadt der Welt ist, wobei Kopenhagen, Calgary, Zürich und Vancouver die Top fünf abrunden.

Die österreichische Stadt ist wie in den Jahren vor der Pandemie 2018 und 2019 wieder an die Spitze zurückgekehrt und hat in allen fünf Bereichen – Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und Umwelt, Stabilität und Infrastruktur – hohe Werte erzielt.

Weltweit ist der durchschnittliche Index von 69,1 vor einem Jahr auf 73,6 (von 100) gestiegen, da sich die Werte für Kultur und Umwelt, Bildung und Gesundheit verbessert haben. Der Index liegt jedoch weiterhin unter dem Durchschnittswert von 75,9, der kurz vor der Pandemie gemeldet wurde. Die Werte für die Infrastruktur bleiben im Großen und Ganzen stabil, aber die Stabilität hat sich in vielen Städten verschlechtert, was vor allem auf den Einmarsch Rußlands in die Ukraine zurückzuführen ist. Während Kiew aus der Rangliste ausgeschlossen werden mußte, mußten Städte in Rußland starke Einbußen hinnehmen. Moskau fiel um 15 Plätze, während St. Petersburg um 13 Plätze zurückfiel.

Wellington (-46) war der größte Absteiger in der Rangliste, gefolgt von Auckland (-33). Auckland stand im letzten Jahr an der Spitze der Rangliste, als Neuseeland die internationalen Grenzen schloß und das Stadtleben inmitten der Pandemie weitgehend normal weiterlaufen ließ. Mit der Aufhebung der Corona-Beschränkungen in weiten Teilen der Welt sind die neuseeländischen (wie auch die australischen und chinesischen) Städ-

te in der Rangliste jedoch vergleichsweise zurückgefallen. Dies hat dazu geführt, daß gut geimpfte europäische und kanadische Städte die Top Ten wieder dominieren, wobei die deutschen Städte Frankfurt (+32) und Hamburg (+31) die größten Gewinner sind.

Unter den zehn am schlechtesten bewerteten Städten in der Rangliste hat sich wenig verändert. Wie in früheren Umfragen sind die Lebensbedingungen in Damaskus, der Hauptstadt Syriens, nach wie vor am schlechtesten. Auch Tripolis in Libyen, Lagos in Nigeria und Algier in Algerien rangieren auf den hinteren Plätzen. Kriege, Konflikte und Terrorismus sind die größten Faktoren, die sich auf die Lebensqualität in diesen Städten auswirken, auch wenn sich die Werte für Lagos und Algier mit dem Abklingen der Pandemie leicht verbessert haben.

Die Zahl der Städte im diesjährigen Index hat sich von 139 auf 172 erhöht (Kiew ist in beiden Zahlen nicht enthalten) und entspricht damit der weltweiten Erhebung über die Lebenshaltungskosten. Viele der neu hinzugekommenen Städte, wie Surabaya (Indonesien) und Chongqing (China), sind bereits schnell wachsende Wirtschaftsstandorte. Die am höchsten bewertete neue Stadt ist Rotterdam (Niederlande) auf Platz 28.

Upasana Dutt, Leiterin des Lebensqualitäts-Index der EIU: „Die Covid-19-Pandemie hat die Lebensqualität im Jahr 2021

weltweit beeinträchtigt. Dieses Jahr haben wir jedoch in den meisten Städten im Index eine deutliche Verbesserung gesehen, da die Geschäfte, Restaurants und Museen wieder geöffnet haben. Das Bildungswesen hat sich verbessert, da Kinder wieder in die Schulen zurückkehren und die Krankenhäuser und Gesundheitssysteme deutlich entlastet wurden. Dies hat es ermöglicht, daß die wesentlichen Attraktionen von Städten wie Wien wieder zum Vorschein kommen und die Stadt nach 2018 und 2019, als sie die Rangliste angeführt hatte, wieder die lebenswerteste Stadt ist.“ Dennoch habe der Einmarsch Rußlands in der Ukraine die Stabilität untergraben. Dutt: „Die osteuropäischen Städte sind in den Rankings aufgrund der gestiegenen geopolitischen Risiken abgerutscht. Unsere größte Sorge ist jetzt die Auswirkung der Lebenshaltungskostenkrise, einschließlich der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise, auf die Lebensqualität und insbesondere auf die Stabilitätswerte in der ganzen Welt. Das könnte die Erholung des Index im nächsten Jahr beeinträchtigen.“

„Wieder die lebenswerteste Stadt der Welt zu sein, ist Bestätigung und Auftrag zugleich. Wir werden den Wiener Weg weiter ambitioniert fortsetzen“, zeigte sich Bürgermeister Michael Ludwig erfreut über den Rückgewinn von Platz 1.

<https://www.eiu.com/n/>

Die lebenswertesten Städte der Welt Stadt

Land	Rang	Index	Stabilität	Gesundheitswesen	Kultur & Umwelt	Bildung	Infrastruktur
Wien	Österreich	1	99.1	100.0	100.0	96.3	100.0
Kopenhagen	Dänemark	2	98.0	100.0	95.8	95.4	100.0
Zürich	Schweiz	3	96.3	95.0	100.0	96.3	91.7
Calgary	Kanada	3	96.3	95.0	100.0	90.0	100.0
Vancouver	Kanada	5	96.1	90.0	100.0	100.0	100.0
Genf	Schweiz	6	95.9	95.0	100.0	94.9	91.7
Frankfurt	Deutschland	7	95.7	90.0	100.0	96.3	91.7
Toronto	Kanada	8	95.4	95.0	100.0	95.4	100.0
Amsterdam	Niederlande	9	95.3	90.0	100.0	97.2	91.7
Osaka	Japan	10	95.1	100.0	100.0	83.1	100.0
Melbourne	Australien	10	95.1	95.0	83.3	98.6	100.0

Quelle: EIU (Economist Intelligence Unit)

1. Quartal 2022: Verdoppelung der Einbürgerungen

Knapp 40 Prozent der neu Eingebürgerten sind Nachkommen von NS-Opfern

In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 wurde die österreichische Staatsbürgerschaft an 4.865 Personen verliehen, darunter an 1.925 Personen mit Wohnsitz im Ausland. Laut Statistik Austria gab es mit +102,5 % mehr als doppelt so viele Einbürgerungen wie im gleichen Quartal des Vorjahres (2.402 Einbürgerungen). Auch im Vergleich zu vor der Corona-Pandemie (1. Quartal 2019: 2.764 Einbürgerungen) ergab sich eine Zunahme von 76 %. Diese ist vorrangig auf Einbürgerungen nach §58c StbG zurückzuführen. Unter diesem Rechtstitel haben Nachkommen von Opfern des NS-Regimes seit September 2020 die Möglichkeit einer Einbürgerung, ohne im Gegenzug ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen.

Im 1. Quartal 2022 erhielten 1.927 Personen nach §58c die österreichische Staatsbürgerschaft, das entspricht 39,6 % aller Einbürgerungen dieses Quartals. Von diesen leben 1.911 im Ausland. Personen, die unter diesem Titel eingebürgert wurden, sind am häufigsten Angehörige folgender drei Staaten: Israel (781 bzw. 16,1 % aller im 1. Quartal 2022 Eingebürgerten), Vereinigtes Königreich (414 bzw. 8,5 %) und Vereinigte Staaten (407 bzw. 8,4 %). Aus anderen Gründen Eingebürgerte waren zuvor am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (340 bzw. 7,0 %), Syriens (304 bzw. 6,2 %) sowie Bosnien und Herzegowinas (237 bzw. 4,9 %). Etwa die Hälfte der Einbürgerungen im 1. Quartal 2022 entfiel auf Frauen (49,7 %), der Anteil der Minderjährigen (unter 18 Jahren) betrug 31,7 %. Ein Fünftel der neu Eingebürgerten wurde bereits in Österreich geboren (1.029 bzw. 21,2 %).

In acht Bundesländern wurden im 1. Quartal 2022 mehr Personen eingebürgert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die relativen Zuwächse waren am deutlichsten in Vorarlberg (+96,1 % auf 200 Eingebürgerte), gefolgt von Wien (+64,5 % auf 1.135), Tirol (+54,3 % auf 284), Steiermark (+43,1 % auf 249), Burgenland (+34,1 % auf 55), Oberösterreich (+30,1 % auf 380), Niederösterreich (+13,3 % auf 384) und Kärnten (+11,8 % auf 133). Nur in Salzburg gab es mit 120 Einbürgerungen um 4 % weniger als

WOHNORT	ZUSAMMEN	WEIBLICH	MÄNNLICH	JAHRE	JAHRE	ÄLTER
Zusammen	16 171	8 169	8 002	4 870	9 751	1 550
Ausland	6 448	2 929	3 519	1 721	3 351	1 376
Österreich	9 723	5 240	4 483	3 149	6 400	174
Burgenland	177	89	88	58	116	3
Kärnten	389	207	182	115	260	14
Niederösterreich	1 351	734	617	451	875	25
Oberösterreich	1 260	673	587	434	813	13
Salzburg	490	273	217	157	320	13
Steiermark	769	391	378	208	550	11
Tirol	684	347	337	241	433	10
Vorarlberg	465	209	256	154	303	8
Wien	4 138	2 317	1 821	1 331	2 730	77

Quelle: Statistik Austria

in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Etwa drei Viertel aller Einbürgerungen im 1. Quartal 2022 erfolgten bei Erfüllung aller anderen Voraussetzungen aufgrund eines Rechtsanspruchs (3.685 Personen bzw. 75,7 %). Darunter wurden 1.927 politisch verfolgte und deren Nachkommen eingebürgert (§58c, Abs. 1 (5 Personen), §58c, Abs. 1a und 1b (1.922 Personen)), 1.375 Personen nach mindestens sechsjährigem Wohnsitz in Österreich und aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen (§11a, Abs. 4, Abs. 6 sowie Abs. 7), 164 Personen aufgrund der Ehe mit einer Österreicherin, einem Österreicher (§11a, Abs. 1 und Abs. 2) sowie 139 Personen aufgrund eines mindestens 15-jährigen Wohnsitzes in Österreich und nachhaltiger Integration (§12, Abs. 1, Z. 1). Weitere 263 Personen erhielten die Staatsbürgerschaft im Ermessen (5,4 %), darunter 252 Personen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz (§10, Abs. 1). Unter dem Titel Erstreckung der Verleihung wurden 102 Ehegattinnen und Ehegatten (§16) sowie 815 Kinder (§17) eingebürgert.

Die Statistik der Einbürgerungen basiert auf den Angaben aus den rechtskräftigen Bescheiden über die Verleihung der Staatsbürgerschaft der Ämter der Landesregierungen Österreichs. Sie wird im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres auf Basis der Verordnung laut BGBl. II Nr. 32/2000 durchgeführt und umfasst sämtliche durch Willenserklärung von in Österreich und im Ausland wohnhaften Personen und nachfolgendem Behördenakt bewirkte Arten des Erwerbs der Staatsbürgerschaft gemäß §§ 10 bis 25, 57, 58c und 64a Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 idGF, Staatsbürgerschaft, nicht hingegen die automatischen Erwerbsarten wie Geburt oder Legitimation eines nichtehelichen Kindes.

Die Daten aus Einbürgerungsbescheiden werden von den Ämtern der Landesregierungen angereichert um die Merkmale Familienstand, Konventionsflüchtling, bisherige Staatsbürgerschaft und Geschlecht und nach Ablauf eines Quartals elektronisch übermittelt.

<https://www.statistik.at/>

Österreichs Bewertung der Europäischen Union

Schmidt: Positivere Bewertung der EU trifft auf steigende Unsicherheit

Heute ist kein Europatag wie jeder andere. Der russische Angriff auf die Ukraine läßt alte Gewissheiten bröckeln und sorgt für mehr Zusammenhalt, aber auch für große Sorgenfalten in Europa. Eine deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen wünscht sich, daß sich die EU global stärker positioniert, doch steigt auch die Zahl jener, die angesichts des volatilen geopolitischen Umfelds ihre Unsicherheit ausdrücken“, analysiert der Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Paul Schmidt, das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage, die von 2. bis 4. Mai online unter 500 Befragten österreichweit durchgeführt wurde.

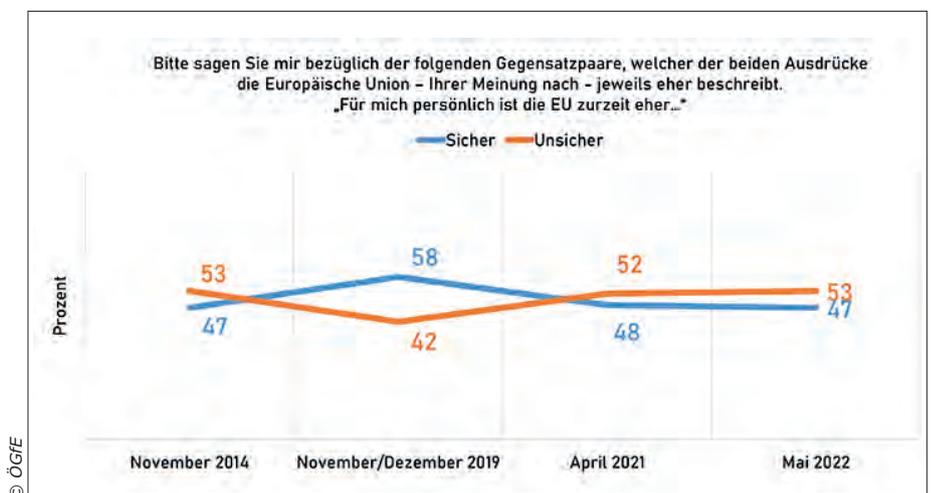
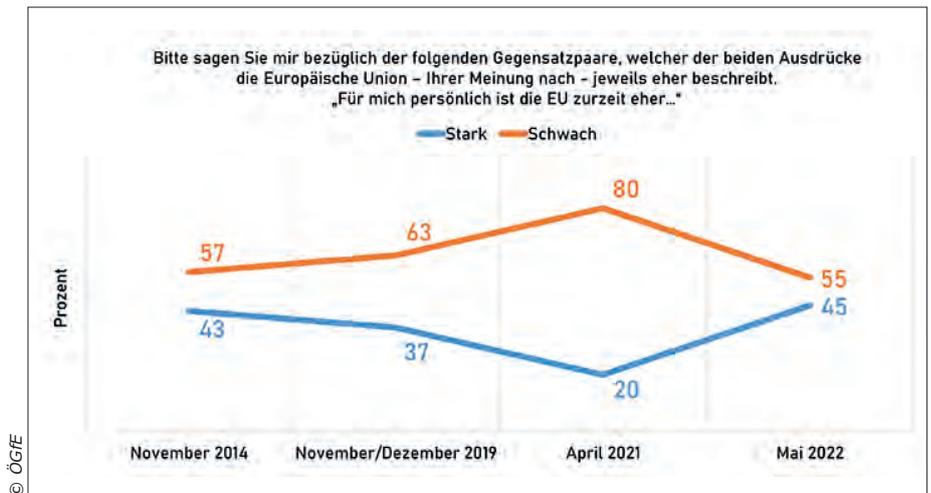
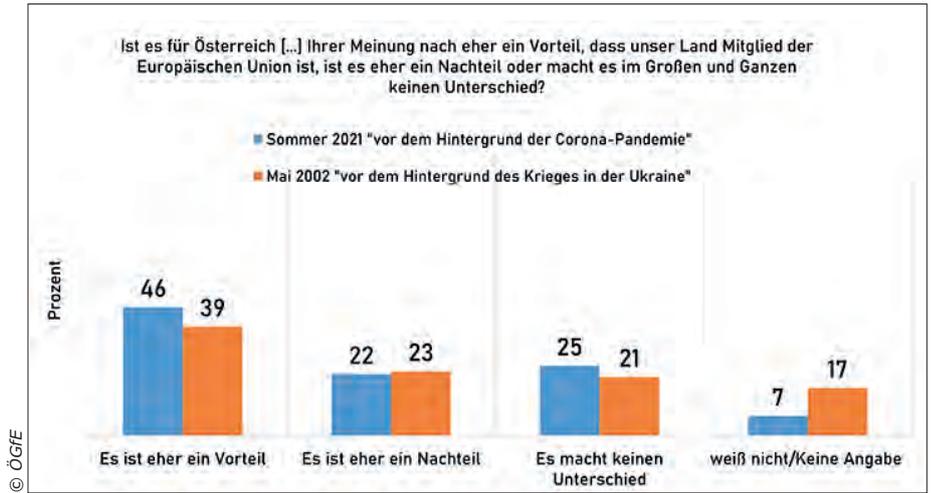
39 % der ÖsterreicherInnen halten es vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine eher für einen Vorteil, daß unser Land Mitglied der Europäischen Union ist. 23 % empfinden dies dagegen als Nachteil, für 21 % macht es keinen Unterschied. 17 % können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen. Im Sommer 2021 hatten – vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – 46 % der Befragten mehr Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft gesehen, 22 % registrierten damals mehr Nachteile, während ein Viertel keinen Unterschied ausmachen konnte. Die Zahl jener, die sich in dieser Frage unsicher waren und „weiß nicht“ antworteten, lag mit 7 % deutlich unter dem aktuellen Wert.

„War bereits die Corona-Pandemie eine enorme gesellschaftliche Belastung, so ist der russische Angriff auf die Ukraine mit noch weiteren Verwerfungen verbunden, die die unmittelbare Sicherheit Europas – wohl auf Jahre hinaus – bedrohen können“, so Schmidt. „Österreich, dessen nationale Identität stark mit der heimischen Neutralität verbunden ist, ist gefordert, deutlich Stellung zu beziehen. Für viele ein Paradigmenwechsel, der nicht leichtfällt und insbesondere klare politische Strategien benötigt.“

Die Bewertung der Europäischen Union hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres – aufgrund des europäischen Krisenmanagements – jedenfalls deutlich verbessert. Heute sehen 45 % der Befragten die Union als stark, 55 % hingegen als schwach. Im April 2021 hatten nur 20 % die EU als stark empfunden, 80 % jedoch als schwach.

57 % betrachten die EU aktuell als sozial, 43 % als unsozial. Gegenüber 2021 ist die Zahl jener, die die Union als sozial empfin-

den, um 9 Prozentpunkte gestiegen. „Die EU wird heute als stärker, aber auch als sozialer gesehen, als dies noch vor einem Jahr der



Österreich, Europa und die Welt

Fall war. Die geschlossene Reaktion auf den Ukraine-Krieg mit sechs Sanktionspaketen gegen Rußland und entschiedene Corona-Maßnahmen – etwa die gemeinsame Impfstoffbeschaffung, massive Konjunkturprogramme sowie spezielle Hilfsschienen für besonders von der Krise Betroffene – zeigen hier Wirkung.“

Rückläufig – um 8 Prozentpunkte – ist die Zahl jener, die sich eine weltweite Vorreiterrolle der EU bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz wünschen. Aktuell halten dies insgesamt sieben von zehn Befragten für „sehr wichtig“ (41 %) oder „eher wichtig“ (29 %), während zwei von zehn dies als „eher nicht wichtig“ (13 %) bzw. „gar nicht wichtig“ (7 %) erachten und sich ein Zehntel der Meinung enthält.

72 % sehen es als „sehr“ (39 %) bzw. „eher wichtig“ (33 %) an, daß die Europäische Union auf der Weltbühne selbstbewußter auftritt und sich global mehr einbringt, im April 2021 waren es 82 %. Für 15 % ist dieser Aspekt „eher“ (11 %) oder „gar nicht wichtig“ (4 %), was in etwa dem Meinungsbild vom Frühjahr des letzten Jahres entspricht. 13 % geben keine Stellungnahme ab, was deutlich mehr ist als noch vor einem Jahr (5 %).

„Der 24. Februar ist eine Zäsur und für das europäische Friedensprojekt die härteste Herausforderung seit ihrer Gründung“, meint Schmidt. „Umso wichtiger, daß die Union Europas hält und auch eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen für eine EU plädiert, die global selbstbewußt auftritt, effektiver entscheidet, Vorreiter im Klimaschutz ist und die Rechtsstaatlichkeit verteidigt.“

Drei Viertel der befragten ÖsterreicherInnen halten es für „sehr“ (50 %) oder „eher wichtig“ (26 %), daß die EU nur aus Mitgliedsstaaten bestehen sollte, die das Rechtsstaatsprinzip vollends einhalten. Vor einem Jahr waren 86 % dieser Ansicht. Ein gutes Zehntel sieht dies – wie auch schon im Vorjahr – als „eher nicht“ (8 %) oder „gar nicht wichtig“ (4 %) an, 12 % wollen oder können diese Frage nicht beantworten, eine Steigerung von 7 Prozentpunkten.

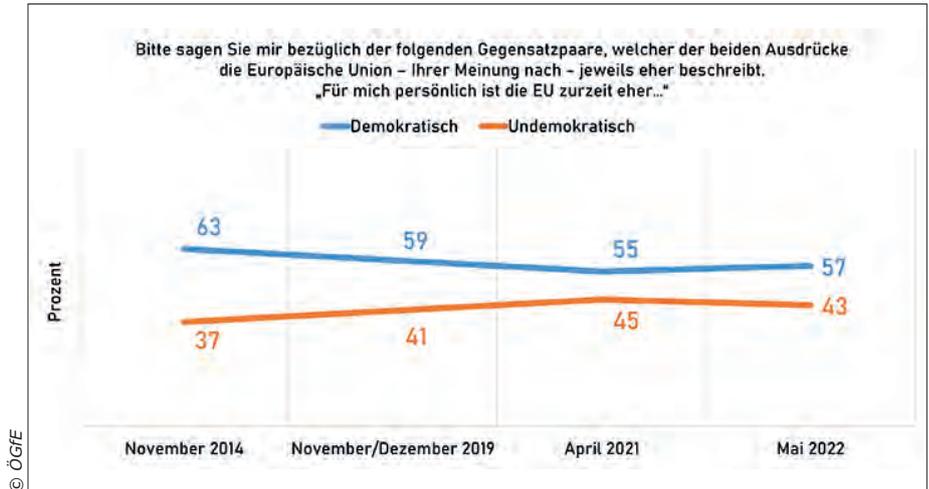
Etwa die Hälfte der Befragten (49 %) ist der Überzeugung, daß es mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene braucht, um die Herausforderungen anzugehen, denen die EU und Österreich gegenüberstehen (2021: 53 %). Etwas mehr als Drittel (35 %) sagt hingegen, daß die EU-Mitgliedsstaaten öfter für sich selbst entscheiden sollten (2021: 38 %). 16 % beziehen hierzu keine Position (2021: 9 %).

„Nichteinmischen ist in der aktuellen Situation keine Option. Dies sollte auch von der heimischen Politik, die manchmal den Eindruck erweckt, wir stünden nur an der Seite der EU und wären gar kein essentieller Teil davon, noch klarer kommuniziert werden“, so Schmidt. „Wenn keiner weiß, was morgen bringen wird, ist es mehr als verständlich, daß die Verunsicherung groß ist. Umso wichtiger ist jedoch gerade jetzt zu zeigen, daß das europäische Lebensmodell

nur bestehen kann, wenn wir – solidarisch mit unseren Nachbarn – gemeinsam dafür einstehen.“

<https://www.oegfe.at/>

Diese Umfrage wurde von market von 2. bis 4. Mai 2022 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt unter österreichweit 500 Personen online, österreichische Bevölkerung, 16 bis 80 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite ca. +/- 4,48 Prozent.



390 internationale Headquarters

Neue Studie von Headquarters in Austria über internationale Firmenzentralen in Österreich bestätigt Position als einer der führenden Headquarters-Standorte Europas.

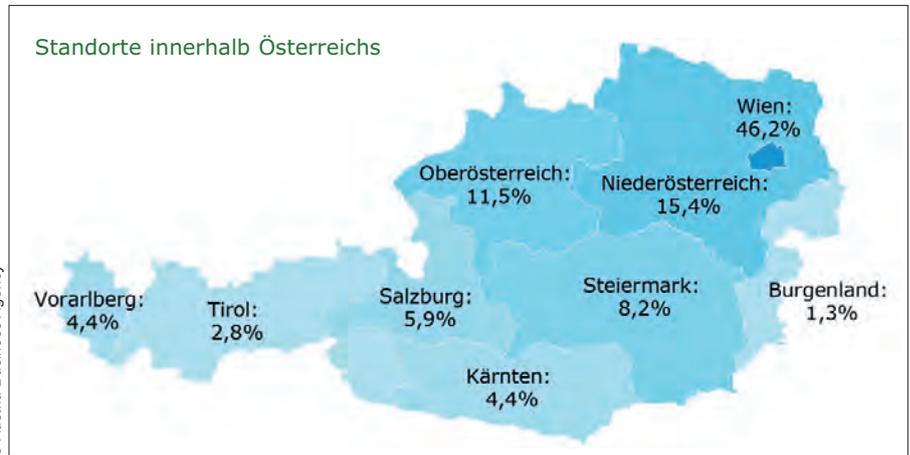
Große Namen wie Boehringer Ingelheim, Henkel, Takeda oder BMW Group sprechen für sich: Österreich ist als Standort für internationale Unternehmens-Headquarters ungebrochen attraktiv und behauptet seine Position als Drehscheibe und ideale Ausgangsbasis für Tochtergesellschaften in ost- und westeuropäischen Ländern, den USA und Asien.

Aktuell haben insgesamt 390 internationale Unternehmen in Österreich ihre regionalen- und Bereichs-(Divisions-)Headquarters aufgeschlagen, allen voran 129 Unternehmen mit deutscher Muttergesellschaft.

Das ergibt eine aktuelle Untersuchung im Rahmen des Forschungsprojektes „Headquarters in Austria“ unter der Federführung des Instituts für International Business an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien). Österreich wird aber auch von Ländern außerhalb der EU, wie der Schweiz und außereuropäischen Ländern wie den USA als strategischer Standort gesehen: Je 35 Unternehmen aus den beiden Ländern haben Headquarters in Österreich. Auch Frankreich (20 Headquarters) und Großbritannien (17 Headquarters) sind stark vertreten.

Hohe Wertschöpfung und Folgeinvestitionen durch Headquarters

„Headquarters bringen eine hohe Wertschöpfung, ziehen Folgeinvestitionen an, stärken Forschung und Entwicklung und sind wichtige Arbeitgeber,“ so Bundesmini-



Fast die Hälfte aller internationalen HQs befindet sich in Wien der Hauptstadt Österreichs. Auf Wien folgen Niederösterreich, das wohl wegen seiner Nähe zu Wien als Standort gewählt wurde, Oberösterreich sowie die Steiermark

ster für Arbeit und Wirtschaft Martin Kocher, „eine Kombination von Vorteilen, durch die der Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich maßgeblich gestärkt wird.“

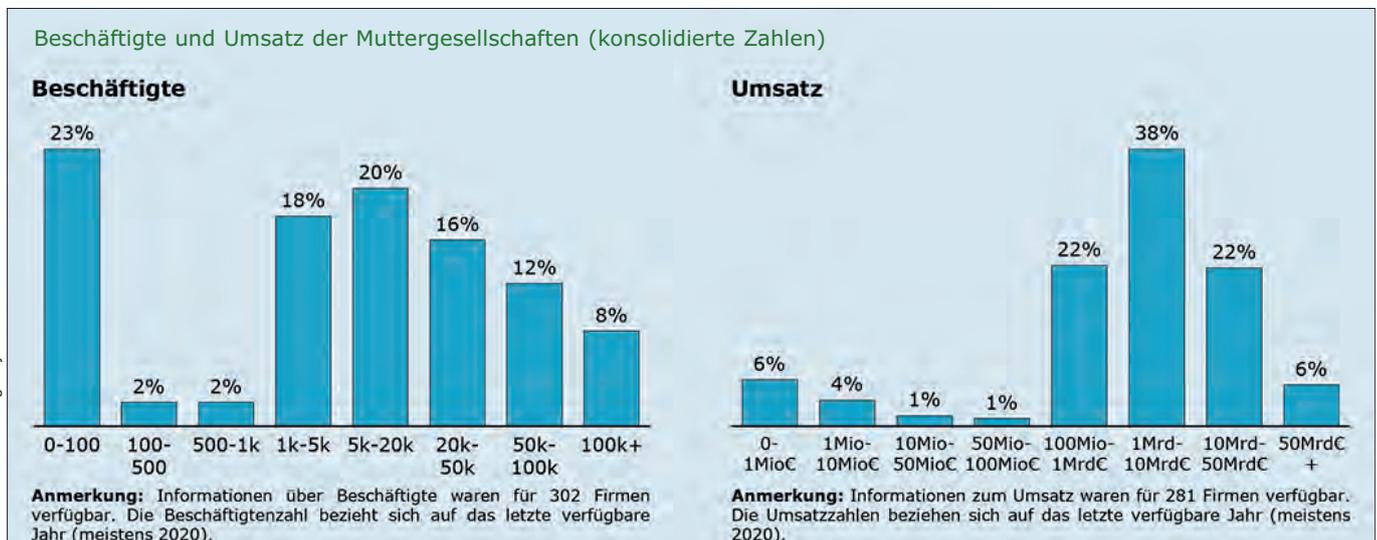
Das Branchenspektrum der Headquarters ist vielfältig, ein großer Teil sind Produktions-Headquarters, Groß- und Einzelhandels-HQs. Zahlreiche internationale Unternehmenszentralen betreiben in Österreich Forschung und Entwicklung, darunter Boehringer Ingelheim, Takeda und Siemens.

Im Durchschnitt besitzen internationale HQs in Österreich Niederlassungen in 5,5 Ländern, 85 Prozent sind KMU und beschäftigten weniger als 500 MitarbeiterInnen. Bei weitem gefragtester Standort für Firmenzen-

tralen ist die Hauptstadt Wien mit 180 Headquarters, gefolgt von den Landeshauptstädten Salzburg und Linz mit je 15 Headquarters. „Österreich macht seinem Ruf als einer der führenden europäischen Standorte für Headquarters internationaler Unternehmen weiterhin alle Ehre – und zwar nicht nur für große Multinationals (MNU), sondern vor allem auch für zahlreiche internationale KMU“, freut sich René Tritscher, Geschäftsführer der Austrian Business Agency (ABA).

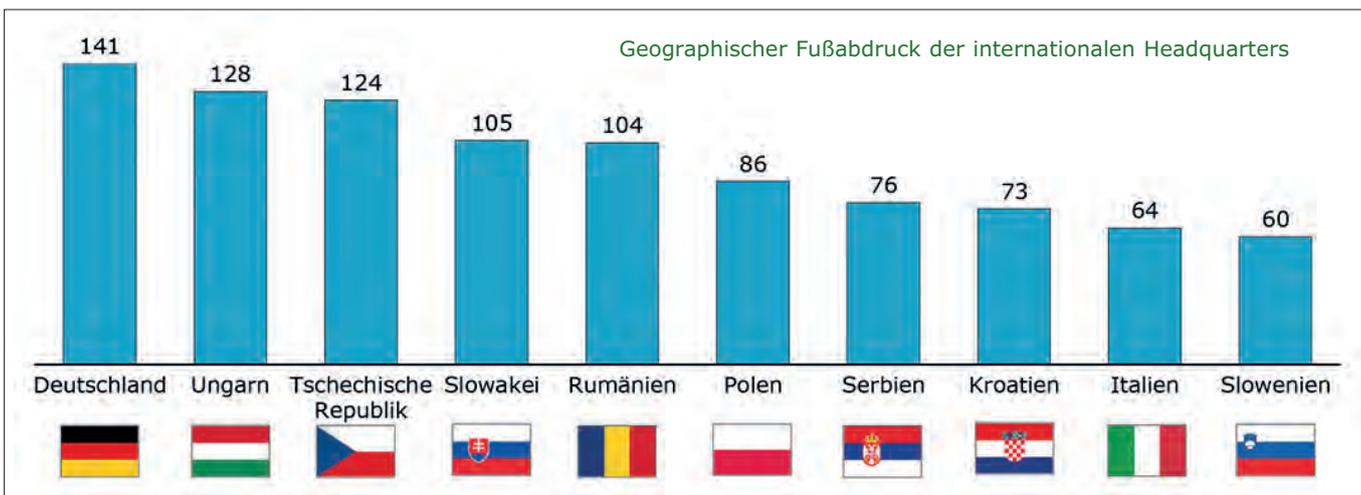
Standort Österreich als Drehscheibe

Das deutsche Unternehmen Henkel CEE trägt von Österreich aus die Verantwortung für 32 Länder in Mittel- und Osteuropa so-



Österreich, Europa und die Welt

© Austria Business Agency



Internationale Headquarters in Österreich besitzen vor allem Tochtergesellschaften in Deutschland, osteuropäischen Ländern und anderen Nachbarländern (z B Italien). Deutschland stellt das beliebteste Land für die Ansiedelung von Tochtergesellschaften dar.

wie in der Region Zentralasien-Kaukasus. Die Osteuropa-Zentrale befindet sich in Wien. Henkel hält in der Region eine führende Marktposition in den Geschäftsbereichen Laundry & Home Care, Adhesive Technologies und Beauty Care.

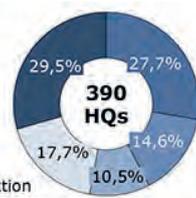
Österreich und insbesondere Wien sind jedoch nicht nur als Headquarters-Standort mit Zugang Richtung Osten und Süden – für Tochtergesellschaften in Ungarn, der Tschechische Republik, der Slowakei, Rumänien und Italien – besonders gefragt. Auch Richtung Westeuropa und insbesondere Deutschland ist Österreich als Headquarters-Standort von Unternehmen anderer Länder der ideale Standort: 141 der 390 Headquarters in Österreich haben im Nachbarland Deutschland eine Tochtergesellschaft. Dank der bisher gewonnenen Kompetenzen konnten jedoch die Marktführerschaft bei CEE-Zentralen erhalten und zusätzliche Segmente entwickelt bzw. ausgebaut werden.

Beispiel Boehringer Ingelheim – kontinuierlicher Ausbau am Standort Österreich

Wien ist Zentrum der Krebsforschung des forschenden Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim und trägt als Regional Center Vienna (RCV) die Geschäftsverantwortung für 33 Länder – von Mittel- und Osteuropa über Zentralasien und die Schweiz bis hin zu Israel. Nach der Eröffnung einer hochmodernen Anlage zur Produktion biopharmazeutischer Wirkstoffe in Wien im Oktober 2021 – die bislang größte Einzelinvestition in der Unternehmensgeschichte, gab Boehringer Ingelheim im Frühjahr dieses Jahres erneut eine Großinvestition von 1,2 Milliarden Euro am Standort Österreich (Niederösterreich) bekannt.

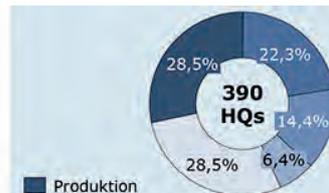
© Austria Business Agency

Branchenzugehörigkeit der internationalen Headquarters



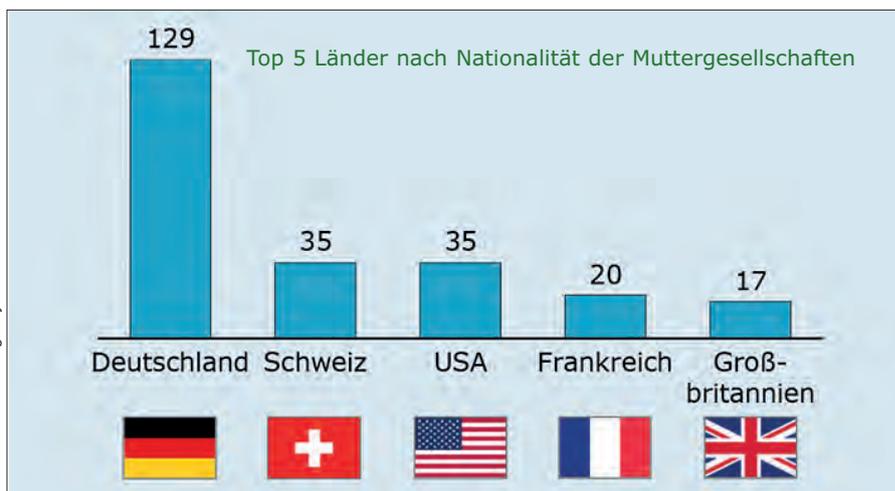
- Produktion
- Groß- und Einzelhandel
- Dienstleistungen
- Finanzen und Versicherungen
- Andere Industrien

Branchenzugehörigkeit der internationalen Muttergesellschaften



- Produktion
- Finanzen und Versicherungen
- Dienstleistungen
- Groß- und Einzelhandel
- Andere Industrien

© Austria Business Agency



Bis 2026 ist die Schaffung von 800 neuen Arbeitsplätzen geplant. „Boehringer Ingelheim ist seit 1948 in Wien präsent und baut seit damals den Standort kontinuierlich aus“, so Philipp von Lattorf, Generaldirektor des Boehringer Ingelheim RCV in Österreich, „mit den neuen Kapazitäten können wir Millionen Menschen weltweit mit modernen Arzneimitteln versorgen und stärken damit auch den Pharmastandort Europa“.

Die ABA macht als Tochtergesellschaft des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) Österreich bei internationalen Unternehmen, Fachkräften und Filmproduzenten attraktiv und berät und unterstützt diese mit ihren drei Geschäftsbereichen „Invest in Austria“, „Work in Austria“ und „Film in Austria“ kostenlos.

<https://www.aba.gv.at/>

Erfolgsbilanz zur Expo 2020 in Dubai

Mit 31. März 2022 endete die Expo Dubai 2020 nach sechs Monaten. Die Bilanz ist aus österreichischer Sicht mehr als erfreulich.



Foto: Ars Electronica Solutions

Das Herzstück des österreichischen Expo-Auftritts war der spektakuläre Pavillon, der bei den BesucherInnen sehr gut ankam

Die erste Expo im arabischen Raum fand unter dem Motto „Connecting Minds, Creating the Future“ statt. Auch der Auftritt Österreichs zeigte nachhaltige Lösungen auf, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. 1,2 Millionen Besuche konnte der außergewöhnliche Österreich-Pavillon verzeichnen. 73,5 Prozent der befragten BesucherInnen des Pavillons gaben an, daß sich ihr Österreich-Bild durch die Präsentation auf der Expo positiv verändert hat. Der Wettbewerb der österreichischen Expo-Beteiligung beträgt mehr als 14 Millionen Euro. Neue Kontakte und Kooperationen lassen auch Österreichs Wirtschaft in eine erfreuliche Zukunft blicken.

Erfolgsbilanz

Die Expo 2020 in Dubai war ein Event der Superlative und die erste internationale Großveranstaltung während der Pandemie mit rund 21 Millionen Besuchen. Ein Forum, das Österreich für sich nutzen konnte: „Österreich konnte sich erfolgreich als Innovationsstandort präsentieren und zeigen, daß Nachhaltigkeit und Digitalisierung Hand in

Hand gehen und einander ergänzen“, betonte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, und weiter: „Unser Ziel war es, die Position der Vereinigten Arabischen Emirate als größter österreichischer Handelspartner in der Golfregion weiter auszubauen. Österreich und unsere Unternehmen konnten diese große internationale Bühne als eindrucksvolle Visitenkarte nutzen. Neben den mehr als 50 Unternehmen, die im iLab – der Wissensplattform im Inneren des Österreich-Pavillons – ihre Innovationen präsentierten, waren auch österreichische Technologien in 16 anderen Länderpavillons, den Expo-Shops, sowie bei der Civil Defense und beim Deep Tunnel Storm Water System des Expo-Geländes zu finden.“ Insgesamt sind mehr als 100 österreichische Unternehmen entweder im Rahmen der österreichischen Expo-Beteiligung, am Expo-Gelände oder bei anderen Pavillons mit Aufträgen beteiligt.

Österreichische Delegationen

Trotz der covidbedingten Reisebeschränkungen haben rund 30 Wirtschafts- und politische Delegationen im Rahmen des österrei-

chischen Expo-Auftritts die Weltausstellung besucht. Darunter auch die größte Wirtschaftsdelegation aller Zeiten in den VAE. Der Österreich-Pavillon diente dabei als beliebte Location. „Heimische Delegationen sind ein wichtiges Signal für die Wirtschaftsinteressen in den VAE. Bei offiziellen Terminen konnte während der Expo-Laufzeit auf die österreichische Leistungsfähigkeit hingewiesen werden. Die Innovationen ‚Made in Austria‘ haben internationale Geschäftspartner überzeugt, deshalb konnten zahlreiche Kooperationen besprochen und auf den Weg gebracht werden“, betonte Mariana Kühnel, stellvertretende Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Weiters war die Expo die Bühne für sechs österreichische Top-Events. Die Liste reicht vom Nationentag, der Austria-Connect-Golf-Konferenz und der Start-up-Landing-Zone, die im November stattfanden, bis zu Future of Work, Wirtschaft & Kunst im Jänner und Austria-Rwanda Fashion Connect im März. „Als Highlight kann eindeutig die Austria-Connect-Golf-Konferenz anlässlich des Nationentages auf der Expo gewertet werden, die ein Publikum von 330 Teilnehmenden umfaßte“, hebt Kühnel hervor.

Während der sechs Monate Laufzeit der Expo fanden neun Messen in diversen Bereichen mit österreichischer Beteiligung statt: Gulf Traffic, Gulfood Manufacturing, Dubai Design Week, Arab Plast, Intersec, Arab Health, Medlab, Gulfood, Middle East Energy.

Besucher aus Politik, Wirtschaft und Kultur

Mehr als eine Million Menschen besuchten den Österreich-Pavillon, 100.000 davon wurden im österreichischen Kaffeehaus bewirtet und bestellten 25.000 Kaffees, 20.000 Süßspeisen – wobei sich 25 Prozent für einen Kaiserschmarren entschieden – sowie 13.000 Wiener Schnitzel. Insgesamt wurden mehr als 400 individuelle Pavillonführungen absolviert. Unter den Gästen waren auch heimische und internationale Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

Österreich, Europa und die Welt

Neben dem ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon besuchten auch die Bundesministerinnen Margarete Schramböck und Elisabeth Köstinger den Pavillon.

Auch die persönlichen Besuche von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer und WKO-Präsident Harald Mahrer zählen zu den Highlights.

Besonders beeindruckend ist die Liste der Besucher aus den VAE: Diese beinhaltet Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum, Herrscher von Dubai und Premierminister der VAE, Industrieminister Sultan Ahmed Al Jaber, Außenminister Sheik Abdullah bin Zayed Al Nayan, Erziehungsminister Hussein Bin Ibrahim Al Hammadi u.v.m.

Preisgekrönter Pavillon

Das Herzstück des österreichischen Expo-Auftritts war der spektakuläre Pavillon, der bei den Besucherinnen und Besuchern sehr gut ankam. Bei einer Befragung gaben 96,50 Prozent der BesucherInnen an, den Pavillon weiterzuempfehlen. Die 38 weißen Betonkeltürme wurden von den historischen Windtürmen und den klimaregulierenden Eigenschaften der arabischen Lehmarchitektur inspiriert. In Verbindung mit innovativer Klimatechnik aus Österreich verbraucht der Pavillon 70 Prozent weniger Energie als herkömmlich klimatisierte Gebäude in der Region.

Mit ihrem Konzept hob sich das Generalplaner-Team um querkraft architekten unter der Leitung von Gerd Erhartt in Zusammenarbeit mit Ars Electronica Solutions, Büro Wien und dem Grafik-Studio bleed deutlich von der üblichen Expo-Architektur aus Stahl und Glas ab. Noch nie konnte ein Österreich-Pavillon so viele Awards bereits während der Expo-Laufzeit einsammeln. Damit ist das prägnante weiße Gebäude schon jetzt der erfolgreichste heimische Pavillon bezogen auf die Anzahl der Auszeichnungen.

EXPO 2020 Official Participant Awards

Der Pavillon wurde vom Internationalen Ausstellungsbüro (BIE) mit dem Silver Award in der Kategorie „Architecture & Landscape“ ausgezeichnet.

Global Architecture & Design Award 2021

Im September wurde das Generalplaner-Team von querkraft architekten mit dem renommierten Global Architecture & Design Award 2021 in der Kategorie „Nachhaltige Architektur“ ausgezeichnet.



Foto: Christopher Edralin / Expo 2020 Dubai

Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitales und Wirtschaft, S.E. Thani Al Zeyoudi, Staatsminister für Außenhandel, und Najeeb Al Ali, Executive Director, Commissioner General Office, besuchten den Pavillon während des österreichischen Nationalfeiertags

BLT Built Design Award 2021

Der Pavillon wurde in der Kategorie „Sustainable & Energy Saving“ als Gewinner und als „Jury's Favorite in Architectural Design“ ausgezeichnet. German Design Award 2022: Der Deutsche Rat für Formgebung zeichnete den Pavillon mit einer Special Mention des German Design Awards 2022 in der Kategorie „Excellent Architecture - Eco Design“ aus.

Exhibitor's Magazine World Expo Award

Der Österreich Pavillon belegte in der Kategorie „Best Sustainable Design“ den ersten Platz und erhielt eine Nominierung für den „Public Choice Award“.

Austrian Green Planet Building Award

Dieser Award, der an herausragende energieeffiziente Gebäude im internationalen Umfeld geht, die sich dem Klimaschutz widmen, wurde ebenfalls an den Österreich-Pavillon von querkraft verliehen.

„Der Pavillon wurde komplett anders als die klassische Messearchitektur konzipiert, um das klare Bekenntnis Österreichs zu Klimaschutz und Technologie hervorzuheben“, erklärt EU-Regierungskommissarin Beatrix Karl.

„Das Gebäude ist eine Hommage an das Gastgeberland und führt bewußt weg von österreichischen Architektur-Klischees. Der gekonnte Einsatz von Technologie machte ein ganzheitliches Erlebnis möglich, das die BesucherInnen den Pavillon als Ort der Ru-

he und Kraft erleben ließ“, so Beatrix Karl weiter.

Für die Nachnutzung des Expo-Geländes gibt es bereits ein konkretes Konzept mit den Namen „district 2020“, es soll der neue Innovation-Hub in Dubai werden.

Österreich bei der Weltausstellung

Der Österreich-Pavillon auf der Expo 2020 in Dubai – die trotz der Verschiebung auf 2021 ihren ursprünglichen Namen beibehalten hatte – setzte auf den kreativen Einsatz von Digitalisierung und präsentierte österreichische Innovationen im Rahmen der Ausstellung im Inneren des Pavillons, die von Ars Electronica Solutions und büro wien kuratiert wurde. Das Architektur-Büro querkraft realisierte einen Pavillon, der archaische Windtürme mit zeitgemäßer Klimatechnik zu einem spielerischen Signal gegen die klimaschädigende Verschwendung kombinierte. Der heimische Beitrag wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und der Wirtschaftskammer Österreich finanziert.

Der Budgetrahmen von Euro 17,8 Mio. für das gesamte Projekt (Baukosten, Erhaltung, Personal, Programm, Kommunikation) konnte unterschritten werden. Davon entfielen auf den Bau Euro 8,6 Mio. Dieses Budget ist vergleichbar mit der Schweiz, der Deutsche Pavillon als größtes dimensioniertes Projekt kostet vergleichsweise Euro 58 Mio. ■

<http://www.expoaustria.at/>

Deutschland und Österreich brauchen Planungsrahmen

Deutsche Handelskammer in Österreich und WIFO-Direktor Felbermayr:
»Näher Zusammenrücken für gemeinsame Lösung der Probleme«

Im vergangenen Jahr hat sich der Handel zwischen Deutschland und Österreich massiv von den Auswirkungen der Pandemie erholt. „Ging im Jahr 2020 das deutsch-österreichische Handelsvolumen noch um ca. 9 Prozent zurück, konnte im Jahr 2021 wieder an die alte Stärke angeknüpft werden. Das gemeinsame Handelsvolumen stieg um fast 19 Prozent und erzielte ein neues All-Time-High“, sagte Hans Dieter Pötsch, Präsident der Deutschen Handelskammer in Österreich (DHK), Aufsichtsratsvorsitzender der Volkswagen AG und Vorstandsvorsitzender der Porsche SE bei der DHK Jahrespressekonferenz am 27. April in Wien. Laut den Zahlen des deutschen Statistischen Bundesamtes stiegen österreichische Exporte um 17,9 Prozent auf 47,7 Mrd. Euro. Deutsche Exporte nach Österreich erhöhten sich um 19,7 Prozent auf 71,7 Mrd. Euro. Mit einem Gesamthandelsvolumen von 119,4 Mrd. Euro wurde sogar ein Rekordwert erzielt. Österreich ist mit dieser Entwicklung wieder zum siebtichtigsten deutschen Außenhandelspartner aufgerückt.

Anfang 2022 waren die Perspektiven für das gesamte Jahr sehr optimistisch. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine werden die deutsch-österreichische Wachstumsdynamik jedoch deutlich einbremsen. „Wir stellen eine starke Verunsicherung bei unseren Unternehmen fest, wie sie mit den gestiegenen Rohstoff- und Energiepreisen umgehen sollen. Die aktuellen Energiepreise gefährden zudem langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Industriestandorte Deutschland und Österreich“, stellte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Handelskammer in Österreich, Thomas Gindele, fest.

Als weitere Folge der aktuellen Energiepreise wird den Menschen ihre Kaufkraft entzogen, mit den entsprechenden Folgen für den Konsum. Das läßt den deutschen aber auch den österreichischen Exportmotor stottern.

„Die Deutsche Handelskammer in Österreich unterstützt die Entscheidung der deutschen und österreichischen Bundesregierung, einem Energieembargo für Gas nicht



Foto: DHK / Guenther Peroutka

v.l.: WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr, Hans Dieter Pötsch, Präsident der DHK in Österreich, und Hauptgeschäftsführer der DHK in Österreich Thomas Gindele

zuzustimmen. Für die deutsche Wirtschaft wäre es zusätzlich sehr schwierig, wenn auch Österreich Probleme mit der Energieversorgung bekäme“, so DHK-Präsident Pötsch. „Deswegen werden wir uns auch weiterhin gezielt für die Interessen der österreichischen Wirtschaft in Deutschland einsetzen.“

Pötsch ist davon überzeugt, daß der Energiekostendruck Produktivitätsschübe auslösen und damit unsere Innovationsfähigkeit noch mehr herausfordern wird. Sowohl Deutschland als auch Österreich sind aufgrund ihres hohen Entwicklungsstandes und ihrer erfolgreichen Industriebasis dafür prädestiniert. Wenn wir noch stärker zusammenarbeiten, bekommen wir die Lösungen noch schneller. Diese Erkenntnis teilt auch der Direktor des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO), Gabriel Felbermayr.

Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen nötig

„Die Wertschöpfungsnetzwerke zwischen Deutschland und Österreich sind so verflochten wie jene weniger anderer Wirtschaftsräume. Daher ist es entscheidend, abgestimmte Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu finden – auf die sich anbahnende Deglobalisierung und die erforderliche Dekarbonisierung der Energiesysteme“, so Felbermayr. „Es gilt, die Wertschöpfungsnetzwerke resilienter zu machen. Dazu ist ein Ausbau der bilateralen Infrastrukturen

notwendig, ein Abbau von Handelsbarrieren im europäischen Binnenmarkt, und ein gemeinsames Eintreten für Freihandel zwischen verbündeten Staaten. So lassen sich die wirtschaftlichen Schäden aus dem drohenden Decoupling des Westens mit dem Osten eindämmen“, Felbermayr weiter.

Appell an die Politik

DHK-Präsident Hans Dieter Pötsch und WIFO Direktor Felbermayr appellieren an die Politik. Die aktuelle Krise zieht Konsequenzen und Aufgaben nach sich, die schnell umgesetzt werden müssen. Das gilt für den Auf- und Ausbau einer neuen Energieinfrastruktur, aber auch für die beschleunigte Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur. Dafür brauchen wir in Deutschland und Österreich einen verlässlichen Planungsrahmen, der sich auch als technologieoffen erweist. Vor allem brauchen wir aber schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Auch die internationalen Rahmenbedingungen müssen schneller und entschlossener gesetzt werden. Deutschland, Österreich und Europa müssen sich mehr für freien und fairen Handel einsetzen. Handels- und Investitionsabkommen sind nicht nur ein Beitrag für Wachstum und Wohlstand, sondern unterstützen gemeinsame Bemühungen für Klimaschutz, soziale Standards und Menschenrechte. ■

<https://oesterreich.ahk.de/>

<https://www.wifo.ac.at/>

Historischer Erfolg für Österreichs Weinexporte

Die Erlöse stiegen 2021 um 29,5 Mio. Euro auf 216,8 Millionen Euro (+15,7 Prozent), was den höchsten Wertzuwachs aller Zeiten bedeutet.

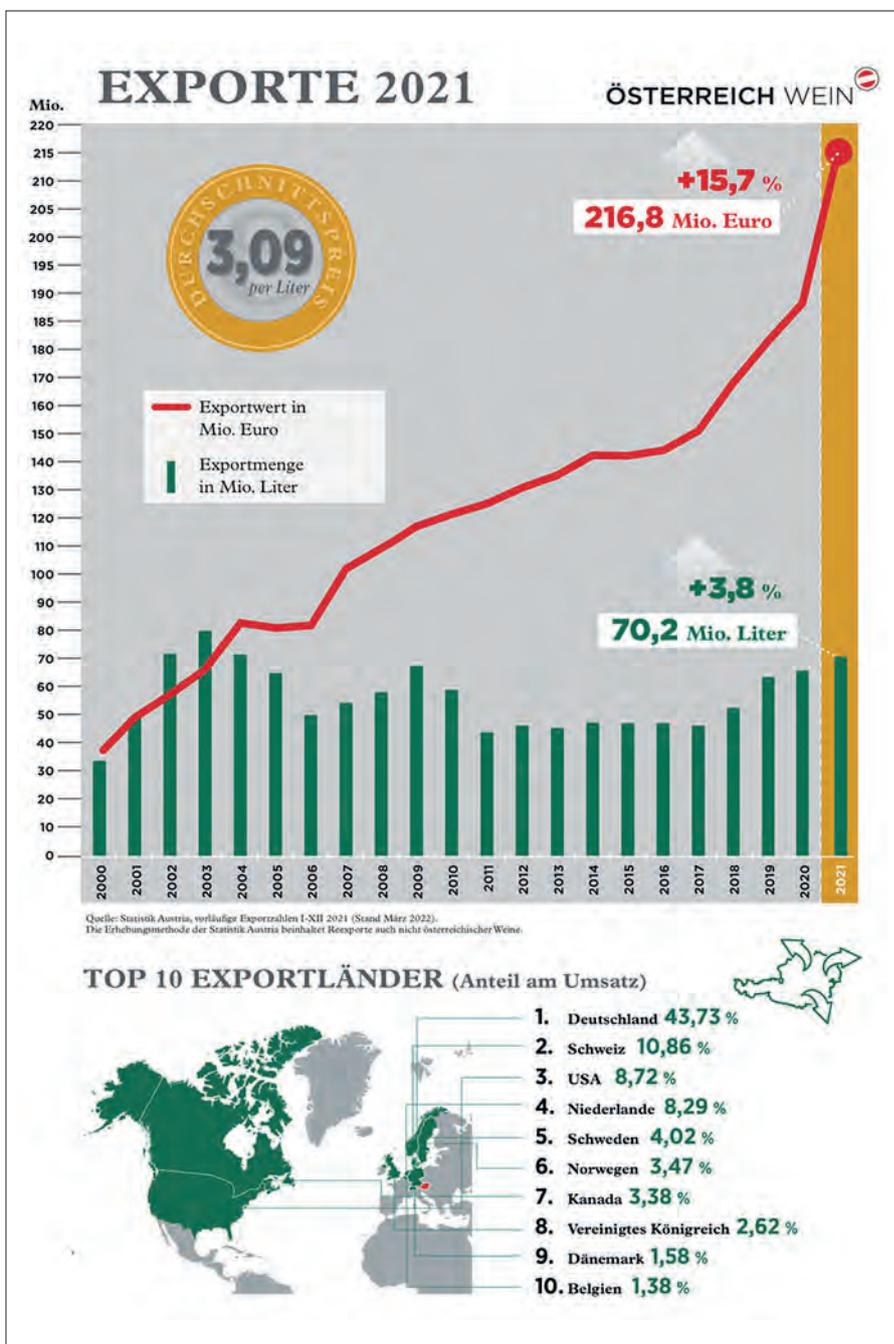
Die Weinexport-Zahlen der Statistik Austria für das Gesamtjahr 2021 über-treffen alle Erwartungen: Erstmals wurde die 200-Mio.-Euro-Marke überschritten; die Steigerung um 29,5 Mio. Euro auf 216,8 Mio. Euro (+15,7 %) bedeutet zudem den höchsten jemals erzielten Wertzuwachs bei Österreichs Weinexporten. Sie übertraf auch deutlich den Anstieg der ausgeführten Menge (+3,8 % auf 70,2 Mio. Liter). Damit erzielten Österreichs WinzerInnen wieder einen Durchschnittspreis von über 3 Euro pro Liter (3,09 €/l). „Die Exportzahlen 2021 sind ein riesiger Erfolg für die gesamte österreichische Weinwirtschaft!“, freut sich Chris Yorke, Geschäftsführer der ÖWM (Österreich Wein Marketing GmbH). „Ganz besonders wichtig ist, daß wir so einen hohen Wertzuwachs erzielen konnten – das ist nämlich das ausgewiesene Ziel all unserer Bemühungen: die Wertschöpfung für unsere WinzerInnen zu steigern.“

Auch Österreichs Weinbaupräsident Johannes Schmuckenschlager, zeigt sich sehr erfreut: „Dank der hervorragenden Arbeit unserer WinzerInnen geht die Exportkurve bereits seit einigen Jahren stets nach oben. Dieses Wachstumspotential nutzen wir gemeinsam, um den österreichischen Wein über die Grenzen hinaus noch bekannter zu machen. Klar ist, wer zu österreichischem Wein greift, bekommt Genuß und höchste Qualität. Das wird auch international immer mehr wahrgenommen.“

Weißer Qualitätsweine sehr gefragt

Besonders stark konnte der Exportwert von Österreichs weißen Qualitätsweinen in Flaschen zulegen: Mit einem Plus von 23 % hatten diese Weine, die über die Hälfte der heimischen Exporterlöse ausmachen, den größten Anteil am historischen Erfolg. Ebenso zulegen konnten die roten Qualitätsweine in Flaschen (+3,1 % Wert) und noch deutlicher die Schaumweine (+34 % Wert).

„Es zeigt sich, daß Österreich im Export sehr gut aufgestellt ist“, kommentiert Yorke. „Wir haben eine breite Diversifizierung an Exportländern, aber auch an Weinstilen:



Damit können wir je nach Markt und Geschmacksvorlieben attraktive Weine anbieten. Und international merken immer mehr GenießerInnen: Eine so hohe Qualität, egal bei welchem Weinstil, bietet kaum ein anderes Land der Welt!“

Top 3: Deutschland, Schweiz und USA

Auf dem wichtigsten Exportmarkt Deutschland stieg der Wert um 9,6 % – eine bemerkenswerte Entwicklung in dem sehr preissensiblen Markt. In der zweitplatzierten Schweiz wuchsen die Exporterlöse um

Österreich, Europa und die Welt

16,1 %, in den USA sogar um 23,1 %; damit überholten die Vereinigten Staaten die Niederlande (+16,8 % Wert) und kletterten auf Platz drei der wichtigsten Exportländer.

Kanada und China im rasanten Aufstieg

Generell zeigten alle Haupt-Exportmärkte nach oben, so auch Belgien, das Vereinigte Königreich oder die skandinavischen Märkte (bis auf Finnland). Sehr hohe Zuwächse verzeichnete – wie bereits 2020 – Kanada: Ein Wert-Plus von 65,3 % katapultierte das Land auf Platz sieben. Knapp an den Top 10 vorbei schrammte China, das mit einem kräftigen Anstieg von 77,9 % bei den Erlösen die Einschätzungen als Hoffnungsmarkt der Zukunft bestätigen konnte.

Wiedereröffnung der internationalen Gastronomie wichtig

Von zentraler Bedeutung für das starke Exportwert-Plus war die Wiedereröffnung der internationalen Gastronomie nach den Corona-Lockdowns im Jahr 2020. Speziell über diesen Vertriebskanal konnten Österreichs Weinbaubetriebe ihre hochwertigen Weine



Foto: ÖWM / Anna Stöcher

v.l.: Johannes Schmuckenschlager (Präsident Österreichischer Weinbauverband), Chris Yorke (Geschäftsführung ÖWM) und Bundes-Weinkönigin Diana I.

absetzen und damit höhere Erlöse erzielen.

ÖWM: über 4.600 Weine international präsentiert

Die ÖWM unterstützte die Exportbemühungen der österreichischen WinzerInnen

2021 mit über 100 Veranstaltungen rund um den Globus – je nach Marktsituation virtuell, hybrid oder vor Ort. Dabei präsentierte sie im Laufe des Jahres über 4.600 Weine von mehr als 600 WinzerInnen. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

ÖWM brachte 800 internationale Gäste zur VieVinum

Nach zwei Verschiebungen konnte die VieVinum von 21. bis 23. Mai mit dem absoluten Ausnahmejahrgang 2021 aufwarten. „Das vergangene Jahr hat uns mit ausgereiften, kristallklaren Weinen aus perfektem Traubengut beschenkt, und das in einer guten Menge!“, freut sich ÖWM Geschäftsführer Chris Yorke und ergänzt: „Mit dem feinen, klassisch-österreichischen Jahrgang 2020 und den Weltklasse-2019ern haben unsere WinzerInnen weitere Asse im Ärmel, mit denen sie auf der Messe begeistern werden können.“

Österreichs größte Weinmesse VieVinum kam da gerade recht, um diese Ausnahmeweine einem großen internationalen Fachpublikum zu präsentieren. Rund 800 internationale ExpertInnen aus über 50 Ländern lud die ÖWM dafür nach Wien ein. Yorke: „Die Messe ist ein Fixpunkt in ihrem Terminkalender, um mit unseren WinzerInnen wieder persönlich in Kontakt zu treten.“

Rundum-Paket für Gäste aus aller Welt

Neben rund 500 AusstellerInnen und einem umfassenden Covid-19-Sicherheitskonzept des Messeveranstalters M.A.C. Hoffmann erwartete die Gäste ein Rundum-Ser-



Foto: VieVinum / Christine Mess

vice-Paket der ÖWM. Den Start bildete ein gemütliches Get-Together beim Heurigen am Abend zuvor, gefolgt von einer gesetzten Flightverkostung, bei der 90 „International Heroes“ – also Top-Weine, die bei internationalen Medien höchste Auszeichnungen erringen konnten – erkostet wurden.

Im Anschluß an die VieVinum organisierten Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark eigene Weinreisen in die jeweili-

gen Weinbaugebiete; dieses Angebot fand bei den internationalen Gästen bereits sehr großen Anklang.

Das Gesamterlebnis auf und abseits der Messe soll die Affinität des internationalen Publikums für den heimischen Wein weiter forcieren. Seit 1998 ist die VieVinum eine zentrale Plattform für die Internationalisierung des österreichischen Weins. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

Österreich – Brasilien: 200 Jahre Beziehungsgeschichten

Im Mittelpunkt der Ausstellung im Naturhistorischen Museum Wien steht die faszinierende Vielfalt Brasiliens aus der Perspektive der jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte der beiden Länder mit ihren globalen Wechselwirkungen.

Die intensiven Beziehungen zwischen Österreich und Brasilien reichen in die Zeit der Habsburger-Monarchie zurück: Die Vermählung von Erzherzogin Maria Leopoldine von Österreich, der vierten Tochter von Kaiser Franz II./I. und dessen Ehefrau Maria Theresia von Neapel-Sizilien, mit dem portugiesischen Thronfolger Dom Pedro im Jahr 1817 hatte nicht nur politische, sondern auch weitreichende wissenschaftliche Folgen. Die Ausstellung im Naturhistorischen Museum Wien (NHM Wien) vermittelt einen Eindruck von der großangelegten Expedition, die anlässlich der Hochzeit unter der obersten Leitung des österreichischen Staatskanzlers Metternich initiiert wurde. Ein Stab von angesehenen Wissenschaftlern sammelte und dokumentierte vier Jahre lang unter enormen Strapazen die exotische Fauna und Flora, aber auch Mineralien und ethnologische Kostbarkeiten. Der Präparator und Naturforscher Johann Natterer blieb sogar 18 Jahre lang in den Regenwäldern Südamerikas und sandte zigtausende Objekte und Präparate nach Wien. Eine kleine Auswahl aus seinen Sammlungen, heute im NHM Wien und im Weltmuseum aufbewahrt, wird in der Ausstellung ebenso gezeigt wie einige der unzähligen Herbarbögen, die dem Botaniker Johann Pohl zu verdanken sind.

Aber auch die problematische Seite der Brasilien-Beziehungen wird aufgezeigt – einige der vielen Facetten wie Sklavenhandel und Kolonialismus haben massive Auswirkungen bis in die Gegenwart. Dazu zählen rücksichtsloses, oft brutales Verhalten gegenüber der indigenen Bevölkerung ebenso wie die radikale Ausbeutung der begehrten Natur- und Bodenschätze, zu der unser eigenes Konsumverhalten wesentlich beiträgt. Im Kontrast dazu werden die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft, aber auch der indigenen Wissens- und Erfahrungsschätze, die



© NHM Wien, Alice Schumacher

Frontispiz¹⁾ des Buchs „Aroidae Maximilianae“ von Johann Peyritsch, in dem er nach Aufzeichnungen von Heinrich Schott (1879) jene Arongewächse beschrieb, die Kaiser Maximilian I. auf seiner Reise nach Brasilien gesammelt hatte. Dieses Bild stammt von einem der Reisebegleiter des Kaisers, dem Wiener Maler Joseph Selleny (es ist oben etwas angeschnitten...)

sich in globalem Interesse um Lösungsansätze bemühen, beispielhaft aufgezeigt.

Der größte Teil der bis 23. April 2023 zu besichtigenden Ausstellung ist den einzigartigen Naturräumen Brasiliens gewidmet – dem immergrünen Regenwald Amazoniens, dem tausende Kilometer langen küstennahen

Bereich des Atlantiks, der dichten Wildnis des Atlantischen Waldes, der bleichen Vegetation des „Weißen Waldes“ in der Caatinga, den tropischen Sumpfbereichen des Pantanals, den hochspezialisierten Gräsern der Pampa und den verschlossenen Savannen des Cerrado. Die gigantische Vielfalt und zumindest

¹⁾ Das Frontispiz oder der Bildertitel ist eine dekorative oder informative Abbildung, die sich auf der zweiten, dem Titelblatt gegenüberliegenden Seite befindet. Er ist in der Regel also auf die Rückseite des Schmutztitels gedruckt. © <https://de.wikipedia.org/>

Österreich, Europa und die Welt

Foto: NHM Wien, Christina Rittmannsperger



Saalansicht (Kabinett 2): Erzherzogin Leopoldine (Joseph Kreutzinger, um 1815) und Dom Pedro von Portugal (Gianno, vor 1830)

Reste der ursprünglichen Lebensräume und Lebensweisen zu erhalten, ist eine ungeheure Herausforderung.

WissenschaftlerInnen aus Österreich und dem NHM Wien sind gemeinsam mit PartnerInnen aus Brasilien in vielfältiger Weise an Forschungs- und Renaturierungs-Projekten beteiligt. Diese Projekte auf gemeinschaftlicher internationaler Basis werden laufend intensiviert und immer stärker global ausgerichtet – ein positiver Ausblick in die Zukunft nach 200 Jahren wechselvoller gemeinsamer Geschichte!

Es werde keine historische Ausstellung, aber der Ausgangspunkt sei 1822, so Martin Krenn, Leiter des Archivs für Wissenschaftsgeschichte am NHM Wien: „Im Vorfeld der brasilianischen Unabhängigkeit wurde Kronprinzessin Leopoldine von Staatskanzler Metternich als Ehefrau für den portugiesischen Thronfolger Dom Pedro (Peter I.) ausgesucht. Die Hochzeit fand 1817 statt. Anlässlich der Vermählung seiner Tochter ließ Kaiser Franz II./I. – der aufgrund von Leopoldines naturwissenschaftlichen Interessen scherzhaft davon gesprochen hatte, ihr eine Stelle als „Hofmineralogin“ freizuhalten – eine Expedition nach Brasilien entsenden.

Zwei österreichische Fregatten mit verschiedenen Wissenschaftlern an Bord begleiteten die Erzherzogin nach Rio de Janeiro.“

Erzherzogin Maria Leopoldine

Erzherzogin Maria Leopoldine von Österreich (1797–1826) war keine typische habsburgische Prinzessin. Sie interessierte sich sehr für Naturwissenschaften, besonders

Foto: NHM Wien, Christina Rittmannsperger



Konserviertes Pflanzenmaterial, sogenannte Herbarbelege, im Kabinett 4

für Mineralogie. Nach ihrer Heirat folgte sie ihrem Ehemann nach Brasilien, damals noch eine portugiesische Kolonie. Dort übernahm sie eine zentrale Rolle bei der Erklärung der brasilianischen Unabhängigkeit von Portugal und wurde 1822 zur ersten brasilianischen Kaiserin gekrönt. 1825 brachte sie den Thronfolger zur Welt. Sie starb am 11. Dezember 1826 infolge der Demütigungen und Mißhandlungen durch ihren Mann. Ihre Rolle als Politikerin wird in Brasilien bis heute gewürdigt.

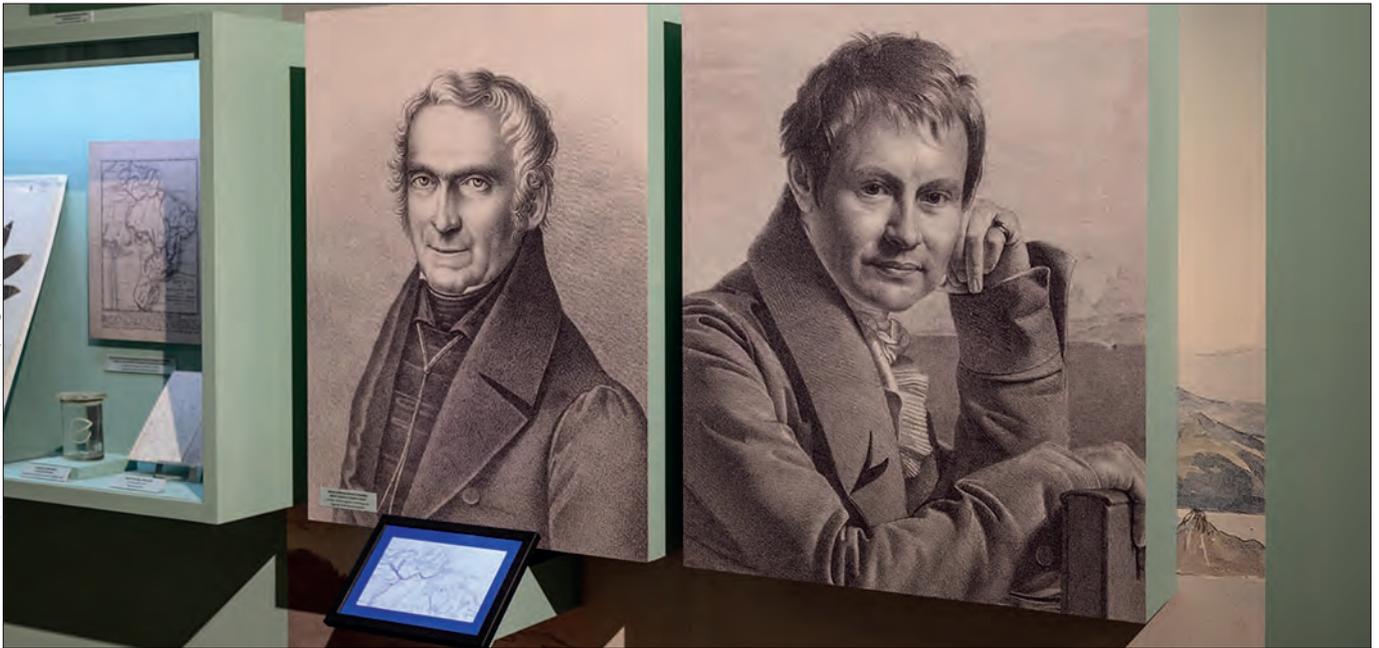
Politische Hintergründe

Der wissenschaftliche Auftrag der Expedition war eng mit politischen und wirtschaftli-

chen Zielsetzungen verknüpft. Das zeigt schon die Tatsache, daß die oberste Leitung dem österreichischen Staatskanzler, Klemens Wenzel von Metternich, vorbehalten war. Österreich, das keine Kolonien hatte, strebte nach Einfluß in Lateinamerika. In Brasilien sollten neue Absatzgebiete erschlossen werden. Man war auf der Suche nach neuen Handelspartnern und Handelswegen. Als Ansprechpartner vor Ort diente für die Wissenschaftler der österreichische Botschafter in Rio de Janeiro. Auch die Reiserouten der Forscher waren bis ins Detail vorgeschrieben. Die Dienstanweisung verwies ausdrücklich darauf, daß Informationen über wirtschaftlich interessante Produkte zu sammeln waren.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: NHM Wien, Christina Rittmannsperger



Saalansicht (Kabinett 2): Johann Natterer (Michael Sandler, um 1836) und Johann Pohl (Franz Kadlik, 1823)

Natterer – Eine Expedition als Hochzeitsgeschenk

Anlässlich der Vermählung seiner Tochter Leopoldine ließ Kaiser Franz I. 1817 eine Expedition nach Brasilien entsenden. Namhafte Forscher sollten ursprünglich zwei Jahre lang interessante Pflanzen, Tiere und Mineralien sammeln und nach Wien bringen. Dazu wurden nach den Vorstellungen von Staatskanzler Metternich detaillierte Reisepläne ausgearbeitet. Die Wissenschaftler bekamen darüber hinaus genaue Anweisungen für die Dokumentation der gesammelten Fundstücke und mußten auch Tagebuch über die Reise selbst führen.

Ausgangspunkt für die Vorstöße in unerforschte Gebiete war Rio de Janeiro, wo die beiden österreichischen Fregatten nach mühsamer, abenteuerlicher Seereise eintrafen. Die Strapazen im tropischen Klima waren für die Expeditionsteilnehmer enorm. Viele von ihnen litten bald an unbekanntem Krankheiten und mußten vorzeitig heimkehren. 1821 wurde die Expedition offiziell für beendet erklärt. Nur der Präparator und Naturforscher Johann Baptist Natterer (1787–1843) blieb insgesamt 18 Jahre in den Regenwäldern Südamerikas.

Fasziniert von Brasilien

Natterer war fasziniert von Brasilien und seinen Naturschätzen. Er weigerte sich, auf

Josef Natterer sandte im Laufe der Jahre eine Unzahl von Objekten und Präparaten nach Wien, allein 1000 Säugetiere, 12.000 Vögel und 33.000 Insekten. Das Bild zeigt eine seiner minutiösen Auflistungen davon.

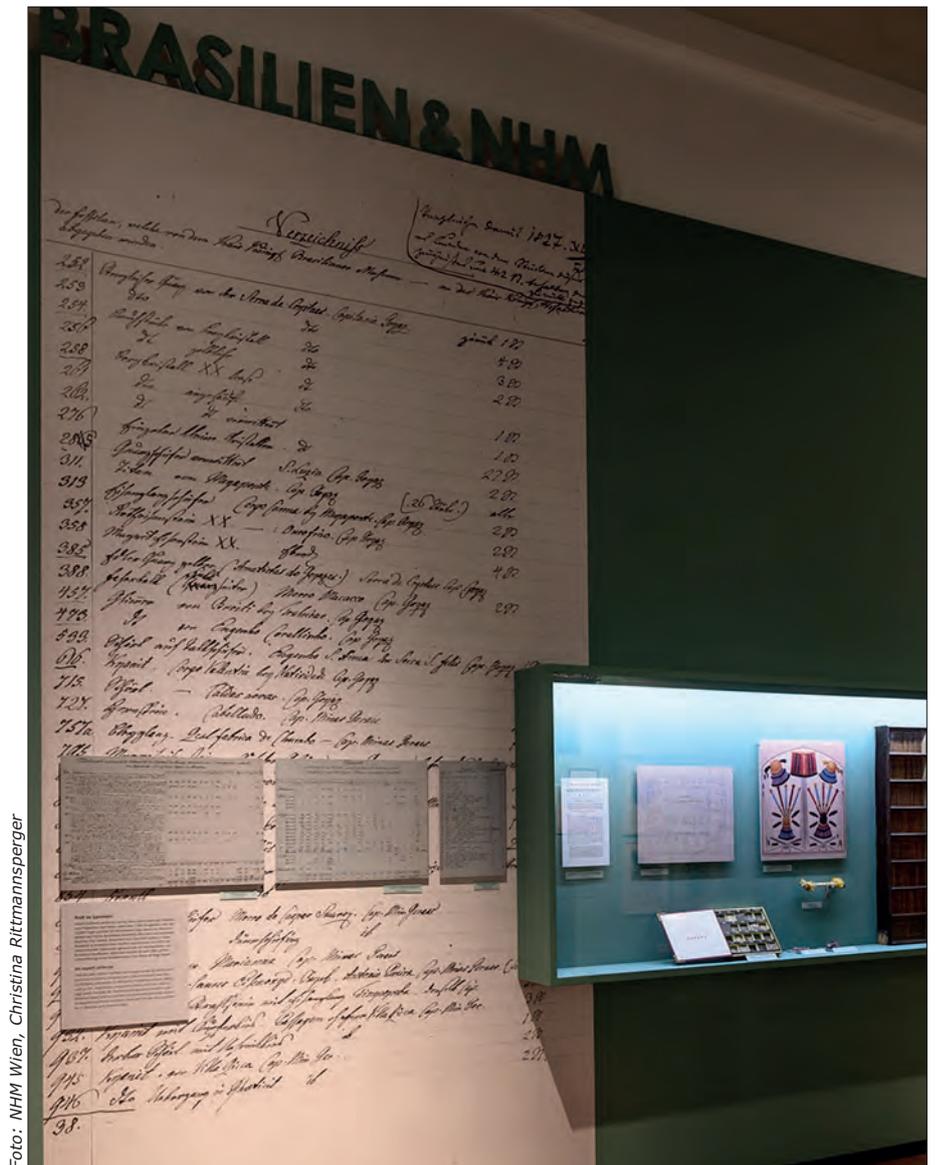


Foto: NHM Wien, Christina Rittmannsperger

Österreich, Europa und die Welt

Befehl des Kaisers nach Wien zurückzukehren und setzte die Expedition auf eigenes Risiko und mit eigenen Mitteln fort. Auf insgesamt zehn Reisen erkundete er die Gebiete um São Paulo und Rio de Janeiro, drang aber auch in die Amazonas-Region vor. Dabei arbeitete er keineswegs als allein reisender Forscher, sondern nutzte jederzeit freien Zutritt. Das Brasilianum wurde zu einer Hauptattraktion in Wien, bestand aber nur bis 1836. Danach wurden die Objekte in die Naturalienkabinette zurückgebracht, wo ein Teil 1848 beim Brand der Hofburg vernichtet wurde. Die unversehrt gebliebenen Objekte befinden sich heute im NHM Wien und im Weltmuseum.

Profi im Sammeln

Johann Natterer sandte im Lauf der Jahre eine Unzahl von Objekten und Präparaten nach Wien: allein über 1000 Säugetiere, mehr als 12.000 Vögel und fast 33.000 Insekten. Dazu kamen an Naturobjekten noch Fische, Amphibien, Krebstiere, Muscheln und Schnecken, Würmer, Eier, Samen, Mineralien etc. Geschickt nutzte er seine Kontakte zu brasilianischen Helfern und sicherte sich die Hilfe von österreichischen Diplomaten genauso wie von brasilianischen und britischen Kaufleuten. Außerdem konnte er nach 1831 auf die Unterstützung seiner brasilianischen Frau Maria do Rego bauen.

Von der Medizin zur Botanik

Der studierte Mediziner Johann Emanuel Pohl (1782–1834) war 1817 bis 1821 Mitglied der österreichischen Brasilien-Expedition. Ab 1818 war er für die botanischen Aufsammlungen verantwortlich und übermittelte zehntausende botanische Belege nach Wien. Nach seiner Rückkehr 1821 war er bis zu seinem Tod am Brasilianum tätig. Die Resultate seiner brasilianischen Sammeltätigkeit verarbeitete Pohl in dem Werk „Plantarum Brasiliae hucusque ineditarum icones et descriptiones“, seine Reiseeindrücke in „Reise im Innern von Brasilien in den Jahren 1827–31“.

Weggenommen? Bewegte Sammlungsvergangenheit

Mehr als 150.000 Objekte gelangten im Zuge der Brasilien-Expedition ab 1817 nach Wien. Viele waren im Brasilianum in der Johannesgasse zu bestaunen. Nach dessen Schließung wurden sie in der Hofburg untergebracht. Als 1848 das Dach der Hofbibliothek in Brand geschossen wurde, wurden neben einem großen Teil der Insekten- und



Foto: NHM / APA-Fotoservice / Tanzer

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 8. Juni (v.l.): Christian Bräuchler (Leiter der Botanischen Abteilung, NHM Wien), Jürgen Meindl (Leiter der Sektion Kunst und Kultur, Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport), Katrin Vohland (Generaldirektorin und wissenschaftliche Geschäftsführerin, NHM Wien), Botschafter Nelson Antonio Tabajara de Oliveira (Brasilianische Botschaft in Wien), Prof. Sabine Eggers (Kuratorin der Anthropologischen Abteilung, NHM Wien), Botschafter Marcus Bergmann (Stv. Leiter der Sektion Internationale Kulturangelegenheiten, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) und Martin Krenn (Leiter des Archivs für Wissenschaftsgeschichte, NHM Wien)

Wirbeltiersammlungen auch viele unersetzliche wissenschaftliche Aufzeichnungen vernichtet. Über 30.000 Pflanzenbelege – vor allem von Johann Pohl – sowie wesentliche Teile der Sammlung Johann Natterers blieben verschont und gingen 1889 an das neu eröffnete Naturhistorische Hofmuseum am Ring. In den 1920er Jahren wurden die ethnographischen Objekte in das 1928 eröffnete heutige Weltmuseum Wien übersiedelt. Die Sammlungen des NHM Wien wuchsen weiter. Aus allen Teilen der Welt kamen Tiere, Pflanzen, Mineralien und Gesteine hinzu. Was damals aus wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Interessen voller Stolz gesammelt wurde, wird heute allerdings aufgrund von teilweise kolonialen und ausbeuterischen Kontexten kritischer gesehen.

Global Scientific Commons

Die Objekte – in zunehmendem Ausmaß auch die Digitalisate – stehen der globalen Forschungscommunity seit jeher offen zur Verfügung. Wichtige Forschungsthemen sind die Beschreibung der biologischen Vielfalt, Erfassung ihrer räumlichen Verteilung und Veränderung und darauf basierend ihr langfristiger Schutz. Außerdem stellen die objektassoziierten Daten eine Basis für vielfältige systemische Forschungsansätze, wie zur nachhaltigen Ressourcennutzung oder zum Verständnis von Ökosystemfunktionen. Ein bahnbrechendes Pilotprojekt war REFLOA. Gefördert und initiiert von brasilianischer

Seite haben über 900 Forschende aus aller Welt Millionen von Herbarbelegen digitalisiert und zusätzlich in einem Online Portal eine aktuelle Übersicht der Pflanzenwelt Brasiliens gegeben.

Für Österreich leistete die Botanische Abteilung des NHM Wien mit geschätzt mehr als 60.000 Herbarbelegen aus Brasilien (getrocknete, gepresste Pflanzen auf Papierbögen montiert und mit Namen und Sammelinformationen versehen), von denen bisher 40.000 digitalisiert wurden, als auch mit Fachexpertise einen wesentlichen Beitrag.

Perfekt im Umgang mit Ressourcen

Schon vor ca. 17.500, vielleicht sogar bereits vor 27.000 Jahren wurde Amerika von Menschen aus verschiedenen Regionen der Welt besiedelt. Jahrtausende vor der Kolonisierung durch die Europäer konnten sie als relativ kleine und isolierte Gruppen im Einklang mit ihrem Lebensraum existieren. Mit Kreativität und technischem Geschick gestalteten sie ihre Umwelt und verbesserten durch Anbau von Nutzpflanzen und Haltung von Nutztieren ihre Lebensbedingungen. Heute gibt es ca. 900.000 Indigene in Brasilien, die 300 unterschiedlichen ethnischen Gruppen angehören und über 150 verschiedene Sprachen sprechen. Ihr Umgang mit Ressourcen hat eine jahrtausendealte Geschichte. Ihre Traditionen sind ein wesentlicher Schlüsselfaktor für die Bewahrung der Naturräume in Brasilien.

Österreich, Europa und die Welt



© NHM Wien

»Rio de Janeiro«, Robert Russ (um 1883). Das Bild zeigt die von tropischer Vegetation umrahmte Hauptstadt des Kaisertums Brasilien und ist im Saal 18 des NHM Wien zu sehen. Anlass für die Wahl dieses Bildthemas waren sicherlich die umfangreichen Sammlungen, die durch die »Leopoldina-Expedition« ans Museum kamen. Inspiriert wurde Robert Russ von den Aquarellen, die der Expeditionsmaler Thomas Ender auf dieser Reise angefertigt hatte. (Anm.: das Bild ist rechts leicht angeschnitten)

Ausgebeutet?

Nach der Eroberung Brasiliens durch die Portugiesen im Jahr 1500 führte der Reichtum an Naturschätzen mehrere Jahrhunderte lang zu extremer Ausbeutung – ohne Rücksicht auf Naturkreisläufe oder Überleben und Kultur der indigenen Bevölkerung.

Der Anbau von Zuckerrohr, Baumwolle, Tabak und Kaffee, aber auch die Goldgewinnung basierten vom Ende des 16. bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Sklaverei.

Die Gewinnung des begehrten Brasilholzes hatte bereits im 16. Jahrhundert die Vernichtung großer Waldgebiete an der Atlantikküste zur Folge. Riesige Landflächen wurden dort von portugiesischen Landbesitzern nach Gutdünken genutzt, um die Erschließung ins Landesinnere voranzutreiben. Sie ließen zunächst Zuckerrohr, im 18. Jahrhundert zunehmend Baumwolle und im 19. Jahrhundert Kaffee anpflanzen. Zusätzlich baute man im Gebiet des heutigen Minas Gerais Gold und Edelsteine ab.

In der Amazonasregion wurde aus dem Milchsaft der Kautschukbäume Kautschuk zur Gummi-Erzeugung gewonnen. Heute zählen Gewinnung von Energie und Bodenschätzen, Anbau von Soja und Schaffung riesiger Weideflächen zur Rinderzucht zu den Hauptursachen für die Zerstörung intakter Naturräume.

Das Naturhistorische Museum Wien

Eröffnet im Jahr 1889, ist das NHM Wien mit etwa 30 Millionen Sammlungsobjekten und mehr als 841.800 BesucherInnen im Jahr 2019 (vor Covid19) eines der bedeutendsten naturwissenschaftlichen Museen der Welt. Seine frühesten Sammlungen sind über 250 Jahre alt, berühmte und einzigartige Exponate, etwa die 29.500 Jahre alte Venus von Willendorf, die vor über 200 Jahren ausgestorbene Stellersche Seekuh, riesige Saurierskelette sowie die weltweit größte und älteste Meteoritenschammlung und die anthropologische und prähistorische Dauerausstellung zählen zu den Höhepunkten eines Rundganges durch 39 Schausäle. Das Deck 50 als neuer Ort für Wissenskommunikation ist ein Experimentier-Raum, der einlädt, Zusammenhänge zwischen Forschung und aktuellen Themen der Gesellschaft spielerisch zu erkunden. Er erlaubt inspirierende Einblicke in die Welt der Wissenschaften.

In den Forschungsabteilungen des Naturhistorischen Museums Wien betreiben rund 60 WissenschaftlerInnen aktuelle Grundlagenforschung in den verschiedenen Gebieten der Erd-, Bio- und Humanwissenschaften. Damit ist das Museum wichtiges Kompetenzzentrum für öffentliche Fragen und eine der größten außeruniversitären Forschungsinstitutionen Österreichs.

Mission und Vision

Das NHM Wien bewahrt, erweitert, erforscht und präsentiert seine umfangreichen biologischen, erdwissenschaftlichen, anthropologischen und archäologischen Sammlungen in einem als Gesamtkunstwerk angelegten Gebäude. Es vermittelt die Vielfalt der Natur, die Evolution des Planeten Erde und des Lebens sowie die damit verbundene kulturelle Entwicklung des Menschen und bietet einen inspirierenden Begegnungsort, an dem Dialog und Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft stattfinden.

Ziel des NHM Wien ist es, einen signifikanten Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Österreich, Europa und der Welt zu leisten. Das will man durch exzellente disziplinäre, interdisziplinäre und partizipative Forschung, durch die digitale Öffnung unserer Sammlungen, durch innovative, inklusive und inspirierende Ansätze der Wissenschaftskommunikation und durch Umsetzung eines CO₂-neutralen Museums bis 2030 erreichen. Das NHM Wien ist mit dem Österreichischen Umweltzeichen zertifiziert und Teil des Projekts „17x17 – 17 Museen, 17 SDGs: Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN“. Eine Initiative von ICOM Österreich in Kooperation mit dem Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport. ■

<https://www.nhm-wien.ac.at/>

Ukrainische Literatur in der Nationalbibliothek

Buchpräsentation mit Außenminister Alexander Schallenberg –
Fast 4000 ukrainische Titel im Bestand der Österreichischen Nationalbibliothek

Am 6. April fand im Oratorium der Österreichischen Nationalbibliothek die Präsentation des Lyrikbandes der ukrainischen Dichterin Lina Kostenko „Ich bin all das, was Lieb und Wert mir ist“ (Klagenfurt, Wieser, 2022) statt, die vom Bundesministerium für Europäische und Auswärtige Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Nationalbibliothek organisiert wurde. Obwohl die 1930 geborene Lina Kostenko zu den wichtigsten Stimmen in der ukrainischen Dichtung des 20. Jahrhunderts gehört, ist sie bei uns kaum bekannt – es gab bislang nur einen einzigen Band mit Übersetzungen ins Deutsche, die neue Ausgabe aus dem Wieser Verlag bringt mehr und neue Texte, die zum Großteil das erste Mal in deutscher Übersetzung vorliegen.

Außenminister Alexander Schallenberg setzte mit seiner Teilnahme an der Buchpräsentation, die vom Außenministerium in Kooperation mit der Österreichischen Nationalbibliothek organisiert wurde, ein starkes Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen Community in Österreich.

„Die Ukraine ist ein europäisches Land, die Ukrainerinnen und Ukrainer sind unsere Nachbarn und es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß wir alles tun, um das Leid der Vertriebenen zu mildern. Dabei dürfen wir eines nicht vergessen: Nicht alle können fliehen – und Lina Kostenko, die wir heute ehren, ist eine davon“, betonte Schallenberg und verwies auf die Situation der ukrainischen Dichterin, die sich nach wie vor in Kiew aufhält.

Lina Kostenko gilt in der Ukraine als moralische Instanz, die zur selbstkritischen Reflexion und Selbsterkenntnis aufruft, um die durch jahrhundertelange Kolonialisierung geschwächten Kräfte der ukrainischen Nation zu regenerieren. Ihr Roman „Aufzeichnungen eines ukrainischen Verrückten“ behandelt das zentrale Problem der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit: Die Herausbildung der nationalen Eliten und deren Herausforderungen nach 1991.

„Der Wunsch nach Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen in der Ukraine und



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei der Buchpräsentation der Schriftstellerin Lina Kostenko



Foto: BMEIA / Gruber

v.l.: der ukrainische Botschafter in Wien Vasyl Khymynets, ÖNB-Generaldirektorin Johanna Rachinger, Außenminister Alexander Schallenberg und Herausgeber Lojze Wieser

die Bereitschaft, dafür auch mit dem eigenen Leben einzustehen, ringt uns allen höchsten Respekt ab. Lina Kostenko steht wie kaum eine andere für dieses Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit“, so der Außenminister zum Werk von Lina Kostenko.

Auf dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine erhielt diese Veranstaltung besonde-

res Gewicht, wie schon die Generaldirektorin der ÖNB, Johanna Rachinger, in ihrer Begrüßung betonte. Die Stimme der Kultur dürfe aber auch in diesen Zeiten nicht untergehen. Außenminister Alexander Schallenberg wies in eindringlichen Worten auf den Ernst der Situation hin, er unterstrich die Bemühungen der österreichischen Regierung zu

Österreich, Europa und die Welt

einer Lösung des Konflikts beitragen zu wollen. Der Botschafter der Ukraine, Vasyl Khymynets, verlas eine Grußbotschaft der Gattin des ukrainischen Präsidenten, Olena Zelenska, die ihren Dank für diese Form einer symbolischen Unterstützung der Ukraine aus Österreich zum Ausdruck brachte.

Im Hauptteil des Abends wurden Gedichte von Lina Kostenko in deutscher Sprache vom Übersetzer, Prof. Alois Woldan, aber auch in der ukrainischen Originalfassung, vorgetragen von Kammersängerin Zoryana Kushpler, gelesen, Gedichte, die nicht unmittelbar mit dem Krieg zu tun haben, deren menschliche und existentielle Botschaft aber auf dem Hintergrund der tragischen Situation einen neuen Beiklang bekam. Zur besonderen Stimmung dieses Abends trug zweifellos auch dessen musikalische Rahmung bei, besorgt von der ukrainischen Geigerin Vira Zhuk, die ein spezifisch ukrainisches Programm ausgewählt hatte, und einmal mehr von der Sängerin Zoryana Kushpler, die von der Rezitation der Texte unmittelbar zum acapella-Vortrag ukrainischer Volkslieder wechselte.

Besonderen Eindruck hinterließ zweifellos eine Grußbotschaft der Dichterin, in einer Videopräsentation vorgetragen von ihrer Enkelin Jaroslava, in der die Dichterin sich aus dem von Krieg und Bomben gezeichneten Kyjiw an ein Publikum in Wien wandte und sowohl an die Brückenfunktion der Dichtung, aber auch an die Verantwortung aller, die an diesem Dialog der Kunst partizipieren, erinnerte.

Ukrainische Literatur in der Österreichischen Nationalbibliothek

Umfang und Reichhaltigkeit dieser Sammlung gehen auf die fast 150 Jahre währende Periode zurück, in der Galizien, Lodomerien und die Bukowina zum habsburgischen Vielvölkerstaat gehörten. Rund 400 ausgewählte Publikationen sollen zur Auseinandersetzung mit diesem kulturellen Erbe anregen. Dabei reicht der thematische und zeitliche Horizont auch über die heutige Westukraine und das Jahr 1918 hinaus. Die Werke stehen allen BenutzerInnen in einem allgemein zugänglichen Lesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek am Heldenplatz zur Verfügung.

Ein Teil dieser in den Depots lagernden Bücher und Zeitschriften erlangt somit Sichtbarkeit und kann direkt aus den frei zugänglichen Regalen entnommen werden. Für alle anderen Titel besteht wie schon bisher die Möglichkeit, sie nach Vorbestellung vor Ort zu lesen oder als Teil der umfangreichen



Foto: BMEIA / Gruber

Univ.Prof. Alois Woldan, Präsident der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft PaN, gab im Gespräch mit Mezzosopranistin Zoryana Kushpler (im Bild) und der ORF-Literaturexpertin Katja Grasser eine Einführung in Lina Kostenkos Leben und Werk.

digitalen Bibliothek am Bildschirm einzusehen.

Für vertriebene UkrainerInnen können diese Regale ein Stück Heimat mitten in Wien bedeuten, für uns alle sind sie ein Anstoß, sich mit einem jenseits des Krieges immer noch weitgehend unbekanntem Land auseinanderzusetzen. Bei einem Besuch in der Österreichischen Nationalbibliothek wurde dem ukrainischen Botschafter in Österreich, S.E. Vasyl Khymynets, dieses Projekt vorgestellt, das auf seine Initiative hin umgesetzt wurde.

Ein wichtiger Grund für die besonders gute Dokumentation ukrainischer Kultur und Sprache an der Österreichischen Nationalbibliothek ist eine Verordnung, die im Jahr 1808 in Kraft trat: Nach der Eingliederung der östlichen Territorien in den Verbund der k.k.

Monarchie wurden auch die neuen Provinzen zu einer Pflichtablieferung für Druckerzeugnisse verpflichtet. Als Folge verzeichnete die ehemalige Hofbibliothek besonders aus Galizien steigende Zugänge. Ein aktueller, auf der Website der Österreichischen Nationalbibliothek veröffentlichter Blogbeitrag verfolgt die Spuren dieser Geschichte.

Heute finden sich in den Beständen der Österreichischen Nationalbibliothek ukrainische Titel vom 19. bis ins 21. Jahrhundert, zu den Themen Geschichte, Sprache, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, Politik und Literatur; darunter auch Bücher österreichischer AutorInnen von Weltrang wie Stefan Zweig, Franz Kafka und Arthur Schnitzler auf Ukrainisch. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

<https://www.onb.ac.at/>



Foto: Österreichische Nationalbibliothek

Der ukrainische Botschafter in Österreich, S.E. Dr. Vasyl Khymynets gemeinsam mit Generaldirektorin Johanna Rachinger bei der Präsentation des neuen Projekts.

Die Ukraine und wir

Österreichisch-ukrainische Beziehungen vom Mittelalter bis in die Gegenwart

Univ.Prof. Alois Woldan*)



© Wikipedia / CC-BY 4.0 / B. Lukashyk

Karte der Ukraine aus 1681, herausgegeben von Moses Pitt als Teil des englischen Atlas – sie zeigt die Karte zeigt das Gebiet der Ukraine, das durch den Vertrag von Zboriv (1649) getrennt wurde und unter der Kontrolle der Saporoger Armee, des Hetmanats (innerhalb der Woiwodschaften Kiew, Tschernihiw und Bratslaw), stand. Sie ist eine der ersten gedruckten Karten mit dem Namen „Ukraine“.

In einer Situation, da die Medien aus traurigem Anlaß voll sind von Berichten über die Ukraine, sei es unternommen einen Blick zurück zu tun auf entscheidende Phasen der ukrainischen Geschichte, die zeigen, wie sehr die Ukraine mit Europa, Mitteleuropa und auch Österreich verbunden ist. Genau diese

Momente lassen auch die Unterschiede zwischen der Ukraine und Rußland deutlich werden – in der russischen Geschichte fehlen diese Phasen, die die Integration der Ukraine in das Abendland und damit auch nach Europa bestimmten und auch heute als ein Argument für die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union dienen können.

ren südwestlicher Teil, bestehend aus den Fürstentümern Halytsch und Wolodymyr, als ein speziell ukrainisches Gebiet und auch als ein erster ukrainischer Staat zu betrachten. Dieses Fürstentum hat den Untergang der Rus' 1240 um gut hundert Jahre überlebt, es wurde um 1350 vom polnischen Königreich in Besitz genommen – 400 Jahre später, 1772, kommen diese Gebiete mit der Ersten Teilung Polens an Österreich, im Namen des neu geschaffenen Kronlandes „Galizien und Lodomerien“ leben die alten Fürstentümer weiter.

Wenn auch die Kiewskaja Rus' des 9.-13. Jahrhunderts, der heute vielzitierte erste ostslawische Staat, als die Wiege dreier slawischer Nationen, der Russen, Ukrainer und Weißrussen, angesehen wird, so ist doch de-

*) Dr.h.c.mult. Dr.phil. Alois Woldan ist Professor für Theologie, Slavistik und Komparatistik, Träger des Österreichischen Ehrenkreuzes für Kunst und Wissenschaft I. Klasse und Präsident der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft <http://www.ooug-wien.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Einen Höhepunkt erreichte die Geschichte...

von Halytsch und Wolodymyr unter Danylo (1201-1264), der als einziger ostslawischer Fürst vom Papst mit der Königskrone bedacht wurde (der Titel „Rex Russiae“ meint nicht das spätere Rußland mit der Hauptstadt in Moskau, sondern die Rus’ mit der Hauptstadt Kiev). Danylo, der enge Beziehungen zu seinen westlichen Nachbarn Ungarn und Polen unterhielt, gründete mehrere Städte, die wichtigste davon ist zweifellos „Leopolis“ (ukr. Lwiw, poln. Lwów, dt. Lemberg), die nach Danylos Sohn Leo/Lew benannt wurde. In diese neu gegründeten Städte wurden sehr bald auch deutsche Kolonisten berufen, sie wurden mit dem Magdeburger Stadtrecht ausgestattet, das eine bürgerliche Selbstverwaltung vorsah – ein typisch europäisches Charakteristikum, das den Städten des Großfürstentums Moskau fehlte.

Unter Danylo kommt es auch zu einem ersten österreichisch-ukrainischen Kontakt, als dieser 1252 auf der Seite der ungarischen Königs Bela IV. in den Kampf um das Babenbergische Erbe gegen Přemysl Otokar II. eingreift. Wenig später kam es sogar zu einer Eheschließung zwischen Danylos Sohn Roman und der Nichte des letzten Babenbergers, Gertrude – es ist allerdings nicht überliefert, ob dieses Paar jemals in die heimatische Ukraine zurückkehrte und somit verlieren sich die Spuren dieser ersten direkten Beziehung. Das ukrainische Erbe der Fürstentümer Halytsch und Wolodymyr hat sich allerdings über die Jahrhunderte bis ins österreichische Galizien erhalten.

Wien aus der höchst bedrohlichen zweiten Türkenbelagerung befreit

In späteren Jahrhunderten finden sich ukrainisch-österreichische Beziehungen oft in anderen Beziehungen eingeschlossen, wie etwa den österreichisch-polnischen – kein Wunder, gehörte doch der größten Teil der heutigen Ukraine über Jahrhunderte zum polnischen Staat. Als König Jan Sobieski am 13. September 1683 mit seinem Angriff vom Kahlenberg die Stadt Wien aus der höchst bedrohlichen zweiten Türkenbelagerung befreite, kämpften auch zahlreiche Ukrainer in seinen Reihen. Sobieski selbst, aus dem Osten Polens, der heutigen Westukraine stammend, hatte einen Teil seines Heeres in dieser Gegend rekrutiert; dazu kamen Kosakenregimenter aus der rechtsufrigen, polnischen Ukraine, die eine willkommene Ergänzung zur polnischen Kavallerie darstellten. Heute erinnert das Kosaken-Denkmal im Türken-



© Wikipedia // CC-BY 4.0 /

Die Sprachgruppen Österreich-Ungarns im Jahr 1910 (basierend auf dem Geschichtsatlas von William R. Shepherd, 1911)

schanz-Park an die Mithilfe ukrainische Kämpfer beim Einsatz von Wien 1683. Auch der berühmte Kundschafter Kolschitzky, der die Verbindung zwischen der eingeschlossenen Stadt und dem Entsatzheer herstellte, war ein gebürtige Ukrainer, Jurij Kultschyzykj, der aufgrund seiner polnischen Staatsbürgerschaft zumeist als Pole gilt.

Echter Bürgerkrieg im polnisch-litauischen Staat

Das polnisch-ukrainische Verhältnis spitzte sich im Lauf der Zeit immer mehr zu, 1648 kam es im Aufstand unter Bohdan Chmelnyzkyj, einem enorm wichtigen Da-

tum im ukrainischen nationalen Gedächtnis, zu einem echten Bürgerkrieg im polnisch-litauischen Staat, der aus der „polnischen“ Ukraine einen großen Teil herauslöst und dem russischen Zaren unterstellt. Das hatte eine Zweiteilung des Landes zur Folge, die Gebiete westlich des Dnipro bleiben bei Polen, die östlich des Flusses gelangen unter russische Oberherrschaft. Am Ende dieser Zeit steht ein Versuch, nicht nur diese beiden Teile wieder zu vereinigen, sondern auch die Ukraine aus der russischen Vorherrschaft, die in der Regierungszeit des Zaren Peter immer belastender wurde, zu befreien. Hetman Iwan Mazepa (1639-1709), langjähriger treuer Va-



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Das Kosaken-Denkmal im Wiener Türken-schanz-Park

Österreich, Europa und die Welt



© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Foto: Roman Naumov

Der 1744 von der russischen Kaiserin Elisabeth in Auftrage gegebene Marien-Palast in Kiew ist offizielle Residenz des Präsidenten der Ukraine. Es handelt sich hier um einen Bau von Bartolomeo Francesco Rastrelli ist, der vielen vielleicht durch seine Paläste in Petersburg bekannt ist.

sall des russischen Zaren, ging 1708 auf die Seite des schwedischen Königs Karls XII. über. Mazepas Bündnis mit dem Schweden ist nicht nur von den militärischen Erfolgen des scheinbar unbesiegbaren jungen Königs bedingt, es stellt auch einen Versuch dar, die Ukraine mit Hilfe eines neuen, „westlichen“ Bündnispartners unabhängig zu machen. Dieser Versuch scheitert ein Jahr später in der Schlacht von Poltawa 1709. Karl XII. mußte seine erste große und zugleich definitive Niederlage hinnehmen, Rußlands Aufstieg zur europäischen Großmacht war gesichert. Für die Ukrainer, die übrigens ihrem Hetman bei seinem Wechsel auf die schwedische Seite nur zu einem kleineren Teil gefolgt waren, war diese Niederlage fatal: abgesehen vom grausamen Blutgericht, das Peter über die „Verräter“ befahl (Mazepa konnte sich zusammen mit Karl ins türkische Exil retten, er starb noch im selben Jahr) und der nicht weniger brutalen Zerstörung von Mazepas Hauptstadt Baturin, stellt Poltawa den Beginn einer massiven Russifizierung dar.

Vormauer der Christenheit

Kurz vor seinem Wechsel auf die schwedische Seite schrieb Mazepa einen Brief nach Wien an Joseph I., Kaiser des Römischen Reichs, mit der Bitte um Erhebung in den Stand eines Reichsfürsten. Die Begründung, die Mazepa in diesem deutsch abgefaßten Schreiben anführt, ist typisch für das ukrainische Selbstverständnis der Frühen Neuzeit: Mazepa und seine Kosaken hätten schon immer die Feinde der Christenheit von deren Grenzen abgehalten und wären auch in Zukunft bereit, als eine „Vormauer der gant-

zen Christenheit uns willig bey allen Vorfällen gebrauchen zu lassen“. Hier wird die Vorstellung von einem „antemurale Christianitatis“, einer Vormauer der Christenheit“, gebraucht, die sich auch im Selbstverständnis anderer mitteleuropäischer Nationen findet. Das schließt aber ein, daß diese Vormauer noch auf dem Gebiet des christlichen Abendlands steht, das es zu verteidigen gilt – d.h. die Ukraine ist Teil dieser Hemisphäre, wenn auch ganz an deren Rand (so auch die Etymologie des Wortes „Ukraine“ – „am Rand“ gelegen).

Königreich Galizien und Lodomerien

1772 kommen die Fürstentümer Halych und Wolodymyr (dieses nur zum geringeren Teil) an das Kaiserreich Österreich und werden mit dem Gebiet Klempolen im neugeschaffenen „Königreich Galizien und Lodomerien“, dem flächenmäßig größten Kronland des Habsburgerreichs, vereinigt. Seit 1772 muß man die Geschichte der Ukraine in zwei Versionen schreiben, der Geschichte der Ruthenen (so die offizielle Bezeichnung der Ukrainer in Österreich) in Österreich und die der Kleinrussen (so wurden die Ukrainer aus „großrussischer“ Perspektive abschätzig bezeichnet) im Zarenreich. Eine Nation, die über zwei historische Narrative, aber die längste Zeit über keinen Staat verfügte, auch das ist typisch für die Ukraine. Der Vergleich dieser beiden Narrative ergibt, daß die Situation für die Ukrainer im Kaiserreich Österreich und in Österreich-Ungarn besser war, als in Rußland, vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als in Österreich seit der konstitutionellen Ära auch für die

Ruthenen ein Mitspracherecht im Wiener Reichsrat gegeben war, in Rußland hingegen der Gebrauch des Ukrainischen im öffentlichen Leben seit den 1870er Jahren völlig verboten wurde – ukrainische Bücher konnten also ab jener Zeit nur mehr im Ausland, vor allem in Galizien, gedruckt werden.

Aber auch schon zu Beginn der habsburgischen Herrschaft über die heutige Westukraine wurden Maßnahmen ergriffen, die der ruthenischen Bevölkerung zugutekamen, wenn auch primär im religiösen Bereich (man nahm die Ruthenen als griechische Katholiken wahr, im Unterschied zu den römisch-katholischen Polen). Die Ausbildung des griechisch-katholischen Klerus wurde gefördert, aus dem Stand der verheirateten Geistlichen entwickelte sich später die Schicht der ukrainischen Intelligenz, als die Pfarrersöhne nicht mehr nur Theologie, sondern Jus, Medizin, Philologie und andere weltliche Disziplinen studierten. Ab den 1870er-Jahren studierten die Ruthenen Galiziens in großer Zahl in Wien (die Universität in Lemberg war zu sehr von der polnischen Verwaltung dominiert), die Matrikel der Wiener Universität weisen zahlreiche ukrainischen Namen auf.

Der Gegensatz zwischen der polnischen Oberschicht Galiziens und der ruthenischen Unterschicht, die in Ostgalizien die große Mehrheit bildete, zeigte sich zum ersten Mal im Jahr des Völkerfrühlings, 1848. Nun schickten auch die Ruthenen, so wie zuvor schon die Polen, eine Petition nach Wien, in der man vor allem um sprachliche Autonomie bat. Ermutigt wurde man dabei von Franz Graf v. Stadion, der nicht nur die ruthenischen Volksvertreter in ihren Anlie-

Österreich, Europa und die Welt



© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Foto: Nick Grapsy

gen bestätigte, sondern auch die Leibeigenschaft in Galizien aufhob – eigenmächtig, nachdem auf seine diesbezügliche Anfrage nach Wien keine Antwort gekommen war. Erst vor kurzem hat man die Verdienste Stadions um die Ukrainer auch in der Westukraine erkannt, wäre nicht jener Krieg, der die ganze Ukraine in ihrer Existenz bedroht, so hätte man noch im Mai dieses Jahres eine Gedenktafel für diesen österreichischen Beamten in Iwano-Frankiwsk, dem damaligen Stanislaw, wo Stadion zuerst Dienst tat, bevor er in Lemberg Gouverneur wurde, enthüllt.

In ganz Galizien wurde Polnisch zur Amtssprache

1867, kurz nachdem mit dem „Ausgleich“ aus dem Kaiserreich die Doppelmonarchie geworden war, erhielt auch Galizien eine Art von Ausgleich im Sinn einer kulturellen und sprachlichen Autonomie, die aber vor allem dem polnischen Teil der Bevölkerung zugutekam (sie wurde auch aufgrund einer Loyalitätserklärung der führenden polnischen Kreise an den Kaiser gewährt). Nun wurde Polnisch in ganz Galizien zur Amtssprache, in der Verwaltung, bei Gericht und im Gymnasium. Die Ruthenen aber, die schon 1848 eine Gleichheit beider Landessprachen als Amtssprachen gefordert hatten, gingen leer aus. Um eine Tätigkeit in der Verwaltung Galiziens ausüben zu können, mußte man Polnisch können, was einer



Bevorzugung des Polnischen gleichkam. Es steht außer Zweifel, daß auch dieser Umstand den bereits bestehenden Konflikt zwischen den beiden größten Nationalitäten in Galizien nur noch vertiefte. Der Schriftstel-

oben: Das Wydybuzkyj-Kloster ist das älteste Kloster der Ukraine

links: Kosakendenkmal bei Berestetschko

ler Iwan Franko (1856-1916), der heute als der wichtigste Autor der Westukraine gilt, thematisierte die Benachteiligung seiner Gruppe, der Ruthenen, in vielen seiner Werke, so auch in seinen auf Deutsch verfaßten Beiträgen für die Wiener Zeitung „Die Zeit“, für die Franko regelmäßig Berichte über die Zustände in Galizien schrieb.

Ukrainer und Polen kämpften auf beiden Seiten der Front

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde Galizien zum Kriegsschauplatz, Millionen von Menschen, Soldaten und auch Zivilisten kamen dabei ums Leben. Ukrainer und Polen kämpften auf beiden Seiten der Front, in russischen wie auch österreichischen Uniformen, und beiden Gruppen verbanden mit einem Sieg der Mittelmächte die Hoffnung auf eine Wiedererstehung des eigenen Staates. In Österreich durften mit Erlaubnis des Oberkommandos eigene ukrainische und polnische Freiwilligeneinheiten aufgestellt werden, die ukrainischen Sitsch-Schützen bzw. die polnischen Legionen, denen bei Kriegsende große Bedeutung für die Etablierung der neu gegründeten Staaten zukam. Zahlenmäßig nicht zu vergleichen mit den Hundertausenden von Ruthenen, die in gewöhnlichen österreichischen Uniformen für Kaiser, Volk und Vaterland kämpften und

Österreich, Europa und die Welt

massenweise dafür auch den Tod fanden, stellten die Sitsch-Schützen eine national bewusste und hochmotivierte kleine Elite dar, die nach Kriegsende im November 1918 eine wichtige Rolle spielen sollte. In ihren Reihen kämpfte auch ein Habsburgischer Erzherzog, Wilhelm von Habsburg, Wasyl' Wyschywanyj, wie ihn die Ukrainer liebevoll nennen, in dem man nicht nur einen militärischen Anführer, sondern auch den Fürsten einer zukünftigen, auf den Trümmern des besiegten Zarenreichs erbauten Ukraine sah. Wilhelm bezahlte für diese Visionen mit dem Tod im Kiewer Untersuchungsgefängnis 1948; vor kurzem hat man ihm in Kiew ein Denkmal gesetzt, in Charkiw, das heute für ganz andere Schlagzeilen sorgt, wurde Anfang Oktober 2021 eine Oper über ihn uraufgeführt.

Schon nach der Februarrevolution 1917 entstand in Kiew ein neuer ukrainischer Staat, die Ukrainische Volksrepublik, die bis 1922 Bestand hatte, dann aber der bolschewistischen Übermacht zum Opfer fiel und einer sozialistischen Sowjetrepublik weichen mußte. Anders verliefen die Ereignisse im österreichischen Ostgalizien, wo am 1. November 1918 ukrainische Verbände die Stadt Lemberg besetzten und die Westukrainische Volksrepublik ausriefen. Dieser ukrainische Staat konnte sich für ein gutes halbes Jahr in Stanislaw (heute Iwano-Frankiwsk) etablieren, bevor er im Mai 1919 der polnischen militärischen Übermacht weichen mußte. Die Regierung emigrierte nach Wien, wo sie bis 1921 existierte. Im Frühjahr 1919 hatte es noch einen Versuch gegeben, beide Republiken zu einem ukrainischen Staat zu vereinen, der aber über eine symbolische Geste nicht hinauskam.

Wien als Ziel von Flüchtlingen

Der Erste Weltkrieg und die Westukrainische Republik hatten ein spezifisches Echo in Österreich, vor allem in Wien. Schon von den ersten Kriegstagen an wurde Wien zum Ziel von Flüchtlingen, die aus Ostgalizien vor den russischen Armeen flohen, vor allem jüdische Bewohner. Dazu kamen große Mengen von ruthenischer Zivilbevölkerung, die von den Behörden aus dem Gebiet der Kampfhandlungen zwangsevakuieren wurden – das gut dokumentierte Lager in Gmünd/NÖ beherbergte in Spitzenzeiten bis zu 100.000 Flüchtlinge, die Mehrheit davon Ukrainer. Im Lager Gmünd, das vor allem von Frauen, Kindern und alten Menschen belegt war, gab es eine Kirche und Schulen, und auch ein reges kulturelles Leben. Im oberösterreichi-



Wilhelm von Habsburg (1895-1948) bzw. Wasyl' Wyschywanyj, wie ihn die UkrainerInnen liebevoll nennen

schen Freistadt waren im sog. „Ukrainerlager“ Kriegsgefangene aus den zaristischen Armeen interniert, Ukrainer, die aufgrund ihrer Uniformen häufig als „Russen“ galten. Auch dort erschienen Zeitschriften und Broschüren, entstanden literarische Texte, die ein kleines Zeugnis von dem Geist bewahrt haben, der in diesen Lagern herrschte und nicht nur von der Rückkehr in die Heimat, sondern auch vom Glauben an eine wiedergeborene, neue und bessere Ukraine beseelt ist. Besonders negativ konnotiert ist im ukrai-



Iwan Franko, Ein Held wider Willen

nischen historischen Bewußtsein das Lager Thalerhof bei Graz (die letzten Reste mußten dem Bau des gleichnamigen Flughafens weichen), wo politische Gefangene interniert waren, ruthenischen Pfarrer und Intellektuelle, die man – in der Regel völlig zu Unrecht – der Spionage für die Russen verdächtigt hatte. Die große Zahl von Todesopfern in diesem Lager, auch auf die schlechten hygienischen Verhältnisse zurückzuführen, trägt dazu bei, daß Thalerhof auch in der Geschichte der österreichisch-ukrainischen Beziehungen einen traurigen Tiefpunkt darstellt.

Ukrainisches kulturelles Leben in Wien

In Wien entwickelte sich in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ein reges ukrainisches kulturelles Leben, Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren erschienen in ukrainischer und vereinzelt auch in deutscher Sprache. Intellektuelle und Künstler, die aus Lemberg, manchmal sogar aus Kiew geflohen waren gründeten 1921 in Wien die Freie Ukrainische Universität, die aber noch im selben Jahr nach Prag übersiedelte; 1944 zog sie von dort nach München weiter, wo sie bis heute tätig ist. Mit den Jahren 1922/1923 kam auch schon das Ende des großen ukrainischen Exils in Wien, der Schwerpunkt der ukrainischen Diaspora verlagert sich nach Prag, wo Präsident Masaryk viel Verständnis für die Nöte der russischen, ukrainischen und weißrussischen Emigration zeigte.

Zu einer zweiten ukrainischen Emigration in Österreich kam es nach dem Zweiten Weltkrieg, nur daß die ukrainischen Flüchtlinge jetzt Wien mieden (dort gab es ja auch eine sowjetische Zone) und sich in Salzburg, dem nahen Bayern und Tirol niederließen. Wiederum wurde in den Flüchtlingslagern das kulturelle Leben rasch wiederhergestellt, es gab Schulen, Theatergruppen, Zeitschriften, ein Gymnasium und Kirchen des orthodoxen wie auch des griechisch-katholischen Ritus. Auch die zweite ukrainische Emigration blieb, von kleinen Resten abgesehen, nicht lang in Österreich, ab 1947 wurde München zum Zentrum der ukrainischen Diaspora, und von dort ging es wenig später weiter nach Übersee.

Dritte ukrainische Emigration

Heute sind wir Zeitzeugen einer dritten ukrainischen Emigration in Österreich und es liegt auch an uns ÖsterreicherInnen, den Menschen aus der Ukraine in einer Situation, da deren Heimat von einer beispiellosen Katastrophe heimgesucht wird, Schutz zu bieten und zu helfen. ■

And the Winners are...

»WirtschaftsOskar« 2022 in Los Angeles vergeben – Greiner Bio-One, Frauscher Bootswerft, Binderholz, Fritz Egger mit US-A-BIZ AWARD für Spitzenleistungen am US-amerikanischen Markt ausgezeichnet

Foto: Österreichisches AußenwirtschaftsCenter Los Angeles



Volker R. Ammann, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles (7.v.l.), mit allen „WirtschaftsOskar“-GewinnerInnen und Nominierten

Am 28. März wurden in Los Angeles die weltberühmten Academy Awards vergeben. Am Oscar-Wochenende gab es allerdings für die österreichischen Unternehmen, die vom AußenwirtschaftsCenter Los Angeles für ihre herausragenden Leistungen in den USA ausgezeichnet wurden, noch mehr zu feiern. Die Gewinner – wie die Nominierten – sind Zeugnis österreichischen Unternehmertums, deren Innovationskraft und Engagement – selbst in schwierigen Zeiten und das in einem der kompetitivsten Märkte der Welt, den USA.

Die Gewinner des US-A-BIZ AWARD 2020 sind....

...in der Kategorie Growth

Greiner Bio-One International GmbH, Kremsmünster, OÖ – Covid-19 stellt uns alle, aber auch die Forschung vor viele neue Herausforderungen. Als Hersteller von Kunststoffprodukten für das Gesundheitswesen erkannte Greiner Bio-One schnell den Bedarf an Virustransportröhrchen und brachte Vacuette® auf den Markt, das in Rekordzeit im gesamten US-Markt ausgeliefert werden konnte. Im Geschäftsjahr 2020 wurden weltweit mehr als 2300 MitarbeiterInnen an 28 Standorten in 20 Ländern beschäftigt und der Jahresumsatz erfuhr gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 36 Prozent

auf von 693 Millionen Euro. Der Großteil dieses Wachstums ist auf den Erfolg von Greiner Bio-One North America, Inc. rückführbar.

<https://www.gbo.com/>

...in der Kategorie Innovation

Frauscher Bootswerft GmbH & Co KG, Ohlsdorf, OÖ – Die Frauscher-Werft beeindruckt seit mehr als 90 Jahren durch Innovation. Mit ihrem neuen Elektro-Katamaran hat das Familienunternehmen aus Oberösterreich Bootfahren in ruhigen Gewässern erneut revolutioniert. Die TimeSquare20 kombiniert Ruhe mit Geschwindigkeit und erntet auch am US-Markt reichlich Anerkennung: 2021 wurden allein mit diesem „Hingucker“ 2 Millionen US-Dollar erwirtschaftet. Bei der Frauscher Bootswerft stellt Elektromobilität einen Anteil von rund 40 Prozent. Also nachhaltige Elektromobilität für's Wasser, gepaart mit einer gehörigen Portion Innovationskraft. Schiff Ahoi!

<https://www.frauscherboats.com/>

...in der Kategorie Investement

Fritz Egger GmbH & Co. OG, St. Johann in Tirol – 1961 wird aus einem Tiroler Sägewerk das erste Egger Spanplattenwerk – Holzreste veredeln statt wegwerfen ist die Devise! Heute gehört Egger zu den weltweit

führenden Holzwerkstoffherstellern mit 20 Werken in 10 Ländern und über 10.000 MitarbeiterInnen. Selbst im Pandemiejahr 2021 wurde investiert: das neue Werk in Lexington, North Carolina, wurde fertiggestellt. Hier kann Egger bei voller Kapazität nun jährlich bis zu 326.000 Tonnen Holz verarbeiten. Außerdem zeigt sich der Nachhaltigkeitsgedanke in der neuen Versandart: anstatt per LKW werden die Produkte nun auch per Bahn verschickt.

<https://www.egger.com/>

...in der Kategorie Spectacular

Binderholz GmbH, Fügen, Tirol – Durchdachte Lösungen aus massivem Holz mit verantwortungsvollem Umgang nach dem Zero-Waste Prinzip und einer Produktvielfalt vom Gartenholz bis hin zum Biobrennstoff – die Binderholz GmbH ist schon an sich „Spectacular“. Trotz allem läßt das „Intro-Projekt“ noch einmal mehr staunen: mit „Binderholz-Holz“ entstand das größte Massivholzgebäude der USA. Mit neun Stockwerken und einer Gesamtfläche von 505.000 m² in Cleveland, Ohio ist das Gebäude ein US-Rekord. Hier wird in Sachen Nachhaltigkeit ein neuer Standard in der Bauindustrie gesetzt – Exporterfolg „Made in Austria“.

<https://www.binderholz.com/>

<https://wko.at/aussenwirtschaft/us>

ADLER-1/APID spürt ersten Weltraum-Meteoriden auf

Rot-weiß-roter Kleinsatellit entdeckt nach wenigen Monaten im Orbit bereits Weltraumschrott



© ÖWF

Grafische Darstellung des ADLER-1 Kleinsatelliten im Orbit mit entfaltbarem Sensor (APID), der die Einschlagsenergie von Partikeln mißt

Von einem extraterrestrischen Objekt bzw. einem Mikrometeoriden mit einer geschätzten Geschwindigkeit von mindestens 50.000 km/h stammt das erste Signal, das der vom Österreichischen Weltraum Forum (ÖWF) gemeinsam mit Spire Global Inc. und der Findus Venture GmbH entwickelte Kleinsatellit „ADLER-1“ Anfang Mai detektiert hat. Von den bisherigen 70.000 Signalen hat sich eine Signalform stark verändert, die letztendlich auf diese hohe Geschwindigkeit schließen lässt. Zum Zeitpunkt der Detektion befand sich ADLER-1 in einer Höhe von 479 Kilometern über dem Atlantischen Ozean.

Gernot Grömer, Direktor des Österreichischen Weltraum Forums (ÖWF): „Die Detektion dieses Einschlages kommt früher als wir eigentlich geplant hatten, weil wir den Sensor unter Weltraumbedingungen erst verstehen lernen müssen: So ein deutliches Signal ist ein erster Erfolg. Wir vermuten, daß sich in den bisher aufgezeichneten Rohdaten noch mehr dieser Signale verstecken. Es zeigt, daß der von uns in Kooperation mit Spire Global Inc. und der Findus Venture

GmbH in Österreich entwickelte Satellit exakt funktioniert.“

ESA und ÖWF gemeinsam auf Weltraumschrott-Suche

Bei Weltraumschrott handelt es sich um Partikel in der Erdumlaufbahn in der Größe von Staubeilchen bis zum Kleinbus, die zum Teil mit mehreren zehntausenden Stundenkilometern mit Satelliten kollidieren können. Dieser „Müll“ gestaltet sich als immer größer werdendes Problem für die Raumfahrt. Zudem erweisen sich die Detektion und Überwachung davon, speziell von kleinsten Teilchen, als besonders schwierig. Dazu Gernot Grömer: „In enger Zusammenarbeit mit der European Space Agency wollen wir die Modellierung von Weltraumschrott deutlich verbessern. Wenn wir wissen, in welchen Umlaufbahnen sich wieviele und welche Teilchen befinden, können wir Gegenmaßnahmen besser planen.“

Das Österreichische Weltraum Forum

gehört im Bereich der Analogforschung weltweit zu den führenden Organisationen,

die an der Vorbereitung astronautischer Erforschung anderer Planeten mitarbeiten. ExpertInnen verschiedener Disziplinen bilden innerhalb des ÖWF die Basis für diese Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, Industrie und Unternehmen unterschiedlicher Branchen wird hier Forschung auf höchstem Niveau betrieben. Dabei nutzt das ÖWF seine ausgezeichneten Kontakte zu MeinungsbildnerInnen, Politik und Medien, um österreichische Spitzenforschung und Technologie international voranzutreiben und bekanntzumachen. Das ÖWF ist zudem einer der wichtigsten Bildungsträger in Österreich, wenn es um Raumfahrt und darum geht, junge Menschen für Wissenschaft und Technik zu begeistern sowie ihnen einen Zugang zu dieser Branche zu ermöglichen.

Neben der Betreuung von universitären Arbeiten bietet das ÖWF auch immer wieder Studierenden und SchülerInnen die Möglichkeit, im Rahmen von Praktika ihr Wissen zu erweitern. ■

<https://oewf.org/>

<https://www.esa.int/>

Hohe Auszeichnung für den Dachverband-PaN

... durch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner im Rahmen des Tags der steirischen Verbände des Österreichischen Bundesheeres



Foto: Österreichisches Bundesheer

v.r.: Generalmajor Gerhard Christiner, Rektor Wilfried Eichlseder (Montan Universität Leoben) mit Pressesprecher Erhard Skupa, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, PaN-Präsident Hermann Mückler, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Generalmajor Martin Dorfer und Direktor Winkelbauer (Wiener Städtische Versicherung) mit einem Assistenten

Am 10. Juni besuchte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Leistungsschau „Tag der steirischen Verbände“ des Österreichischen Bundesheeres in der Grazer Belgier-Kaserne. Neben der Leistungsschau verlieh Tanner Urkunden an Partner des Bundesheeres: An die Montanuniversität Leoben, an „Partner aller Nationen – PaN“ und an die Wiener Städtische Versicherung.

Vielseitige Aufgaben des Bundesheeres

„Die heutige Informationsveranstaltung in der Grazer Kaserne zeigte wieder einmal, wie vielseitig die Aufgaben des Bundesheeres in der Luft, zu Lande und im Wasser sind. Die steirischen Soldatinnen und Soldaten

beweisen in Einsätzen und Übungen immer wieder, wie wichtig ihr Beitrag zum Schutz der österreichischen Bevölkerung ist. Dass sie dabei auch eng mit zivilen Partnern kooperieren zeigt, wie sehr die steirischen Truppen in der Mitte der Gesellschaft stehen. Dafür danke ich hier – im ‚Grünen Herz‘ Österreichs – allen Soldatinnen, Soldaten, Zivilbediensteten und Partnern des Bundesheeres“, sagte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Informations- und Leistungsschau

Nach einem militärischen Festakt konnten sich alle Gäste und BesucherInnen bei Themeninseln über die vielfältigen Aufga-



Foto: PaN

Partner-Urkunde für den Dachverband PaN

Österreich, Europa und die Welt / PaN

ben und Einsätze der im Land Steiermark dislozierten Verbände und Dienststellen informieren: Ein Highlight war die Gefechtsvorführung durch die Militärpolizei mit Infanteristen und dem Sanitätszentrum Süd in Graz. Dabei wurden der neue Mannschaftstransportpanzer „Pandur Evolution“ und das geschützte Mehrzweckfahrzeug „Husar“ in Aktion präsentiert. Die Militärhunde stießen vor allem bei den jüngsten BesucherInnen auf großes Interesse.

Die in der Steiermark stationierten Luftstreitkräfte präsentierten sich mit bodengestützten Kampfelementen. Ein Zielzuweisungsradar und eine radargesteuerte Zwillinge-Fliegerabwehrkanone waren in Aktion zu sehen. Für die Kleinsten gab es von der Militärpfarre Steiermark ein Kinderprogramm.

Insgesamt sind in der Steiermark 3.600 SoldatInnen und Zivilbedienstete beruflich tätig. Derzeit absolvieren etwa 3.000 RekrutInnen ihren Grundwehrdienst im „Grünen Herz“ Österreichs. Etwa 4.000 steirische MilizsoldatInnen engagieren sich neben ihrem Zivilberuf regelmäßig beim Bundesheer.

<https://www.bundesheer.at/>

oben (v.l.): Generalmajor Gerhard Christner, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, PaN-Präsident Hermann Mückler, PaN-Generalsekretär Walter J.Gerbautz und Generalmajor Martin Dorfer

rechts: Parade der Steirischen Verbände

unten: PaN-Präsident Hermann Mückler, Brigadier Herbert Sailer und PaN-Generalsekretär Walter J.Gerbautz



Foto: Österreichisches Bundesheer



Foto: PaN / Walter J. Gerbautz



Foto: Österreichisches Bundesheer

Neue Tafeln am »PaN-Platz« am Flughafen Wien

Seit 2007 »PaN-Platz« beim VIP- und General Aviation Terminal



Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Michael Zach (Vienna Aircraft Handling), Flughafen Wien-Vorstand Julian Jäger, Pan-Präsident Hermann Mückler, Flughafen Wien-Vorstand Günther Ofner, Pan-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Christoph Schmidt (Vienna Aircraft Handling)

Seit 2007 fungiert der Dachverband aller Österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN (Partner aller Nationen) – als Namensgeber für den Vorplatz und Kreisverkehr beim VIP- und General Aviation Terminal am Flughafen Wien. Nun wurden der Platz und die Zufahrt neu gestaltet und dabei auch die Beschilderung modernisiert. Enthüllt wurden die PaN-Tafeln am 12. Mai von den Flughafen Wien-Vorständen Julian Jäger und Günther Ofner gemeinsam mit PaN-Präsident Hermann Mückler und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und den Vienna Aircraft Handling-Geschäftsführern Michael Zach und Christoph Schmidt.

Der Dachverband PaN entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Ziel, ein möglichst dichtes Netz der Völkerverständigung und Kooperation zu knüpfen. PaN setzt sich als „stiller Diplomat“ für Völkerfreundschaft, den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft und den vorurteilsfreien Dialog zwischen den Nationen, Kulturen und Konfessionen ein. Die Bedeutung der völkerverbindenden Tätigkeit des Dachverbands PaN ist in den prominent besetzten Ehrenämtern dokumentiert. Der Bundesprä-

sident fungiert als Schirmherr, der jeweilige Präsident oder die jeweilige Präsidentin des Nationalrats und des Bundesrats formen zusammen das Ehrenpräsidium und alle neun Landeshauptleute das Ehrenkuratorium.

Als Zeichen der Anerkennung dieses Engagements wurden der Vorplatz und der Kreisverkehr vor dem VIP- und General Aviation Terminal als „PaN-Platz“ benannt. ■ <https://www.viennaairport.com/>



Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Pan-Präsident Hermann Mückler, Wilfried Berger, Sales & Marketing Manager am VIP- und General Aviation Center, und Pan-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

30 Jahre Österreich-Belgische Gesellschaft – PaN

100 Mitglieder feierten das Jubiläum gemeinsam mit dem belgischen Botschafter und Vertretern des Dachverbands PaN



Foto: PaN / Michael Nilsche

v.l. Schatzmeister Dominique Freches, Generalsekretärin Marleen Deblonde, Vizepräsidentin Brigitte Beidinger, Präsident Bruno Demol, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, PaN-Vorstand Greet Machek-Voss und Botschafter Ghislain Dhoop

Im Rahmen ihres alljährlichen Sommerfestes beim Gumpoldskirchner Heurigen der Familie Schabl feierten mehr als 100 Mitglieder der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft sowie Botschafter Ghislain Dhoop und Vertreter des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN am 26. Juni bei hochsommerlichen Temperaturen ihr 30jähriges Bestandsjubiläum. Bereits kurz nach drei Uhr Nachmittag trafen die ersten Festgäste ein, darunter auch viele Familien mit ihren Kindern, die – ebenso wie die Erwachsenen – passende Unterhaltungsmöglichkeiten im kinderfreundlichen Heurigenbetrieb der Familie Schabl vorfanden.

Nachdem auch der belgische Botschafter sich es nicht nehmen ließ, zu diesem schönen Jubiläum aus Wien anzureisen und das Eintreffen der Gäste abgeschlossen war, leitete Präsident Bruno Demol zum festlichen Teil über.

Nach einer kurzen Begrüßung und Danksagung an alle Anwesenden, FreundInnen und UnterstützerInnen der Österreich-Belgischen Gesellschaft-PaN, berichtete Präsident Demol auszugsweise über die vielschichtigen und abwechslungsreichen Veranstaltungen der ÖBG in den letzten Jahren, wobei

auch die schwierige Covid-Phase von der Gesellschaft mit einigen Veranstaltungen überwunden werden konnte. Deshalb galten seine Dankesworte seinem bewährten Vorstandsteam aber auch den treuen Mitgliedern, die die Arbeit und das Engagement des Vorstandsteams mit ihrer Anwesenheit belohnen.

Einen besonderen Dank richtete Präsident Bruno Demol an die auch zum Jubiläum erschienen zahlreichen Sponsoren, ohne eine derart aktive und abwechslungsreiche Vereinsarbeit nicht möglich gewesen wäre.

Nach dem Präsidenten ergriff Botschafter Ghislain Dhoop das Wort und strich die Bedeutung der ÖBG für die völkerverbindenden Aktivitäten dieser Freundschaftsgesellschaften hervor, die vor allem auch am kulturellen Sektor einen besonderen Beitrag zur Verständigung beider Länder leistet.

Die beiden Covid-Jahre haben auch seinen diplomatischen Aktionsradius stark eingeschränkt, umso mehr sind die phasenweise von der ÖBG, wenn auch mit den Covid-Auflagen erschwerten Bedingungen, dennoch erfolgreich durchgeführten Veranstaltungen zu erwähnen und zu belobigen, so der belgische

Botschafter, der abschließend dem Vorstand der ÖBG und den Sponsoren für ihre großartigen Leistungen zur Völkerverständigung dankte und allen Anwesenheit weiterhin viel Freude und Erfolg im Rahmen dieser freundschaftlichen Vereinigung wünschte. Eine Einladung zum demnächst stattfindenden Gartenfest in der belgischen Botschaft bildete den Abschluß einer sehr unterhaltsamen Festrede des Botschafters.

Präsident Demol dankte für die freundlichen Dankesworte und die guten Beziehungen zur belgischen Botschaft, die das gesamte Botschaftsteam immer unter Beweis stellt.

Als Vertreter des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN bedankte sich Generalsekretär Walter J. Gerbautz namens des gesamten PaN-Vorstandes für die jahrzehntelange vorbildliche Arbeit der ÖBG zur Völkerverständigung, indem er im Anschluß an seine Ansprache gemeinsam mit Vorstandsmitglied und Ehrenpräsidentin der ÖBG Greet Machek-Voss an den Präsidenten Bruno Demol und sein Vorstandsteam eine Dankes- und Ehrenurkunde für das vielfältige Wirken der überaus aktiven bilateralen Freundschaftsgesellschaft ÖBG überreichte. ■

Aktuelle Herausforderungen des Österreichischen Bundesheeres

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN lud zur Partnerschaftsveranstaltung in die Sky Lounge des Raiffeisenhauses Wien-NÖ ein.



Foto: Dachverband PaN / Richard Pobaschnig

Die Veranstalter mit der Gastgeberin (v.r.): Generalleutnant a.D. Franz Reissner, Oberst Bernhard Gruber, Veronika Haslinger, Geschäftsleiterin der Raiffeisen Holding NÖ-Wien, Brigadier Herbert Sailer, PaN-Präsident Hermann Mückler und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Der Einladung von PaN am Abend des 30. Juni mit dem Thema „Aktuelle Herausforderungen des Österreichischen Bundesheeres – Covid 19 – Auslandseinsätze und Ukraine“ waren beinahe 80 Personen in die Sky Lounge des Raiffeisenhauses Wien-NÖ gefolgt. Und sie wurden von den Vortragenden Brigadier Herbert Sailer, Leiter der Abteilung operative Einsatzführung bei der Direktion I – Einsatz, mit den Vorträgen „Einsätze des Bundesheeres – Auslandseinsätze Mali und Covid-19-Pandemie“ sowie von Oberst des Generalstabsdienstes Bernhard Gruber von der Landesverteidigungs-Akademie mit den Themen „Der Krieg um die Ukraine – Perspektiven und Konsequenzen für das Österreichische Bundesheer“ mehr als belohnt.

PaN-Präsident Hermann Mückler begrüßte die Festgäste und führte durch das Programm. Speziell begrüßte er die Gastgeberin und Geschäftsleiterin der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, Veronika Haslinger, Brigadier Seiler und Oberst Gruber sowie den ehemaligen Chef des Österreichischen Streitkräftekommandos und Initiator der Partnerschaft von PaN mit dem Österreichischen Bundesheer, Generalleutnant Franz Reissner.

Präsident Mückler bedankte sich auch beim Kooperationspartner Bundesheer und bei den anwesenden Repräsentanten für die Auszeichnung mit der Partnerschaftsurkunde für den Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN im Rahmen eines Tages der offenen Tür aller Bundesheerverbände der Steiermark in der Bel-

gier Kaserne Ende Mai durch Bundesministerin Klaudia Tanner (siehe Seite 111). Diese hohe Auszeichnung als Würdigung der jahrelangen engen und aktiven Partnerschaft zwischen dem Österreichischen Bundesheer und dem Dachverband-PaN wurde auch der Montan Universität Leoben und der Wiener Städtischen Versicherung zuteil.

Veronika Haslinger begrüßte namens der Raiffeisenholding NÖ-Wien die zahlreichen BesucherInnen der bilateralen Freundschaftsgesellschaften von PaN und verwies auch auf die Wichtigkeit von Partnerschaften mit dem Österreichischen Bundesheer, welche sich wie beim Dachverband-PaN als auch den seit Jahrzehnten bestehenden Partnerschaften des „Raiffeisen-Hauses“ mit dem Bundesheer manifestiert.

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Brigadier Sailer beleuchtete in seinem Referat die Aufgaben des Bundesheeres im In- und Ausland, wobei er auch seine persönlichen Erfahrungen in den diversen Auslandseinsätzen in den gegenwärtig 14 Auslandseinsatzgebieten des Bundesheeres einfließen ließ.

Ein weiterer interessanter und aktueller Teil seiner Ausführungen betraf die zukünftige Struktur des Bundesheeres, welche sich auch durch die jüngsten Ereignisse in der Ukraine als dringendst notwendig erwies. Seit 2015 stellt der Grenzschutz an der östlichen und südlichen Grenzen Österreichs als ein immer wichtiger werdender Bereich des Einsatzes des Bundesheeres heraus.

Die Bedrohungslage in den diversen Einsatzgebieten, wie Libanon, Kosovo, Bosnien, Mali und Ukraine hat unterschiedliche Entwicklungen und ist derzeit in der Ukraine und Mali am höchsten.

Oberst Gruber spannte in seinem Referat einen weiten Bogen von der Geographie der gegenwärtigen Lage der Auseinandersetzung in der Ostukraine, über die Bedrohung aus der Sicht Rußlands, das Thema der sogenannten Hybriden Kriegsführung, über die einzelnen Phasen der bisherigen Kriegsabschnitte, die Reaktionen und Ausblicke aus heutiger Sicht, sowie die ersten Lehren, die man aus der gegenwärtigen Entwicklung und dem internationalen Erfahrungsaustausch ableiten kann.

Nach der aktuellen Lage sind 23 von 27 EU-Staaten Mitglied der NATO und demnächst werden es mit dem Beitritt von Schweden und Finnland 25 sein.

Auch die Budgetstruktur des Bundesheeres muß den neuen Anforderungen und Gegebenheiten angepaßt werden: das betrifft vor allem die Reduktion des Personalaufwands auf 50 Prozent, die Erhöhung der Investitionen auf 20 und der Betriebsmittel auf 30 Prozent bis zum Jahr 2030.

Die im Anschluß an die vielbeachteten Vorträge Diskussionsrunde befaßte sich unter anderem mit den Themen „Neutralität in Bezug auf das Österreichische Bundesheer“, „militärischer Kulturgüterschutz am Beispiel von Mali“ und natürlich mit der aktuellen Situation in der Ostukraine und mögliche zukünftige Entwicklungen.

Abschließend danke Präsident Hermann Mückler allen am Gelingen dieser eindrucksvollen Veranstaltung beteiligten Personen und lud namens der Veranstalter zum get together über den Dächern Wiens ein. ■

<https://www.bundesheer.at/>
<https://www.raiffeisen.at/noew/>



Foto: Dachverband PaN / Richard Pobaschnig

Oberst Bernhard Gruber (l.) und Brigadier Herbert Sailer beantworteten die vielen Fragen ...



Foto: Dachverband PaN / Richard Pobaschnig

... bei der Podiumsdiskussion (v.l.): Eduard Schüssler, (Präsident Österreich-Burkina-Faso), Werner Varga (ehem. Präsident Österreich-Kroatien), Eduard Knapp (Präsident Österreich-Nordkorea) und PaN-Präsident Hermann Mückler



Foto: Dachverband PaN / Richard Pobaschnig

v.l.: Beatriz Berrios de Bauer (Generalsekretärin Österreich-Bolivien), Ernst Wunderbaldinger (Beiratsvorsitzender Österreich-Portugal), Majlinda Cullhaj (Generalsekretärin Österreich-Albanien) PaN-Vorständin Greet Machek-Voss (Österreich-Belgien), Luisa Dittrich Ortega (Präsidentin Österreich-Peru), Dzwinka Strujak (Generalsekretärin Österreich-Ukraine) und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Stetige Erholung im Tourismus seit Jahresbeginn...

... Teuerung trübt weitere Erwartungen –

Im Gegensatz zum Lockdown-bedingten Totalausfall der Wintersaison 2020/21 in Österreich (Nächtigungen -92,4 %) zog die Nachfrage im abgelaufenen Winter nach neuerlichen Betriebsschließungen zu Saisonbeginn im weiteren Verlauf stetig an, so daß sich der Rückstand von November 2021 bis April 2022 zum Vorkrisenniveau von 2018/19 auf durchschnittlich knapp 28 % bei Nchtigungen und gut 19 % in Bezug auf die nominellen Tourismuseinnahmen verringerte. Die Erwartungen der österreichischen Tourismuswirtschaft für die aktuelle Sommersaison sind durchwegs positiv, nach zwei Jahren pandemiebedingter Einschränkungen ist die Lust, zu verreisen im In- und Ausland groß. Die durch den Krieg in der Ukraine angespannte politische Lage und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen, vor allem der massive Preisanstieg, trüben jedoch die Aussichten für die kommenden Monate zunehmend ein.

Bis zum Abschluß der Wintersaison 2021/22 schlugen sich die verschlechternden Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft noch nicht in der touristischen Nachfrage in Österreich nieder, vielmehr erholte sich die Branche seit Jahresbeginn 2022 kontinuier-

lich: Fehlten in den Lockdown-betroffenen Monaten November und Dezember 2021 noch durchschnittlich 56,8 % der Ankünfte und 43,6 % der Nchtigungen auf das Niveau des Vergleichszeitraumes der letzten Vorkrisensaison (2018/19), so verringerte sich diese Lücke bis zum Saisonende mit April 2022 auf 36,2 % (Ankünfte) bzw. 27,7 % (Nchtigungen). Die nominellen Einnahmen im Wintertourismus blieben ersten Schätzungen des WIFO zufolge 2021/22 mit -19,1 % hinter den Einnahmen der Saison 2018/19 zurück, was auf einen erheblichen Preisanstieg in den letzten drei Wintern im Ausmaß von kumuliert rund 12 % zurückzuführen ist, real entsprachen die prozentuellen Umsatzeinbußen hingegen jenen der Nchtigungen (siehe Tabelle).

Ausblick Sommer 2022

Trotz steigender Inflation und erheblicher wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten fällt die unternehmerische Einschätzung der derzeitigen Geschäftslage europäischer sowie österreichischer Tourismusbetriebe (laut GD GROW, Confidence Indicator for Industrial Ecosystems bzw. WIFO-Konjunkturtest) aktuell sehr positiv aus: Angebotssei-

tig wurden mit Mai 2022 neue Höchstwerte beider Indikatoren erreicht. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund einer Verschlechterung der Stimmung im Durchschnitt der befragten österreichischen Unternehmen hervorzuheben. Etwas weniger positiv, jedoch auch durchaus optimistisch, fällt die Einschätzung der Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe hinsichtlich der Geschäftslage für den weiteren Verlauf des Jahres 2022 aus.

Die Antworten im WIFO-Konjunkturtest bestätigen darüber hinaus die Dringlichkeit des weithin diskutierten Fachkräftemangels: Gut drei Fünftel der touristischen Betriebe beurteilten im April¹⁾ fehlende Arbeitskräfte als wesentliche Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit, die auch zu einer punktuellen Einschränkung des Angebotes führen wird. Die sich zuspitzende Situation am Arbeitsmarkt läßt sich an der Entwicklung des Volumens an selbst- und unselbstständig Beschäftigten im Verhältnis zur Zahl der offenen Stellen ablesen: Während verglichen mit 2019 im April 2022 im Beherbergungswesen um 3,7 % mehr Erwerbstätige gezählt wur-

¹⁾ Die „größten unternehmerischen Probleme“ werden jeweils nur quartalsweise abgefragt; Informationen hierzu lagen zuletzt aus der April-Umfrage vor.

Tourismusedwicklung in der Wintersaison

	Wintersaison 2020/21				Wintersaison 2021/22			
	Umsätze im Gesamt-reiseverkehr, nominell	Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamt-reiseverkehr, nominell ¹⁾	Insgesamt	Aus dem Inland	Aus dem Ausland
	Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2018/19							
Österreich	- 88,2	- 92,4	- 76,0	- 97,2	- 19,1	- 27,7	- 21,5	- 29,5
Wien	- 87,3	- 94,0	- 82,4	- 96,6	- 52,6	- 57,3	- 43,7	- 60,4
Niederösterreich	- 36,9	- 62,0	- 55,3	- 76,2	- 22,9	- 30,1	- 24,2	- 42,6
Burgenland	- 64,7	- 76,8	- 76,9	- 76,7	- 12,0	- 19,8	- 20,4	- 16,3
Steiermark	- 74,4	- 85,0	- 80,9	- 92,1	- 10,4	- 19,6	- 17,4	- 22,3
Kärnten	- 74,0	- 84,8	- 68,7	- 94,4	- 19,2	- 27,3	- 10,2	- 37,5
Oberösterreich	- 51,8	- 73,3	- 67,0	- 83,1	- 20,4	- 28,5	- 23,8	- 35,6
Salzburg	- 93,2	- 96,1	- 86,5	- 98,7	- 16,7	- 25,2	- 21,2	- 26,3
Tirol	- 94,4	- 97,5	- 79,5	- 98,7	- 14,5	- 24,0	- 18,1	- 24,4
Vorarlberg	- 93,7	- 97,0	- 80,8	- 98,5	- 8,9	- 19,2	- 12,9	- 19,8

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) WIFO-Schätzung. – 2) Endgültige Werte.

Wirtschaft

den und in der Gastronomie um 4,0 % weniger, stieg die Zahl offener Stellen im gleichen Zeitraum um 71,0 % (Beherbergung) bzw. 72,2 % (Gastronomie).

Durch den Lohndruck aufgrund des Fachkräftemangels und der hohen Inflationsraten, die steigenden Rohstoff- und Energiepreise sowie die Rückkehr zum üblichen Umsatzsteuersatz in Hotellerie und Gastronomie nach Ablauf der Covid-bedingten temporären Verringerung ist in naher Zukunft mit weiteren erheblichen Preissteigerungen auch im Tourismus zu rechnen. Steigende Kosten werden sich negativ auf die unternehmerische Wertschöpfung auswirken, wurden doch vor allem im Beherbergungswesen Frühbuchungen zu noch niedrigeren Preisen durchgeführt, was die Gewinne schmälern wird. Damit ist der Tourismus nicht nur von den aktuell zu beobachtenden Preiserhöhungen durch steigende Kosten und sinkende Rentabilität selbst betroffen, sondern trägt ebenfalls auch zu einer beschleunigten Inflationsdynamik bei.

Wenngleich der Tourismus in der aktuellen Inflationsdynamik nicht wie in den vergangenen Jahren den wesentlichen Preistreiber stellt, könnte die historische Preisentwicklung und der ausgeprägte Fachkräftemangel in der österreichischen Tourismuswirtschaft im internationalen Wettbewerb um Gäste zum Nachteil gereichen: Nachdem bereits in den Jahren zuvor die Preissteigerungen in den Kernbereichen des heimischen Tourismus überdurchschnittlich ausgefallen waren (auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex; zuletzt im Mai 2022 mit 128,8 in Beherbergung und Gastronomie zu 119,6 insgesamt; jeweils \varnothing 2015=100), und diese Dynamik hierzulande stärker ausgeprägt war als im europäischen Vergleich, verliert Österreich trotz ähnlich hoher Inflation in (europäischen) Ländern bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit an Boden. Zwar konnten vor der Pandemie trotz dieser Entwicklung hohe Wachstumsraten bei den Nächtigungen erzielt werden, im aktuellen Inflationsregime wird dem Preis bei der Urlaubsentscheidung aber eine größere Rolle zukommen, so daß dämpfende Wirkungen auf die Nachfrage nicht auszuschließen sind.

Positiv stimmt, daß viele Gäste (vor allem mittlerer und höherer Einkommensschichten) offensichtlich bereit sind, ihr Urlaubsbudget für den heurigen Sommer auszuweiten, um der Teuerung Rechnung zu tragen und ihre Reisepläne nicht beschneiden zu müssen. Das geht aus einer rezenten ÖAMTC-Umfrage unter ÖsterreicherInnen zum Som-

merurlaub 2022 hervor. Laut dieser Befragung ist von einer Erhöhung des durchschnittlichen Urlaubsbudgets um 15 % im Vergleich zu 2021 auszugehen. Zudem werden viele Reisen und die betreffenden Aufwendungen tendenziell schon länger im Vorhinein verplant und damit in einem Umfeld hoher und sich beschleunigender Inflationsraten zu einem günstigeren Preis gebucht. Mit einem inflationsbedingten touristischen Konsumrückgang ist somit vermutlich verstärkt erst ab Herbst bzw. zum Jahresende hin zu rechnen.

Auch eine größerer Reisewunsch gegenüber den beiden Pandemie-jahren kann aus der ÖAMTC-Umfrage abgeleitet werden; demnach ist 2022 die Reisebereitschaft gestiegen (von 72 % im Jahr 2021 auf 83 %). Allerdings werden die Zieldestinationen österreichischer UrlauberInnen in diesem Sommer wieder vermehrt im Ausland liegen (56 % der Befragten, 2021 43 %) – es ist also von gewissen Nachholeffekten bei Auslandsreisen österreichischer Urlaubender, aber auch internationaler Gäste auszugehen, die in den beiden Pandemie-geprägten Sommern zuvor ihren Urlaub bevorzugt im eigenen Land verbracht hatten. Von dieser erhöhten internationalen Reisebereitschaft, verbunden mit dem Wunsch nach Urlaub am Meer, werden vor allem südeuropäische Destinationen profitieren. Auch dem österreichischen Städtetourismus, der von den Auswirkungen der Covid-19-Krise besonders stark getroffen wurde (u. a. Ausbleiben von Fernreisenden, Entfall von (Groß-)Veranstaltungen (Messen, Kongresse, Konferenzen, Kultur-Events), Rückgang der Geschäftsreisetaätigkeit) könnten aus diesen Nachholeffekten Impulse erwachsen. Zu Ostern 2022 gab es erste Anzeichen einer Erholung im Städtetourismus: In

Wien wurden erstmals seit Ausbruch der Pandemie wieder über 1 Mio. Nächtigungen in einem Monat verzeichnet, wenngleich dieser Wert noch immer um ein Drittel unter jenem des April 2019 lag. Zum Vergleich: Im Kalenderjahr 2021 betrug der Nachfragerückstand zum Vorkrisenniveau in der Bundeshauptstadt noch 71,6 %.

Zusammengefaßt wirken folgende Faktoren auf die Entwicklung des österreichischen Sommertourismus:

- Die Bereitschaft, nach zwei Jahren Pandemie wieder (mehr und länger) zu verreisen und Urlaub zu machen, ist als sehr hoch einzuschätzen.
- Dem gegenüber stehen die aktuell hohen Inflationsraten und die Aussicht auf weiter steigende Preise im Jahresverlauf, vor allem für notwendige Güter (Lebensmittel, Energie), die Nachfrage- bzw. Ausgaben-dämpfend wirken.
- Untere Einkommensschichten werden sich – sofern sie überhaupt einen Urlaub antreten – eher preisbewußt verhalten (kürzere Aufenthalte, preiswertere Unterkünfte, näherliegende und damit günstigere Destinationen, etc.).
- Obere und mittlere Einkommensschichten könnten hingegen die Ersparnisse der letzten beiden Jahre nutzen, um ihre Urlaubsbudgets an die Preiserhöhungen anzupassen und Aufenthalte wie vor der Pandemie zu verbringen.
- Zu erwarten ist auch eine aus Nachholeffekten resultierende, stärkere Nachfrage nach Reisezielen in Südeuropa, nachdem viele Gäste in den stark von der Pandemie geprägten Jahren 2020 und 2021 fernere Destinationen gemieden und näher bzw. im eigenen Land gelegene Ziele bevorzugt hatten. Dies wird vermutlich jene



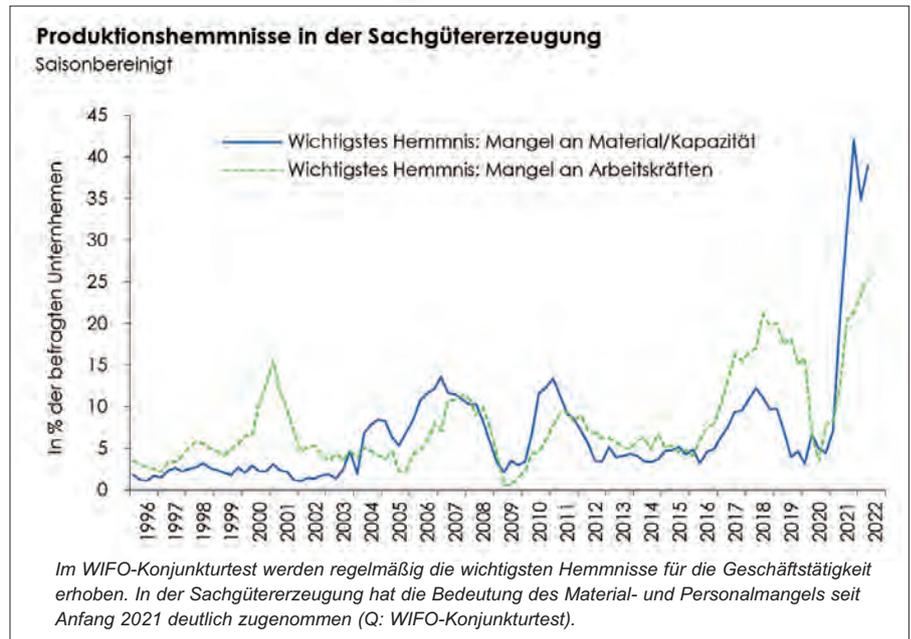
Wirtschaft

Konjunkturaufschwung verlangsamt sich

heimischen Destinationen treffen, die in den letzten beiden Jahren als „Ausweichziele“ für den Urlaub im Süden dienten.

- Andererseits sprechen sowohl psychologische Effekte des Kriegs in der Ukraine wie auch die deutlich gestiegenen Mobilitätskosten für nähere Reiseziele, wovon in Österreich der Binnentourismus sowie die Nachfrage aus Nahmärkten, insbesondere aus Deutschland, profitieren könnten.
- Der Städtetourismus wird seine Erholung fortsetzen, aber die Nächtigungs- und Umsatzniveaus der Jahre vor der Pandemie auch in den kommenden Monaten nicht erreichen können. Neben dem Konferenztourismus mit langen Planungshorizonten wird auch die Nachfrage aus Fernmärkten weiter (bezogen auf Märkte in Asien und dem Mittleren Osten, teils deutlich) hinter den Niveaus der Jahre vor der Pandemie zurückbleiben.
- Die Pandemie bleibt ein Unsicherheitsfaktor: Nicht nur ist im heurigen Sommer mit einer weiteren Infektionswelle zu rechnen, eine solche könnte auch im Herbst und Winter verstärkt bevorstehen und neuerlich Reiseeinschränkungen notwendig machen.
- Darüber hinaus gefährden der Ukraine-Krieg und seine Folgen (Energieknappheit, steigende Preise) die Entwicklung der Tourismuswirtschaft im weiteren Jahresverlauf, wobei es in der Energieversorgung auch zu Einschränkungen des touristischen Angebotes kommen könnte.

Für den Sommer 2022 wird unter Berücksichtigung der genannten Faktoren bzw. auf Basis der hierzu angenommenen Entwicklung mit einer Erholung der internationalen Nachfrage auf rund 51 Mio. Nächtigungen ausgegangen (-8 % im Vergleich zum Sommer 2019, +21 % gegenüber der Saison 2021). Im Binnenreiseverkehr, der in den letzten beiden Sommern zur Stütze des heimischen Tourismus wurde, ist damit zu rechnen, daß vor allem die bereits erwähnten Nachholeffekte bei Auslandsreisen dämpfend auf die Nachfrage im Inland wirken und die zum Teil exorbitant hohen Wachstumsraten der letzten beiden Sommersaisonen dieses Jahr nicht mehr erreicht werden können (-½ % zu 2019, -4 % gegenüber Sommer 2021). Insgesamt ergäben sich damit rund 75 Mio. Übernachtungen im Sommer 2022. Gegeben das derzeitige politische und wirtschaftliche Umfeld, aber auch die Ungewissheit über das weitere Infektionsgeschehen, sind diese Prognosen nach wie vor mit großer Unsicherheit behaftet. <https://www.wifo.ac.at> ■



Laut Statistik Austria stieg die Wirtschaftsleistung der österreichischen Volkswirtschaft im I. Quartal 2022 um 1,5 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie im IV. Quartal 2021 gesunken war. Expansive Impulse gingen insbesondere von der günstigen Exportdynamik aus, die ihrerseits die Industrieproduktion anregte. Vorlaufindikatoren deuten jedoch auf eine Eintrübung der Konjunktur im II. und III. Quartal hin. „Ungünstige Angebotsschocks dämpfen zunehmend die wirtschaftliche Dynamik und erhöhen den Preisauftrieb“, so der Autor des aktuellen Konjunkturberichts, Christian Glocker.

Die Weltwirtschaft wächst weiterhin, jedoch mit abnehmender Geschwindigkeit. Die Abschwächung des Wachstums – eine Folge des anhaltend hohen Preisauftriebs, gestörter Lieferketten, der Fortdauer der Covid-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs – prägt auch in Österreich den Konjunkturpfad. Wenngleich die heimische Volkswirtschaft dadurch Gegenwind in Form einer schwächeren Auslandsnachfrage erfährt, so wirkt dem die weitgehende Lockerung der behördlichen Covid-19-Maßnahmen entgegen. Vor diesem Hintergrund wuchs das BIP in Österreich im I. Quartal 2022 um 1,5 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im IV. Quartal 2021 geschrumpft war. Auf der Angebotsseite trugen sämtliche Sektoren zur Expansion bei, nachfrageseitig vor allem die Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen, des Kon-

sums der privaten Haushalte und der Exporte. Vorlaufindikatoren deuten allerdings auf eine Verlangsamung der Konjunktur hin. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte im Mai deutlich unter dem Wert des Vormonats, blieb jedoch im positiven Bereich und über dem langjährigen Durchschnitt. Der UniCredit Bank Austria Einkaufs-ManagerIndex ging im Mai im Vormonatsvergleich ebenfalls zurück. Auch das geringe Verbrauchervertrauen trübt den Ausblick.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion hinterläßt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung wächst weiterhin kräftig (Mai: voraussichtlich +2,8 % gegenüber dem Vorjahr), während die Arbeitslosigkeit sinkt. Die Beschäftigung ist nach wie vor höher als im Winter 2020 vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie, die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger. Mit dem Aufschwung ist allerdings auch die Arbeitskräfteknappheit der Vorkrisenjahre zurückgekehrt: Laut WIFO-Konjunkturtest ist der Personalmangel ein wesentliches Hemmnis der Wirtschaftstätigkeit, und zwar in noch höherem Maße als vor der Pandemie. Der Preisauftrieb ist anhaltend hoch. Die seit längerem beobachteten zweistelligen Zuwachsraten bei den Produzentenpreisen schlagen sich zunehmend in den Verbraucherpreisen nieder. Letztere legten im April abermals deutlich zu (+7,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat, Schnellschätzung für Mai + 8%; laut VPI). ■

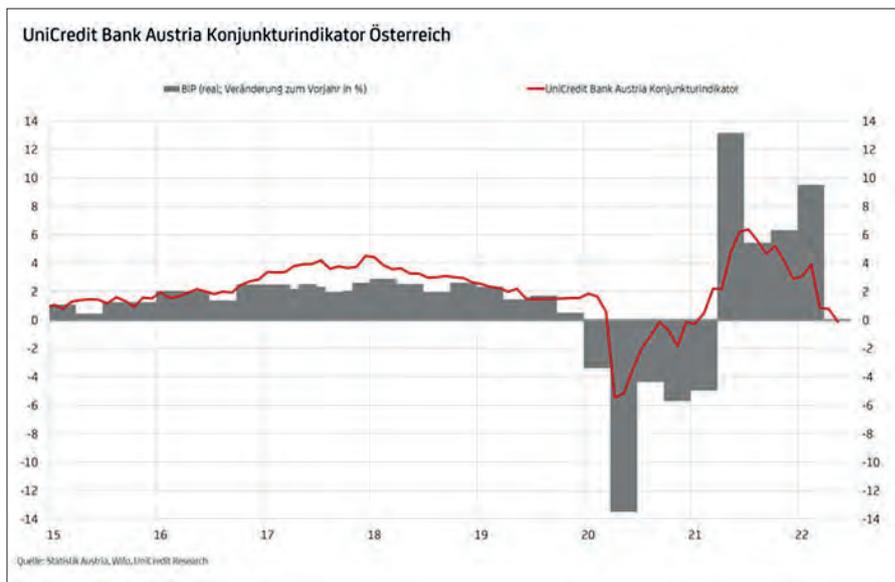
Wirtschaft

Wachstumserwartung auf 4,4 Prozent erhöht

... aufgrund des sehr starken Jahresbeginns, doch Konjunkturuntrübung setzt ein

Die Verschlechterung der Konjunkturstimmung seit dem Beginn des Frühjahrs setzt sich beschleunigt fort. „Die Verschärfung der Lieferkettenprobleme durch den Krieg in der Ukraine, die Quarantänemaßnahmen in Teilen Chinas sowie die starken Energiepreissteigerungen haben bereits begonnen, die Wirtschaftserholung in Österreich zu verlangsamen. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im Mai auf minus 0,1 Punkte gesunken und fiel damit erstmals seit 15 Monaten sogar in den negativen Bereich“, sagt UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „In allen Wirtschaftssektoren hat sich die Konjunkturstimmung abgekühlt, besonders stark jedoch in der Industrie und am Bau.“

Nach dem sehr dynamischen Jahresbeginn hat die im Herbst des Vorjahres einsetzende Abschwächung der globalen Industriekonjunktur mit etwas Verzögerung mittlerweile auf die heimische Industrie durchgeschlagen. Die österreichischen Betriebe weiten ihre Produktion, gestützt auf hohe Auftragsrückstände, zwar noch aus, doch mit dem Rückgang des Neugeschäfts insbesondere aus dem Ausland, der Verschärfung der Lieferprobleme sowie stark steigenden Kosten für Vormaterialien hat die Dynamik bereits nachgelassen.



Auch in der Bauwirtschaft kündigen sinkende Auftragseingänge eine bevorstehende Verlangsamung der Geschäftsentwicklung an. Die Stimmung ist angesichts der hohen Auslastung und der guten Durchsetzungsmöglichkeit der Kostensteigerungen auf die Preise noch überdurchschnittlich gut, weist jedoch eine stark sinkende Tendenz auf. „Im Dienstleistungssektor, der von der Lockerung der Pandemiemaßnahmen profitiert, hat die Stimmung bisher nur wenig nachgelassen. Das mittlerweile stark nachlassende Konsum-

mentenvertrauen weist jedoch, belastet durch die hohe Inflation, auch bei den Dienstleistungen – ebenso wie in der Industrie und am Bau – auf ein geringeres Wachstumstempo in den kommenden Monaten hin“, meint Bruckbauer.

Wirtschaftswachstum fällt gegenüber Jahresbeginn stark ab

Der aktuelle UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator signalisiert, daß die österreichische Wirtschaft das hohe Wachs-

Österreich Konjunkturprognose								Prognose	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,0	2,0	2,3	2,5	1,5	-6,7	4,8	4,4	1,5
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,4	2,5	4,2	4,2	0,0	-7,0	11,1	3,0	2,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,5	1,5	2,0	1,1	0,7	-8,5	3,5	3,8	1,6
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) ^{*)}	2,3	4,3	4,2	4,4	4,8	-5,2	4,3	1,5	2,4
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	0,9	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	6,8	2,7
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	9,9	8,0	6,3	6,1
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) ^{**)}	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	-2,0	2,5	2,9	1,5
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-2,9	-1,6
Öff. Verschuldung (in % des BIP)	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	83,3	83,0	77,3	75,8

^{*)} Bruttoanlageinvestitionen ^{**)} ohne Karenzgelddbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
 Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	UniCredit Bank Austria Konjunktur- Indikator
Dez.98	3,0	3,1
Dez.99	4,3	4,0
Dez.00	3,3	3,5
Dez.01	0,0	1,0
Dez.02	1,1	2,0
Dez.03	1,4	2,5
Dez.04	3,4	2,5
Dez.05	2,8	2,6
Dez.06	3,7	3,6
Dez.07	3,5	2,9
Dez.08	-1,5	-1,4
Dez.09	-1,3	0,9
Dez.10	2,6	2,3
Dez.11	1,4	0,5
Dez.12	0,2	0,6
Dez.13	0,2	1,4
Dez.14	0,4	0,8
Dez.15	1,3	1,5
Dez.16	2,5	2,8
Dez.17	2,6	4,5
Mär.18	2,9	3,6
Jun.18	2,5	3,3
Sep.18	2,0	3,1
Dez.18	2,6	2,6
Mär.19	2,3	2,2
Jun.19	1,5	1,5
Sep.19	1,7	1,5
Dez.19	0,5	1,6
Mär.20	-3,4	0,6
Jun.20	-13,5	-3,5
Sep.20	-4,4	-0,2
Dez.20	-5,7	-0,2
Mär.21	-5,0	2,2
Jun.21	13,1	6,2
Sep.21	5,4	4,6
Dez.21	6,3	2,9
Mär.22	9,5	0,8
Apr.22		0,8
Mai.22		-0,1

Q: UniCredit Research

tumstempo vom Jahresbeginn nicht fortsetzen können wird. „Die anhaltenden Lieferprobleme und die hohe Kostendynamik werden den bisher kräftigen Aufschwung in der Industrie und in der Bauwirtschaft in den kommenden Monaten voraussichtlich sogar unterbrechen. Damit wird es am Dienstleistungssektor liegen, die österreichische Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Die Lockerungen der Pandemiemaßnahmen und der Rückgriff auf während der Lockdowns angesparte Guthaben werden Handel und Gastgewerbe zwar viel Schwung verleihen, allerdings wird der Konsum durch die

stark gestiegene Inflation immer stärker belastet. Die Unterstützung der Konjunktur durch den Dienstleistungssektor wird hinter den bisherigen Erwartungen zurückbleiben. „Nach dem starken Anstieg des BIP zu Beginn wird die österreichische Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf 2022 durch die Folgen des Krieges in der Ukraine kaum über eine Stagnation hinauskommen. Da der Start ins Jahr jedoch besonders stark ausfiel, haben wir trotz der Verschlechterung der weiteren Aussichten unsere Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2022 von 3,6 auf 4,4 Prozent erhöht“, meint Pudschedl. Für 2023 haben die Ökonomen der UniCredit Bank Austria den erwarteten Anstieg des BIP hingegen um über einen Prozentpunkt auf 1,5 Prozent gesenkt. Die hohen Preissteigerungen werden die Wirtschaft sowohl über die Investitionstätigkeit als auch den Konsum auch im kommenden Jahr noch spürbar drosseln.

Verbesserung am Arbeitsmarkt läuft aus

Die Verlangsamung der Konjunktur hinterläßt erste Spuren am österreichischen Arbeitsmarkt. Der Verbesserungstrend der vergangenen Monate hat sich mittlerweile deutlich eingebremst. Im Mai hat die Beschäftigung saisonbereinigt kaum mehr zugenommen und die Anzahl der Arbeitssuchenden hat sich nur noch sehr schwach verringert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, die in den vergangenen Monaten in großen Schritten abgenommen hat, blieb im Mai mit 6,2 Prozent unverändert gegenüber April. „Aufgrund der bisher sehr günstigen Entwicklung gehen wir trotz der steigenden Belastungen durch den Krieg in der Ukraine für den Arbeitsmarkt weiterhin von einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 bzw. 6,1 Prozent für 2023 aus“, meint Pudschedl. Damit wird die Arbeitslosenquote in Österreich den niedrigsten Wert seit 2008 erreichen, also noch vor Beginn der Finanzkrise.

Höhere Inflation, stärkere Reaktion der EZB?

Seit Anfang 2021 befindet sich die Inflation in Österreich aufgrund steigender Energiepreise im Aufwind und der Preisdruck wird voraussichtlich noch länger anhalten, da der Ölmarkt weiterhin unterversorgt ist und daher der Ölpreis bis über den Sommer hoch bleiben wird mit Ausschlägen bis zu 130 US-Dollar pro Barrel. Erst in der zweiten Jahreshälfte sollte ein höheres Angebot

zu einem niedrigeren Ölpreis führen, der sich in einer rückläufigen Inflationsentwicklung niederschlagen sollte. „Durch den verzögerten Rückgang des Ölpreises wird die Teuerung in Österreich zum Jahresende erst auf rund 6 Prozent im Jahresvergleich gesunken sein. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt daher mit voraussichtlich 6,8 Prozent um rund einen Prozentpunkt höher liegen als wir bisher erwartet haben“, meint Bruckbauer. Die Inflationsprognose für 2023 wurde auf durchschnittlich 2,7 Prozent erhöht.

Angesichts der höheren Inflationserwartungen – nicht nur in Österreich – dürfte die EZB stärker mit Zinsanhebungen eingreifen. Nach einem ersten Zinsschritt um 25 Basispunkte im Juli bewegt sich das Basisszenario der EZB in Richtung einer stärkeren Anhebung um 50 Basispunkte im September und der Fortführung eines schrittweisen Erhöhungspfads möglicherweise bis das Zinsniveau einem nicht näher bezeichneten geldpolitisch neutralen Bereich entspricht. „Wir erwarten eine moderate Straffung der europäischen Geldpolitik, welche die Leitzinsen in den positiven Bereich bringt. Die derzeitigen Erwartungen des Geldmarkts, daß die Zinsen bis Ende 2023 um fast 250 Basispunkte angehoben werden, scheinen uns jedoch übertrieben“, so Bruckbauer und ergänzt: „Da sich die Konjunktur verlangsamt und die EZB den Inflationserwartungen mit höheren Zinsen entgegenwirkt, sehen wir ein zunehmendes Risiko einer übermäßigen Verschärfung der Geldpolitik, die eine deutliche Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen könnte.“

Immobilien-Durchschnittspreise

2021: große Preisanstiege bei Baugrundstücken, Häusern und Wohnungen

Die Durchschnittspreise für Immobilien setzten im Jahr 2021 den Aufwärtstrend der Vorjahre fort. Nach Berechnungen von Statistik Austria lag der durchschnittliche Preis je Quadratmeter Wohnfläche für Eigentumswohnungen bei 3.889 Euro und für Häuser bei 2.578 Euro. Bebaubare Grundstücke stiegen auf 84 Euro je Quadratmeter aus privater Hand bzw. 73 Euro, wenn man auch Verkäufe von staatlichen Einheiten wie Gemeinden berücksichtigt. Neben der Preisveränderung von Immobilien beim Häuser- und Wohnungspreisindex gibt der jährliche regionale Durchschnittspreis für Häuser, Wohnungen und bebaubare Grundstücke weitere Einblicke in den österreichischen Immobilienmarkt.

„Die Preise von Baugrundstücken, Häusern und Wohnungen sind in vielen Regionen auf Rekordniveau. Insbesondere im urbanen Raum und in Tourismuszentren fallen die Preise sehr hoch aus. Mit +12,3 % sind die Preise für Häuser und Wohnungen im Jahr 2021 so stark gestiegen wie nie zuvor

seit Beginn des Häuser- und Wohnungspreisindex im Jahr 2010“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

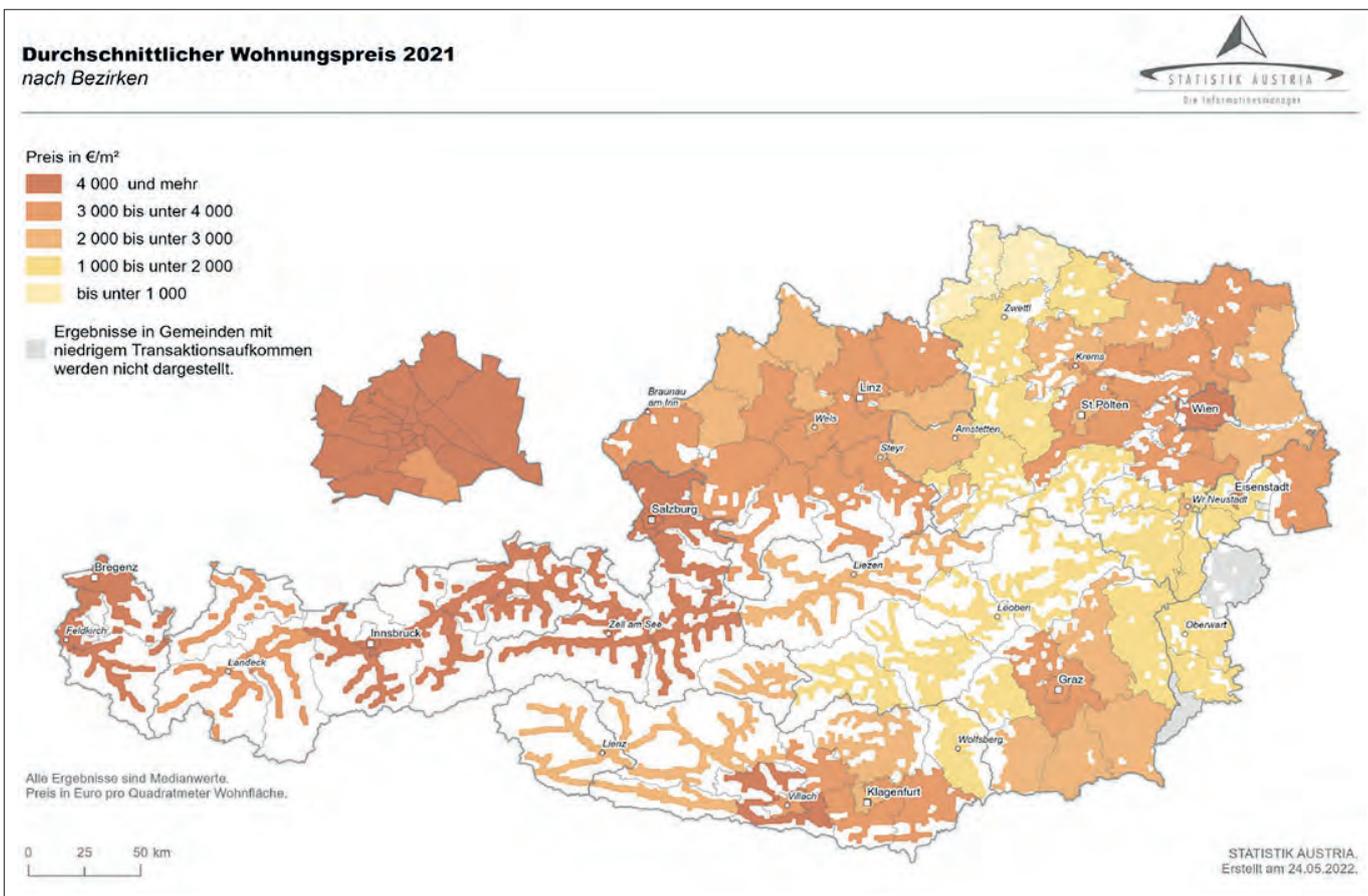
Hohe Preisdynamik auch im ländlichen Raum

Im Detail zeigen sich Preisanstiege von Wohnhäusern auch in vielen ländlichen Regionen. Neben hohen Anstiegen in Teilen Tirols, zeigen ebenso Bezirke Oberkärntens, des Waldviertels, aller Teile des Burgenlands sowie der östlichen Obersteiermark und des südlichen Niederösterreichs eine überdurchschnittliche Teuerung. Unterdurchschnittlich entwickelten sich hingegen Preise in Osttirol, in Teilen Unterkärntens, des Mühlviertels und des Salzburger Pinz- und Pongaus. Bei den Wohnungspreisen zeigte das Tiroler Unterland die höchsten Anstiege, gefolgt von den Regionen Bludenz-Bregenzer Wald und Unterkärnten. Überdurchschnittlich entwickelten sich auch die Preisniveaus bei Wohnungen im Nordburgenland und im Waldviertel, wo der Markt für Wohnhäuser aller-

dings deutlich überwiegt. Einige Bezirke des Wein- sowie des Mühlviertels wie auch der West- und Südsteiermark wiesen hingegen unterdurchschnittliche Preisentwicklungen auf. Bei den Baugrundstücken zeigen neben westösterreichischen Regionen auch Bezirke des Großraums von Wien und der oberösterreichische Zentralraum hohe Preisanstiege. Im Raum Graz und dem Wald- und Weinviertel war die Preisdynamik hingegen gering.

Bebaubare Grundstücke: die Lage zählt

Grundstücke für Einfamilienhäuser sind durch viele Faktoren limitiert, nicht zuletzt durch das begrenzte Angebot: In vielen Gemeinden gelangen pro Jahr nur sehr wenige Grundstücke zum Verkauf. Die Lage ist dabei zentrales Merkmal, verspricht sie doch neben Vorteilen im Alltag oft auch die Wertbeständigkeit der Investition. Besonders begehrt sind daher die Ballungsräume und die Tourismuszentren. Im Grundstückspreisvergleich finden sich mehrere bekannte Winter-



Wirtschaft

sportgebiete auf den vordersten Plätzen: Die Gemeinde Kirchberg in Tirol liegt mit einem Quadratmeterpreis von 1.789 Euro im Fünfjahresdurchschnitt auf dem ersten Platz, gefolgt von der Stadt Kitzbühel mit 1.736 Euro. Weiters finden sich Lech, die gemeinsam ausgewerteten Orte Aurach bei Kitzbühel und Jochberg, sowie Reith bei Kitzbühel mit durchschnittlichen Preisen von 1.643 Euro, 1.486 Euro und 1.398 Euro unter den zehn Regionen mit den höchsten Grundstückspreisen Österreichs. In diesen Orten sind es wenige, sehr teure Transaktionen, die hier die Preise treiben. Die übrigen Plätze werden durch Landeshauptstädte und Bezirke der Bundeshauptstadt eingenommen. In Salzburg kostete der Quadratmeter rund 1.602 Euro und in Innsbruck rund 1.531 Euro. In Wien lagen die Bezirke Döbling mit 1.912 Euro und Währing mit 1.441 Euro je Quadratmeter ganz vorne. In den Wiener Flächenbezirken fanden sich auch preiswertere Baugrundstücke, und die Durchschnittspreise pro Quadratmeter fielen mit 745 bis 896 Euro gemäßiger aus.

Die Nähe zu Wien war auch bestimmend für die Preise in Niederösterreich und dem Nordburgenland. Eisenstadt-Umgebung wies zum Beispiel einen Durchschnittspreis von 136 Euro auf. Die peripheren Regionen im Norden Niederösterreichs und im Mittel- sowie Südburgenland sind die preisgünstigsten des Landes. Im Bezirk Waidhofen an der Thaya (NÖ) kostete Baugrund im Durchschnitt 21,7 Euro und im Bezirk Jennersdorf im Burgenland 20,1 Euro.

Auch abseits der Tourismusregionen und der urbanen Zentren sind die Grundstückspreise in den westlichen Bundesländern Österreichs deutlich höher als in den östlichen. Gemessen an den gezahlten mittleren Transaktionspreisen konnte man im Jahr 2021 zum Beispiel für 1.000 Euro im Bezirk Dornbirn nur etwas mehr als einen einzigen Quadratmeter Baugrund erstehen. Im Bezirk Salzburg-Umgebung reichte die gleiche Summe noch für etwas weniger als drei Quadratmeter. KäuferInnen im Osten Österreichs konnten im Vergleich dazu für 1.000 Euro knapp 13 Quadratmeter im Bezirk Neunkirchen oder sogar knapp 41 Quadratmeter im Bezirk Oberwart erwerben.

Die Preise für Baugrundstücke in Niederösterreich und Oberösterreich lagen mit 84 Euro und 87 Euro nahe am bzw. am Österreichschnitt von 84 Euro je Quadratmeter, in Kärnten (62 Euro), der Steiermark (57 Euro) und dem Burgenland (68 Euro) lagen sie darunter, während in Wien, Salzburg, Vorarlberg

Tabelle 1: Durchschnittliche Baugrundstückspreise 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Österreich	77	76	79	80	79	81	84
Burgenland	59	55	58	60	60	59	68
Kärnten	52	53	53	57	60	57	62
Niederösterreich	78	83	83	83	81	85	84
Oberösterreich	66	68	73	73	79	83	87
Salzburg	177	187	196	234	238	226	266
Steiermark	50	51	52	53	51	56	57
Tirol	192	197	202	211	208	226	261
Vorarlberg	251	286	314	360	393	475	522
Wien	514	551	641	612	804	512	656

Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 30.05.2022. Alle Ergebnisse sind geometrische Mittel. Preis in Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche. Laufende jährliche Revision der Vorjahre um die Vergleichbarkeit der Mittelwerte hinsichtlich methodischer Differenzen und Datennachlieferungen zu gewährleisten. Die Analyse enthält keine von Gemeinden und anderen staatlichen Einheiten direkt verkaufte Grundstücke.

Tabelle 2: Durchschnittliche Häuserpreise in den Bundesländern 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Österreich	1.667	1.778	1.900	1.986	2.111	2.292	2.578
Burgenland	1.034	1.111	1.182	1.281	1.339	1.410	1.639
Kärnten	1.358	1.525	1.615	1.643	1.719	1.883	2.041
Niederösterreich	1.484	1.631	1.739	1.842	1.985	2.188	2.486
Oberösterreich	1.722	1.824	1.917	2.000	2.218	2.360	2.630
Salzburg	3.020	3.263	3.426	3.494	3.618	4.060	4.776
Steiermark	1.443	1.523	1.640	1.731	1.802	1.899	2.106
Tirol	2.419	2.862	3.176	3.287	3.464	3.979	4.660
Vorarlberg	2.846	2.916	3.450	3.874	4.025	4.283	4.910
Wien	3.572	3.812	4.020	4.225	4.567	4.857	5.542

Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 30.05.2022. Alle Ergebnisse sind Medianwerte. Preis in Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Laufende jährliche Revision der Vorjahre um die Vergleichbarkeit der Mittelwerte hinsichtlich methodischer Differenzen und Datennachlieferungen zu gewährleisten.

Tabelle 3: Durchschnittliche Wohnungspreise in den Bundesländern 2015 bis 2021

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Österreich	2.706	2.877	3.001	3.199	3.393	3.522	3.889
Burgenland	1.237	1.223	1.257	1.338	1.662	1.610	2.105
Kärnten	2.100	1.918	2.127	2.250	2.431	2.737	2.960
Niederösterreich	2.182	2.232	2.407	2.577	2.637	2.987	3.100
Oberösterreich	2.177	2.099	2.229	2.422	2.773	2.933	3.113
Salzburg	3.145	3.286	3.308	3.541	3.965	4.177	4.630
Steiermark	1.899	1.967	2.062	2.258	2.500	2.508	2.787
Tirol	2.850	3.067	3.208	3.450	3.834	4.024	4.573
Vorarlberg	2.941	3.282	3.571	3.883	3.977	4.606	5.082
Wien	3.322	3.600	3.803	3.977	4.192	4.423	4.905

Q: STATISTIK AUSTRIA. Erstellt am 30.05.2022. Alle Ergebnisse sind Medianwerte. Preis in Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Laufende jährliche Revision der Vorjahre um die Vergleichbarkeit der Mittelwerte hinsichtlich methodischer Differenzen und Datennachlieferungen zu gewährleisten.

und Tirol die Preise für sämtlichen Objekttypen über dem Österreichschnitt angesiedelt waren (siehe Tabelle 1).

Regionale Unterschiede bei Häuser- und Wohnungspreisen

Die Preise von Häusern und Wohnungen zeigen regional ähnliche Muster wie die Baugrundstücke. Teilweise lagen die Quadratmeterpreise der Häuser unter jenen für Wohnungen, da sich Eigentumswohnungen überwiegend in stärker nachgefragten Lagen wie etwa in Stadt- und Ortszentren befinden. Darüber hinaus ist die Preisdifferenz auch einer durchschnittlich geringeren Qualität der Häuser sowie deren Größe im Vergleich zu den Wohnungen geschuldet. Viele Objekte

bedürfen erheblicher Investitionen in Sanierung und Instandhaltung oder werden auf Kosten der Käufer abgerissen. Beispielsweise kostete eine durchschnittliche 71-Quadratmeter-Wohnung im Bezirk Feldkirch 366.000 Euro, während für ein Objekt vergleichbarer Größe im Bezirk Linz-Land in Oberösterreich 222.000 Euro bezahlt werden mußten. Ein beispielhaftes Haus mit 120 Quadratmetern Wohnfläche auf einem 788 Quadratmeter großen Grundstück kostete im Jahr 2021 im Österreichschnitt rund 309.360 Euro. In Tirol mußte man hingegen 596.480 Euro für ein durchschnittliches Haus mit einer Wohnfläche von 128 Quadratmetern auf einem 596-Quadratmeter-Grundstück bezahlen. ■ <https://www.statistik.at/>

Größte Photovoltaikanlage

Meilenstein für den heimischen Klimaschutz: Flughafen Wien startet mit 55.000 Solarpaneelen auf 24 Hektar erfolgreich Stromproduktion

Österreichs größte Photovoltaikanlage, bestehend aus 55.000 Solarpaneelen, hat erfolgreich den Probebetrieb gestartet und produziert auf rund 24 Hektar aktuell bereits mehr als 300.000 Kilowattstunden pro Tag. Zusammen mit den sieben Dach-PV-Anlagen deckt der Flughafen Wien damit an Sonnentagen den gesamten Stromverbrauch des Flughafens. Über das gesamte Jahr gesehen wird etwa ein Drittel des Jahresstromverbrauchs durch Sonnenenergie abgedeckt, mehr als 30 Mio. Kilowattstunden werden pro Jahr erzeugt. Das entspricht dem Stromverbrauch von rund 7000 Haushalten.

Um diesen Meilenstein für den österreichischen Klimaschutz zu würdigen, eröffneten Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich, Michael Ludwig, Bürgermeister der Stadt Wien und die Flughafen Wien-Vorstände Julian Jäger und Günther Ofner am 19. Mai die neue Anlage. Der Flughafen Wien macht als Klimaschutz-Vorreiter damit den letzten entscheidenden Schritt zum Green Airport: Dank der CO₂-neutralen Fernwärmeversorgung, dem Einsatz von E-Mobilität und vieler weiterer CO₂-Reduktionsmaßnahmen wird der Flughafen Wien bereits ab 2023 seinen gesamten Betrieb CO₂-neutral führen.

„Die größte Photovoltaikanlage Österreichs steht nun in Niederösterreich und der Flughafen Wien-Schwechat leistet damit einen wichtigen Beitrag für den heimischen Klimaschutz. Niederösterreichs Landesverwaltung wird bereits 2035 zur Gänze klimaneutral sein. Dafür verzehnfachen wir die Stromerzeugung aus der Sonnenkraft und



Foto: Flughafen Wien AG

v.l.: Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG

verdoppeln die Leistung aus der Windenergie. Die neue Anlage des Flughafens wird dazu wesentlich beitragen“, sagte Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich.

„Klimaschutz hat für die Stadt Wien höchsten Stellenwert und das Ziel ist klar: Wien wird bis 2040 klimaneutral. Dazu investiert die Stadt seit vielen Jahren in Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft, Fernwärme und andere Technologien. Sonnenenergie spielt dabei eine wichtige Rolle: Wien wird die Stromerzeugung mittels Photovoltaik im Stadtgebiet bis 2025 auf zumindest 250 MWpeak und bis 2030 auf 800 MWpeak steigern“, stellte Michael Ludwig, Bürgermeister der Stadt Wien, fest.

„Die konsequente Umsetzung unserer

Umwelt- und Energiesparoffensive in den letzten 10 Jahren trägt nun Früchte, die neue Photovoltaik-Anlage ist ein weiterer entscheidender Schritt: Als Vorreiter unter den Flughäfen werden wir bereits 2023 unseren gesamten Betrieb CO₂-neutral führen und auch die am Flughafen angesiedelten mehr als 250 Unternehmen mit Sonnenstrom beliefern. Allein in die PV-Anlagen haben wir mehr als € 30 Mio. investiert, in etwa dieselbe Summe ist in die anderen Projekte geflossen. Damit leisten wir einen konkreten und wichtigen Beitrag zum Klimaschutz in Österreich. Rund 60.000 Tonnen CO₂ pro Jahr werden durch unseren CO₂ neutralen Betrieb eingespart, ein Beleg dafür, daß wir Klimaschutzverantwortung leben. Noch 2022 wird die PV-Anlage um weitere 7 MW-Peak ver-



Foto: Flughafen Wien AG

Österreichs größte Photovoltaikanlage mit 55.000 Solarpaneelen auf 24 Hektar startete auf dem Flughafen Wien erfolgreich die Stromproduktion.

größert, um auch in den sonnenschwächeren Tagen mehr Sonnenstrom zu produzieren. Der nächste Schritt wird dann eine eigene Produktion von Wasserstoff als Energiespeichermedium sein“, erklärte dazu Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG.

„Obwohl die Luftfahrt mit 2,7 % nur einen kleinen Teil der weltweiten CO₂-Emissionen verursacht, übernimmt sie hier Verantwortung: Mit Photovoltaik, E-Mobilität und neuen Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz reduziert der Flughafen Wien konsequent seinen CO₂-Ausstoß. Die größte Chance für den Klimaschutz liegt allerdings in synthetischen Kraftstoffen. Die Technologie gibt es – neben Beimengungspflichten braucht es aber auch Investitionen in Forschung und Entwicklung, um Produktionskapazitäten und Geschäftsmodelle zu schaffen. Die Zweckwidmung der Flugabgabe für SAF-Projekte wäre dafür ein wichtiger Schritt“, hält Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, fest.

Flughafen Wien betreibt acht Photovoltaikanlagen

Mit einer Fläche von 24 Hektar am Rande des Flughafen-Areals ist die neue PV-Anlage die achte am Airport – und größte Freiflächenanlage Österreichs. Rund 55.000 PV-Paneele liefern eine Leistung von ca. 24 Megawatt Peak. Seit 2016 betreibt der Flughafen Wien sieben Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern des Hangars 7, der alten Winterdiensthalle, des Air Cargo Centers, auf dem Areal der ehemaligen Kläranlage, dem neuen Office Park 4 sowie auf den Dächern der Parkhäuser 3 und 8. Weitere Anlagen sind bereits in Planung.

2023 führt der Flughafen Wien seinen Betrieb CO₂-neutral

Mit allen acht Anlagen wird der Flughafen Wien mehr als 30 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen – das entspricht etwa dem Stromverbrauch von rund 7000 Haushalten pro Jahr. So wird der Airport über das Jahr gerechnet etwa ein Drittel seines Strombedarfs über Sonnenenergie decken, an sonnigen Tagen wird genügend Sonnenstrom erzeugt, um das gesamte System Flughafen vollständig mit Strom zu versorgen. Damit und mit der CO₂-neutralen Fernwärmeversorgung reduziert der Flughafen Wien seine CO₂-Emissionen um rund 60.000 Tonnen pro Jahr, bereits 2023 wird der Airport seinen gesamten Betrieb CO₂-neutral führen.

<https://www.viennaairport.com/>

Technologiepartnerschaft für Wiener Wasserstoff

Das angestrebte Ziel, Wien bis 2040 CO₂-frei zu machen, braucht viele Initiativen und Ideen. „Raus aus fossilem Gas ist keine leichte Aufgabe, darüber sind wir uns durchaus im Klaren. Umso schöner ist es, wenn man mögliche Alternativen aufzeigen kann: die Wasserstoffstrategie der Wiener Stadtwerke ist so eine“, betonte Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke am 29. Juni bei der Unterzeichnung der Technologiepartnerschaft der Wiener Netze und Wien Energie mit der Firma Hoerbiger in Aspern.

Wirtschaftliches Verdichter-System mit hoher Zuverlässigkeit für Wasserstoffbetankung im Testlauf

Nach dem gemeinsamen Bau einer Wasserstoff-Tankstelle für Busse in der Leopoldau, die bereits von den Wiener Linien genutzt wird, errichtet Wien Energie noch in diesem Jahr eine Wasserstoff-Erzeugungsanlage am Standort der Wiener Netze in Simmering. Das dabei benötigte Verdichter-Paket für eine effiziente und zuverlässige Betankung wird dank der eben unterzeichneten Technologiepartnerschaft mit Hoerbiger bereitgestellt. „Die Testläufe der performancebestimmenden Komponenten (wie z.B. Ventile) des Prototyps, der in der Anlage von Wien Energie und Wiener Netzen zum Einsatz kommen wird, sind hier in unserem H₂-Testcenter bereits voll in Gang. Der Verdichter arbeitet aufgrund der bei Hoerbiger entwickelten Komponenten besonders zuverlässig und effizient“, sagt Wolfgang Sautter, Leiter der Division Compression bei Hoerbiger. „Die Verdichtung von Wasserstoff für emissionsfreie Mobilität ist technisch sehr komplex, weil dafür sehr hoher Druck bis 1.000 bar erforderlich ist. Verdichter-Komponenten für diese herausfordernde Anwendung müssen nicht nur zuverlässig und effizient sein, sondern auch wirtschaftlich attraktiv. Daran arbeiten wir in unserem Forschungszentrum“, erklärt Markus Digruber, Head of Innovation and Business Development Division Compression bei Hoerbiger.

Technologiepartnerschaft schafft Arbeitsplätze in Aspern

„Ich bin stolz, daß die Wiener Unternehmen Hoerbiger, Wien Energie und Wiener Netze offiziell eine Technologiepartnerschaft eingehen. Das gemeinsame Forschen schafft

eine Win-win-Situation. Nicht nur für die beteiligten Partner, sondern auch für Wien und die Menschen, die hier leben. Die Investition in zukunftsfähige Technologien ist für jede/jeden Einzelne/n – und für die nächste Generation – wichtig! Außerdem werden durch die Technologiepartnerschaft Arbeitsplätze geschaffen“, betont Stadtrat Peter Hanke bei der Besichtigung des H₂-Testcenters.

„Die Technologiepartnerschaft mit Hoerbiger ist wichtig für uns, weil wir dadurch mit Technologie arbeiten können, die in Österreich entwickelt wurde, und weil wir durch die Testphase auch noch Kosten sparen. Wir arbeiten Hand in Hand und freuen uns auf die gemeinsame Forschung in der geplanten H₂-Erzeugungsanlage in Simmering“, sagt der Wasserstoff-Projektleiter der Wiener Netze Helmut Meixner.

Grüne Wasserstoffproduktion in Wien

Schon 2023 soll in Simmering Wasserstoff am Standort der Wiener Netze produziert werden. „Mit grünem Wasserstoff ‚Made in Vienna‘ kommen wir der Klimaneutralität 2040 einen weiteren Schritt näher. Die Kooperation ist dafür ein wichtiger Baustein: Gemeinsam können wir innovative Technologien erfolgreich einsetzen und weiterentwickeln, um den Einsatz von Wasserstoff noch weiter zu optimieren“, führt Michael Strelb, Vorsitzender der Wien Energie-Geschäftsführung aus.

Mit dem erzeugten Wasserstoff wollen die Wiener Linien bis Ende 2024 zehn Wasserstoffbusse auf der Autobuslinie 39A von Heiligenstadt bis Sievering betreiben. 2023 kommen die ersten fünf Busse, 2024 die zweiten fünf Busse. Aber Mobilität ist für den Wiener Wasserstoff nicht das einzige Nutzungsfeld: Auch eine Einspeisung ins Gasnetz für Industrie und Gewerbe und der Einsatz in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ist in Überprüfung.

Die Wiener Stadtwerke und ihre Konzernunternehmen sind der zentrale Klimaschutzpartner der Stadt. Kein anderes Unternehmen hat eine derartige Hebelwirkung, wenn es um reale Verbesserungen auf dem Weg zur Klimaneutralität geht. Bis zum Jahr 2026 investieren die Wiener Stadtwerke 6,2 Milliarden Euro, davon sind 91 Prozent klimafördernd. ■

<https://www.wienernetze.at/>

Chronik

Oberösterreichs schönste Gärten

LH Thomas Stelzer und LRin Langer-Weninger kürten die Schmuckstücke bei der Gartengala in Ritzlhof.



Foto: Land OÖ / Ernst Grilnberger

v.l.: LH Thomas Stelzer, Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger und der Direktor der Gartenbauschule Ritzlhof, Wolfgang Eder, mit den Preisträgerinnen an der OÖ Garten-Trophy 2021 bei der Gartengala in Ritzlhof

Jedes Jahr bringen zahlreiche Hobbygärtnerinnen und -gärtner Balkone, Hochbeete und Privatgärten im ganzen Land zum Erblühen. Durch sie werden Oberösterreichs Gemeinden in prächtige Farben getaucht und Lebensraum für Bienen, Igel, Vögel und Co. geschaffen. Auch das Ortsbild und die Lebensqualität in den Regionen profitieren hiervon nachhaltig. Mit der Auszeichnung Oberösterreichs schönster Gärten durch die OÖ Garten-Trophy holen wir diese Leistung vor den Vorhang“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer, Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger und Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Waldenberger.

Die Gartengala in der Gartenbauschule Ritzlhof war der krönende Abschluss der OÖ Garten-Trophy 2021. Der Landeshauptmann und die Agrar-Landesrätin Weninger zeichneten die fünf Landessieger des beliebten Gartenwettbewerbs aus.

Gekürt wurden Oberösterreichs schönste Gärten in den Kategorien: Bauernhaus, Wohn-



Foto: Land OÖ / Ernst Grilnberger

Landeshauptmann Thomas Stelzer (2.v.l.) verlieh gemeinsam mit ORF-Gärtner Karl Bloberger (l.) den Sonderpreis für das „Lebenswerk Garten“ an Luise und Hubert Ebner aus Obertraun „für ihr seit Jahrzehnten andauerndes Engagement um die Gartenkultur in Oberösterreich“.

Chronik

haus, Garten, Gemüsegarten und schönsten Biengarten. Erstmals vergeben wurde heuer zudem der Sonderpreis „Lebenswerk Garten“.

OÖ Garten-Trophy: Tausende Fotos, hunderte TeilnehmerInnen, fünf Sieger

Die OÖ Garten-Trophy ist eine Initiative der Landwirtschaftskammer Oberösterreich in Kooperation mit dem Land OÖ und den OÖ Gärtnern. Sie zeichnet jedes Jahr besonderes Engagement beim Garteln aus. Mit knapp 300 TeilnehmerInnen und einigen tausend Fotoeinsendungen hatte die Jury auch bei der Garten-Trophy 2021 wieder die Qual der Wahl. „Die Gartenbegeisterung in Oberösterreich ist ungebrochen“, freut sich LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger über die große Beteiligung an der OÖ Garten-Trophy: „Tausende Fotos wurden im vergangenen Sommer wieder zu dieser Leistungsschau der Hobbygärtnerinnen und Hobby-

gärtner eingereicht. Die Gewinner dürfen sich daher zu Recht als die herausragenden Vorbilder heimischer Gartenkultur bezeichnen!“

Gesucht waren die buntesten Balkonkästen, die prächtigsten Gärten und die üppigsten Gemüsegärten Oberösterreichs – und das alles möglichst im Einklang mit der Natur. „Es ist wichtig, daß wir uns auch beim Garteln mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen und für uns eruieren, wo und wie wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Ich bin überzeugt: Wenn jeder den Blick auf seinen eigenen grünen Wirkungsbereich richtet und dort aktiv wird, kann gemeinsam viel bewegt werden“, betonte Langer-Weningner.

Die Landessieger der OÖ Garten-Trophy

In der Kategorie „Schönstes Bauernhaus“ hat die Familie Fleischanderl aus Eidenberg

die Jury überzeugt. Der Titel für den „Schönsten Gemüsegarten“ geht an die Familie Gahleitner aus Herzogsdorf. Das „Schönste Wohnhaus“ samt umgebendem Bienenparadies steht in St. Marienkirchen an der Polsenz und gehört der Familie von Brigitte Brandscheid. Den „Schönsten Garten“ in OÖ betreut Roswitha Adamsmair mit ihrer Familie in Vorchdorf.

Erstmals in der Geschichte der OÖ Garten-Trophy wurde heuer ein Sonderpreis für das „Lebenswerk Garten“ durch den Landeshauptmann verliehen: „Nach unzähligen Preisen und Titeln auf Bezirks- und Landesebene, war es mir eine große Freude, Luise und Hubert Ebner aus Obertraun für ihr seit Jahrzehnten andauerndes Engagement um die Gartenkultur in Oberösterreich mit der ‚Goldenen OÖ Garten-Trophy‘ auszuzeichnen!“

<https://www.ooe-gaertner.at/>

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>



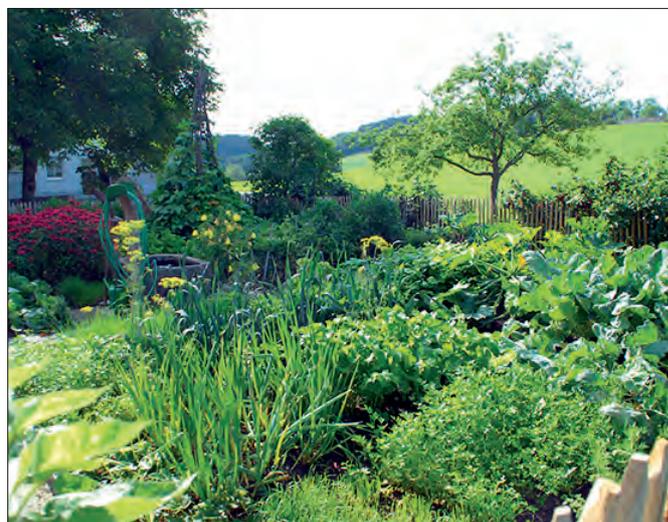
„Schönstes Bauernhaus“: Familie Fleischanderl in Eidenberg



„Schönstes Wohnhaus“: Familie Brigitte Brandscheid St. Marienkirchen



„Schönster Garten“: Familie Roswitha Adamsmair in Vorchdorf



„Schönster Gemüsegarten“: Familie Gahleitner in Herzogsdorf

Alle Fotos: Die OÖ Gärtnern / Landwirtschaftskammer Oberösterreich

Tracht trifft Dirndl

Sonderausstellung im Marmorschlössl Bad Ischl bis 30. Oktober 2022

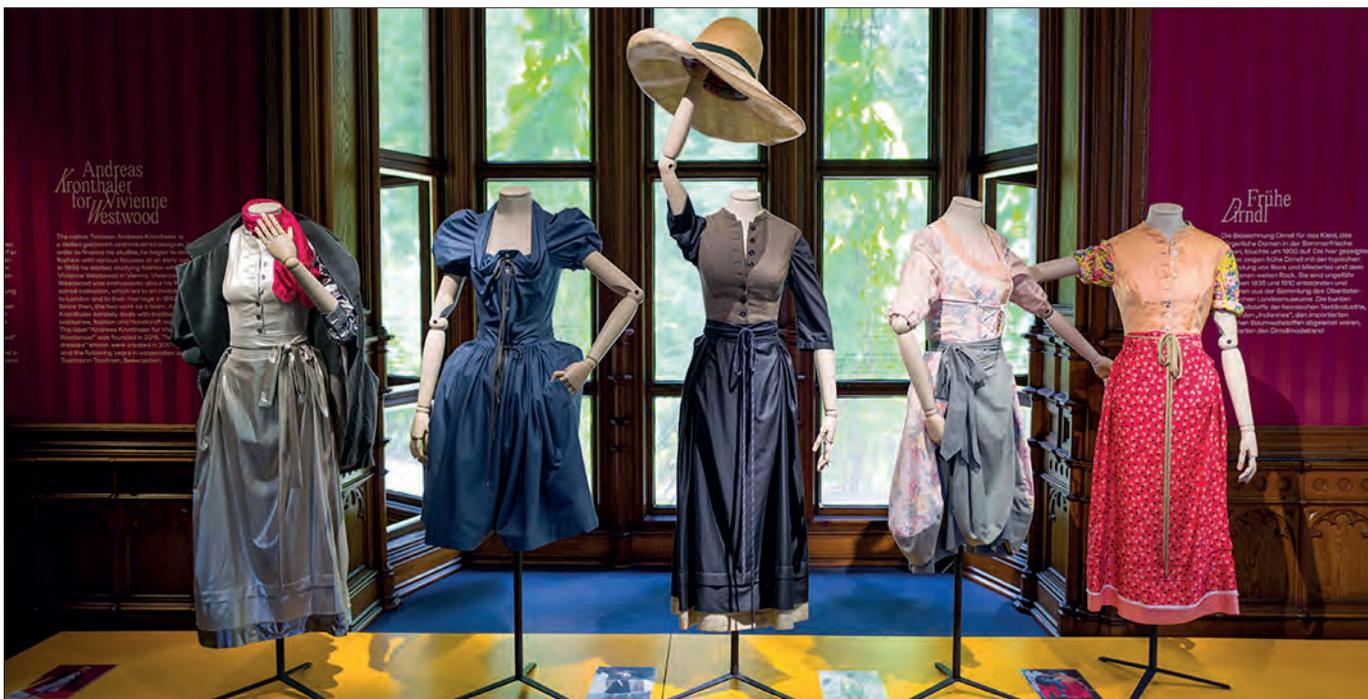


Foto: OÖ Landes-Kultur GmbH / Michael Maritsch

Sensationell war der Neustart, den die OÖ Landes-Kultur GmbH vergangenes Jahr in Bad Ischl verbuchen konnte. 40.000 BesucherInnen zeigten sich von den beiden Ausstellungen „Dirndl. Tradition goes Fashion“ im Marmorschlössl der Kaiserin Elisabeth und „FranzJosef Altenburg. Ton und Form“ in den kaiserlichen Stallungen begeistert.

Mit einer großartigen Schau historischer Trachten aus den Ländern der Donaumonarchie stehen auch heuer „Tracht und Dirndl“ sowie Fragen der Identität im Fokus. Aus dem Vollen geschöpft werden konnte bei der Auswahl der Objekte: In der einzigartigen Textil- und Kostümsammlung des Oberösterreichischen Landesmuseums finden sich mehrere Tausend Kleidungsstücke und prächtige Trachten aus den Kronländern. Ein eigener Ausstellungsteil ist dem Mythos der Kaiserin Elisabeth gewidmet. Zu den Highlights der Ausstellung zählt das Originalkostüm von Romy Schneider aus der Sisi-Trilogie Teil I aus dem Jahr 1955, eine Interpretation des Ischler-Dirndls. Zu sehen sind auch heuer wieder Dirndl namhafter internationaler DesignerInnen, u.a. von Vivienne Westwood, Lola Paltinger und Susanne Bisovsky.

„Kleider machen Leute“, betitelt Gottfried Keller 1874 seine bekannteste Novelle. Kleider machen aber auch Nationen: So steht das Dirndl heute für Österreich, der Kimono

für Japan und der Kilt für Schottland. Neben Sprache, Bräuchen und Musik ist auch Kleidung ein eindeutiges Identifikationsmerkmal für Regionen und Nationen.

Jahrhundertlang war die Kleidung nach dem Geburtsstand, dem Beruf und dem Familienstand in den sogenannten Kleiderordnungen fixiert. Aus dieser Standeskleidung entwickelte sich im 18./19. Jahrhundert eine Kleidung, die nun die Persönlichkeit der Träger:in in den Vordergrund stellte. Daraus entwickelte sich neben der modischen Kleidung die regionalspezifisch unterscheidbare Tracht.

Das Interesse an den unterschiedlichen Trachten der einzelnen Völker im Habsburgerreich hat sich von Seiten des Adels über Jahrhunderte verdichtet, und war neben der Wertschätzung gegenüber der Vielfalt der Trachten in der Monarchie, auch von Nutzbarmachungen geprägt. Eignet sich doch die Kleidung hervorragend als Mittel zur Identitätsbildung und damit zur Festigung des Nationalgefühls.

Die Ausstellung widmet sich dieser Trachtenpolitik – die auch einem romantischen Zeitgeist geschuldet war – und zeigt den zeitgenössischen Blick auf das Habsburgerreich, die unzähligen Reisebeschreibungen, grafischen und malerischen Abbildungen dieser Vielfalt sowie Fotodokumentationen.

Ausgewählte Trachten aus den Kronländern zeugen von einer bunten Vielfalt der vestimentären Traditionen.

Gezeigt werden auch Beispiele von vorbildgebenden und wegweisenden Persönlichkeiten, die unbewußt oder bewußt Tracht tragen – und damit ihre Wertschätzung und Nähe zum Volk kundgeben. Denn letztlich hat genau diese Wertschätzung zur Beibehaltung der Tracht bis heute geführt. Der Umgang mit Tracht und Dirndl seit Maria Theresia, Marie Antoinette, Erzherzog Johann, Kronprinz Rudolf u.v.m. steht dabei neben der modischen Entwicklung im Fokus der Ausstellung.

Darüber hinaus ist zu sehen, wie aus einem gar nicht royalen Kleid wie dem Dirndl – als Alltagskleid der Dirn oder Magd – ein modisches Kleidungsstück werden konnte. Die Entwicklungsgeschichte des Dirndls über 170 Jahre wird anhand von herausragenden frühen Beispielen aus der Sammlung bis zu Kreationen namhafter Designer wie Andreas Kronthaler for Vivienne Westwood, Susanne Bisovsky u.a. aufgezeigt, wie auch die Instrumentalisierungen von Politik und Wirtschaft.

Ein eigener Ausstellungsteil ist dem Mythos der Kaiserin Elisabeth gewidmet, Romy Schneiders Originalkostüm ist nur ein Beispiel davon.

<https://www.oekultur.at/>

's Gwand – zwischen Handwerk, Funktion und Mode

Das Jahresthema im Österreichischen Freilichtmuseum Stübing steht im Zeichen des Gwands und widmet sich damit einem aktuellen Thema in Zeiten des verstärkten Bewußtseins zum ressourcenschonenden Leben.

Die Sonderausstellung „'s Gwand – Zwischen Handwerk, Funktion und Mode“ spannt einen Bogen von der mühsamen Produktion der Rohstoffe zur Herstellung der Grundmaterialien für die Kleidung bis hin zu bäuerlichem Handwerk und zur Entstehung von Tracht, gewerblichen Betrieben und dem Einzug der Mode auf dem Land. Die Ausstellung kann bis 31. Oktober besucht werden. Die BesucherInnen sind eingeladen, die verschiedenen Stationen rund um die Bedeutung der Textilien im bäuerlichen Alltag bei der Wanderung durch das Museumstal, dem erlebnis- und aufschlußreichen „Leitfaden“ der Sonderausstellung folgend, eigenständig zu erkunden und im Rahmen von Thementagen die spannenden Geschichten rund um 's Gwand vertiefend kennenzulernen.

Die bäuerliche Kleidung von einst war vorrangig eine Arbeitskleidung, die in ihrer Funktion praktisch und vor allem strapazierfähig sein mußte. Erhaltene Arbeitskleidung ist daher eine Rarität, da sie möglichst lange getragen und dann mehrmals geflickt wurde, bis sie als Lumpen weitergebraucht oder dem bzw. der LumpensammlerIn gegeben wurde. Häufiger erhalten blieben die Fest- und Sonntagskleider. Sie wurden nur zu bestimmten Anlässen im Jahr getragen und oftmals an die nächste Generation weitervererbt. Neben ihrer Funktionalität hatte die jeweilige Kleidung jedoch auch Symbolcharakter.

Zunächst geregelt von mittelalterlichen Kleiderordnungen, war sie stets auch durch die jeweilige Standeszugehörigkeit und Regionalität geprägt. Gerade wohlhabendere Bauersleute imitierten das Kleidungsverhalten des Adels und Bürgertums. Gegensätzlich entwickelte sich in der Mitte 19. Jahrhunderts vorwiegend in Sommerfrische-Destinationen ein Kleidungsstil, der in Anlehnung an das bäuerliche Arbeitskleid in aristokratisch-bürgerlichen Kreisen Anklang fand und bis heute die Modewelt fasziniert und zu neuen Kreationen anregt. Nicht zu vergessen ist der Einfluß der Warenkataloge und des Versandwesens um 1900 auf das Kleidungsverhalten der Landbevölkerung.



Foto: Österreichisches Freilichtmuseum Stübing / M. Steinböck-Köhler

Das Weben hat jahrtausendealte Tradition – und im Freilichtmuseum Stübing haben BesucherInnen die Möglichkeit, hautnah bei der Ausübung dieses Handwerks dabei zu sein.



Foto: Österreichisches Freilichtmuseum Stübing

Bis heute faszinieren althergebrachte Kleidungsstücke, die oft zu neuen Kreationen anregen.

Im Zentrum dieses Themenschwerpunktes steht die Herstellung der Kleidung, vom bäuerlichen Handwerk bis zu gewerblichen Betrieben. Berufe, vom Grundstoff produzierenden Bauern bis zum Hersteller des gebrauchsfertigen Stoffes, vom Haftelmacher

bis zum Schneider, sollen das Zusammenspiel verschiedenster Akteure zum jeweiligen Produkt zeigen. Aber auch Kopfbedeckungen, Schuhe, Schürzen und vieles mehr ergänzen die Vielfalt rund um 's Gwand. ■ <http://www.freilichtmuseum.at>

Die Innsbrucker Stadtapotheke

Die 1326 gegründete Apotheke in Tirols Landeshauptstadt ist eine der ältesten Österreichs – und wird von der Familie Winkler in der 14. Generation geführt.

Von Andreas Winkler^{*)}

Im Jahr 1930 schrieb Kurt Tucholsky über die Apotheke: „Manche Leute gehen in den fremden Orten immer erst in den Ratskeller, manche zur Sehenswürdigkeit – ich gehe in die Apotheke [...]. Hübsch, so eine Apotheke. Man fühlt sich so geborgen; es kann einem nichts geschehen, weil sie hier ja gegen alle Krankheiten und für alle Menschen ihre Mittel haben. Es ist alles so ordentlich, so schön viereckig, so abgewogen rund – so unwild [...]. Die Apotheke macht besinnlich, wir fordern, nehmen, zahlen und sind schon halb geheilt. Draußen ist es wesentlich ungemütlicher, und von der sanft duftenden Medizin-Insel steuern wir wieder auf das hohe Meer.“

Tucholskys Spott vernachlässigend, bleibt doch die Tatsache, daß gerade die Apotheke, die Einrichtung, der Geruch – kurz das Gesamterlebnis „Apotheke“ –, schon seit langem und immer noch PatientInnen und BesucherInnen beeindruckt. Moderne Schlagworte wie „Erlebnis-Shopping“ und „Einkaufserlebnis“ hat die Apotheke damit schon vor Jahrhunderten vorweggenommen. Und mancher versucht mit einem Apothekenglas vom Trödelmarkt etwas von dieser Tradition zu erwerben und mitzunehmen. Der Wunsch, eine oder auch mehrere der schönen alten Apothekenflaschen oder gar eine oder auch mehrere der prachtvollen Fayencen zu besitzen, verbindet den heutigen Sammler mit demjenigen des 19. Jahrhunderts.



Foto: Andreas Winkler

Apothekenkasten, der Schubladenteil stammt aus dem Jahr 1673, das Regal wurde – bei der Restaurierung 1960 – in Anlehnung an die Einrichtung aus dem Jahr 1740 ergänzt.

Apotheken in Museen

Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg begann schon relativ früh, 1883, vor allem auf Bestreben des Pharmaziehistorikers Hermann Peters hin, aus den im Haus verstreuten pharmazie- und medizinhistorischen Beständen eine eigene Abteilung einzurichten. Allerdings galt der Ausbau der Sammlung, bedingt durch finanzielle Probleme, erst 1899 als abgeschlossen. Da schon damals viele Privatsammler insbesondere Apothekengefäße (Fayencen, Gläser etc.) sammelten und das Bedürfnis der Sammler

das Angebot überschritt, wurde bereits oft gefälscht. Daher war es für das Germanische Nationalmuseum wichtig, in erster Linie von den Apotheken selbst zu erwerben, um so Zwischenhändler und mögliche Fälschungen auszuschließen. Außerdem klagte man schon damals über den Verlust zahlreicher alter Offizinen, die man durch eine Übernahme in den Museumsbestand erhalten wollte. 1924 begründete Josef Anton Häfliger in Basel eine „Schweizerische Sammlung für Historisches Apothekenwesen“, welche zugleich als Ständemuseum, Sammelstelle für pharmazeutische Antiquitäten, aber auch wissenschaftlichen Zwecken dienen sollte. 1925 wurde in einem Neubau des Deutschen Mu-

seums in München ebenfalls eine „Historische Apotheke“ eingerichtet, welche in einer nachgebauten Offizin vor allem eine Sammlung alter Arzneimittel aufnehmen sollte. Als Höhepunkt muß die Gründung des Deutschen Apotheken Museumsgeltes, welches 1938 in München eröffnet wurde und heute im Heidelberger Schloss untergebracht ist.

Apotheken in Privatsammlungen

Im Deutschland der 1930er-Jahre zählte man zahlreiche Privatsammlungen und 14 Museen, die historische Apotheken zeigten. In erster Linie handelte es sich dabei allerdings um so genannte Schauapotheken, die eher dekorativen Charakter hatten. Die Pri-

^{*)} Dr. Andreas Winkler ist Historiker, die Apotheke wird von seiner Frau Dr. Monika Winkler-Kaufmann geführt

Chronik

vatsammler hingegen, zumeist Zeitgenossen von Ludwig Winkler, waren zu Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts oft selbst Apotheker und begannen bereits in jungen Jahren ihre Sammlungen aufzubauen.

Einer der ersten bedeutenden Sammler war der Schweizer Burkhardt Reber (1848-1926), der in den Jahren von 1879 bis 1885 eine umfangreiche Sammlung anlegte. Walter Heinrici (1868-1946) gilt als größter Sammler von pharmazeutischen Altertümern in Deutschland. Nach der Übernahme der Hirschapotheke in Halle an der Saale (1900) und folgenden Umbauarbeiten fand er alte Gefäße, was ihn anregte, in der Folge auch in anderen Apotheken nach derartigen Objekten zu suchen. Heinrici legte besonderen Wert darauf, die Herkunft seiner Gegenstände aus Apotheken zu dokumentieren und erwarb aus diesem Grund auch kaum etwas aus dem Handel.

Ein weiterer, heute noch in Fachkreisen bekannter Sammler, war Joseph (Jo) Mayer (1870-1940), der in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts zu sammeln begonnen hatte und dessen Sammlung als die bedeutendste seiner Art in Deutschland galt. Seine Sammlung verkaufte er, der als Jude im Dritten Reich verfolgt wurde und sich aus Verzweiflung das Leben nahm, an die Smithsonian Institution, Washington.

Auch Alfred Michaelis (1887-1967), der in den 1920er-Jahren seine Sammlung aufbaute, mußte sie 1939 verkaufen, um seine Emigration finanzieren zu können – über 300 Gefäße dieser Sammlung befinden sich heute im Besitz der Firma Hoffmann-La Roche in Basel bzw. GrenzachWyhlen (Schweiz).

Der Innsbrucker Apotheker Ludwig Winkler (1873-1935) begann bereits 1896 im Alter von 23 Jahren, aus der elterlichen Apotheke alles auszusondern, was mittlerweile nur mehr von historischem Interesse war – nicht nur Gefäße, Laborgeräte und Arbeitsutensilien, sondern auch inzwischen obsolete Drogen und Zubereitungen, denen in der Folge sein besonderes Interesse galt.

Zudem durchforstete er im Statthaltereiarchiv die Akten und Urkunden nach Hinweisen zur frühen Pharmaziegeschichte Innsbrucks und Tirols. Als er im Jahre 1900 die Apotheke von seinem Bruder übernahm, hatte er im ersten Stock des Altstadthauses alle Objekte in einem Raum aufgestellt, die er bis zu diesem Zeitpunkt zusammengetragen hatte. Ein im selben Jahr erschienener Artikel machte die Sammlung in Fachkreisen schnell bekannt. Als besondere Raritäten galten neben dem Mobiliar vor allem die

Sammlung obsoleter Arzneidrogen und jene Standgefäße, in denen der jeweilige Originalinhalt des 17., 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts erhalten war.

In der Folgezeit konnte Ludwig Winkler von seinem Nachbarn, dem Hofapotheker Schöpfer, zahlreiche Objekte erwerben: Neben einer Sammlung seltener Arzneidrogen und Apothekengefäßen, darunter Albarrelli aus der Leibapotheke der Claudia von Medici (1604-1648), auch Dokumente zur Hausgeschichte der Hofapotheke. Der Grund für diesen Erwerb liegt in der Familiengeschichte, die in einem kurzen Rückblick nachgezeichnet werden soll:

Die Geschichte der Familie Winkler

1637 heiratete Rachel Becker, eine Tochter des Innsbrucker Hofapothekers, den aus Bayern stammenden Georg Winkler, der so in den Besitz der Innsbrucker Stadtapotheke gelangte. 1326 gegründet, wurde die Stadtapotheke 1578 von Rachels Großvater Sigmund Winkelhofer erworben; seither befindet sie sich im Familienbesitz. Winkelhofers Tochter Anna Maria heiratete 1605 den Apotheker Jakob Becker, der 1617 die Innsbrucker

ker Hofapotheke erwarb. Die Töchter Rachel und Sara Becker wurden in der Folge zu den Stammmüttern beider Innsbrucker Apothekerfamilien: Rachel brachte die Stadtapotheke mit in die Ehe, Sara die Hofapotheke. Beider Bruder, Jakob von Becker, hatte mittlerweile Christine Leonore Fezer, die Witwe des Grazer Hofapothekers geheiratet und kam so als Nachfolger in der Hofapotheke nicht mehr in Frage.

Um 1683 wurde die Stadtapotheke, die bis dahin im Haus neben der Hofapotheke untergebracht war, in das Haus in der Herzog Friedrich Straße 25 verlegt, in dem sie sich noch heute befindet.

Wiederum war es eine Heirat, die den Umzug ermöglichte, denn durch die 1667 geschlossene Ehe zwischen Franz Ignaz Winkler und Maria Caritas Jäger, der Tochter des damals wohlhabendsten Innsbrucker Bürgers, ging dieses Eckhaus nebst zwei weiteren Häusern in Familienbesitz über. 1926 wurde auf Ludwig Winklers Betreiben hin die „Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie“ gegründet, seine intensive Beschäftigung mit der Geschichte der Pharmazie „gipfelte“ 1927 in seiner Habilitation für dieses



Foto: Andreas Winkler

Apothekenkasten von 1890, der bis 1972 in Verwendung war.

Chronik

Fach, wodurch er zum ersten habilitierten Pharmaziehistoriker im deutschen Sprachraum wurde. Was durchaus nicht allen Sammlern selbstverständlich war, betrieb Ludwig Winkler konsequent: Neben den ästhetisch ansprechenden Objekten bewahrte er auch Zeitschriften und wissenschaftliches Informationsmaterial, Publikationen pharmazeutischer Firmen und alle Bücher und Gegenstände, die aus dem laufenden Apothekenbetrieb ausgesondert wurden.

Schon früh machte Ludwig Winkler seinen Sohn Franz (1901-1953) mit der Sammlung und der damit verbundenen Arbeit vertraut. Franz Winklers Interesse lag neben dem Sammeln von Tirolensien vor allem an der pharmazeutischen Literatur; so konnte er die Bibliothek um bedeutende Werke erweitern. Sein besonderes Verdienst bestand aber in der Verlagerung größter Teile der Sammlung im Sommer 1943 in den Keller des Hauses, so daß sie beim ersten Bombenangriff auf Innsbruck am 15. Dezember 1943, der das Haus vollkommen zerstörte, erhalten blieb. Anlässlich des durch seinen Sohn Franz Winkler (geb. 1929) betriebenen Wiederaufbaus des Apothekenhauses in der Altstadt während der Jahre 1952/53 wurden wieder eigene Räume für die Sammlung vorgesehen. Dennoch zog sich die Wiederaufstellung samt Restaurierung bis 1961 hin. In diesem Jahr fand in Innsbruck der „Kongreß für Geschichte der Pharmazie“ statt, zu welchem Anlaß das kleine Museum wieder zu besichtigen war.

Das Apothekenmuseum ab 1961

Seither hat dieses Privatmuseum mit seinen barocken Apothekenkästen, den Standgefäßen, dem Laboratorium und einer Bibliothek bei zahlreichen BesucherInnen einen tiefen Eindruck hinterlassen, immer wieder verbunden mit der Forderung nach mehr Öffentlichkeit. Da sich 2003, gleichzeitig auch dem 425-Jahr Jubiläum der Familie, die Möglichkeit bot, die Sammlung in freigewordenen Räumen auf doppelt so viel Fläche als vorher zu präsentieren, ergriff die Familie die Chance und begann mit den dafür notwendigen Umbauarbeiten, die sich bis zum Winter hinstreckten. Nach beendetem Umbau und Umzug präsentiert sich die Sammlung wie schon bisher mit einem eigenen Raum für die barocke Apothekeneinrichtung und zusätzlich drei weiteren Räumen, in denen Möbel, Porträts, Gebrauchsgegenstände und die Bibliothek einen Einblick in das Leben und die Alltagskultur einer Innsbrucker Familie ermöglichen. ■



Die blau-weißen Fayencen stammen aus der Leibapothek der Claudia von Medici, die nach dem Tod ihres Mannes Leopold V. von Österreich von 1633-1646 die Regentschaft in Tirol übernahm.



Die traditionsreiche Stadtapotheke der Familie Winkler im Zentrum Innsbrucks



<https://www.stadtapotheke-winkler.at/>
Erschienen in „Geschichte der Pharmazie“,
Nr. 2/3 (Sept. 2007), Seite 27-30; „A. Winkler,

Das Apothekenmuseum Winkler – Geschichte einer Sammlung“
<http://www.deutscher-apotheker-verlag.de/>

VieVinum 2022

Fulminanter Erfolg beim Familienfest des österreichischen Weins



Foto: ÖWM / Philipp Lipiarski

Das internationale Weinfestival VieVinum 2022 in der Wiener Hofburg: Großes Comeback mit qualitativem Wachstum

Großartiges Comeback nach vier Jahren: Von 21. bis 23. Mai präsentierten sich bei der VieVinum 480 österreichische Weingüter einem hochkarätigen Fachpublikum. Über 1.000 FachbesucherInnen hatte die Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM) aus über 50 Ländern nach Wien eingeladen; die ersten Rückmeldungen der Gäste waren voller Begeisterung für den österreichischen Wein. Eine Woche zuvor knüpften 300 österreichische WinzerInnen und die ÖWM internationale Geschäftskontakte auf der ProWein in Düsseldorf.

Fokus auf Fachpublikum

Die Vorfreude war sehr groß, das Resümee läßt keine Wünsche offen: Die VieVinum, die nach vier Jahren endlich wieder stattfinden konnte, wurde zum erhofften großen Fest des österreichischen Weins. Um für Österreichs WinzerInnen einen maximalen Mehrwert zu schaffen, lag der Fokus der VieVinum heuer auf dem Fachpublikum; die

ÖWM unterstützte diese Bemühungen mit mehr als 1.000 internationalen ExpertInnen aus Handel, Gastronomie und Presse, die sie aus über 50 Ländern nach Wien holte.

„Vier lange Jahre mußten wir warten – aber das Warten hat sich gelohnt!“, freut sich Chris Yorke, Geschäftsführer der ÖWM. „Unsere WinzerInnen konnten sich perfekt präsentieren, und unsere internationalen PartnerInnen waren durch die Bank begeistert von den Weinen, dem Ambiente und der Messe-Organisation. Mein großer Dank gilt daher allen, die dieses wunderschöne Familienfest des österreichischen Weins möglich gemacht haben!“

Wiedersehen und Kennenlernen

An allen drei Messetagen nutzten die Fachgäste die Gelegenheit, mit Österreichs WinzerInnen in direkten, fokussierten Kontakt zu treten: Die Freude über das Wiedersehen langjähriger, oft freundschaftlich verbundener GeschäftspartnerInnen war dabei

ebenso groß wie das Interesse, neue Weingüter kennenzulernen. Das Messe-Rahmenprogramm, etwa mit gezielten Masterclasses im Rahmen der „School of Wine“ oder Veranstaltungen von Winzervereinigungen und Weinbaugesellschaften, bot dafür zahlreiche Gelegenheiten. Ein eigener Online-Cityguide der ÖWM faßte alle Rahmenveranstaltungen der Gebiete und Vereinigungen übersichtlich zusammen.

220 Gäste bei Flightverkostung

Bereits am Abend des 19. Mai hatte die ÖWM ihre Gäste für eine gemütliche Stimmung zum Get-Together beim Heurigen geladen. Tags darauf organisierte sie eine ganztägige hochkarätige Flightverkostung mit 92 „International Heroes“, also österreichischen Top-Weinen, die bei internationalen Medien höchste Auszeichnungen erringen konnten. Das Feedback zu dieser Verkostung, zu der 220 ExpertInnen erschienen, fiel äußerst positiv aus, sowohl in Bezug auf

Gastronomie & Kulinarisches

die Qualität der Weine als auch auf die Organisation.

Im direkten Anschluß an die VieVinum fanden Fachreisen nach Niederösterreich, ins Burgenland und in die Steiermark statt, die auf großes Interesse der internationalen Gäste stießen.

Zentrale Plattform für Export-erfolg des heimischen Weins

„Die heurige VieVinum war immens wichtig und ganz groß! Auf der gesamten Messe war eine unglaublich positive Dynamik spürbar. Das wird sicher dazu beitragen, daß die Wertschätzung für die Arbeit unserer WinzerInnen weiter steigt und ihre Weine rund um die Welt noch gefragter werden.“, faßt Yorke zusammen.

Seit 1998 ist die VieVinum eine zentrale Plattform für den Exporterfolg des österreichischen Weins. Mit der diesjährigen, sehr erfolgreichen Ausgabe stehen die Chancen gut, daß in Bälde ein erneuter Exportrekord zu erwarten ist.

ProWein: 300 Weingüter aus Österreich bei Europas größter Weinmesse

Eine Woche vor der VieVinum, von 15. bis 17. Mai, war die ÖWM mit rund 300 österreichischen Weingütern bei der ProWein in Düsseldorf. Auch dort war nach zwei Messe-Verschiebungen eine durchwegs positive Stimmung spürbar. „Der Besucherandrang war heuer etwas geringer als bei der



Foto: ÖWM / Philipp Lipiarski

v.l.: Chris Yorke (GF ÖWM), Susanne Kraus-Winkler (Tourismus-Staatssekretärin), Alexandra Graski-Hoffmann (GF MAC Hoffmann), Diana Müller (Bundesweinkönigin Diana I.), Johannes Schmuckenschlager (Präsident Österr. Weinbauverband) bei der Eröffnung der VieVinum 2022

letzten ProWein – dafür war die Qualität der FachbesucherInnen gut!“, zeigt sich Chris Yorke erfreut. „Auch wenn die zeitliche Nähe zur VieVinum eine große Herausforderung für unsere WinzerInnen und die ÖWM dargestellt hat, war es sehr wichtig, in Düsseldorf mit großer Präsenz aufzutreten, um die internationalen Geschäftskontakte zu pflegen bzw. auch neue zu knüpfen.“

Zusätzlich konnte das Fachpublikum bei zwölf von der ÖWM organisierten Masterclasses sehr detaillierte Einblicke in das Weinland Österreich gewinnen. So demonstrierte

etwa Sascha Speicher vom Meiningerverlag das Reifepotenzial österreichischer Weine anhand ausgewählter Sekte, Weiß-, Rot- und Süßweine; Willi Schlögl von der Berliner Weinbar Freundschaft zeigte gemeinsam mit Florian Schütty (ÖWM), welche Wege Österreichs WinzerInnen bei der umweltbewussten Weinproduktion gehen; und Kult-Sommelier Gerhard Retter führte Interessierte auf spannende Weinpfade abseits von Grünem Veltliner, Blaufränkisch & Co. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>
<https://www.prowein.de/>



Foto: Messe Düsseldorf

Eine Woche vor der VieVinum, von 15. bis 17. Mai, war die ÖWM mit rund 300 österreichischen Weingütern bei der ProWein in Düsseldorf.

Weinprämierung Burgenland

Präsentation der Landessieger »Best of Burgenland 2022«



Foto: LK Burgenland / Maria Hollender

Alle GewinnerInnen der Weinprämierung 2022 mit Ehrengästen und Sponsoren im Hof des Martinsschlössls in Donnerskirchen

Am Nachmittag des 11. Mai war es wieder soweit! Die Landessieger der Weinprämierung Burgenland 2022 wurden im feierlichen Rahmen im Martinsschlössl in Donnerskirchen geehrt.

Insgesamt wurden dieses Jahr 1.661 Proben zur Weinprämierung Burgenland eingereicht. Die Weine wurden in 3er-Flights von insgesamt 45 Kostern in 24 Kommissionen bewertet. Besonders bei der Landesweinprämierung ist, daß die Weine „verdeckt“ verkostet werden. Das bedeutet, daß die KosterInnen bei der Verkostung nicht wissen, wer den verkosteten Wein produziert hat – was zu einer objektiven Bewertung beiträgt.

Bei der Prämierung wurden 677 Weine mit einer Goldmedaille ausgezeichnet. Ins Finale haben es 88 Weine von 61 Betrieben geschafft. Als „Weingut des Jahres 2022“ wurde heuer bereits zum zweiten Mal das Weingut Markus Iro aus Gols ausgezeichnet, dessen acht eingereichte Weine mit sieben Goldmedaillen prämiert wurden. Zwei davon haben es ins Finale geschafft, wovon einer den Landessieg in der Kategorie „Zweigelt Reserve“ einfahren konnte.

Insgesamt wurden 15 Betriebe in 17 Kategorien ausgezeichnet, da das Weingut Allacher aus Gols sowie das Weingut Christian Haider aus Neusiedl am See jeweils als zweifache Landessieger geehrt wurden. Neben den alljährlichen altbekannten „Fixbetrieben“ unter den Landessiegern haben es im heurigen Jahr auch einige neue Betriebe wie

die Joiser Weingüter Weber Herbert und M.u.M. Steinwandtner oder das Weingut Andreas Sommer aus Mörbisch geschafft, als Beste in der jeweiligen Kategorie ausgezeichnet zu werden. Mit fünf Weinen hatte das Weingut Keringer aus Mönchhof so viele Weine wie sonst kein Betrieb im Finale der Weinprämierung Burgenland.

„Im heurigen Jahr ist es nach zweijähriger Pause erstmals wieder möglich, die Burgenländischen Landessieger mit Publikumsbesuch zu verkünden und zu ehren. Der Wein ist das Aushängeschild der burgenländischen Landwirtschaft, daher wollen wir unseren Winzerinnen und Winzern sowie ihren hervorragenden Produkten eine gebührende Bühne bieten, um ihre herausragenden Leistungen auszuzeichnen. Aus diesem Grund findet die Ehrung der Landessieger ‚Best of Burgenland 2022‘ im Martinsschlössl statt. Der Top-Organisation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Burgenländischen Landwirtschaftskammer ist es zu verdanken, daß das Burgenland auch heuer wieder das erste Bundesland ist, das die Ergebnisse der Landessieger-Verkostung verkünden kann. Die hohe Anzahl der eingereichten Weine zeigt die Bedeutung der Prämierung für die heimische Weinwirtschaft. Denn bereits seit über 50 Jahren ist die Landesweinprämierung eine wichtige Marketingmaßnahme für unsere Winzerinnen und Winzer und bedeutender Maßstab am nationalen und internationalen Weinmarkt“, so Nikolaus Berlakovich, Prä-

sident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

„Der Traumjahrgang 2021 spiegelt sich im gesamten Burgenländischen Weinportfolio wider. Die idealen Witterungsbedingungen im Herbst und eine für burgenländische Verhältnisse eher späte Lese, boten die idealen Voraussetzungen für gesundes, vollständig ausgereiftes Traubenmaterial. Die Weißweine verbinden Frische und Vitalität mit tiefer, glasklarer Frucht. Hohe Reife und rassige Säure geben ihnen den letzten Schliff. Bei den Rotweinen stehen trotz hoher Reife eine elegante Struktur und eine messerscharf definierte Frucht im Vordergrund. Nach dem langen, trockenen Herbst bildete sich im November auch eine wunderschöne Botrytis heraus, die den WinzerInnen hochgradige Dessertweine bescherte. Die Kombination aus jungen Winzertalenten mit Top-Ausbildung und langjähriger Erfahrung in unseren Betrieben beweist einmal mehr die Spitzenposition der burgenländischen Weinwirtschaft. Die Auszeichnung im Rahmen der Burgenländischen Weinprämierung stellt für viele Betriebe eine wesentliche Unterstützung beim Verkauf ihrer Weine dar, was in Zukunft, wenn der Weintourismus im Burgenland weiter zunimmt, noch wichtiger werden wird. Außerdem dienen die zu erlangenden Auszeichnungen den WeinkonsumentInnen als wichtige Orientierungshilfe bei der Weinauswahl“, so Weinbaupräsident Ök.-Rat Andreas Liegenfeld. ■

<https://bgld.lko.at/>

NÖ Landesweinprämierung

Innovation, die aus der Vielfalt kommt



Foto: LWmedia / Leonardo Ramirez

v.l.: Generalsekretär und Sektionschef Günter Liebl, RWA-Vorstandsdirektor Christoph Metzker, Direktor Reinhard Eder, Weinkönigin Sophie Hromatka, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Kellermeister Mario Strauss, NÖ-Weinbaupräsident Reinhard Zöchmann, LK-Präsident Johannes Schmuckenschlager und Generaldirektor der Niederösterreichischen Versicherung AG Stefan Jauk.

So viele Winzerbetriebe wie noch nie haben mehr Weine denn je in den Wettbewerb geschickt: Die 35. NÖ Landesweinprämierung geriet zur Bühne für die Vielfalt und Qualität, für die Tradition wie die Innovationsfreude des Weinbaus in Niederösterreich.

6.243 Weine von insgesamt 955 Betrieben, jeder davon mit Hingabe und Sachverstand produziert: Der nÖ. Weinbau präsentierte sich in seiner ganzen Breite und verstärkt auch mit seinen innovativen Akzenten. So wurden heuer zum ersten Mal Landessieger in den Kategorien Piwi-Weine, Orange/Natural-Weine sowie Perl- und Schaumweine gekürt. Mit diesen drei neuen Prämierungen – insgesamt nunmehr 21 – bildet die NÖ Landesweinprämierung das Marktgeschehen in seiner aktuellen Vielfalt ab.

Gerade das konstant aufstrebende Segment für Perl- und Schaumweine hat sein volles Potential noch lange nicht entfaltet. 173 Einreichungen im ersten Jahr machen deutlich, in welchem Ausmaß sich die Winzer auf diesen Trend bei der Nachfrage bereits eingestellt haben. Immer mehr Betriebe suchen auch innovativ nach Antworten auf den Klimawandel: Das zeigen 53 Einreichungen für Weine, die der neuen Rebsorte Piwi entstammen. Der erste Landessieger in dieser Kategorie wird die Bekanntheit der neuen Sorten am Markt weiter steigern. Ungebrochen dynamisch entwickelt sich der Trend zu naturnah produzierten Weinen: Zunehmend auch neues, weinaffines Publikum findet Geschmack an Natural- oder Orange-Weinen. 54 Einreichungen spiegeln gleicher-

maßen die Innovationsfreude wie die Sensibilität der Winzer für ökologische Ansprüche wider. Verkostet und bewertet wurde in dieser Kategorie übrigens von erfahrenen Winzern, die selbst Natural- oder Orange-Weine herstellen.

Perfekt ausgereifte, kristallklare Weine aus makellosem Traubengut krönen das Weinjahr 2021. Die WinzerInnen wußten die insgesamt günstigen klimatischen Bedingungen in allen Weinbaugebieten des Landes zu nutzen: Es gelangen balancierte, elegante Weißweine mit tiefer Frucht und rassischer Struktur. An ihrer Seite stehen kraftvolle, spannende Rotweine mit großem Reifepotenzial. Auf einen trockenen Winter war ein später Austrieb gefolgt sowie eine durch den kühlen Frühling verspätete Blüte. Im Sommer hatten WinzerInnen im nördlichen Weinviertel sowie in der Wachau, im Kremstal und im Traisental mit schweren Unwettern zu kämpfen. Mit September setzte goldenes Herbstwetter ein, das ganze sechs Wochen strahlenden Sonnenschein brachte, begleitet von kühlen Nächten – ideale Voraussetzungen für die ausgezeichnete Aromenbildung in Weißweinen und die Vitalität in Rotweinen.

Das „Weingut des Jahres 2022“

Die „hohe Schule“ der Winzerkunst praktiziert der heurige Gesamtsieger der NÖ Landesweinprämierung im wörtlichen Sinn: Die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sicherte sich den Titel „Weingut des Jahres 2022“ mit einem Landessieger in der

Kategorie Rote Cuvées und vier weiteren Weinen, die den Einzug ins Finale schafften!

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig betonte: „Die HBLA und BA für Wein- und Obstbau Klosterneuburg ist eine ganz besondere Schule und eine international anerkannte Forschungseinrichtung. Mit über 160 Jahren ist sie auch die älteste Lehranstalt des Landwirtschaftsministeriums und zeichnet nach wie vor für viele Innovationen verantwortlich. Das Motto der Wein- und Obstbauschule ist ‚Unser Wissen trägt Früchte‘. Eine wunderbare Frucht der Arbeit des Lehr- und Forschungspersonals und der Schülerinnen und Schüler ist die Ehrung zum NÖ Landes-sieger und Weingut des Jahres 2022! Wir sind als Schulerhalter stolz auf die Leistungen unserer Wein- und Obstbauschule und gratulieren herzlich zu dieser besonderen Ehrung.“

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner: Bilanz: „Die Jahr für Jahr Rekorde brechenden Einreichzahlen zur NÖ Landesweinprämierung zeigen das hohe Qualitätsbewußtsein der niederösterreichischen Winzerinnen und Winzer und die ausgezeichnete Arbeit der Wein Niederösterreich. Daß sich heuer aus über 950 Betrieben die HBLA und BA für Wein- und Obstbau Klosterneuburg als Weingut des Jahres durchsetzte, darf die gesamte niederösterreichische Weinbranche stolz machen. Die älteste Weinbauschule der Welt produziert Weine von höchster Qualität und lehrt die dafür nötigen Kompetenzen den nächsten Generationen. Ein tolles Zeichen für die Bildung in unserem Land!“ ■

<https://weinniederoesterreich.at/>

Hermann Nitsch †

Am 18. April ist der Künstler von Weltrang im Alter von 83 Jahren verstorben.

Hermann Nitsch war ein Künstler von Weltrang und einer der bedeutendsten zeitgenössischen Künstler überhaupt“, sagte Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zum Ableben von Hermann Nitsch. „Wir waren und sind unglaublich stolz, daß er eine so tiefe Verbindung zu Niederösterreich hatte und bei uns in Prinzen-dorf ein Zuhause gefunden hat. Denn Hermann Nitsch war nicht nur ein großartiger Botschafter unseres Landes in der ganzen Welt, sondern auch eine ganz große Persönlichkeit, die gerne in unserem Land gelebt und unserem Land viel gegeben hat. Maler, Aktionskünstler, Schriftsteller, Bühnenbildner, Komponist – all das war Hermann Nitsch und noch viel mehr. Seine Werke waren und sind in den berühmtesten Museen der Welt zu sehen“, so die Landeshauptfrau. Mit dem Nitsch-Museum in Mistelbach habe das Land Niederösterreich „diesem großartigen Universalkünstler ein bleibendes Denkmal gesetzt. NÖ hat damit weltweit im zeitgenössischen Kunstgeschehen für Aufmerksamkeit gesorgt“, betonte sie: „Dieses Museum soll ein Zeichen dafür sein, wie sehr wir in Niederösterreich Hermann Nitsch geschätzt und bewundert haben. Ich bin sicher, noch viele Generationen werden dieses Museum besuchen, um sich von seinen Werken inspirieren und begeistern zu lassen.“

Hermann Nitsch war Mitbegründer des Wiener Aktionismus in den frühen 1960er-Jahren, zu dieser Zeit hat er auch das Schloss Prinzen-dorf in Niederösterreich erworben, restauriert und damit für die Nachwelt gesichert. Schloß Prinzen-dorf wurde später auch zum Aufführungsort des Orgien-Mysterien-Theaters, so fand etwa 1998 die Aufführung des 6-Tage-Spiels statt. Ein Wiederaufleben ist für heurigen Juli geplant. Leider kann er es nicht mehr miterleben. 2007 wurde das „Hermann Nitsch Museum“ in Mistelbach eröffnet. Zuletzt gestaltete er einen beeindruckenden Beitrag zu den Bayreuther Festspielen 2021, wo er eine szenische „Walküre“ gestaltete.

„Es war mir eine große Freude und Ehre, Hermann Nitsch in vielen Gesprächen und Zusammentreffen begegnet zu sein. Er war eine schillernde, zuweilen auch polarisierende und umstrittene, aber immer spannende



© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Foto: Franz Johann Morgenbesser

Hermann Nitsch am 19. August 2010 beim Musik-Festival auf Schloß Grafenegg

Künstlerpersönlichkeit von weltweiter Bedeutung. Unsere Gedanken sind nun bei seiner Witwe Rita und seiner Familie“, so die Landeshauptfrau.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Mit ausdrucksstarken Bildern und Aufsehen erregenden Aktionen hat er die heimische Kunstwelt neu definiert. Nun ist der Großmeister des Aktionismus von uns gegangen: Hermann Nitsch ist tot“, so Bundespräsident Alexander Van der Bellen. „Die heimische Kunst ist damit um eine ihrer auch international bedeutendsten Persönlichkeiten ärmer. Konsequenter hat Hermann Nitsch über Jahrzehnte hinweg an seinem kultischen Stil gearbeitet, seine Werke und sein Wirken haben niemanden kaltgelassen. Österreich trauert um einen unbestechlichen und faszinierenden

Maler und einen beeindruckenden Menschen. Sein Werk wird weiterleben, dessen bin ich mir gewiß.“

Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer

„Heute hat uns ein wahrhaft einzigartiger Künstler verlassen“, sagte Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer zum Ableben des Malers und Aktionskünstlers. „Seine vielfältige Auseinandersetzung mit Kunst, Ästhetik, Religion und Philosophie hat Hermann Nitschs Werk förmlich durchzogen. Seine Großformate ziehen Menschen in ihren Bann wie es kaum andere Kunstwerke können. Mit den Orgien-Mysterien-Spielen hat Nitsch außerdem die Grenzen des Kunstschaffens neu definiert. Was mich persönlich an Nitsch beeindruckt hat, ist seine Durch-

Personalia

setzungskraft und seine Standhaftigkeit trotz aller Kritik, die ihm vor allem zu Beginn entgegenschlagen ist“, so Mayer.

Gedenkfest für Hermann Nitsch in Mistelbach

Bei einem Gedenkfest im Nitsch Museum in Mistelbach sagte Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, sie habe Hermann Nitsch als „empathischen, belebten, spirituellen und weltoffenen Menschen und Künstler kennengelernt, und ich bin sehr stolz darauf, daß er so sehr mit Niederösterreich verbunden war. In Prinzensdorf hat er gelebt, gearbeitet und gefeiert, hier hat er Heimat verspürt.“ Und sie erinnerte daran, daß 2007 viel Mut notwendig gewesen sei, das Nitsch Museum in Mistelbach zu eröffnen: „Damals hat Hermann Nitsch gesagt: ‚Ich weiß jetzt, wo ich hingehöre‘, und diese Worte hat er auch gelebt.“

Jede Begegnung mit ihm sei ein unvergessliches Erlebnis gewesen, fuhr Mikl-Leitner fort: „Er war ein Künstler von Weltrang und zugleich ein Mensch, mit dem man das Leben feiern konnte. Er hat provoziert, aufgerüttelt, Bewußtsein geschaffen und überall auf der Welt die Menschen berührt und bewegt. Er hat eine Brücke zwischen seiner Kunst und den Menschen geschaffen. Er war Weltbürger und Weinviertler, weltoffen und gerdet zugleich.“

Klaus Albrecht Schröder, Generaldirektor der Albertina, sprach in seiner Laudation von einem der größten Künstler Österreichs, dessen Werk, nachdem es lange bekämpft worden sei, zuletzt einen Siegeszug um die ganze Welt angetreten habe. „Das Theater ist immer im Zentrum seiner Kunst gestanden, das Gesamtkunstwerk in seiner monumentalen Maßlosigkeit war Basis seiner Kunst. Hermann Nitsch war überzeugt, daß sich nur im Orgien-Mysterien-Theater seine Kunst zur Gänze entfaltet“, meinte Schröder und schloß, daß Nitsch mit dem Orgien-Mysterien-Theater Teil der Kunstgeschichte geworden und in den Olymp der großen Meister der Kunst eingetreten sei.

Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien und Nitsch-Biographin, erinnerte an seine Jugend in einer Zimmer-Küche-Wohnung in Wien/Floridsdorf, an den 1944 gefallenen Vater, die Todesangst im Luftschutzkeller und seine gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Von den Jahren an der Grafischen Lehr- und Versuchsanstalt zog sie in Folge einen Bogen über die Anfeindungen und ersten Erfolge bis in die Gegenwart: „Hermann Nitsch war eine Kapazität



Foto: NLK / Burchhart

Beim Gedenkfest für Hermann Nitsch im Nitsch Museum Mistelbach (v.l.): Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Rita Nitsch, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klaus Albrecht Schröder, Generaldirektor der Albertina

auch in der Philosophie, Religion und Geisteswissenschaft, ein Künstler, auf den Österreich zurecht stolz sein kann.“

Hermann Nitsch und Bayreuth

Der Universalkünstler Hermann Nitsch wurde von den Bayreuther Festspielen eingeladen, im Sommer 2021 eine konzertante Version von Richard Wagners „Die Walküre“ szenisch zu begleiten. Nitsch hat für jeden

der drei Akte eine umfangreiche Malaktion konzipiert. Ein großer Teil der bei den drei Aufführungen am Grünen Hügel in Bayreuth entstandenen Werke ist in der Ausstellung „Hermann Nitsch – Bayreuth Walküre“ bis 27. November 2022 im nitsch museum Mistelbach erstmals zu sehen sein. Ein Mitschnitt der Generalprobe komplettiert die Schau.

<https://www.nitschmuseum.at/>



Foto: Enrico Nawrath presse

Hermann Nitsch wurde von den Bayreuther Festspielen eingeladen, im Sommer 2021 eine konzertante Version von Richard Wagners „Die Walküre“ szenisch zu begleiten.

Höchste Preise der ÖAW

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften vergab höchste Preise für 2022

Es sind die höchsten Wissenschaftspreise, die die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) alljährlich verleiht: Der Wilhelm Hartel-Preis und der Erwin Schrödinger-Preis sind jeweils mit 15.000 Euro dotiert und wurden am 9. Juni an zwei WissenschaftlerInnen im Festsaal der ÖAW in Wien überreicht, die in Wien forschen. Barbara Seidlhofer wurde mit dem Wilhelm Hartel-Preis für ihre grundlegenden Beiträge zur Gründung und (Weiter-)Entwicklung des Forschungsbereichs Englisch als Lingua Franca (ELF) ausgezeichnet. Mit dem Erwin Schrödinger-Preis würdigt die ÖAW Christoph Bock für seine bahnbrechenden Leistungen auf dem Gebiet des Single Cell Sequencing und der Epigenetik.

Foto: ÖAW / Elia Zilberberg



Der Präsident der philosophisch-historischen Klasse der ÖAW, Univ.-Prof. Oliver Jens Schmitt, überreichte die Urkunde für den Wilhelm Hartel-Preis an Barbara Seidlhofer.

Barbara Seidlhofer

Die Anglistin und Sprachwissenschaftlerin Barbara Seidlhofer beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit Englisch als Lingua Franca und hat für das von ihr initiierte Forschungsfeld international viel Anerkennung erfahren. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie die sprachlichen Konsequenzen der globalen Verbreitung der englischen Sprache anhand des von ihr realisierten und vom Wissenschaftsfonds FWF finanzierten VOICE-Korpus („Vienna-Oxford International Corpus of English“) erforscht. Damit hat sie zu einer grundlegenden und bahnbrechenden Neukonzeptionierung von Englisch als Kommunikationsmittel in einer von Globalisierung, Digitalisierung und Migration geprägten Gegenwart geführt.

Barbara Seidlhofer war von 2005 bis 2021 Professorin für englische Sprachwissenschaft am Institut für Anglistik und Amerikanistik der Universität Wien, das sie mehrere Jahre als Vorständin leitete. Sie absolvierte ihr Studium an den Universitäten Wien und London. An der Universität London promovierte sie im Fach Applied Linguistics. Seidlhofer begründete an der Universität Wien die Forschungsrichtung Englisch als Lingua Franca (ELF), in der sie neben den Universitäten Southampton und Helsinki weltweit führend ist.

Christoph Bock

Die Perspektive des Bioinformatikers und Genomforschers Christoph Bock ist die

Foto: ÖAW / Elia Zilberberg



Der Präsident der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der ÖAW, em. Univ.-Prof. Georg Brasseur (l.), überreichte die Urkunde für den Erwin Schrödinger-Preis an Christoph Bock

Epigenetik: Ein Blick jenseits der DNA und auf jene Prozesse, die die Aktivität und Aktivierbarkeit unserer Gene steuern. Als Experte für komplexe Datenanalysen betreibt Bock interdisziplinäre Forschung und zielt auf das Verständnis der epigenetischen und genregulatorischen Grundlagen von Krebs und die Förderung der Präzisionsmedizin mit Genomiktechnologie ab. Gemeinsam mit seiner Forschungsgruppe hat er dazu am CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin der ÖAW die ersten Einzelzell-Sequenzierungen in Österreich durchgeführt und eine

frühe Methode zur epigenetischen Analyse von Einzelzellen entwickelt. Christoph Bock arbeitet seit zehn Jahren als Principal Investigator am CeMM und ist seit 2021 Professor für Medizinische Informatik an der Medizinischen Universität Wien. Seine Dissertation verfaßte er in Deutschland am Max-Planck-Institut für Informatik. Danach forschte er als Postdoc am Broad Institute of MIT and Harvard in den USA zur epigenetischen Regulation von Stammzellen. Bock ist Mitglied der Jungen Akademie der ÖAW. ■ <https://www.oew.ac.at/>

»Mariandl« feiert 95er

Legende Waltraud Haas drehte über 70 Filme in ihrer langen Karriere, die mit ihrer Rolle als »Mariandl« im Film »Der Hofrat Geiger« neben Hans Moser und Paul Hörbiger vor 75 Jahren ihr Debüt feierte.

Aufgewachsen ist die Schauspielerinnen Waltraud Haas im Schloßkomplex von Schönbrunn, studiert hat sie Mode und Musik am Konservatorium Wien und als Mariandl bezauberte sie Österreich – sie steht wie kaum eine andere Schauspielerinnen der Nachkriegszeit für die schönen Seiten des Landes. ORF-III zeichnete mit der Neuproduktion „ORF Legenden – Waltraud Haas“ ihren Werdegang zwischen den schönsten Orten und Künsten der Alpenrepublik und den schrecklichen Zeiten des Zweiten Weltkriegs nach. Die unbeschwerter Lieblichkeit der Heimatfilme war ein Gegengift zu den Schrecken der unmittelbaren Vergangenheit in der auch Waltraud Haas heranwächst.

Im Alter von 5 Jahren verlor sie ihren Vater und wuchs als Halbweiser rund um das Restaurant ihrer Mutter im Schloß Schönbrunn auf. Später sollte Hans Moser so etwas wie ein Vatersersatz für sie werden. Das junge „Wiener Mädel“ gab ihr Debüt im Landestheater Linz und trat 1949 mit Peter Alexander in der Operette „Abschiedswalzer“ am Wiener Bürgertheater auf. Bei Proben für die Operette sprang der damals völlig unbekanntere Reinhardt-Seminarist für den erkrankten Franz „Zwetschi“ Marischka ein: Der junge Peter Alexander rettete die Produktion. Zu diesem Zeitpunkt war Waltraud Haas aber bereits ein aufstrebender Stern.

Den ÖsterreicherInnen war sie schon längst mit der prägendsten Rollen ihrer jungen Karriere ein Begriff, mit dem „Mari-



Foto: ORF / Günther Pichlkostner

Waltraud Haas war in 70 Filmen und zahllosen Theater- und Fernsehproduktionen zu sehen.

andl“ aus dem Heimatfilm „Der Hofrat Geiger“.

Jahre später sollte sie wieder neben Peter Alexander vor der Kamera stehen. Die Dreharbeiten für das „Das Weiße Rössl“ verliefen jedoch zuerst unterkühlt. Eines Tages besuchte Haas einen Dreh, bei dem Alexander im Wasser gefilmt wurde, und setzte sich inzwischen auf seinen Sessel. Das mißfiel dem Kollegen, der sich vor Haas aufpflanz-

te. „Ich hab’ ihn angelächelt, dann hab’ ich ganz laut gesagt: Is was? Der ist so z’sammg’fahren. Seit dem Moment waren wir die besten Freunde und sind es geblieben bis zum letzten Film, den wir gemacht haben.“ Mit vielen ArbeitskollegInnen verband Haas eine lange Freundschaft. Als Mentoren und Wegbegleiter sollten Größen wie Paul Hörbiger, Curd Jürgens, Johannes Heesters, Franz Antel, Heinz Rühmann und allen voran Hans Moser der Mimin zur Seite stehen. Über 70 Filme und zahllose Theater- und Fernsehproduktionen folgten und machten sie zu einem der beliebtesten Stars ihrer Zeit. Bis in die Gegenwart ist ihr Charme und Beliebtheit ungebrochen. Das „Gasthaus Mariandl“ in der Wachau ist heute noch Zeuge davon, wie wichtig ihre Rolle vor einem halben Jahrhundert für die Region gewesen ist.

Leider gibt es vom 1947 gedrehten Film „Der Hofrat Geiger“ kein frei zugängliches Video – aber auf Youtube gibt es einen Ausschnitt von 3:21 Minuten, in dem das Mariandl-Lied im Duett mit Maria Andergast und Waltraud Haas zu hören bzw. mit Paul Hörbiger zu sehen ist. ■

<https://www.youtube.com/watch?v=xt3PP-PRYPQ&list=PLI3peaVnaSSCSyLcnUAlhyUqfofLoVGd>



Foto: <https://tvthek.orf.at/>

Waltraud Haas 1947 als „Mariandl“ im Willi Forst-Film „Der Hofrat Geiger“

Integration, soziales Engagement und der Krieg in der Ukraine

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Austausch mit Kardinal Schönborn und Vertretern der unierten Ostkirchen



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Am Podium v.l.: Nationalratsabgeordnete Gudrun Kugler, Erzpriester Inž.-ëkon. Lic. Yuriy Kolasa, Kardinal Christoph Schönborn, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Parlamentsdirektor Harald Dossi

Das Parlament in der Hofburg war am 17. Mai Schauplatz des erstmaligen Austausches zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Kardinal Christoph Schönborn und Vertretern der verschiedenen mit Rom unierten Ostkirchen. An der Zusammenkunft nahm neben den 22 Priestern auch der Generalvikar des „Ordinariats für die Gläubigen der katholischen Ostkirchen in Österreich“ teil. Im Zentrum standen das Kennenlernen der verschiedenen Gemeinden, ihr soziales Engagement, ihre Herausforderungen und ihre Rolle im Integrationsprozess. Die Gespräche standen im Zeichen des Krieges in der Ukraine.

Sobotka und Schönborn betonen Rolle der Ostkirchen bei der Integration

Der Nationalratspräsident zeigte sich erfreut darüber, daß dieser erste Gedankenaustausch mit einer derartigen Vielfalt an Konfessionen stattfinden konnte. Ihm sei der Begriff „katholisch“ in seiner ursprünglichsten Form (von altgriechisch *katholikós* für „allumfassend“) nun noch plastischer bewußt geworden. Er betonte die Relevanz des regelmäßigen Austausches mit allen Religionsgemeinschaften im Sinne des Dialoges zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Durch den Krieg in der Ukraine seien bisher

72.000 Menschen nach Österreich gekommen. Viele von ihnen würden auch ihre Erlebnisse in Form von Traumata mitnehmen, die noch über Generationen hinweg wirken könnten. Auch deshalb käme den SeelsorgerInnen, die die Fähigkeit hätten, diese Menschen aufzufangen und somit wesentlich zu deren Integration beizutragen, eine so große Bedeutung zu.

Kardinal Schönborn bedankte sich für die Gelegenheit im Rahmen des Parlaments über das wichtige Thema der Arbeit der vielfältigen katholischen Kirchen sprechen zu können und für das Zeichen, welches das Parlament damit setze. Die 23 katholischen Ostkirchen seien Kirchen „*sui iuris*“ mit eigenständigen Traditionen, stünden aber dennoch mit Rom in Verbindung. Die anwesenden Priester repräsentierten die Wirklichkeit der Christen im Nahen Osten und in Osteuropa, die Schönborn als Tragödie bezeichnete. Dementsprechend würden viele von ihnen nicht freiwillig ihre Heimat verlassen und nach Österreich kommen. Die hier aktiven Ostkirchen seien ein wichtiger Faktor, damit diese Menschen in Österreich ihre zweite Heimat finden und sich dementsprechend integrieren können, so Schönborn. Er plädierte dafür, das Potential in diesen Menschen zu erkennen.

Generell werden die unierten Ostkirchen in byzantinisch-katholische und in orientalischkatholische eingeteilt. Zu den in Österreich vertretenen byzantinisch-katholischen Ostkirchen zählen die ukrainische, rumänische, slowakische und melkitische griechisch-katholische Kirche sowie vereinzelt Gläubige der griechisch-katholischen Kirche in Ungarn, der griechisch-katholischen Kirche in Serbien sowie der griechisch-katholischen Eparchie von Mukachevo (Ukraine).

Den orientalischen unierten Ostkirchen in Österreich gehören die chaldäische Kirche, die syrisch-maronitische Kirche, die syromalabarische und die Syro-malankarische katholische Kirche, die äthiopisch-katholische und die eritreisch-katholische Kirche sowie die Armenisch-katholische Kirche und einzelne Gläubige der koptisch-katholischen und syrisch-katholischen Kirche an.

Alle unierten Ostkirchen sind kirchenrechtlich im „Ordinariat für die Gläubigen der katholischen Ostkirchen in Österreich“ organisiert, welchem derzeit 43 von insgesamt 80 Priestern angehören. Der Erzbischof jeweilige von Wien – das ist derzeit Kardinal Christoph Schönborn – steht den katholischen Ostkirchen als Ordinarius vor. Generalvikar des Ordinariats ist Erzpriester Yuriy Kolasa.

Religion und Kirche

Generalvikar Kolasa über die ostkirchlichen Gemeinden und deren soziales Engagement

Kolasa ging näher auf die katholischen Ostkirchen und ihre Tätigkeiten in Österreich ein. Hier verzeichne die ukrainische griechisch-katholische Kirche die meisten Mitglieder. Vor dem Ukraine-Krieg sei die Zahl aller Gläubigen des Ostkirchenordinariats auf 22.000 geschätzt worden. Laut Kolasa habe sich dieser Zahl mittlerweile vervielfacht, doch genaue Daten gebe es nicht. Die Zahl der Gottesdienstbesucher habe sich jedenfalls verzehnfacht.

Die Frage der Integration stelle für 25 ostkatholische Gemeinden ein ernsthaftes Anliegen dar, wie Kolasa erklärte. Diese würden sich vor allem im sozialen Bereich sehr engagieren, was sich mit dem Ukraine-Krieg noch verstärkt habe. Hunderte Tonnen an Hilfsgütern seien bereits in die Ukraine befördert worden und oftmals stellten die Gemeinden die erste Anlaufstelle für Geflüchtete dar. In diesem Bereich habe es eine sehr gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder gegeben, führte Kolasa aus und sprach der österreichischen Bevölkerung seine Dankbarkeit für die „spontane Welle der Solidarität“ aus.

Austausch über die Herausforderungen der katholischen Ostkirchen

Im Gespräch mit den Vertretern der unierten Ostkirchen fragte Wolfgang Sobotka nach den größten Herausforderungen speziell im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Der ukrainisch-katholische Pfarrer Taras Chagala aus Wien berichtete in diesem Kontext von den Anstrengungen seiner Gemeinde, um sowohl den Menschen in der Ukraine als auch den nach Österreich Geflohenen zu helfen. Viele seien privat untergebracht, doch diese Lösung könne nicht über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten werden. 1.700 UkrainerInnen würden täglich ihr Land verlassen und 800 jeden Tag wieder zurückkehren. Laut Chagala würden 90 Prozent der Geflohenen eine möglichst baldige Heimkehr bevorzugen, was in vielen Fällen jedoch nicht möglich sei. Habe die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen zu Anfang des Krieges noch ein sehr hohes Ausmaß erreicht, sei diese bereits wieder im Sinken begriffen. Neben seiner Hauptsorge, den Geflüchteten eine Unterkunft zu organisieren, befasse sich seine Gemeinde vornehmlich mit der Linderung des seelischen Leidens.

Sobotka sprach von 4.000 Quartieren für Geflüchtete, die zum Teil aus den Jahren ab



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Janzén

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei der Begrüßung der Vertreter der Ostkirchen



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Janzén

Christoph Kardinal Schönborn bei der Begrüßung der Vertreter der Ostkirchen

2015 stammen und die der Bund wieder reaktivieren könne. Er interessierte sich auch für den Integrationsprozeß insbesondere der orientalischen unierten Christen aus dem Nahen Osten, die auch in diesen Jahren nach Österreich kamen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sei ein Großteil von ihnen gut integriert, erklärte ein Vertreter dieser Gemeinden. Probleme gebe es aber nach wie vor mit einer aus seiner Sicht überbordenden Bürokratie, was die Asylverfahren bzw. den Einbürgerungsprozeß betreffe. Sobotka zeigte Verständnis für die individuelle Sicht auf diese Fälle, erklärte aber, daß die Politik einen ganzheitlicheren Blick anwenden müsse. Österreich habe in den letzten Jahren enorm viele Menschen aufgenommen, so, daß mitt-

lerweile 25 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund aufwiesen – so viele wie in keinem anderen EU-Land. Oftmals stehe Österreich in der Kritik, Fremden gegenüber abweisend zu sein, so Sobotka. Ein Blick auf die nüchternen Zahlen würde jedoch ein anderes Bild ergeben. Er gestand jedoch zu, daß die Wartezeiten in den Asylverfahren reduziert werden müssten.

Weitere Themen waren das humanitäre Bleiberecht, der gemeinsame hohe Wert der Familie in den verschiedenen Konfessionen und das Zölibat. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

<https://www.erzdioezese-wien.at/>

<https://www.katholischeostkirchen.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

»Friede sei ihr erst Geläut«

Am 26. April 1952 ist die neugegossene Pummerin in Wien angekommen – Die größte Glocke Österreichs ist bis heute Symbol österreichischer Identität

Auf der Linzer Promenade wird Ende April 1952 die im nahen St. Florian gegossene, neue Pummerin verabschiedet und beginnt festlich geschmückt auf einem Tieflader ihren Triumphzug nach Wien. Tausende Menschen säumen unterwegs den Zug. Bei der Überquerung der Alliiertengrenze salutieren auch die sowjetischen Besatzungssoldaten und lassen die künftige „Stimme Österreichs“ ohne die üblichen Formalitäten passieren. Zehntausende WienerInnen nehmen die neue Pummerin am Nachmittag des 26. April auf dem Stephansplatz in Empfang.

Die Historikerin Annemarie Fenzl erinnert sich bis heute an diesen historischen Tag, den sie mit ihrer Mutter auf der äußeren Mariahilfer Straße miterlebt hat: „Daran kann ich mich heute noch erinnern Es war ein Riesenlärm. Die Pummerin kam vom Westen über den Riederberg, von Schönbrunn herein und fuhr an uns vorbei. Sie stand auf dem Tieflader und hat schön gegläntzt, hat einen Blumenkranz gehabt rundherum und die Leute haben Blumen auf sie geworfen.“ Erstmals seit den Jahren des „Anschlusses“ an Hitlerdeutschland und der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wird so etwas wie eine neue österreichische Identität spürbar. Die Glocke wird zum Sinnbild von Neubeginn, Wiederaufbau und vor allem Frieden.

„Friede sei ihr erst Geläut!“ formuliert auch Dompfarrer Karl Raphael Dorr unmittelbar vor dem ersten Einsatz der neuen Glocke, die zuvor von Kardinal Theodor Innitzer im Rahmen der feierlichen Wiedereröffnung des Stephansdomes am 27. April geweiht worden ist. Zeitgleich mit der Pummerin läuten zum Zeichen der Verbundenheit mit Österreich auch die Glocken der Petersbasilika in Rom.

Seit 1952 läutet die Pummerin über den ORF zu Silvester das neue Jahr ein. Ansonsten erklingt sie zu den kirchlichen Hochfesten, aber auch zu historischen Anlässen, etwa zur Wahl oder zum Tod eines Papstes. So erklingt sie etwa bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955, anlässlich der Ermordung John F. Kennedys 1963 oder zuletzt anlässlich eines Friedensgebetes für die Ukraine.

Das „Herz des Stephansdomes“ hat seit 1953 ein elektrisches Geläut und hängt seit 1957 am Nordturm. Mit ihren 21.383 Kilo



Foto: Archiv der Dompfarre Wien

Zehntausende Wienerinnen und Wiener nehmen am Nachmittag des 26. April die neue Pummerin auf dem Stephansplatz in Empfang.

und einer Höhe von 314 Meter ist sie die größte Glocke Österreichs. Außerdem ist sie die zweitgrößte freischwingende Kirchenglocke Europas und als solche auch die fünftgrößte weltweit. Ihre Vorgängerin war etwas kleiner und hing im Südturm. Sie war 1711 aus Kanonenkugeln der Besatzer Wiens als Zeichen des Friedens und Neubeginns gegossen worden.

Am 12. April 1945 fiel sie dem verheerenden Dombrand zum Opfer. Aus geborgenen Teilen dieser Vorgängerglocke und den Resten anderer zerschellter Domglocken wurde in St. Florian bei Linz die neue Domglocke gegossen. Der oberösterreichische Bildhauer Franz Forster fertigte ihre Reliefs an. Sie zeigen Motive der alten Glocke: die Belagerung Wiens, den Brand des Stephans-

doms 1945 und die Muttergottes. Den lautmalerschen Namen „Pummerin“ führen manche auch auf den wienerischen Ausdruck „Pumpfern“ zurück.

Web-Ausstellung zur Bummerin

Zum 70. Jahrestag der berühmten Glocke im wiedereröffneten Dom erzählt eine Web-Ausstellung des Hauses der Geschichte Österreich (hdgö) unbekanntes oder vergessenes Geschichte rund um den Wiederaufbau. Mit zahlreichen historischen Fotos beleuchtet sie, wie der Dom und seine Pummerin zu zentralen Symbolen Österreichs als Nation wurden. ■

<https://www.hdgoe.at/>

<https://www.erzdioezese-wien.at>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Pummerin>

Religionszugehörigkeit 2021

Rund 6,9 Millionen Menschen in Österreich – das sind 77,6 % der Bevölkerung – bekennen sich zu einer Religion, rund 2,0 Millionen (22,4 %) fühlen sich keiner Glaubensgemeinschaft zugehörig. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer freiwilligen Erhebung zur Religionszugehörigkeit, die Statistik Austria im Auftrag des Bundeskanzleramts 2021 durchgeführt hat.

„Mehr als drei Viertel der Bevölkerung in Österreich bekennen sich zu einer Religionsgemeinschaft, etwas über ein Fünftel gehört keiner Glaubensgemeinschaft an. Damit hat sich der Anteil der Bevölkerung ohne religiöses Bekenntnis in den vergangenen 60 Jahren um 18,6 Prozentpunkte erhöht. Der Anteil der Menschen römisch-katholischen und evangelischen Glaubens ist im selben Zeitraum um 36,2 Prozentpunkte von 95,2 auf 59 % zurückgegangen. Treiber sind neben der kräftig zunehmenden Säkularisierung auch einen Trend zu mehr religiöser Diversität“, erklärt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Rund 6 Millionen ChristInnen

Rund 6,1 Millionen Männer und Frauen in Österreich bekannten sich 2021 zum Christentum, das entspricht einem Anteil von rund 68,2 % an der Gesamtbevölkerung. 4,9 Millionen Personen (55 % der Bevölkerung) waren 2021 Mitglied der römisch-katholischen Kirche, rund 340.300 Personen bzw. 3,8 % waren evangelisch (A.B. und H.B.). Zur orthodoxen Kirche bekannten sich 436.700 Personen bzw. 4,9 % der Bevölkerung. 745.600 Personen (8,3 % der Bevölkerung) fühlten sich dem Islam zugehörig, 26.600 (0,3 %) dem Buddhismus und 10.100 (0,1 %) dem Hinduismus.

Der Anteil der Personen, die sich 2021 keiner Glaubensgemeinschaft zugehörig fühlten, war in Wien mit über einem Drittel (34,1 %) am höchsten, gefolgt von der Steiermark (22,6 %) und Niederösterreich (20,5 %). Kärnten (16,5 %) und das Burgenland (16,8 %) hatten hingegen die geringsten Anteile von Personen ohne Religionsbekenntnis.

Veränderungen des Religionsbekenntnisses der Bevölkerung seit 1951

Im Jahr 1951 waren fast 90 % der Bevölkerung Mitglied der römisch-katholischen Kirche. Bis 2021 kam es zu einem Rückgang um 34 Prozentpunkte. Während die Zahl der Bevölkerung evangelischen und altkatholischen Glaubens in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich abnahm, gab es eine signifikante Zunahme bei Angehörigen der orthodoxen Kirchen sowie des Islam. Bekannten sich 1971 (frühere Daten liegen nicht vor) gerade einmal 22.300 Personen (0,3 % der Bevölkerung) zum islamischen Glauben, waren es 2021 um rund 720.000 Personen mehr. Ähnlich erhöhte sich die Zahl der orthodoxen Gläubigen in Österreich allein in den vergangenen 20 Jahren von 179.500 im Jahr 2001 (erster Datenpunkt) bis 2021 auf 436.700. Befragt wurde die Bevölkerung in Privathaushalten im Alter von 16 Jahren und älter durch. 27.656 Personen beantworteten die freiwilligen Fragen.

<https://www.statistik.at/>

Bevölkerung 1951 bis 2021 nach ausgewählter Religion bzw. Kirche und Religionsgesellschaft – absolut in Tausend und in Prozent

Religion	1951	1971	1981	1991	2001	2021
Gesamtbevölkerung	6 933,9	7 491,5	7 555,3	7 795,8	8 032,9	8 935,8
Römisch-katholisch (in 1 000)	6 170,1	6 548,3	6 372,6	6 081,5	5 915,4	4 933,3
Römisch-katholisch (in %)	89,0	87,4	84,3	78,0	73,6	55,2
Evangelisch A.B. und H.B. (in 1 000)	429,5	447,1	423,2	388,7	376,2	340,3
Evangelisch A.B. und H.B. (in %)	6,2	6,0	5,6	5,0	4,7	3,8
Altkatholisch (in 1 000)	32,9	27,0	25,5	18,9	14,6	4,9
Altkatholisch (in %)	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1
Orthodox (in 1 000)					179,5	436,7
Orthodox (in %)					2,2	4,9
Israelitisch (in 1 000)	11,2	8,5	7,1	7,3	8,1	5,4
Israelitisch (in %)	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Islamisch (in 1 000)		22,3	76,9	158,8	339,0	745,6
Islamisch (in %)		0,3	1,0	2,0	4,2	8,3
Andere Religion, Konfession oder Glaubensgemeinschaft (in 1 000)	23,1	74,4	118,9	197,4	76,2	472,0
Andere Religion, Konfession oder Glaubensgemeinschaft (in %)	0,3	1,0	1,6	2,5	0,9	5,3
Keiner Religion, Konfession oder Glaubensgemeinschaft angehörig (in 1 000)	264,0	321,2	452,0	672,3	963,3	1 997,7
Keiner Religion, Konfession oder Glaubensgemeinschaft angehörig (in %)	3,8	4,3	6,0	8,6	12,0	22,4
Unbekannt (in 1 000)	3,1	42,8	79,0	271,0	160,7	
Unbekannt (in %)	0,0	0,6	1,0	3,5	2,0	

Quelle: Statistik Austria, Volkszählungen 1951 bis 2001. 2021: Zusatzfragen zur Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zu „Religionszugehörigkeit“. 1. bis 4. Quartal 2021. Erstellt am 05.05.2022. – „Andere Religion, Konfession oder Glaubensgemeinschaft“: Bis 1971 einschließlich Islamisch, bis 1991 einschließlich Orthodox. – Für die Stichprobenerhebung 2021 gilt: Werte mit weniger als hochgerechnet 6 000 Personen sind sehr stark zufallsbehaftet. – In 2021 wurden bei der Frage zu „Religion“ „weiß nicht“ und „keine Angabe“ durch die Gewichtung ausgeglichen, daher gibt es keine „unbekannt“-Fälle.

175 Jahre Wissen

Verlässliches Wissen ist zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen unerlässlich. Das machte die Österreichische Akademie der Wissenschaft (ÖAW) bei der Feierlichen Sitzung zum 175jährigen Jubiläum ihres Bestehens deutlich.

Von den revolutionären Tagen des Vormärz bis zur digitalen Informationsgesellschaft der Gegenwart: Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) schaut auf eine bewegte Geschichte zurück und blickt zuversichtlich in die Zukunft. Denn Wissen wird in den kommenden Jahrzehnten wichtiger sein als je zuvor. Und die ÖAW ist seit 175 Jahren ein Garant für die Entstehung und Förderung neuen Wissens aus Wissenschaft und Forschung.

Land der Forschung

„Wir sind in unserem Land von Forschung, Wissen und Innovationskraft abhängig“, bekräftigte daher auch Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, in seiner Rede bei der Feierlichen Sitzung 2022. Mit bedeutsamen Errungenschaften, von der Novara-Expedition über die Gründung des ersten Instituts für Radiumforschung bis hin zur Schaffung von Grundlagen für Technologien etwa in der Quantenphysik, konnte die Akademie in ihrer Vergangenheit wichtige Meilensteine in der Forschungslandschaft setzen, wie Polaschek erinnerte. Der Akademie gelang es dabei nicht nur, Visionen für die Zukunft langfristig zu verfolgen und zu realisieren, sondern auch, unmittelbar Wissen für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zur Verfügung zu stellen. Eine Stärke, die gerade in der Gegenwart von größter Bedeutung ist.

„Die Entwicklung der Einstellungen während der Pandemie zeigte, wie schnell es geht, daß Irrlehren Glauben geschenkt wird und Wissenschaftsskepsis sich ausbreiten kann“, erinnerte Bundespräsident und ÖAW-Schirmherr Alexander Van der Bellen bei der Feierlichen Sitzung. Daß die Akademie Fake News und der Wissenschaftsskepsis einiges entgegenzusetzen hat, betonte ÖAW-Präsident Anton Zeilinger in seinem jährlichen Bericht vor Würdenträgern, ausländischen AkademiepräsidentInnen Mitgliedern, FreundInnen, FörderInnen und Mitarbeitenden.

Vertrauen in die Wissenschaft

So nahm die Akademie mit ihren Instituten in der Pandemie bereits früh eine Vorreiterrolle in Österreich ein, um beispielsweise



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

Bundespräsident Alexander Van der Bellen warnte davor, wie schnell Wissenschaftsfreundlichkeit in Wissenschaftsskepsis umschlagen kann.



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

Wissenschaftsminister Martin Polaschek betonte, daß Österreich ein Land der Forschung ist.

in der molekularmedizinischen und molekularbiologischen Forschung, aber auch in vielen weiteren Forschungsbereichen neues Wissen über das Virus und dessen Auswirkungen auf den Menschen und die Gesellschaft zu gewinnen. Auch der wissenschafts-

basierte Dialog mit der Politik wurde gesucht, etwa um Lehren für die Zukunft aus der Pandemie zu gewinnen.

Im Kampf gegen Wissenschaftsskepsis ging die Akademie ganz bewusst neue Wege, um die Bevölkerung zu erreichen. Wissenschaftscomics für Kinder oder die Wiederbelebung der Tradition der öffentlichen Preisfragen sind nur zwei Beispiele. Mit dem neuen Campus Akademie wurde zudem ein Ort des Austauschs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit mitten im Zentrum Wiens geschaffen und rechtzeitig zum Jubiläumsjahr eröffnet. Mit Aktivitäten wie diesen will die ÖAW besonders bei jungen Menschen das Vertrauen in und das Interesse an den Wissenschaften stärken.

Akademie auf Erfolgskurs

„Die gesetzliche Aufgabe der Akademie ist, die Wissenschaft in jeder Hinsicht zu fördern“, zitierte Anton Zeilinger aus dem Bundesgesetz. Und diesem Auftrag kommt die Akademie höchst erfolgreich nach. Ein Indikator für diesen Erfolg sind die Grants des European Research Council (ERC). Die ÖAW zählt zu den Top 3 an Forschungseinrichtungen in Österreich, die diese hochdotierten Förderungen einwerben. Seit 2007 war die ÖAW an 91 ERC-Grants beteiligt und konnte so über 100 Millionen Euro europäische Forschungsgelder nach Österreich holen.

Auch wenn es um visionäre Weichenstellungen in der Forschung geht, konnte die Akademie nicht nur in der Vergangenheit reüssieren sondern hat auch in der Gegenwart zukunftssträchtige Initiativen gesetzt. So wurde bereits 2015 mit der Gründung des Austrian Centre for Digital Humanities den digitalen Geisteswissenschaften in Österreich stärkere Schubkraft verliehen. Mit dem neu eingerichteten Förderprogramm „Heritage Science Austria“, bei dem es um die Erforschung und Bewahrung des materiellen Teils unseres kulturellen Erbes geht, wurde ein wichtiger Impuls gesetzt, um dieses Kulturerbe für kommende Generationen zu bewahren. Mit der Bündelung der archäologischen und altertumswissenschaftlichen Forschung der Akademie unter dem Dach des

Wissenschaft & Technik

Österreichischen Archäologischen Instituts wurde zudem an der ÖAW ein Wissens-Hub der Archäologie geschaffen, der auch international bemerkenswert ist.

Ein Krieg in Europa

Apropos Geisteswissenschaften: Ihre wesentliche Rolle bei der Einordnung von Ereignissen unserer Gegenwart hat die Akademie stets betont. Denn fundiertes und faktenorientiertes Wissen kann dabei helfen, unser Verständnis für gesellschaftliche Entwicklungen zu verbessern – und Geschichtsfälschungen entgegen zu wirken.

Das machte der Osteuropa-Historiker Andreas Kappeler, Mitglied der ÖAW und ausgewiesener Experte zu den ukrainisch-russischen Beziehungen, als Festredner der feierlichen Sitzung, deutlich. In seinem Vortrag griff Kappeler eine von Rußland verbreitete Erzählung auf und hielt ihr historische Fakten entgegen. Der russischen These zufolge könne die Ukraine nicht als eigenständige Nation, Kultur und Tradition betrachtet werden, während der Westen die Verantwortung für die Ereignisse in der Ukraine trage.

Kappeler stellte dagegen dar, daß Rußland schon unter der Herrschaft der Zaren einen möglichen Abfall des ukrainischen Volkes als Bedrohung des gesamten russischen Imperiums betrachtete und daher Versuche einer ukrainischen Eigenständigkeit seit dem 19. Jahrhundert massiv und gewaltsam bekämpft wurden. „Diese Einstellung“, hielt Kappeler fest, „änderte sich bis zur Gegenwart nicht. Und sie ist ein Schlüssel zum Verständnis auch des gegenwärtigen Krieges.“

Dem imperialen Angriffskrieg Rußlands stellte die Akademie bei ihrer Feierlichen Sitzung neben wissenschaftlicher Aufklärung durch den Festvortrag von Andreas Kappeler auch die völkerverbindende Kraft der Kunst gegenüber. Ein ukrainisches Streichquartett spielte Werke der ukrainischen Komponisten Vasyl Barvinsky (1888–1963) und Miroslav Skoryk (1938–2020).

Campus Academie

Mit dem Campus Akademie verwandelt sich das Viertel rund um die Alte Wiener Universität in ein modernes Zentrum des Wissens. Nun zieht sich eine neue Forschungsmeile vom Hauptgebäude der Österreichischen ÖAW über Sonnenfelsgasse und Bäckerstraße bis zur ehemaligen Postsparkasse. Rechtzeitig zum Jubiläum der ÖAW wurde am 11. Mai dieser neue Ort der Wissenschaft



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

ÖWA-Präsident Anton Zeilinger stellte Initiativen der Akademie gegen die Wissenschaftsskepsis vor und zog eine positive Bilanz seiner im Juli endenden Präsidentschaft.



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

ÖAW-Mitglied und Rußland-Experte Andreas Kappeler warf einen kritischen Blick auf russische Versuche, den Krieg gegen die Ukraine historisch zu rechtfertigen.

und der Begegnung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit feierlich eröffnet.

1.200 Arbeitsplätze für die Grundlagenforschung

Vorangegangen war dem ab Jänner 2020 eine umfassende Sanierung und Modernisierung der bis in das 17. Jahrhundert zurück reichenden Gebäudeteile der „Alten Universität“ durch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und unter der Planung von Riepl Kaufmann Bammer Architektur. Dafür stellte das Bundesministerium für Bildung, Wis-

senschaft und Forschung insgesamt 34,5 Millionen Euro bereit.

Pünktlich zur 175-Jahr-Feier der ÖAW erstrahlt das in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt denkmalrechtgerecht sanierte Areal zwischen Dr. Ignaz Seipel-Platz und Bäckerstraße in frischem Glanz. Gemeinsam mit der ehemaligen Wiener Postsparkasse am Georg-Coch-Platz, in der die ÖAW der größte Mieter ist, umfaßt der neue Campus Akademie somit rund 30.000 Quadratmeter und insgesamt etwa 1.200 Arbeitsplätze für die Grundlagenforschung im Zentrum Wiens.

Leuchtturm der Wissenschaft im Zentrum Wiens

„Mit dem Campus Akademie holen wir einen der traditionsreichsten Wissensräume Wiens ins 21. Jahrhundert. Seit 1385, als hier mit dem Collegium Ducale der Grundstein für die Wiener Universität gelegt wurde, hat man an diesem Ort Wissenschaft betrieben. An diese lange Tradition knüpfen wir an“, so Anton Zeilinger, Präsident der ÖAW. „Heute eröffnen wir einen Campus im Herzen der Stadt, der ein pulsierendes Wissenszentrum für die Grundlagenforschung und für die Öffentlichkeit sein wird. Durch den interdisziplinären Ansatz des Campus decken die hier angesiedelten Institute alle Bereiche der Forschung ab – von der Kunst bis hin zur Artificial Intelligence. Dadurch werden sich völlig neue Verbindungen zwischen den Natur-, Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften ergeben“, ist Zeilinger überzeugt.

„Der Campus Akademie, den wir für die Österreichische Akademie der Wissenschaften revitalisiert haben, befindet sich mitten in der Wiener Innenstadt. Aus einem heterogenen, über Jahrhunderte gewachsenen Gebäudekomplex, hat die BIG ein durchdachtes, einzigartiges Ensemble mit Campus-Charakter entwickelt. Ein absolutes Highlight ist der großzügige Arkadenhof mit mediterranem Flair, der vor der Sanierung vernachlässigt und unzugänglich war. Jetzt wird er zu einem Teil der Stadt und ist für alle geöffnet“, sagte Hans-Peter Weiss, CEO der BIG und ergänzt: „Gebäude zu gestalten, in denen Wissenschaft und Forschung zuhause sind und die gleichzeitig zu öffentlichen Orten werden, ist die besondere Expertise der BIG. Mit dem Campus Akademie sind inspirierende Räume für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ÖAW entstanden. Vervollständigt wird der Campus durch den historischen Otto-Wagner-Bau am Georg-Coch-



Foto: ÖAW / Klaus Fichler

Die ehemalige Postsparkasse bildet den Abschluß des Campus Akademie. Die ÖAW ist die größte Mieterin im Baujuwel von Otto Wagner.

Platz, in den weitere Institute der ÖAW und andere Universitäts- und Forschungsinstitute einziehen.“

Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung: „Die Wissenschaft hat ein neues Zuhause bekommen. Seit Jahrhunderten wird hier gelehrt und geforscht, nun steht den besten Köpfen des Landes ein Ort zur Verfügung, der ihre exzellente Arbeit noch fördern wird. Der neue Campus Akademie ist ein Leuchtturm der Wissenschaft im Zentrum Wiens. Die Öffnung der ehrwürdigen Institution für alle Menschen ist zudem ein eindruckliches Zeichen im Kampf für die Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie.“

Von Archäologie über Digital Humanities bis Teilchenphysik

Die vom Seipel-Platz bis zum Coch-Platz reichende Forschungsmeile wird einem grossen Teil der ÖAW-Institute aus den Geistes- und Sozialwissenschaften als auch aus den Naturwissenschaften eine neue Heimat bieten. So bekommen zum Beispiel das Austrian Centre for Digital Humanities and Cultural Heritage, das Institut für Stadt- und Regionalforschung und das Institut für Technik-



Foto: ÖAW / Bruno Klomfar

Der neu gestaltete Arkadenhof bildet eine Grünoase inmitten der Stadt und ist das Herz des Campus Akademie.

folgen-Abschätzung mit der Bäckerstraße 13 eine neue Adresse.

Das Institut für Schallforschung, das Institut für Hochenergiephysik und das Österreichische Archäologische Institut werden sich zukünftig in der ehemaligen Postspar-

kasse befinden. Letzteres Institut zeigt beispielhaft die erfolgreiche Verknüpfung verschiedenster Disziplinen, wie sie am Campus gelebt werden wird. Am Österreichischen Archäologischen Institut werden bei Ausgrabungen und Analysen modernste chemische

Wissenschaft & Technik

und physikalische mit geisteswissenschaftlichen Methoden kombiniert.

Offen für alle

Doch nicht nur die Forschung, auch die Öffentlichkeit profitiert vom Campus Akademie. Ein Prunkstück des Areals ist die frühere Bibliothek der Alten Universität mit ihrem 240 Quadratmeter großen barocken Deckenfresko von Anton Hertzog. Hier finden auf 350 Quadratmetern mit einer imposanten Galerie die tausenden Bücher der Bibliothek der ÖAW ihr Zuhause – für Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen und barrierefrei zugänglich.

Die Öffnung der Wissenschaft hin zur Gesellschaft findet auch architektonischen Widerhall, etwa im Innenhof des Campus-Bauwerks in der Bäckerstraße: Über das verglaste Entrée erreicht man den einst vermauerten und nun wieder freigelegten Arkadengang zur Bibliothek. Auch der Innenhof des 1630 errichteten Gebäudeensembles ist wieder zugänglich: vor der Sanierung eine – auf Wienerisch – „G’stett“, eröffnet sich den BesucherInnen nun eine Grünzone als Oase der Ruhe und des Nachdenkens.



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

Der einst vermauerte Arkadengang des 1630 errichteten Gebäudeensembles ist wieder geöffnet und bietet Zugang zu Bibliothek und Seminarräumen.

Zwei Veranstaltungsräume im Erdgeschoß bieten zusammen mit den Sälen im Hauptgebäude der Akademie zudem die Möglichkeit für vielfältige Veranstaltungsformate und den unmittelbaren Austausch mit an Wissenschaft und Forschung interessierten Menschen, wie

es zum Beispiel bei der Langen Nacht der Forschung am 20. Mai zu erleben war. Wissenschaft wird somit an diesem Ort erfahrbar und der Campus Akademie zu einem Campus der Neugierde. ■

<https://www.oeaw.ac.at/>



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

Die revitalisierte Bibliothek mit ihrem barocken Deckenfresko im Campus Akademie.

Neu entdecktes Lipid stoppt den Zelltod

ForscherInnen der Universität Innsbruck haben einen grundlegenden Mechanismus in menschlichen Zellen identifiziert.

Der programmierte Zelltod ist ein wichtiges Werkzeug, mit dem ein Organismus sich gesund hält. Wenn eine Zelle nicht so funktioniert wie sie sollte, werden verschiedene Streßreaktionen aktiviert. Das Ziel dieser Reaktionen ist es, die ursprüngliche Zellfunktion wiederherzustellen.

Ein Beispiel ist die Autophagie, ein Vorgang bei dem die Zelle sich teilweise selbst verdaut und so Energie gewinnt, die sie in ihre Reparatur stecken kann. Falls diese Versuche jedoch fehlschlagen, stirbt die Zelle. Damit kann der Körper Erkrankungen wie Diabetes, Krebs, Neurodegeneration und Infektionen bekämpfen.

Ein zweiseitiges Schwert

Stressreaktionen sind allerdings ein zweiseitiges Schwert und müssen im Gleichgewicht gehalten werden, um für den Körper förderlich zu sein. Deswegen gibt es auch körpereigene Stoffe, die Streßreaktionen unterbinden und den Zelltod aufhalten.

Ein internationales Konsortium von Forschungsgruppen unter der Leitung von Andreas Koeberle vom Michael-Popp-Institut der Universität Innsbruck konnte nun nachweisen, daß ein Membranlipid namens PI (18:1/18:1) maßgeblich an diesem Vorgang beteiligt ist. Die im Forschungsmagazin „Nature Communications“ publizierte Studie eröffnet viele interessante medizinische Möglichkeiten.

Streß durch Fettsäuren

An der Regulation von Streßreaktionen sind viele Enzyme beteiligt. Dazu gehört auch das Enzym SCD1. Dieses wandelt gesättigte Fettsäuren in ungesättigte um und wirkt deswegen vor allem gegen Streß, der durch Fette in schädlichen Konzentrationen ausgelöst wird. Dieser prinzipiell gesundheitsförderliche Vorgang kann jedoch gefährlich werden, wenn er exzessiv betrieben wird. In der Forschung wird schon seit langem ein deutlicher Zusammenhang zwischen SCD1 und Entzündungen, Stoffwechselerkrankungen und Krebs gesehen.

Der vollständige Funktionsumfang dieses Enzyms ist nach wie vor nicht bekannt. Des-



Foto: Uni Innsbruck / Alena Klingner

Andreas Koeberle, Leiter des Michael-Popp-Instituts der Universität Innsbruck

wegen führen Behandlungen, die gezielt SCD1 hemmen, mitunter zu starken Nebenwirkungen und sind zur Therapie nicht zugelassen.

ForscherInnen konnten die Streßreaktions-hemmende Wirkung von SCD1 nun auf ein indirektes Produkt dieses Enzyms zurückführen: Das Membranlipid PI(18:1/18:1). Dieses setzt sich zum großen Teil aus einer Fettsäure zusammen, die von SCD1 produziert wird.

Einen grundlegenden Vorgang entschlüsselt

Das Lipid PI (18:1/18:1) könnte nun gezielt verabreicht oder in seiner Bildung gehemmt werden, um Krankheiten zu bekämpfen, ohne dabei den vollen Funktionsumfang des Enzyms SCD1 stören zu müssen. Dazu muß aber zunächst die genaue Funktionsweise von PI(18:1/18:1) erforscht und verstanden werden.

„Ganz besonders interessant ist: Streß-assoziierte Vorgänge, wie der Alterungsprozeß, Resistenzen gegen Chemotherapie oder die Entstehung von Tumoren haben alle einen Einfluß auf die Menge von PI(18:1/18:1) in den betroffenen Geweben. Es gibt da also einen klaren Zusammenhang, der neue the-

rapeutische Ansätze eröffnet“, sagt Andreas Koeberle.

„Wir haben hier einen ganz grundlegenden Vorgang entschlüsselt“, fügt er hinzu. „Das ist ein Startschuß und gibt neue Richtungen für weitere Forschung vor.“

Pflanzliche Wirkstoffe als Ideengeber

Am Michael-Popp-Institut der Universität Innsbruck wird die molekularpharmakologische Wirkung von pflanzlichen Arzneimitteln erforscht. Auch die nun veröffentlichte Forschungsarbeit geht auf Pflanzenwirkstoffe zurück.

„Wir wollten einen übergeordneten Mechanismus finden, der im Körper immer abläuft, egal auf welchem Weg der Zelltod eintritt“, sagt Koeberle. „Dazu haben wir Pflanzenstoffe benutzt, die auf Zellen toxisch wirken, zum Beispiel Myrtucommulon A, das aus der Myrte gewonnen wird. Bei der Zugabe dieses Stoffes konnten wir deutliche Veränderungen in der Zusammensetzung der zellulären Lipide beobachten und so kamen wir auf die Idee zu diesem Projekt. Die Naturstoffe waren also gewissermaßen der Startpunkt um Ideen zu sammeln und zu lernen, was in der menschlichen Zelle vorgeht.“ ■

<https://www.uibk.ac.at/>

Mikrogerüste – ein neuer Ansatz für Tissue Engineering

Bisher gab es zwei ganz unterschiedliche Ansätze, Gewebe künstlich herzustellen. An der TU Wien entwickelte man nun einen dritten, mit dem man die Vorteile beider Varianten verbindet.

Es ist ein Wunschtraum der Medizin: Wenn man aus Stammzellen künstliches Gewebe in beliebiger Form herstellen könnte, dann ließen sich Verletzungen mit körpereigenen Zellen heilen, eines Tages könnte man vielleicht sogar künstliche Organe herstellen. Allerdings ist es schwierig, Zellen auf die gewünschte Weise in die gewünschte Form zu bringen. Die Methoden, die es bisher dafür gab, lassen sich in zwei grundverschiedene Kategorien einteilen: Entweder man erzeugt zunächst kleine Gewebesteine, etwa runde Zellagglomerate oder flache Zellblätter, und fügt sie dann zusammen, oder man baut anfangs ein feines, poröses Gerüst (auch „Scaffold“ genannt), das man dann mit Zellen kultiviert. Beide Ansätze haben Vor- und Nachteile.

An der TU Wien hat man nun einen dritten Weg entwickelt: Mit einer speziellen, laserbasierten 3D-Druck-Technik können Mikro-Gerüste mit einem Durchmesser von weniger als ein Drittel Millimeter hergestellt werden, die sehr schnell tausende von Zellen aufnehmen können. So ist von Anfang an eine hohe Zelldichte vorhanden, man hat aber trotzdem die Möglichkeit, die Form und die mechanischen Eigenschaften der Struktur flexibel anzupassen.

„Die Scaffold-basierten Ansätze, die man bisher entwickelt hat, haben große Vorteile: Wenn man zunächst ein poröses Gerüst herstellt, kann man seine mechanischen Eigenschaften genau festlegen“, sagt Olivier Guillaume, Erstautor der aktuellen Studie, der an der TU Wien im Team von Prof. Aleksandr Ovsianikov am Institut für Werkstoffwissenschaft und Werkstofftechnologie forscht. „Das Gerüst kann je nach Bedarf weich oder hart sein, es besteht aus bioverträglichen Materialien, die im Körper wieder abgebaut werden. Sie können sogar gezielt mit Biomolekülen versehen werden, die die Gewebeförderung fördern.“

Der Nachteil ist allerdings, daß es schwierig ist, ein solches Gerüst mit Zellen schnell und vollständig zu besiedeln. Hier ist heute noch viel händische Arbeit nötig, auch wenn



Mikroskopaufnahme eines Mikro-Scaffolds

bereits an automatisierten Prozessen geforscht wird. Vor allem bei großen Gerüsten dauert es lange, bis die Zellen ins Innere der Struktur hineingewandert sind, oft bleibt die Zelldichte sehr gering und die Verteilung ungleichmäßig.

Ganz anders ist die Ausgangslage, wenn man auf ein solches Gerüst verzichtet. Man kann auch einfach kleine Zellagglomerate züchten, die man dann in der gewünschten Form aneinanderfügt, sodaß sie schließlich miteinander verwachsen. Bei dieser Technik ist die Zelldichte von Anfang an hoch, aber man hat kaum Möglichkeiten, steuernd in den Prozeß einzugreifen. So kann es etwa passieren, daß die Zellkugeln ihre Größe oder ihre Form ändern und das Gewebe dadurch am Ende andere Eigenschaften hat als gewünscht.

„Uns ist es nun gelungen, die Vorteile beider Ansätze miteinander zu verbinden – und zwar mit einer extrem hochauflösenden 3D-Druck-Methode, an der wir hier an der TU Wien schon seit Jahren forschen“, sagt Prof. Aleksandr Ovsianikov.

Bei dieser Technik, der Zwei-Photonen-Polymerisation, verwendet man ein lichtempfindliches Material, das mit einem Laserstrahl genau dort ausgehärtet wird, wo man das möchte. So lassen sich Strukturen mit einer Genauigkeit im Bereich von weniger als einem Mikrometer herstellen.

Mit dieser Laser-Methode erzeugt man nun filigrane, hochporöse Mikro-Gerüste, mit einem Durchmesser von knapp einem Drittel Millimeter. Das Design dieser Mikrogerüste ermöglicht eine schnelle Erzeugung von Zellagglomeraten im Inneren. Gleichzeitig werden die Zellen vor äußerer mechanischer Beschädigung geschützt, ähnlich wie der Rallyefahrer durch einen Überrollkäfig des Rennwagens geschützt wird.

„Diese zellgefüllten Gerüste sind relativ leicht zu handhaben und können miteinander verwachsen“, erklärt Oliver Kopinski-Grünwald, Co-Autor der aktuellen Studie, der ebenfalls im Team von Prof. Aleksandr Ovsianikov am Institut für Werkstoffwissenschaft und Werkstofftechnologie forscht. „Wenn viele dieser Einheiten zusammengebracht werden, kann man in kurzer Zeit große Gewebekonstrukte mit einer hohen Ausgangszelldichte herstellen. Trotzdem können wir die mechanischen Eigenschaften der Struktur gut kontrollieren.“

Das zugrunde liegende Konzept dieser neuartigen Tissue-Engineering-Strategie wurde bereits 2018 ausführlich präsentiert. Nun gelang es erstmals zu zeigen, daß diese Methode tatsächlich funktioniert: „Wir konnten zeigen, daß die Methode tatsächlich die Vorteile liefert, die wir uns erhofft haben“, sagt Aleksandr Ovsianikov. „Wir haben für unsere Experimente Stammzellen verwendet, die nach belieben dazu gebracht werden können, entweder Knorpel- oder Knochengewebe zu produzieren. Wir konnten zeigen, daß die Zellen aus benachbarten Gerüst-Einheiten miteinander verwachsen und tatsächlich ein gemeinsames Gewebe bilden. Dabei behält die Struktur ihre Form bei. In Zukunft könnten diese MikroGerüst-basierte Gewebe-Einheiten sogar injizierbar gemacht werden, um sie in der minimalinvasiven Chirurgie einzusetzen.“

Die Forschungsarbeit wurde im Rahmen des ERC-Forschungsprojekt THIRST durchgeführt (ERC Consolidator Grant agreement ID: 772464).

<https://www.tuwien.at/>

Wie unser Gehirn die Veränderung von Sprache beeinflusst

Lautwandelphänomene im Mittelalter geben Aufschluß über die Wahrnehmung von Sprache

Unsere Sprache verändert sich ständig. WissenschaftlerInnen der Universität Wien fanden heraus, daß jene Lautmuster, die häufig in unserer Sprache vorkommen, über Jahrhunderte hinweg noch häufiger wurden. Der Grund dafür ist, daß häufige und daher prototypische Lautmuster von unserem Gehirn leichter wahrgenommen und erlernt, und folglich noch häufiger benutzt werden. Die Erkenntnisse ihrer Studie veröffentlichten die Forschenden im Fachjournal *Cognitive Linguistics*.

Sprachen aus früheren Zeiten und unsere heutigen Sprachen unterscheiden sich grundlegend, und zwar nicht nur in ihrem Vokabular und ihrer Grammatik, sondern auch in der Aussprache. Theresa Matzinger und Nikolaus Ritt vom Institut für Anglistik der Universität Wien untersuchten, welche Faktoren für diesen Wandel von Sprachlauten verantwortlich sind und was uns derartige Lautwandelphänomene über die allgemeinen Fähigkeiten unseres Gehirns sagen können.

Wir bevorzugen in unserer Sprache jene Lautmuster, die häufig vorkommen

Zum Beispiel wurde das englische Wort *make* („machen“) im frühen Mittelalter als „ma-ke“, also mit zwei Silben und einem kurzen „a“ ausgesprochen, während es im späten Mittelalter als „maak“, also mit einer Silbe und einem langen „a“ ausgesprochen wurde. Der Verlust der zweiten Silbe und die gleichzeitige Verlängerung des Vokals wie es beim Wort *make* passierte, kam bei vielen englischen Wörtern des Mittelalters vor. Doch wieso kam es dazu, daß Vokale von Wörtern, die ihre zweite Silbe verloren und einsilbig wurden, länger ausgesprochen wurden?

Um dies herauszufinden, analysierten Matzinger und Ritt mehr als 40.000 Wörter aus englischen Texten des frühen Mittelalters. Die WissenschaftlerInnen bestimmten die Länge der Vokale dieser Wörter, unter anderem, indem sie Wörterbücher zu Hilfe nahmen oder angrenzende Laute berücksichtigten. Danach zählten sie, wie häufig Wörter mit langen und kurzen Vokalen waren.

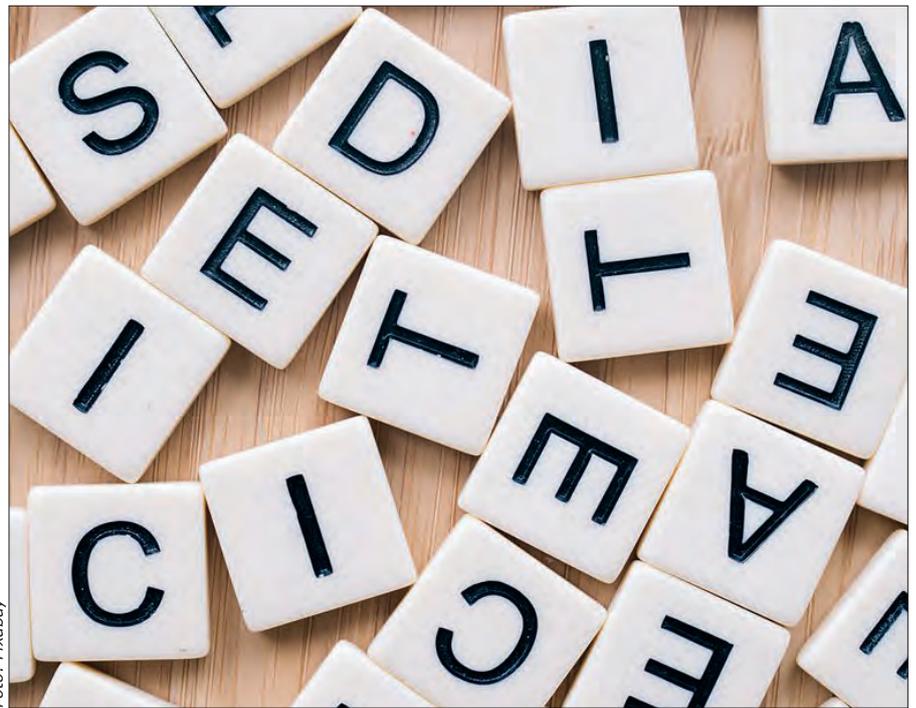


Foto: Pixabay

Dabei fanden sie heraus, daß die Mehrheit der einsilbigen Wörter des Mittelalters lange Vokale hatten und nur eine Minderheit kurze Vokale. „Wenn SprecherInnen einsilbige Wörter mit einem kurzen Vokal aussprechen, klangen diese Wörter ‚eigenartig‘ und wurden von ZuhörerInnen nicht so gut oder nicht so schnell erkannt oder erlernt, weil sie nicht in das gewohnte Lautmuster paßten. Wörter, die zu den häufig vorkommenden Lautmustern mit langem Vokal paßten, konnten hingegen leichter vom Gehirn verarbeitet werden“, erklärt Matzinger, die derzeit als Gastforscherin an der Universität Toruń (Polen) arbeitet.

Sprachwandel funktioniert wie ein Stille-Post-Spiel

Diese leichtere Wahrnehmbarkeit und Erlernbarkeit von einsilbigen Wörtern mit langen Vokalen führten über Jahrhunderte hinweg dazu, daß immer mehr einsilbige Wörter lange Vokale bekamen. „Man kann sich Sprachwandel wie ein Stille-Post-Spiel vorstellen“, sagt Matzinger. „Eine Generation von SprecherInnen spricht eine bestimmte

Sprachvariante. Deren Kinder nehmen Muster, die in der Sprache der Elterngeneration häufig vorkommen, besser wahr, lernen sie daher schneller und benutzen sie daher noch häufiger. Diese zweite Generation gibt an ihre eigenen Kinder daher eine leicht veränderte Sprache weiter.“

Wir erkennen diesen langsamen Sprachwandel auch daran, daß unsere Großeltern, wir selbst und unsere Kinder leicht unterschiedlich sprechen. Wenn dieser Prozeß jedoch über Jahrhunderte hinweg abläuft, entstehen Sprachvarianten, die so unterschiedlich sind, daß man sie kaum mehr verstehen kann. „In unserer Studie konnten wir zeigen, daß die allgemeine Fähigkeit unseres Gehirns, häufige Dinge bevorzugt wahrzunehmen und zu erlernen, ein wichtiger Faktor ist, der bestimmt, wie sich Sprachen verändern“, faßt Matzinger zusammen. Ein nächster Schritt in der Forschung ist, diese Häufigkeiten von sprachlichen Mustern auch bei anderen Sprachwandelphänomenen oder in anderen Sprachen als Englisch zu untersuchen. ■

<https://www.univie.ac.at/>

Grüner Treibstoff aus Abfall

Abfälle und Reststoffe werden zu grünen Treibstoffen – Weltweit erste Forschungsanlage dieser Art im industrienahen Maßstab in Wien Simmering



Foto: Wien Energie / Michael Horak

Das Außergewöhnliche an der Anlage in Wien Simmering ist die Verbindung mehrerer technischer Verfahren, um den Treibstoff herzustellen.

In Wien-Simmering wird an der Energiezukunft geforscht: Am Gelände der Müllverbrennungsanlage Simmeringer Haide arbeiten PartnerInnen aus verschiedensten Bereichen mit einer Forschungsanlage an der Produktion von grünen Treibstoffen. Es ist die weltweit erste Anlage dieser Art, bei der aus Abfällen und Reststoffen – wie etwa Holzabfällen, Klärschlamm oder Rückständen der Papierindustrie – Synthesegas hergestellt wird. Dieses Gas wird direkt vor Ort weiterverwertet, unter anderem zur Produktion von erneuerbarem und CO₂-neutralem Diesel. „Mit dieser Forschungsanlage ist Wien einmal mehr Vorreiter in der Forschung für die Energiewende. Das Projektteam arbeitet hier daran, Abfälle und Reststoffe in wertvollen erneuerbaren und CO₂-neutralen Treibstoff umzuwandeln. Solche innovativen Ansätze brauchen wir auf dem Weg zur Klimaneutralität und zur Stärkung unserer Versorgungssicherheit!“, erklärt Wiens Amtsführender



Foto: Wien Energie / Max Kropitz

Bei der feierlichen Eröffnung der Waste2Value-Forschungsanlage in Wien Simmering (v.l.): Wien Energie Geschäftsführer Karl Gruber, Amtsführender Stadtrat Peter Hanke und der Geschäftsführer von BEST, Walter Haslinger

Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke am 19. Mai anlässlich der Eröffnung der Anlage.

Grüner Treibstoff als wertvolles Endprodukt

Mit 1 Megawatt Leistung ist die Pilotanlage bereits in einem industrienahe Maßstab gebaut – also im letzten Stadium vor einer Anlage im Realbetrieb. Die Forschungsaktivitäten wurden bereits gestartet. Zukunftsweisende Produkte dieser Anlage sind grüner Diesel und grünes Kerosin. „Diese Anlage ist ein Meilenstein für die Kreislaufwirtschaft! Wir machen hier aus Abfällen und Reststoffen grüne Treibstoffe und vergleichbare Industrierohstoffe und treiben damit den Klimaschutz in der Stadt voran. Die hier eingesetzte Technologie ist vielversprechend: Künftig könnte eine solche Anlage im Industriemaßstab bis zu 10 Millionen Liter grünen Treibstoff pro Jahr erzeugen und damit bis zu 30.000 Tonnen fossiles CO₂ einsparen“, so Wien Energie-Geschäftsführer Karl Gruber.

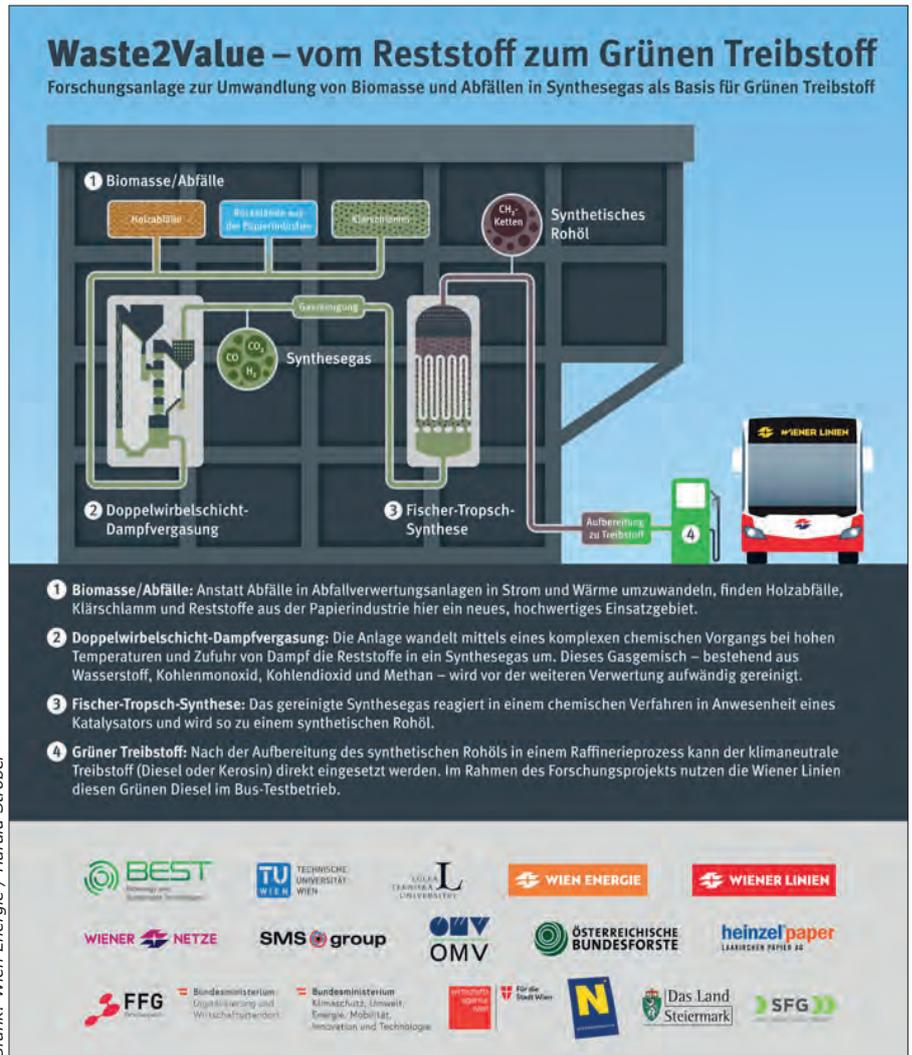
Mit dieser Menge an Treibstoff wäre es vorstellbar, umgerechnet die ganze Öffi-Busflotte Wiens klimaneutral zu betanken. Im Rahmen des Forschungsprojekts ist auch ein Bus-Testbetrieb mit dem grünen Treibstoff geplant.

Neben der Erzeugung von grünem Treibstoff ist mittelfristig auch die Produktion von grünem Gas oder grünem Wasserstoff Teil des Forschungsprojekts „Waste2Value“.

„Die Pilotanlage der DFB-Gaserzeugung, die im Rahmen des Waste2Value Projekts erfolgreich in Betrieb genommen wurde, ist das Herzstück der Syngas-Plattform Wien. Sie ermöglicht uns ambitionierte, angewandte Forschung in Kernbereichen der biobasierten Ökonomie und Kreislaufwirtschaft und stellt eine Forschungsinfrastruktur von internationaler Sichtbarkeit dar. Die Syngas-Plattform Wien macht es möglich: Die Demonstration von Prozessketten zur Verarbeitung von bislang nicht genutzten und minderwertigen Rohstoffen zu hochwertigen Produkten für die Energiewirtschaft, den Transportsektor und die chemische Industrie!“, erklärt Walter Haslinger, Geschäftsführer von BEST Bioenergy and Sustainable Technologies GmbH.

Komplexes Verfahren: So kann Abfall zum Treibstoff werden

Das Außergewöhnliche an der Anlage ist die Verbindung mehrerer technischer Ver-



Grafik: Wien Energie / Harald Ströbel

fahren, um den Treibstoff herzustellen: Reststoffe, wie etwa Holzabfälle, Klärschlamm oder Rückstände der Papierindustrie, werden in Synthesegas umgewandelt. Dieses Gas wird gereinigt und in einem weiteren Schritt wird daraus Rohöl erzeugt. Aus diesem Rohöl kann in weiterer Folge der grüne Treibstoff hergestellt werden.

Sind die eingesetzten Ausgangsstoffe erneuerbaren Ursprungs (Holz, Holzabfälle, Klärschlamm, sonstige biogene Abfälle, ...), so sind auch die Endprodukte gänzlich erneuerbar. Aber auch andere, nicht erneuerbare Reststoffe wie etwa nicht recyclebare Plastikreste können eingesetzt werden. So können auch fossile Ausgangsstoffe mehrfach genutzt werden, wie das etwa auch beim Papierrecycling der Fall ist.

Vielfältige Forschungsansätze und Endprodukte

Die große Bandbreite an möglichen Endprodukten macht die Technologie sehr vielseitig einsetzbar: Einerseits können nachhaltige Treibstoffe für Bereiche bereitgestellt

werden, in denen Batterien nur schwer zum Einsatz kommen können (z.B. Landwirtschaft, Flugverkehr, Schwerverkehr oder Busse, für die Wasserstoff als Treibstoff nicht optimal eingesetzt werden kann). Andererseits kann im Zuge von zukünftigen Forschungsarbeiten auch grünes Gas für das Erdgasnetz oder grüner Wasserstoff für Mobilitätslösungen oder industrielle Anwendungen erzeugt werden.

Im Rahmen des Projekts „Waste2Value“ forscht ein Team aus unterschiedlichen Bereichen und Disziplinen an der Herstellung dieser Produkte. Die Projektleitung hat BEST inne. Neben Wien Energie und SMS group Process Technologies sind auch Wiener Linien, Wiener Netze, die Österreichischen Bundesforste und Laakirchen Papier AG am Projekt beteiligt.

Wissenschaftliche Partner sind die TU Wien und die Luleå University of Technology. Das Projekt wird von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) gefördert.

<https://www.wienenergie.at/>

Neues Quanten-Testlabor

Eröffnung eines Quanten-Testlabors bei Infineon in Villach ist aktiver Beitrag aus Österreich und Europa im weltweiten Rennen um diese Zukunftstechnologie

Im Infineon-Forschungslabor in Villach werden industriell gefertigte Quantenchips in kurzen Zyklen getestet. Das treibt die gemeinsame Forschung für marktfähige Quantencomputer mit der Universität Innsbruck und der Joanneum Research weiter voran. Es ist ein aktiver Beitrag aus Österreich. Es wurde am 31. Mai offiziell im Beisein von Sabine Herlitschka (Vorstandsvorsitzende Infineon Austria), Heinz Mayer (Geschäftsführer Joanneum Research), Philipp Schindler (Senior Researcher Universität Innsbruck) sowie Henrietta Egerth (Geschäftsführerin der Österreichischen Forschungsförderungs GmbH, FFG) gestartet.

Aufgrund seines revolutionären Potentials gilt das Forschungsfeld der Quantencomputer als entscheidende Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. In der Entwicklung zu produktiv einsetzbaren Computern gibt es jedoch noch einige technische Herausforderungen zu bewältigen. Der globale Forschungswettbewerb um die beste Technologie läuft daher auf Hochtouren. Mitten unter den Innovationstreibern ist ein Team von ForscherInnen aus Tirol, Kärnten und der Steiermark. Es forscht im Projekt „OptoQuant“ gemeinsam an ionenbasierten Quantenprozessoren mit integrierter Optik, um damit marktfähige Quantencomputer zu realisieren.

Forschungsallianz stärkt Europa

Sabine Herlitschka: „Mit den gemeinsamen Quantenaktivitäten nutzen wir die große Chance, aus Österreich und Europa heraus in diesem globalen Zukunftsfeld an wegweisenden Entwicklungen möglichst eine Vorreiterrolle zu erarbeiten. Das neue Quanten-Testlabor bei Infineon in Villach verknüpft die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit industriellen Technologien, in die wir unsere Spitzen-Kompetenz einbringen. Wir schaffen damit eine exzellente Forschungsallianz, um ganz vorne dabei zu sein und können die Quantentechnologie als Chance für Europa im globalen Wettbewerb nutzen. Dafür setzen wir uns bei Infineon aktiv ein.“

Schnellere Test- und Lernzyklen

Das neue Quanten-Testlabor bietet eine einzigartige Infrastruktur, die auf schnelle Testzyklen und einen zuverlässigen Betrieb

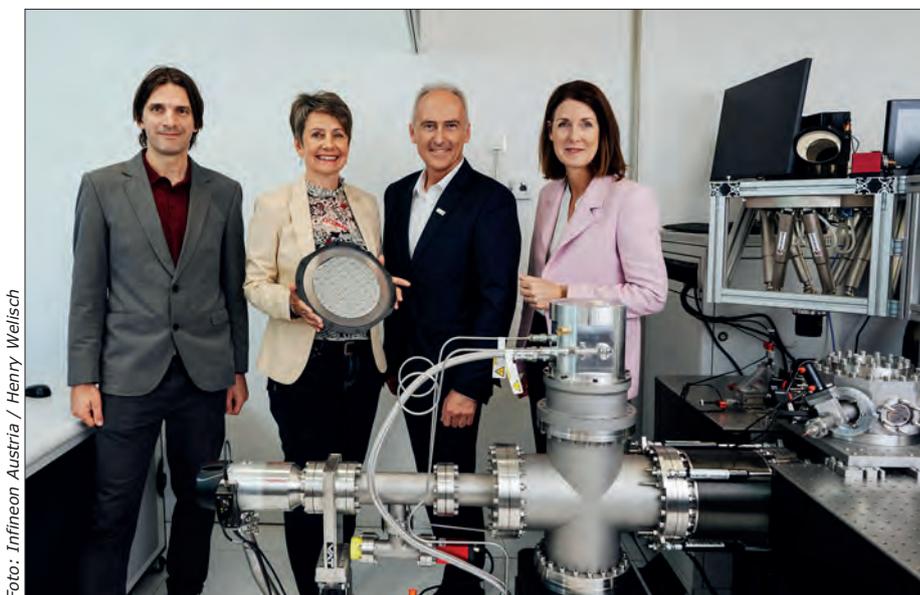


Foto: Infineon Austria / Henry Welisch

Im neuen Quanten-Testlabor (v.l.): Philipp Schindler (Quantenforscher Universität Innsbruck), Sabine Herlitschka (Vorstandsvorsitzende Infineon Austria), Heinz Mayer (Geschäftsführer Joanneum Research) und Henrietta Egerth (Geschäftsführerin FFG)

ausgerichtet ist. In den Systemen mit spezieller Kühlung werden die Quantenteilchen gefangen und durch Laserwellen manipuliert. Die Meßzeit eines industriell gefertigten Ionenfallenmoduls kann auf einen Tag statt mehrerer Wochen reduziert werden. Zudem können die einzelnen Quantenchips, die mit unterschiedlichen Fertigungsmethoden und Oberflächenmaterialien hergestellt werden, auch schneller überprüft, verifiziert und in ihrem Chipdesign verbessert werden. Das beschleunigt den Lern- und Wissenstransfer im Team. Gemeinsam wurde auch ein Teststandard entwickelt, um die Qualität und Zuverlässigkeit des Entwicklungsprozesses insgesamt zu steigern.

Exzellentes Quanten-Dreieck

Mit dem neuen Testlabor in Villach und dem Halbleiter-Know-how von Infineon wird die Quanten-Expertise der Projektpartner wirkungsvoll ergänzt. An der Universität in Innsbruck steht die Grundlagenforschung, die Ansteuerung und Software-Programmierung im Mittelpunkt. Bei Joanneum Research in Weiz liegt der Fokus in der 3-D-Lithografie mit integrierten Optiken.

Thomas Monz, Senior Researcher Universität Innsbruck, Institut für Experimentalphysik: „Die Grundlagenforschung hat den

Weg zum Quantenprozessor geebnet. Jetzt braucht es skalierbare Prozesse und Schnittstellen wie das neue Testlabor, um zwischen der grundlagenorientierten Physik und dem Ingenieurwesen den Quantenprozessor mit Industriestandards weiterzuentwickeln.“

Heinz Mayer, Geschäftsführer der Joanneum Research: „Bei Materials, unserem Institut für Oberflächentechnologien und Photonik, arbeiten wir an optischen Strukturen, um den Quantenprozessor räumlich zu verkleinern. Gemeinsam können wir das Herzstück zukünftiger Quantencomputer entscheidend weiterentwickeln.“

Die Partnerschaft ist auch eine wichtige Drehscheibe für die nächste Generation von QuantenforscherInnen. Allein bei Infineon in Villach finden derzeit zehn Studierende perfekte Bedingungen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten. Sie werden dabei von vier QuantenexpertInnen betreut. Zwei Quantenjobs bei Infineon sind aktuell zu besetzen.

Forschungs- und Innovationsstandort

Zukunftsweisende Quanten-Leuchtturmprojekte brauchen auch entsprechende Rahmenbedingungen. Henrietta Egerth, FFG-Geschäftsführerin: „Wenn Unternehmen frühzeitig in Zukunftstechnologien investieren und mit innovativen Produkten ‚Made in Austria‘



Foto: Infineon

oben: Das Quanten-Labor von Infineon bietet eine einzigartige Infrastruktur, die für schnelle Testzyklen ausgelegt ist.

rechts: Qubits werden in Ionenfallen gefangen und dann von Lasern, die rund um die Ionenfalle verbaut sind, angestrahlt und in bestimmte Zustände versetzt. Im Forschungsprojekt „OptoQuant“ arbeitet das Team an Ionenfallen mit integrierter Optik auf Basis moderner Halbleiter-Fertigungsprozessen.

punkten, dann ist das für den Wirtschaftsstandort Österreich von enormer Bedeutung. Daher freut es uns ganz besonders, wenn wir als FFG das neue Quanten-Testlabor von Infineon über das F&E-Projekt ‚OptoQuant‘ unterstützen können. Die FFG ermöglicht darüber hinaus mit ihrem europäischen Netzwerk die Stärkung von transnationalen Kooperationen für diese wichtige Zukunfts- und Schlüsseltechnologie.“

Vielversprechende Anwendungen

Quantencomputer haben das Potential, bestimmte komplexe und rechenintensive Aufgaben um ein Vielfaches schneller zu lösen als klassische Computer. Während heutige Computer mit Bits arbeiten und Rechenkombinationen nacheinander ausführen, kann ein Quantencomputer mit Qubits alle Rechenfragen gleichzeitig berücksichtigen. Es ist eine Gamechanger-Technologie, um bisher ungelöste Aufgaben zu lösen.

So könnten beispielsweise hochkomplexe Prozesse in der Logistik oder Energieversorgung rasch optimiert werden und zu robusten Lieferketten beitragen. Hohes Potenzial liegt auch in der Entwicklung neuer Medikamente, Impfstoffe oder der personalisierten

Medizin, um Wirkungen und Nebenwirkungen schneller simulieren zu können. Auch in

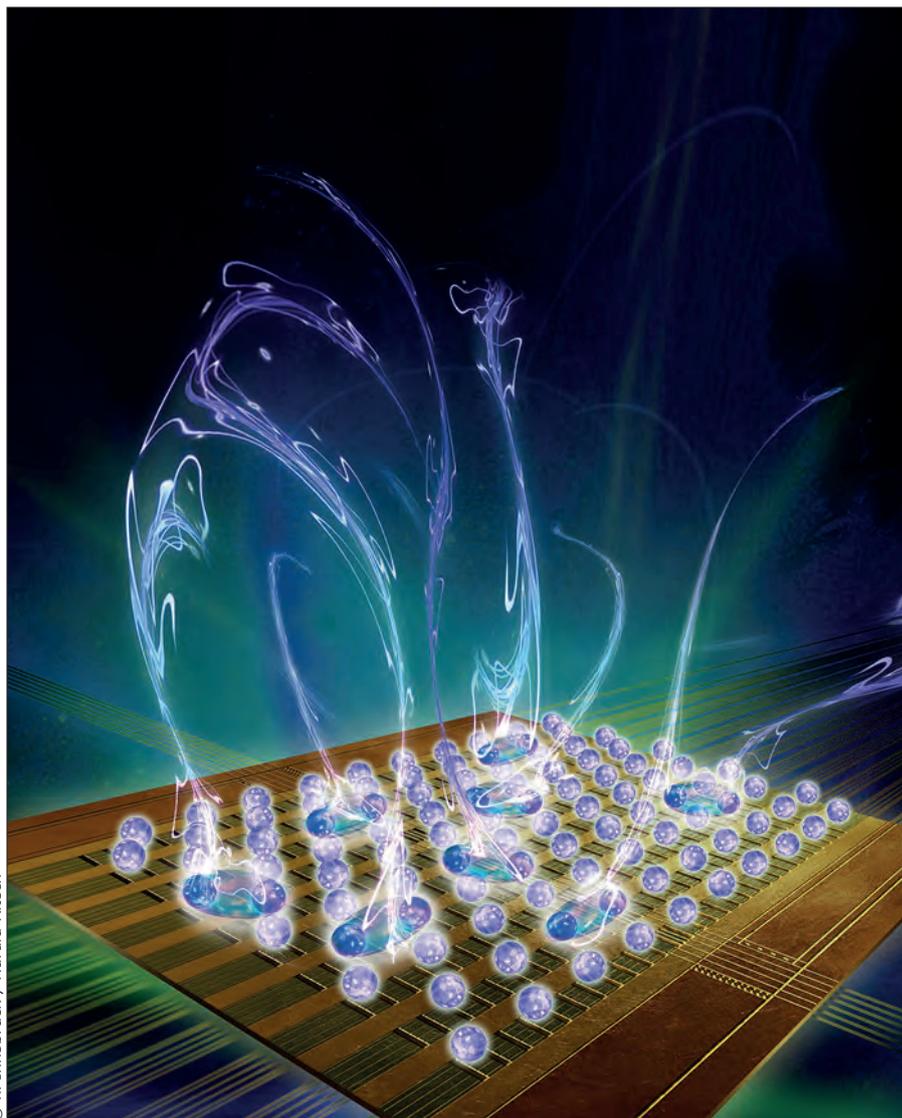
der Entwicklung völlig neuer, umweltfreundlicherer, leichter Materialien ist einiges möglich.

Die Zukunft der Quantencomputer ist vielversprechend und wird vor allem dann disruptives Potential entfalten, wenn die Industrialisierung gelingt und die Technologie zum Nutzen der Gesellschaft eingesetzt wird.

Forschungsprojekt „OptoQuant“

Das Quanten-Testlabor wird im Rahmen des auf drei Jahre anberaumten Projekts „OptoQuant“ umgesetzt. Dieses startete im Juni 2021 und läuft bis 2024. Das Forschungsvolumen beträgt insgesamt 2,7 Millionen Euro und wird von der „Quantenforschung und Technologie“-Initiative der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung und der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG co-finanziert.

<https://www.infineon.com/>



© ni Innsbruck / Harald Ritsch

Joseph Rebell. Im Licht des Südens

Ausstellung im Unteren Belvedere von 15. Juni bis



© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll

Joseph Rebell, Waldlandschaft mit Sonnenaufgang, 1809

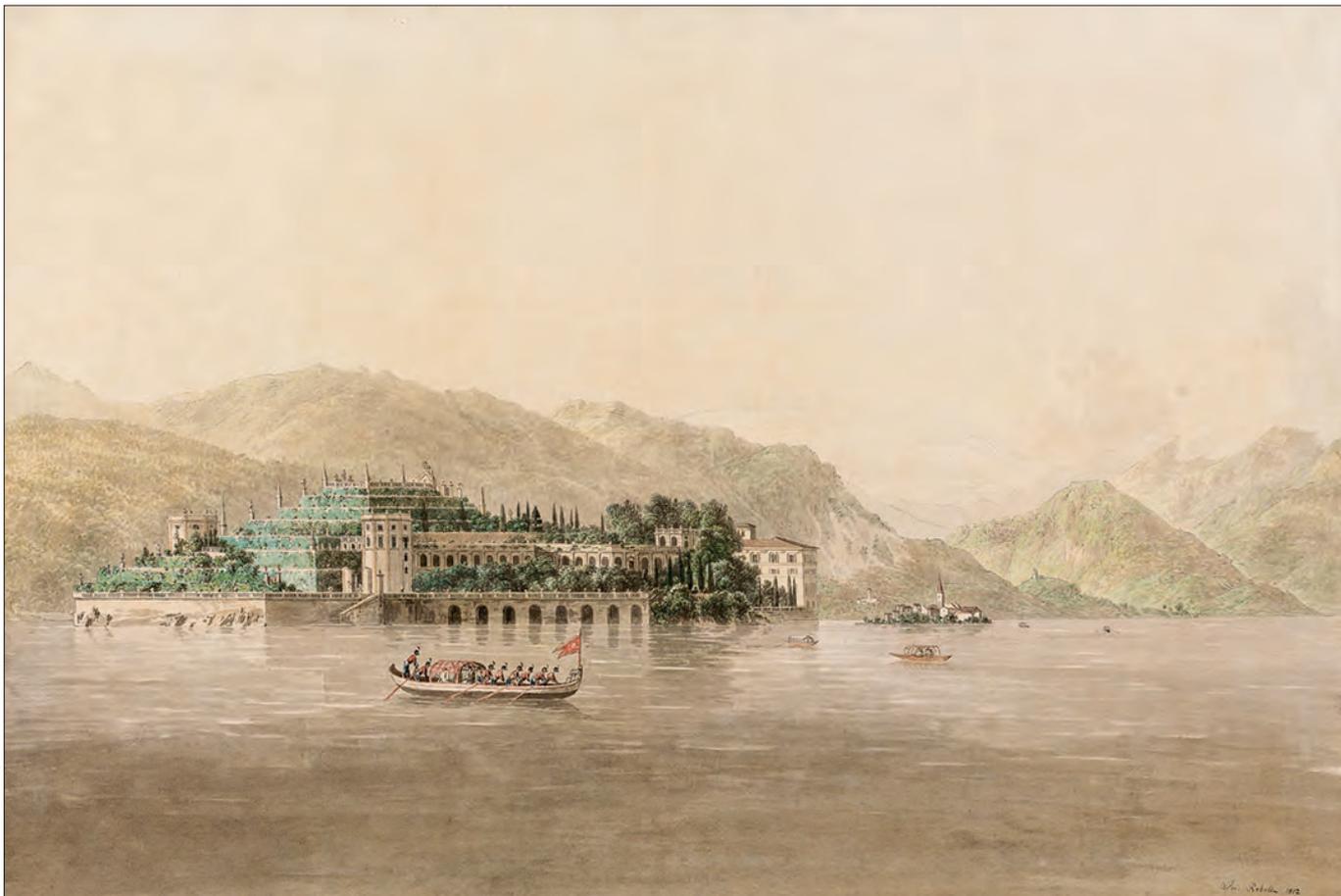
Joseph Rebell brachte die Sonne Italiens auf die Leinwand: Der 1787 in Wien geborene Landschaftsmaler verbrachte viele Jahre in Mailand, Rom und vor allem am Golf von Neapel. Bekannt wurde er nicht nur als einflussreicher Künstler und Impulsgeber, sondern auch als zukunftsweisender Museumsdirektor – er begann mit der Umgestaltung des Belvedere in ein modernes Museum. Mit dieser ersten Einzelausstellung schließt das Belvedere eine Forschungslücke zu Joseph Rebell und widmet sich zugleich seiner eigenen Geschichte als Institution.

Generaldirektorin Stella Rollig in ihrem Vorwort zum Ausstellungskatalog: „Mit der Ausstellung ‚Joseph Rebell. Im Licht des Südens‘ wird eine Forschungslücke geschlos-

sen. Die Würdigung gilt dabei nicht nur dem Maler Joseph Rebell, sondern auch dem Museumsleiter. Nur vier Jahre stand Rebell der kaiserlichen Gemäldegalerie im Oberen Belvedere als Direktor vor, doch verstand er es, in dieser kurzen Zeit sowohl die Sammlung als auch das Gebäude einer neuen Zukunft entgegenzuführen. Durch ihn wurde das Sommerschloß zum Museum. Er ließ Fenster in die offenen Torbögen einbauen, gewährleistete mithilfe einer Warmluftheizung im gesamten Gebäude eine einheitliche Raumtemperatur, sorgte mit einer Gruppe von Malern für die Restaurierung aller Gemälde und begründete damit die Restaurieranstalt der Galerie. Außerdem kam es während seiner Direktionszeit zur Etablierung der ‚Moder-

nen Schule‘, einer Abteilung, die sich allein dem Ankauf und der Präsentation von zeitgenössischer Kunst widmete“, so Rollig.

Das künstlerische Wirken Rebells wird ein dieser Ausstellung anhand von etwa einhundert Gemälden und Zeichnungen zugänglich gemacht. Seine Werke gelten heute als Zimelien des frühen 19. Jahrhunderts und sind nördlich und südlich der Alpen in privaten und öffentlichen Sammlungen zu finden, auch in jener Gegend, die der Maler zahlreich und in vielen Varianten festgehalten hat, dem Golf von Neapel. „Nicht anders war die Wertschätzung jener Darstellungen vor 200 Jahren, denn das Gebiet mit seiner üppigen Vegetation, dem warmen Sonnenlicht und dem blauen Meer ist damals wie heute



© Museum Orther, Wien

Joseph Rebell, Isola Bella am Lago Maggiore, 1812

genau der Stoff, aus dem die Träume sind. Um die Erinnerung an die lieb gewonnene Gegend auch im heimatlichen Alltag fortleben zu lassen, kauften Italienreisende Gemälde mit Sonnenuntergängen und Meeresstürmen oder gaben Bilder von Capri oder vom Vesuv in Auftrag“, erklärt die Direktorin des Belvedere. Auf diese Weise seien Rebells Gemälde aus den 1810er- und 1820er-Jahren in alle Winde zerstreut, in russischen Sammlungen ebenso zu finden gewesen wie in englischen und französischen Schlössern oder in den Palästen der deutschen und der österreichischen Aristokratie. Rebell habe mit seinen Ansichten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Landschaftsmalerei geleistet und er sei es gewesen, der das Tageslicht auf die Leinwand gebracht, die Naturdarstellung mit den Strahlen der Sonne getränkt habe. Er sei es auch gewesen, der die Figur dem Status der illustrierenden Staffage entthob habe, indem er die in Fischerei und Schifffahrt Tätigen ins Bild geholt und sie gezeigt habe, wie sie überall in dieser Gegend wirklich anzutreffen gewesen waren. In Neapel, wo seine Kunst auch heute noch sehr geschätzt wird, war er zum Vorbild für zahlreiche Kunstschaffende geworden. Als



© Museo dell'Ottocento. Fondazione Di Persio-Pallotta, Pescara

Joseph Rebell, Seesturm am Fuße des Kapuzinerklosters bei Amalfi, 1813

Lehrer an der Akademie in Wien habe Josef Rebel eine neue Naturauffassung gefördert, wie besonders in der Landschaftsmalerei der 1830er-Jahre erkennbar werde.

„Das Belvedere beherbergt mit insgesamt 23 Gemälden eine ansehnliche Sammlung

Bilder auf der folgenden Seite:

oben: Joseph Rebell, Küste von Capri bei Sonnenuntergang, 1817

unten: Joseph Rebell, Meeressturm beim Arco di Miseno bei Miliscola mit Blick gegen Nisida, 1819

Kultur

© Bayerische Staatsgemäldesammlungen München - Sammlung Schack



© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll



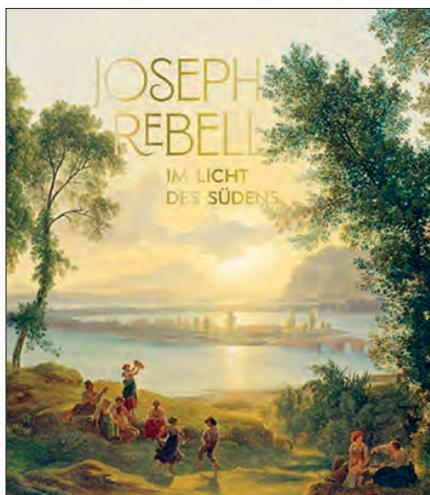


Joseph Rebell, Ansicht der Stadt Vietri mit Blick auf den Meerbusen von Salerno, 1819

von Arbeiten Rebells. In diesem Zusammenhang sei den MitarbeiterInnen in der Restaurierung gedankt, die diese Werke gepflegt und gegebenenfalls restauriert haben“, so Rollig. „Ein besonderer Dank gilt den öffentlichen Institutionen und Privatsammlungen in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz, deren Leihgaben es möglich machen, Rebells Schaffen im Belvedere zu präsentieren. Ihre Bereitschaft, sich für einige Zeit von den Gemälden und Zeichnungen zu trennen, trägt zu einer wesentlichen Bereicherung der Ausstellung bei. Besonders gedankt sei Sabine Grabner, die mit großem Engagement viele verloren geglaubte Arbeiten des Künstlers aufspürte, den einen oder anderen Schatz mithilfe von zeitgenössischen Briefen oder archivalischen Schriften hob und damit einen repräsentativen Überblick über Rebells Leben und Wirken erstellte. Auf dieser Basis ist es folgerichtig, auch ein Verzeichnis von Rebells Werken zusammenzustellen, um die zukünftige Beschäftigung mit dem Künstler zu erleichtern“, so die Direktorin weiter, die sich auch bei allen weiteren Beteiligten bedankte, die zum Gelingen der Ausstellung beigetragen haben.

Joseph Rebell

Joseph Rebell lernte an der Wiener Akademie der bildenden Künste bei Laurenz Jansch und nahm Privatunterricht beim Landschaftsmaler Michael Wutky. 1810 verließ er Wien, um zwei Jahre in Mailand zu verbringen. Von dort aus bereiste er Oberitalien, das er in zahlreichen Aquarellen der Gegend um Comer See, Lago di Lugano und



Katalog zur Ausstellung: 224 Seiten
€ 29,80; ISBN: 978-3-903327-28-3

Lago Maggiore festhielt. Nach einem kurzen Aufenthalt in Rom ließ er sich 1813 in Neapel nieder und erlangte mit seinen Ansichten vom Golf von Neapel, von Ischia, Capri, Amalfi und Sorrent internationale Berühmtheit.

Rebells Bilder erzählen von Sonnenuntergängen, von Schiffbrüchen oder Seestürmen und immer wieder vom Vesuv. Neben pittoresken Motiven widmete er sich aber auch versteckten Winkeln an der Küste von Neapel und malte Menschen bei der Arbeit im Hafen. Bis heute fasziniert an seinem Werk der neuartige Umgang mit Licht: Rebells Bilder gleichen einem Blick aus dem Fenster. Mit bislang in der Malerei ungekannter Intensität erfaßte er den klaren Himmel und die Wärme der Sonne. Dieses Talent machte ihn bald zu einem bedeutenden Vorbild, das über die Jahre hinweg Landschafts-

Bilder auf der folgenden Seite:

oben: Joseph Rebell, Sonnenuntergang über den Campi Flegrei gegen die Inseln Procida und Ischia, 1819 (Detail)

unten: Joseph Rebell, Vesuvausbruch bei Nacht mit Blick auf die Scuola di Virgilio, 1822

Kultur

© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll



© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll



malerInnen wie etwa jene der Scuola di Posillipo prägte. Damit zog er eine große KäuferInnenschicht aus ganz Europa an.

Kuratorin Sabine Grabner: „Es ist faszinierend, wie Rebell den Zugang zu den grossen Persönlichkeiten seiner Zeit fand. In Mailand arbeitete er für Eugène de Beauharnais, den damaligen Vizekönig von Italien. In Neapel malte er für Königin Caroline Murat und war bei Hof ein gern gesehener Gast. In Rom wiederum, wo er ab 1817 lebte, genoss er bei den Reisenden aus vielen Nationen hohes Ansehen, was ihm Aufträge für zahlreiche Gemälde einbrachte.“ Schließlich wurde der österreichische Kaiser Franz I. auf Joseph Rebell aufmerksam. Er besuchte den Künstler in seinem Atelier in Rom und beauftragte ihn mit vier großformatigen Ansichten der Gegend um Neapel – sie befinden sich bis heute im Belvedere.

Joseph Rebell als Direktor der kaiserlichen Gemäldegalerie im Belvedere

Nach 14 Jahren in Italien kehrte Joseph Rebell nach Wien zurück: Franz I. übertrug ihm im Jahr 1824 die Leitung der kaiserlichen Gemäldegalerie im Oberen Belvedere. In der kurzen Zeit bis zu seinem frühen Tod im Dezember 1828 ließ der neue Direktor das repräsentative Sommerschloß zu einem modernen Museum umbauen.

Joseph Rebell sorgte dafür, daß die klimatischen Bedingungen im Gebäudeinneren verbessert wurden. Dazu ließ er die Außenfassade baulich abdichten und eine Warmluftheizung einleiten. Die Ausstellungsräume wurden farblich gestaltet, die Bilderrahmen mit Namen und Lebensdaten der KünstlerInnen versehen, die Gemälde nach und nach unter Mitarbeit von akademischen MalerInnen restauriert.

Auch in der Kunstsammlung hinterließ Rebell seine Spuren: Unter anderem geht die Gründung der „Modernen Schule“ auf ihn zurück – einer Abteilung, die sich dem Ankauf und der Präsentation von zeitgenössischer Kunst widmete.

An der Landschaftsmalerschule der kaiserlichen Akademie, die er neben seiner Tätigkeit als Direktor der Gemäldegalerie leitete, propagierte er das Arbeiten vor der Natur. Auf dieser Basis und angeregt durch Rebells Bilder des Südens studierte die nächste Generation von KünstlerInnen die Veränderlichkeit der Landschaft unter dem Einfluß des Sonnenlichts.

Damit trug Rebell viel zur Qualität österreichischer Landschaftsmalerei der 1830er-Jahre bei.



© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll

Ausstellungsansicht „Joseph Rebell. Im Licht des Südens“

Zur Ausstellung

In dieser ersten Einzelausstellung zu Leben und Wirken von Joseph Rebell widmet sich das Belvedere vor allem den Ansichten Süditaliens, beleuchtet aber auch frühe Zeichnungen – etwa von oberitalienischen Seen – und die großformatigen arkadischen Landschaften der künstlerischen Anfänge. In Etappen wird Rebells Weg nachgezeichnet, vom Aufbruch nach Italien über die Erfolge in Neapel bis zu seiner Zeit am Belvedere, als er neben seiner Tätigkeit als Galeriedirektor auch weiterhin malte. In jener letzten

Phase entstand etwa die Bildserie für Kaiser Franz I., die sich bis heute in den Schlössern Persenbeug und Artstetten befindet und in der Ausstellung gezeigt wird.

Die Schau umfaßt etwa 70 Gemälde und 40 Zeichnungen aus öffentlichen und privaten Sammlungen in Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz, die erstmals gemeinsam zu sehen sind. Das Belvedere selbst beherbergt mit insgesamt 23 Gemälden eine umfassende Sammlung von Arbeiten Joseph Rebells. ■

<https://www.belvedere.at/>

Joseph Rebell

Geboren am 11. Jänner 1787 als Sohn eines Weißschneiders in Wien.

1799 – 1807: Studium der Architektur und Landschaftszeichnung an der Akademie der bildenden Künste. Nimmt privaten Malunterricht bei Michael Wutky.

1810 – 1812: Zeichnet an den oberitalienischen Seen. Auftraggeber sind der Wiener Verleger Domenico Artaria und Eugène de Beauharnais, Vizekönig von Italien.

1812: Aufenthalt in Rom und mehrwöchiger Ausflug nach Neapel.

1813 – 1816: Aufträge von Königin Caroline Murat und kaufkräftigen Reisenden der gehobenen Gesellschaft.

1816: Reist über Rom und Mailand nach München. Akquiriert zahlreiche Aufträge.

1817 – 1824: Lebt und arbeitet in der Villa Malta.

1819: Empfängt im April Kaiser Franz I. von Österreich.

1824 – 1828: Ab September Direktor der kaiserlichen Gemäldegalerie im Oberen Belvedere.

Unterrichtet an der Akademie der bildenden Künste Landschaftsmalerei.

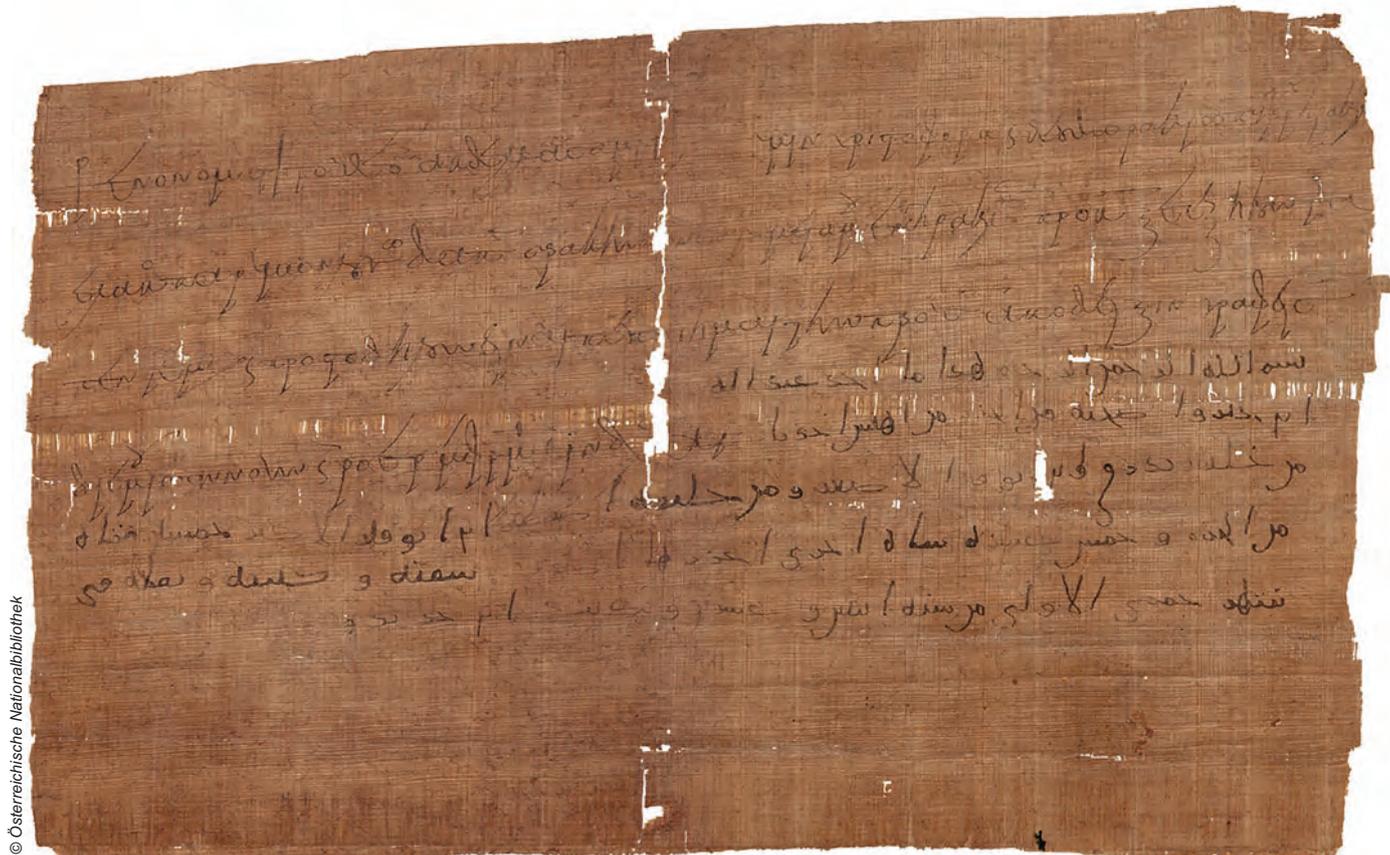
1828: Am 11. Oktober Start einer Reise nach Dresden und München.

Verstirbt nach kurzer Krankheit am 18. Dezember in Dresden.

https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Rebell

Halbmond über dem Nil

Wie aus dem byzantinischen das arabische Ägypten wurde – Sonderausstellung im Papyrusemuseum der Österreichischen Nationalbibliothek bis 7. Mai 2023



© Österreichische Nationalbibliothek

Empfangsbestätigung über 65 Schafe für die arabische Armee / Griechisch und Arabisch – Herakleopolis, 25. April 643 n. Chr., Papyrus

Im siebten Jahrhundert n. Chr. wird Ägypten von arabischen Armeen erobert. In den folgenden Jahrzehnten dehnen die Kalifen ihren Machtbereich bis Persien und Südspanien aus. Die arabische Besetzung des Landes am Nil und die Ausbreitung des Islam stellen einen entscheidenden Wendepunkt in der Weltgeschichte dar. Die Papyrussammlung der Österreichischen Nationalbibliothek beherbergt die umfangreichste und bedeutendste Sammlung von Originaltexten in Griechisch, Koptisch und Arabisch aus dieser Zeit. Unter dem Titel „Halbmond über dem Nil“ präsentiert das Papyrusemuseum 110 bis zu 1.400 Jahre alte, faszinierende Papyri zu diesem tiefgreifenden Wandel, von denen die meisten das erste Mal öffentlich gezeigt werden; darunter etwa den ältesten, datierten Papyrus mit arabischem Text weltweit.

Politische Erlässe und Anweisungen, repräsentative Schreiben mit kunstvollem Dekor, Quittungen mit original erhaltenen Sie-

geln, Verträge sowie ein Papyrus über Baumaterialien für die Stadt, die als Vorläufer für die heutige Hauptstadt Kairo gebaut wurde, gewähren einen einzigartigen Einblick in die neue politische und gesellschaftliche Ordnung sowie in die Versorgung der arabischen Armeen. Besonders bemerkenswert ist eine Abbildung eines arabischen Reiterkriegers, die belegt, daß figurative Darstellungen im frühen Islam nicht verpönt waren.

Vom Kaiser zum Kalifen

30 v. Chr. besiegte der spätere Kaiser Augustus seinen Rivalen Marcus Antonius und Kleopatra und verleihte das Land am Nil dem Imperium Romanum ein. In den darauffolgenden nahezu 700 Jahren erlebte Ägypten eine lange Periode fast ungestörten Friedens, unterbrochen von einem Bürgerkrieg 608–610 n. Chr. und einer 10jährigen Besetzung des persischen Sassaniden-Reiches. 629 n. Chr. wurde die kaiserliche, römische Herrschaft für kurze Zeit wiederhergestellt.

Zwischen 639 und 642 n. Chr. eroberte der arabische General 'Amr ibn al-'Ās das Delta, Alexandria und schließlich das ganze Reich. Damit war die lange Phase, in der das Land am Nil den Kaisern in Rom und später in Konstantinopel unterstand, zu Ende. Die Herrschaft über Ägypten ging vom Kaiser auf den Kalifen, den „Nachfolger des Gesandten Gottes“, über. In Ägypten, das in wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Hinsicht bis dahin eines der Kernländer des byzantinischen Reiches war, läßt sich dieser Wechsel der Herrscher und politischen Eliten, die Etablierung des Islam und der arabischen Sprache anhand zehntausender Schriftstücke auf Papyrus, Pergament und Papier genauer und detailreicher nachvollziehen als irgendwo sonst.

Viele Generationen andauernder Prozeß

Mehrere wissenschaftliche Projekte, unterstützt von der US-amerikanischen Andrew



Galoppierender, arabischer Reiterkrieger / Arabisch – Ägypten, 10. Jh. n. Chr., Papier

W. Mellon Foundation und dem österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) haben die Erschließung dieser Dokumente, die sich im Bestand der Papyrussammlung der Österreichischen Nationalbibliothek befinden, ermöglicht bzw. gefördert. Verfaßt in Griechisch, Koptisch und Arabisch, sind sie wertvolle Zeitzeugen für den Übergang vom christlich-byzantinischen zum islamisch-arabischen Ägypten. In diesen dokumentarischen Texten des Alltags, der Verwaltung, des Rechtswesens, der privaten und offiziellen Korrespondenz eröffnen sich höchst spannende Perspektiven auf die Jahrzehnte vor und nach diesem historischen Wechsel vom Kaiser zum Kalifen. Das Gesamtbild, das sich aus hunderten Dokumenten ergibt, läßt erkennen, daß es sich bei dem Übergang vom byzantinischen zum arabischen Ägypten nicht um einen abrupten Bruch gehandelt

hat, sondern um einen langsamen, viele Generationen andauernden Prozeß der Transformation, der viele Elemente der antiken Welt in das arabische Mittelalter überführte.

Höhepunkte der Ausstellung

Empfangsbestätigung über 65 Schafe für die arabische Armee / Griechisch und Arabisch – Herakleopolis, 25. April 643 n. Chr., Papyrus

Dies ist der älteste arabisch geschriebene, exakt datierte Papyrus, der bislang identifiziert werden konnte und zugleich das älteste erhaltene griechisch-arabische Schriftstück. Nur wenige Monate nach der arabischen Eroberung Ägyptens verfaßt, ist das amtliche Schriftstück ein wichtiges Dokument für den Übergang von der byzantinischen zur arabischen Herrschaft. Der Emir ‘Abd-Allâh ibn Jâbir, Kommandant der arabischen Truppen in Oberägypten, bestätigt den Distriktvorste-

hern (pagarchoi) Christophoros und Theodorakios den Erhalt von 65 Schafen für die Versorgung seiner Soldaten (Matrosen, Kavalleristen und schwerbewaffnete Infanteristen) im Herakleopolites. Die Abgabe soll zugleich als Steuerleistung für das laufende Jahr gelten. Der griechische Teil des Textes wurde von dem Notar und Diakon Johannes verfaßt, der arabische von Ibn Hadid.

Auf der Rückseite findet sich in griechischer Sprache der Vermerk, daß die Schafe an den moagarites (Araber) übergeben worden sind. Obwohl die griechische und die arabische Version dieselbe Information enthalten, handelt es sich nicht um eine wörtliche Übersetzung.

Galoppierender, arabischer Reiterkrieger Arabisch – Ägypten, 10. Jh. n. Chr., Papier

Die Zeichnung eines leichten, arabischen Kavalleristen im gestreckten Galopp, mit Lanze und Rundschild, ist ein außergewöhnliches Dokument auf Papier. Unter dem Bild steht die Unterschrift: „das Pferd mit dem heftig Angreifenden“. Die Darstellung besticht durch die gleichermaßen sichere wie energische Strichführung mit der Rohrfeder. Auf der Rückseite befindet sich die Künstlersignatur („von Abū Tamīm Haydara“) und ein kurzer Lobpreis Gottes. Kulturgeschichtliche Bedeutung erhält die unvollständig erhaltene Zeichnung vor allem als Hinweis darauf, daß figürliche Darstellungen im frühen Islam durchaus nicht verpönt waren. Der Koran enthält – entgegen weit verbreiteter Ansicht – keine Andeutung eines Bilderverbotes.

Quittung für Kopfsteuer eines christlichen Bäckers / Arabisch - Arsinoiton Polis, Mai-Juni 812 n. Chr., Papyrus, Tonsiegel

Dem christlichen Bäcker Abba Kire wird auf diesem vollständig erhaltenen Papyrusblatt bestätigt, die Kopfsteuer des Jahres 811 bezahlt zu haben. Um sicher zu gehen, daß der Steuerzahler nicht von einem anderen Erhebungsbeamten noch einmal zur Kassa gebeten wird, enthält die Quittung auch seine Personalbeschreibung. Außergewöhnlich ist, daß auch das Siegel erhalten ist, denn fast immer gingen die aus Ton gefertigten Siegel verloren. Dieses gibt zu erkennen, daß es dem Steuerverwalter des Bezirkes Fayum, Yūnus ibn ‘Abd ar-Rahmān, gehörte.

Order zur Beschlagnahme von 4,5 Tonnen Weizen / Griechisch – Arsinoites, 20. Aug. 698 n. Chr., Papyrus

Zu den herausragenden Quellen des späten 7. Jh. gehört das Dossier eines Mannes, der in

Kultur

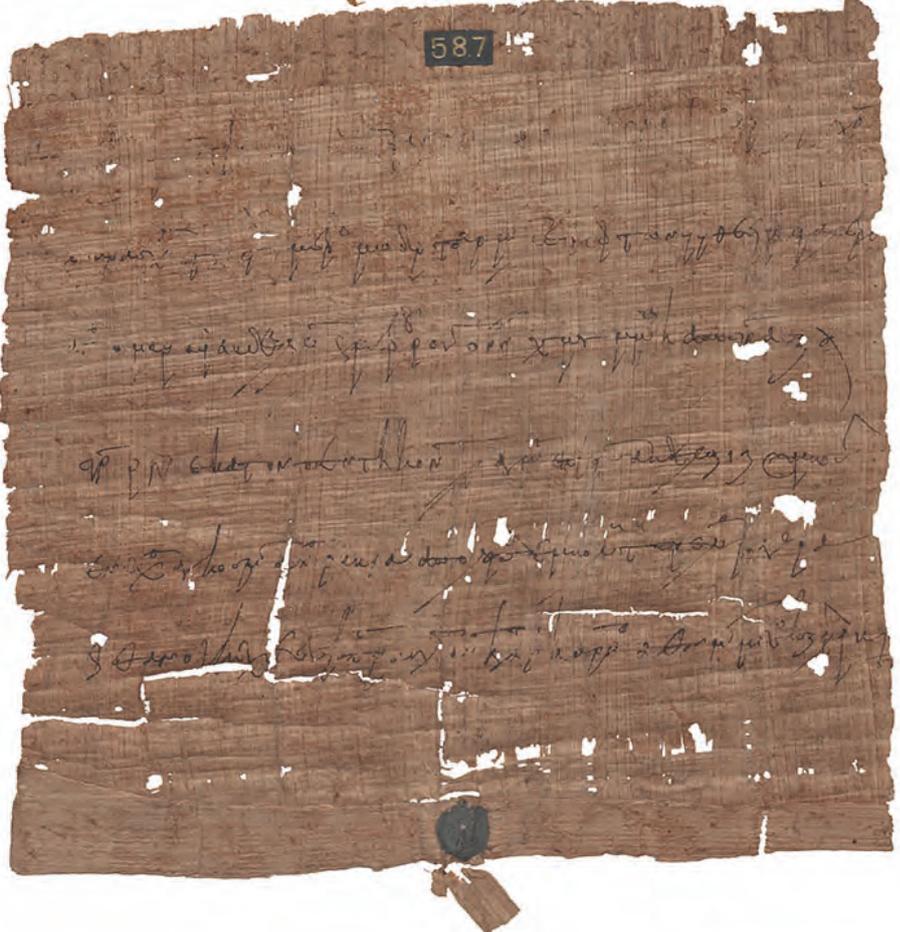
© Österreichische Nationalbibliothek



oben: Bestätigung für den christlichen Bäcker Abba Kire, die Kopfsteuer des Jahres 811 n. Chr. bezahlt zu haben
rechts: Order zur Beschlagnahmung von 4,5 Tonnen Weizen

den griechischen Texten Flavius Atias genannt wird, in den arabischen 'Aṭiyya ibn Ju'ayd. Er ist der erste Distriktsvorsteher, der nachweislich arabischer Herkunft war und später zum Provinzgouverneur (dux Arcadiae et Thebaidis) aufstieg. Im vorliegenden Schreiben übermittelt Atias den Dorfbewohnern von Dikaiu im Arsinoites eine Order des Statthalters 'Abd al-'Azīz, wonach diese eine größere Menge Weizen direkt an arabische Truppen abzuliefern haben: „† Mit Gott! Flavius Atias, der hochberühmte Dux, an Euch, die Bewohner des Dorfes Dikaiu der arsinoitischen Pagarchie, vertreten durch Epimachos. Liefert den Männern des 3. Zweigs der Muḍar, der Einheit von al-'Afif, des Banū Taim ibn al-Hārit, der Männer des 'Umāra ibn 'Abd-Allāh als Anteil der Roga für 643 Leute, 8 Monate, von den 1264 Arta-

© Österreichische Nationalbibliothek



ben Weizen 150 Artaben Weizen, hundertfünfzig genau, gemäß einem Befehl des Statthalters 'Abd al-'Azīz, überbracht durch Kosmas, Diener des Rabia, aus dem Restbetrag der Embole (Getreidesteuer) der vergangenen 11. Indiktion. Und wenn Ihr keinen Weizen habt, zahlt ihnen je 20 Artaben 1 gerechneten Solidus, einen genau. Am 27. Mesore der 12. Indiktion †.“

Die rechnerischen Angaben in diesem Text sind sehr genau: zu bezahlen sind vom Dorf 150 Artaben (ca. 4.500 kg) Weizen aus einer Gesamtmenge von 1264 Artaben (ca. 37.920 kg). Diese jetzt unmittelbar abzuliefernde Getreidemenge sei für 643 Männer und für den Zeitraum von 8 Monaten bestimmt. Damit käme jeder der Männer auf eine Ration von etwas unter ¼ Araben (ca. 7,5 kg) pro Monat. Der beschlagnahmte Weizen war direkt an die Männer der Truppe abzugeben.

Anweisungen gegen die Flucht der Steuerzahler / Griechisch – Hermopolites, ca. 643/644 n. Chr. – Papyrus

Von außerordentlicher historischer Bedeutung ist das mehrere hundert Schriftstücke umfassende Dossier des Amtsträgers Senuthios. Die vorwiegend aus Amtskorrespondenz bestehenden Schreiben sind ein bis zwei Jahre nach der Machtübernahme durch die Araber entstanden und geben wesentliche Aufschlüsse über die Etablierung der

arabischen Herrschaft. Die Korrespondenz bezeugt einerseits, daß vorerst die byzantinischen Verwaltungsstrukturen bestehen blieben, andererseits ist die Unsicherheit der griechisch-sprachigen Amtsträger bezüglich der Vorgangsweisen der arabischen Militärs spürbar. In diesem Brief teilt der Distriktvorsteher Athanasios seinem Untergebenen Senuthios mit, daß auf Anordnung eines Emirs die Kopfsteuer eingeführt wurde. Diese neue Steuer, die alle Männer über 14 Jahren belastete, läßt den Distriktvorsteher befürchten, daß die Steuerzahler aus Angst vor der neuen Steuerlast ihren Wohnsitz aufgeben. Athanasios bittet daraufhin Senuthios, den Dorfvorstehern Befehle zu erteilen, die Grenzen und die Häfen seines Distrikts zu kontrollieren, damit niemand der neuen Steuer entkommen kann. Die Kontrollmaßnahmen betreffen ausdrücklich nicht nur die einfache, ländliche Bevölkerung, sondern auch die Kauf- und Geschäftsleute der Hauptstadt des Distrikts, Hermopolis.

*Freilassungsbefehl für einen Winzer
Griechisch – Hermopolites,
ca. 643/644 n. Chr., Papyrus*

Auch dieses Schriftstück gehört dem Dossier des Senuthios an. Die Araber benötigten regelmäßig Arbeitskräfte für verschiedene Bauarbeiten, in den ersten Jahren nach der Eroberung insbesondere für den Bau der neuen ägyptischen Hauptstadt al-Fustāt (Alt-Kairo). Diejenigen, die konnten, versuchten,

diesen Zwangsarbeitsleistungen zu entkommen, indem sie auf die Intervention einflußreicher Personen innerhalb oder außerhalb der Verwaltung zurückgriffen. Im vorliegenden Fall muß ein Rechtsanwalt namens Kolluthos bei der Zentralverwaltung des Hermopolites für die Freilassung eines bei ihm beschäftigten Winzers eingeschritten sein. Das hier vorgestellte Dokument ist eine Anordnung, in der Taurinos, ein hochrangiger Amtsträger des Distriktvorsteher-Büros in Hermopolis, den Senuthios beauftragt, die Freilassung des Winzers zu veranlassen.

*Liste von Baumaterialien für die neue,
arabische Hauptstadt Ägyptens / Griechisch –
Hermopolites, ca. 643/644 n. Chr., Papyrus*

Der Ort, an dem das heutige Kairo steht, war schon immer ein Knotenpunkt von großer strategischer Bedeutung: Hier teilt sich der Nil in mehrere Arme und das Niltal weitet sich zum ägyptischen Delta. Von hier aus begann ein schiffbarer Kanal zum Roten Meer. Zur Zeit der arabischen Eroberung Ägyptens befand sich hier die wichtige Festungsstadt Babylon, die nicht nur von einer starken Militärgarnison, sondern auch von koptischer und jüdischer Bevölkerung bewohnt wurde. In Babylon stießen die Araber mehr als anderswo auf erheblichen Widerstand, der sie zwang, nördlich der Festung ein großes Militärlager zu errichten und die Stadt lange zu belagern. Nach der Übergabe der Stadt und dem Abschluß der Eroberung

des Landes im Jahre 642 n. Chr. wurde dieses Militärlager in eine echte Stadt umgewandelt: die neue Hauptstadt Ägyptens namens al-Fustāt. Erst später, im 10. Jahrhundert, wurde nördlich von al-Fustāt, das durch einen Brand zerstört worden war, die heutige Hauptstadt Kairo gegründet. Unter den Papyri des Senuthios-Archivs ist dieser der umfangreichste: eine lange Liste von Baustoffen – Ziegel, Kalk und Pferdemist – die systematisch von den Dörfern und Weilern des Hermopolites geliefert wurden. In der letzten Spalte des Papyrus gibt ein Brief des Distriktvorstehers Athanasios Anweisung zum Verladen der erforderlichen Materialien auf Nil-Schiffe. Die überaus großen Mengen an Baumaterial lassen erkennen: Diese Materialien wurden für die Errichtung von al-Fustāt benötigt, dem einzigen Bauvorhaben dieser Größe in den Jahren unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Araber.

*Zweisprachiges Protokoll eines
Kalifen / Griechisch und Arabisch,
705–709 n. Chr., Papyrus*

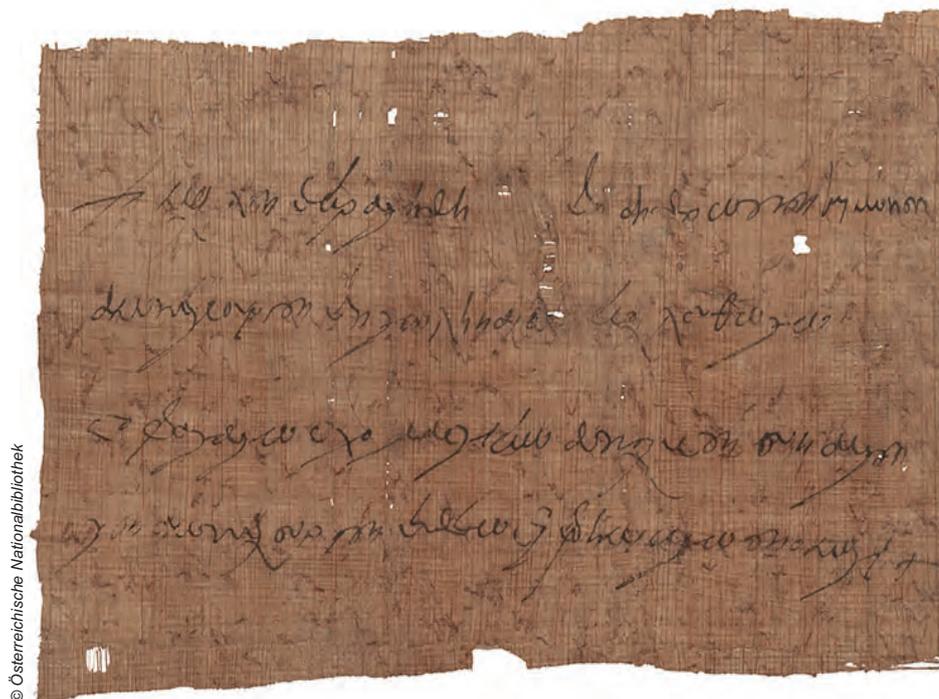
Die arabische Verwaltung übernahm einige byzantinische Gepflogenheiten: so zum Beispiel jene, am Beginn einer Papyrusrolle ein Vorsatzblatt mit dem amtlichen Produktionsvermerk („Protokoll“) anzufügen. In diesem Fall kam nun zur Nennung des Herrschers oder Statthalters die Anrufung Gottes (basmala) und Koranverse hinzu.

Als 695 n. Chr. Arabisch die offizielle Sprache wurde, gestaltete man die Protokolle zweisprachig – wie jenes in der Ausstellung zu sehende Exponat.

*Kunstvolles Empfehlungsschreiben /
Arabisch, 8. Nov. 709 n. Chr., Papyrus*

In diesem eindrucksvollen Beispiel eines nahezu unversehrt erhaltenen Schriftstücks geht es um ein amtliches Empfehlungsschreiben, das mit kunstvoller Schrift von einem speziellen Schreiber der Staatskanzlei, der sogar namentlich genannt wird – Wazi‘ – erstellt wurde. Der arabische Statthalter Qurra ibn Šarīk (709–714 n. Chr.) ersucht den Vorsteher eines mittelägyptischen Distrikts, daß dem christlichen Steuereintnehmer Constans die Arbeit mit den Behörden vor Ort erleichtert werden möge. Durch die hohe Qualität des verwendeten Papyrus sowie seine großzügige, auf optische Wirkung bedachte Gestaltung signalisierte der Brief alleine durch seine äußere Form, daß ein wichtiges Dokument aus der Kanzlei des Statthalters vorliegt. ■

<https://www.onb.ac.at/>



Verschollener Schiele wieder aufgetaucht

... nach mehr als 100 Jahren – dem Leopold Museum gelingt mit dem Gemälde »Leopold Czihaczek am Klavier« eine sensationelle Entdeckung



© Leopold Museum, Wien

Egon Schiele (1890–1918), Leopold Czihaczek am Klavier, 1907,
Öl auf Leinwand mit Rahmen: 65,4 x 105,5 x 3,0 cm, Privatsammlung

Das 1907 entstandene und bislang als verschollen geltende Schiele-Gemälde Leopold Czihaczek am Klavier hat sich in Privatbesitz in äußerst gutem Zustand erhalten. Die BesitzerInnen erklärten sich bereit, das Gemälde dem Leopold Museum als Dauerleihgabe zur Verfügung zu stellen“, so Direktor Hans-Peter Wipplinger. „Nach der Reinigung und Restaurierung wollen wir das Gemälde in der Wien 1900-Dauerpräsentation der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das Werk wird auch als NFT (Non Fungible Token) geminted und ein Bonus-Highlight zu jenen Werken sein, die wir für den bevorstehenden NFT Launch von Schiele-Werken der Sammlung Leopold ausgewählt haben. Der Erlös soll nicht nur die Restaurierung finanzieren, sondern im Idealfall auch den Ankauf des Czihaczek-Bildnisses ermöglichen.“

Leopold Czihaczek, Onkel und Vormund Schieles

Das Gemälde zeigt den Onkel und Vormund Egon Schieles, Leopold Czihaczek (1842-1929), beim Klavierspiel. Czihaczek hatte das Bild, vermutlich ein Auftragswerk, direkt von seinem Neffen und Mündel Egon Schiele erhalten. Schiele porträtierte seinen Onkel in den Jahren 1907 und 1908 mehrmals. Nach dem frühzeitigen Tod von Egons Vater Adolf Schiele (1850-1905) hatte Czihaczek, der mit Marie – einer Schwester des Vaters – verheiratet war, im Jahr 1906 die Vormundschaft über Egon Schiele übernommen. Der Beamte Leopold Czihaczek war Ministerialrat und Oberinspektor der Kaiser Ferdinands-Nordbahn der k.k. österreichischen Staatsbahnen. In seiner Wohnung in der Zirkusgasse in der Wiener Leopoldstadt befand sich ein großes Musikzimmer mit

zwei Klavieren, wie Otto Kunst im Beitrag Egon Schiele und seine Tante in der Tageszeitung Der Wiener Tag vom 21. März 1937 berichtete.

Egon Schieles Akademiejahre

Egon Schiele überlegte ursprünglich, an die Wiener Kunstgewerbeschule zu gehen. Die Zeichnungen, die er dort vorwies, zeugten von seinem großen Talent und man empfahl ihm, sich an der Akademie der bildenden Künste zu bewerben. Am 3. Oktober 1906 telegraphierte Leopold Czihaczek an seine Frau Marie: „Egon glänzend durch“. Das Verhältnis Schieles zu seinem damals bereits 68jährigen Akademie-Professor Christian Griepenkerl (1839-1916), der auch Carl Moll, Richard Gerstl und Anton Faistauer unterrichtete, war ein schwieriges und führte im Frühjahr 1909 zum Austritt Schie-

les und einiger seiner Kollegen aus der Akademie.

„Stilistisch greift das Gemälde im Pinselduktus impressionistische Tendenzen auf und zeigt die gedeckte Farbpalette des Frühwerks. In kompositorischer Hinsicht schlägt Schiele eine Differenzierung in beleuchtete und verschattete Bildpartien vor, die ihn das ungewöhnlich große Querformat trotz der gewählten Perspektive dramaturgisch bewältigen lassen. Die Nahsicht auf den Klavierspielenden, das Hinterfangen seines im verlorenen Profil gezeigten Kopfes durch die hellen Fensterscheiben und der Fokus, der dadurch auf die Notenblätter gelegt wird, vermitteln den Eindruck größter Versunkenheit in die Musik. Diese wird von den bewusst unscharf wiedergegebenen Händen, gleichsam abgekoppelt vom Rest des Körpers, zum Erklingen gebracht“, erklärt Verena Gamper vom Leopold Museum Forschungszentrum

Vorzeichnung, farbige Skizze, Gemälde

Bisher kannte man das Gemälde nur aus Vorstudien und über eine Schwarz-Weiß-Fotografie einer Raumaufnahme, in der das Gemälde an der Wand hängt. Weder die Technik noch die Maße waren bis dato

bekannt. Eine erste Vorzeichnung zum Gemälde ist mit „Schiele 17.IV.07“ datiert, eine darauf folgende farbige Skizze (Rudolf Leopold 1972, Nr. 31; Jane Kallir 1998, P35) ist undatiert. Diese 23,9 × 36,7 cm große Gouache auf Karton befindet sich heute in der Sammlung des Wien Museum. Das 60,2 x 100,7 cm große Gemälde schließlich (Rudolf Leopold 1972, Nr. 31 a) ist rückseitig am Keilrahmen mit „begonnen 21.IV.07“ bezeichnet sowie auf der Vorderseite rechts unten signiert und datiert mit „Schiele 12.V.07“. Schiele malte das Gemälde also im Alter von 16 Jahren, kurz vor seinem 17. Geburtstag.

Das Gemälde befindet sich im Originalrahmen, die Leinwand ist auf dem Keilrahmen original aufgespannt mit alter Nageleung. Dieser Originalrahmen ist auch auf jener Fotografie zu sehen, die als Vorderseite einer Ansichtskarte von Gustav Huber (1878–1945) an Marie Czihaczek dient, versandt Anfang Dezember 1930 und eigenhändig datiert mit „6/XII 30“. Gustav Huber, den Leopold Czihaczek nach dem frühen Tod der Eltern ebenso wie Schiele finanziell unterstützte, besaß das Bild bis zu seinem Tod im Jahr 1945. Seitdem befand es sich auch weiterhin in Privatbesitz.

Lückenlose Provenienz

Die Provenienz des Werkes ist vollständig geklärt: Von Leopold Czihaczek, Wien (ab 1907) ging das Werk an Gustav Huber, Wien (vor 1930–1945) über und blieb auch danach in österreichischem Privatbesitz. Laut Auskunft von Melanie Schuster, der älteren Schwester Egon Schieles, an Rudolf Leopold waren Gustav Huber und Leopold Czihaczek über den Vater Hubers miteinander bekannt. Czihaczek übernahm die Kosten für das Jus-Studium Hubers. Anlässlich der Ernennung zu einem Direktor der Bundesbahnen Österreich – wann genau diese erfolgte, ist nicht bekannt – soll Huber sich das Gemälde Leopold Czihaczek am Klavier gewünscht haben.

Das Leopold Museum

ist eines der wichtigsten Museen Europas. Es beherbergt die Sammlung von Prof. Dr. Rudolf Leopold (1925–2010), der seit den frühen 50er- bis in die 90er-Jahre über 5400 Kunstwerke zusammengetragen hat. Es besitzt die größte und bedeutendste Egon Schiele-Sammlung der Welt und die wichtigste öffentlich zugängliche Privatsammlung österreichischer Kunst der Klassischen Moderne. ■

<https://www.leopoldmuseum.org/>



© Leopold Museum, Wien

Postkarte von Gustav Huber an Marie Czihaczek, 1930. Auf der Fotografie, die das Musikzimmer in der Wohnung von Gustav Huber (1878–1945) zeigt, ist das Gemälde „Leopold Czihaczek am Klavier“ von Egon Schiele zu sehen, das sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz Gustav Hubers befand.

»First Stop«, Eferding!

Am 1. Juli wurde in Eferding die erste communale oö eröffnet. Es ist die Premiere für das neue kulturelle Veranstaltungsformat des Landes Oberösterreich.

Die erste communale oö eröffnete in Eferding, einer der ältesten Städte Österreichs, aus Anlaß des 800jährigen Stadtjubiläums: „Innovativ, zeitgemäß und zeitgenössisch: diese Begriffe verbinden wir mit unserem neuen Format, der communale oö. Sie steht für Offenheit, Entwicklung und Diskurs und wird das kulturelle Leben bei uns in Oberösterreich bereichern“, erklärte Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Der Impuls zur Entwicklung des neuen Veranstaltungsformats kam aus dem Kulturleitbild des Landes: „In der Kultur ist Weiterentwicklung keine Kür, sondern liegt geradezu in ihrer Natur. Daher haben wir sehr darauf geachtet, die communale oö flexibel, vielschichtig, dynamisch und zeitgenössisch auszurichten“, so Kulturdirektorin Margot Nazzal. Geleitet wird die communale oö von der Abteilung Kultur des Landes Oberösterreich, gemeinsam mit der OÖ Landes-Kultur GmbH, in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen der Stadt Eferding.

communale oö zum Thema »Identität«

Alle Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen der communale oö richten sich nach dem Motto „Identität“ aus, das nicht nur für die erste communale oö überaus passend ist, sondern auch für den Austragungsort Eferding im Jubiläumsjahr. Bürgermeister Christian Penn: „Wir freuen uns, daß die Premiere der communale oö in Eferding stattfindet; das Programm leistet einen spannenden Beitrag, Fragen der Identität, die gerade rund um ein Jubiläum immer gestellt werden, neu zu beleuchten und zu diskutieren.“

„Kunst und Kultur sind immer eine Bereicherung des Lebens. Es ist spannend zu sehen, mit welchen neuen Perspektiven auf unser Zusammenleben wir in Eferding durch das Programm der communale oö konfrontiert werden“, so die Eferdinger Kulturstadträtin Astrid Zehetmair.

Georg Starhemberg: „Für unsere kleine Stadt ist die communale oö eine große Chance, um auf die beeindruckende Geschichte und hohe Lebensqualität in unserer Region hinzuweisen. Durch dieses neue Format des Landes Oberösterreich haben wir Eferdinger die Chance, uns noch besser kennenzulernen, weiter zusammenzurücken und andere von



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

v.l.: Bürgermeister Mario Hermüller, Kulturstadträtin Astrid Zehetmair, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bürgermeister Christian Penn, Kulturdirektorin Margot Nazzal, Ko-Kuratorin Mona Horncastle und der Direktor der OÖ Landes-Kultur GmbH, Alfred Weidinger

den Besonderheiten unserer Region zu überzeugen.“

Ausstellung in Schloß Starhemberg

Ein Teil der communale Eferding findet von 2. Juli bis 26. Oktober 2022 in Schloß Starhemberg statt. Gezeigt werden wertvolle Schätze aus den Sammlungen des oberösterreichischen Landesmuseums, die in Dialog mit Positionen zeitgenössischer KünstlerInnen treten. „Unsere Gesellschaft und Kultur haben an Dynamik und Flexibilität gewonnen und sind komplexer und vielfältiger geworden. Darauf müssen und können wir nur angemessen reagieren, indem wir genau das zeigen. Wir sind ebenso traditionell geprägt, wie wir eine multikulturelle Gesellschaft sind. Woher wir kommen, ist ebenso wichtig, wie unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Die communale oö, wie sie heuer das erste Mal realisiert wird, bildet wunderbar ab, daß wir uns auf traditionelle Werte beziehen und gleichzeitig miteinbeziehen, was Menschen aus anderen Regionen Österreichs und der ganzen Welt nach Oberösterreich mitbringen“, so der Direktor der OÖ Landes-Kultur GmbH, Alfred Weidinger.

Für die communale oö werden bislang kaum erschlossene Räume im Erdgeschoß des Schlosses für die BesucherInnen zugänglich gemacht. In verschiedenen Ausstellungsformaten wird die umfassende und facettenreiche Erkundung des Themas Identität zeigen, was die Region über die Jahrhunderte geprägt hat.

Was war damals für Bauern, Handwerker,

Kaufleute und den Adel identitätsstiftend? Wie hat sich das in den unterschiedlichen Lebensbereichen ausgeprägt und was bestimmt heute die Identität der Region und ihrer BewohnerInnen?

Darum blickt die Ausstellung zurück und zeigt Kleidungsstücke, Alltagsgegenstände, Möbel, Bilder, religiöse Devotionalien und Porträts im Format der „Carte de Visite“, um die Identität der Region zu erkunden. Es wird aber auch das, was Identität heute ausmacht, beleuchtet, indem zeitgenössische Interpretationen von KünstlerInnen mit den historischen Stücken in einen Dialog gebracht werden und Stimmen aus dem Hausruckviertel hörbar gemacht werden: Diese „Eferdinger Geschichten“ werden in der Ausstellung an Sound-Stationen zu hören sein.

Die communale oö wirkt in die Ausstellungsregion

Mit diesem umfassenden Ausstellungsprojekt wird auch ein zentrales Anliegen der communale oö deutlich: auch wenn sie sich stets auf einen Veranstaltungsort bezieht, ist es wichtig, in engem Kontakt mit der jeweiligen Austragungs-Region zu sein: „Wenn Eferdinger Geschichten erzählt und beleuchtet werden, haben diese immer auch mit der Region und dem Leben im Umfeld der Stadt zu tun. Diese Verbindungen und dieses Netzwerk tragen dazu bei, eine Region einzigartig zu machen“, erklärte Bürgermeister Mario Hermüller, der Obmann des Regionalentwicklungsverbandes Eferding. ■

<https://communale.at/>

Endlich Espresso! Das Café Arabia am Kohlmarkt

Das Jüdische Museum Wien bringt im Museum Judenplatz die in Vergessenheit geratene Geschichte des Café Arabia und seines Gründers Alfred Weiss (1890-1973) wieder ins Bewußtsein der Stadt zurück.

Am 10. März 1951 eröffneten der Unternehmer Alfred Weiss und der Gastronom Alfred Peysar am Kohlmarkt 5, mitten in der Wiener Innenstadt, damals Internationale Zone, das Espresso Arabia mit einer beachtlichen Modenschau. Das Lokal war ein von Oswald Haerdtl geplantes Gesamtkunstwerk, das italienisches Flair ins devastierte und triste Nachkriegswien brachte. Es war nicht der erste Ort, an dem man in Wien einen Espresso trinken konnte, aber es war der erste, der auch in Funktionalität und Stil einer italienischen Bar nachempfunden wurde. Diese aufsehenerregende Neuerung wurde nicht von allen begrüßt. Die traditionellen Kaffeesieder sorgten sich über diesen neuen Trend und so mancher sah darin schon den Tod des Wiener Kaffeehauses.

„Arabia“ hieß bereits die Kaffee- und Teeimportfirma, die Weiss nach dem Ersten Weltkrieg übernahm und in der Zwischenkriegszeit zu einer erfolgreichen und beliebten Marke machte. Der bekannte Grafiker und Freund von Alfred Weiss, Joseph Binder (Meinl-Logo u.a.), entwarf für ihn eine der ersten Corporate Identities, mit markantem „A“.

1938 wurde der Betrieb „arisiert“, die Familie Weiss mußte fliehen, die Töchter überlebten in England, Alfred und seine Frau Lucie nach Irrfahrten durch Europa in Rom. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten sie nach Wien zurück. Aus Italien brachten sie mit, was sie dort aufblühen sahen: die neue Technik der espressokaffeezubereitung. Es gelang Weiss, seine Importfirma zurückzubekommen. Der Name Arabia wurde in den Nachkriegsjahrzehnten wieder zu einer der großen Kaffeemarken.

Mit der Gestaltung des Espresso-Cafés beauftragte Weiss den Architekten Oswald Haerdtl, der dieses als Gesamtkunstwerk realisierte. Er erwarb zudem das Palais Auersperg 1953 und machte es – ebenfalls nach Entwürfen Haerdtls – zur Firmenzentrale „Haus Arabia“ und zu einem lebendigen Veranstaltungszentrum. Dank seiner Tatkraft und Unerschrockenheit scheute er nicht, sich den



oben: Arabia-Stand auf der Wiener Messer, 1949, Architekt Oswald Haerdtl
unten: Theke im Arabia am Kohlmarkt



Unzumutbarkeiten und Widersprüchen im Nachkriegsösterreich zu stellen. So verkehrte er mit den Spitzen der Innenpolitik der Zweiten Republik und arbeitete sowohl mit Haerdtl, der während des Krieges für die Nationalsozialisten tätig war, als auch mit dem Grafiker Heinrich Sussmann, der Auschwitz überlebt hatte. Sichtbares Zentrum seines Schaffens waren und blieben für viele Jahre das Café und die Marke Arabia.

1999 wurde das Café Arabia geschlossen.

Von der bahnbrechenden Architektur der 1950er-Jahre blieb nichts mehr übrig. Die Marke Arabia, die so viel mehr als nur Kaffee war, und das bewegte Leben des Alfred Weiss werden nun wieder in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Andrew Demmer, ein Enkel von Alfred Weiss, führt mit seiner Teehaus-Kette die unternehmerische Tradition weiter.

<https://www.jmw.at/>

<https://www.tee.at/>



XXXVIII. CHOPIN FESTIVAL

in der Kartause Gaming

Preisgekrönte SolistInnen und
Ensembles aus Österreich, Polen,
Frankreich, England, Kasachstan,
Rumänien, Slowenien, Taiwan
und Ukraine

CAMERATA MOZARTIANA
Daniel AUNER, Dirigent, Violine

Janusz OLEJNICZAK, Klavier
Amandine SAVARY, Klavier
Manfred WAGNER-ARTZT, Klavier
Adela LICULESCU, Klavier
Anita POHL, Klavier
Michael ANDRUSENKO, Violine
Irina DANKEVICH, Klavier

RUBIK-Quartett
Familienmusik Six
Musikkapelle Gaming



5. - 7. August 2022

100 Jahre Bundesland Niederösterreich
70 Jahre Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien
Für Völkerverständigung, Frieden und Freiheit

Informationen und Tickets:

www.chopin.at

Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien, 1010 Wien, Biberstr. 4/4, Tel.: +43 1 512 23 74, Fax: +43 1 512 23 74 75, E-Mail: office@chopin.at
Kartause Gaming, 3292 Marktgemeinde Gaming, Tel.: +43 7485 984 66, Fax: +43 7485 984 66 15, E-Mail: office@kartause-gaming.at

Veranstalter: Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien
in Zusammenarbeit mit der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

